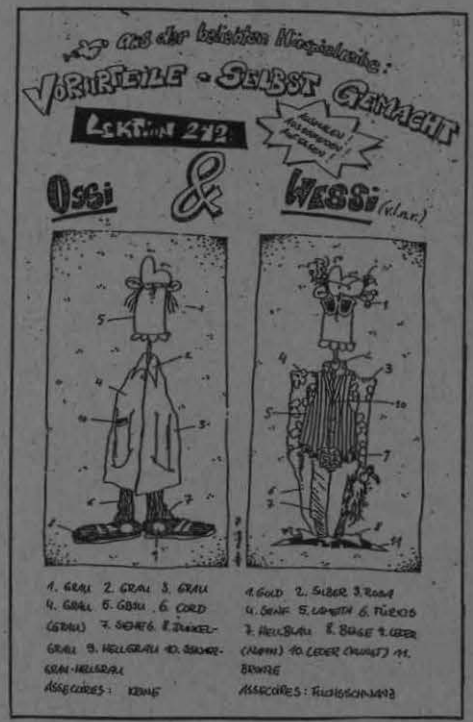


hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig September - Dezember 1995

5-6/95

5. Jahrgang

ISSN 0944-7989

Themen & Autoren:

Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost: **Raj Kollmorgen, Klaus Däumichen, Norman Adler, Karin Fobe**

Singularitäten 6. Folge: **Eva-Maria Krech**

Weitere Beiträge von Ulrich Zwiener, Ingo Sens, Heidrun Jahn, Kati Albert, Günter Dux u.a.

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

5-6/95

Herausgegeben im Auftrag des Arbeitskreises Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa der Universität Leipzig von Peer Pasternack
Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

---

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig, Hausanschrift: Augustusplatz 11, 04109 Leipzig, Tel. (0171) 614 61 64, (0341) 97 37 850, Fax (0341) 97 37 859. E-Mail: hso@stura.uni-leipzig.d400.de. *hso* im Internet: http://www.uni-leipzig.de/~stura/sturaags.html#agoeff.
hso erscheint quartalsweise.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-. Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 98,-. PrivatabonnentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,- (Abo-Gebühren incl. DM 9,- Versandkosten).
Konto: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.
Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.
Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck + Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.
Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.
ISSN 0944-7989

INHALT

Editorial 7

THEMA I: Prekäre Wissenschaftsstrukturen in Ostdeutschland

Raj Kollmorgen:
Hoffen und Bangen. Einige Daten und Bemerkungen zur Entwicklung freier sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern 9
Klaus Däumichen:
Wegbereiter neuer Technologien. Innovative Unternehmen fördern den industriellen Mittelstand 24
WIP. Clever ending story oder Die Differenz von Anbindung und Einbindung 30
Norman Adler:
Die Abwicklung geht weiter. Der FSP Moderner Orient vor dem Aus 33
Karin Fobe:
Ein junges Forschungsinstitut beschreibt seinen Weg: ZAROF Leipzig 36

THEMA II: Singularitäten 6. Folge

Eva-Maria Krech:
Sprechwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 46

FORUM I

Ulrich Zwiener:
Die Wende an der Jenaer Universität. Erlebnisbericht eines Beteiligten 55
Ingo Sens:
Bemerkungen zur Entstehung der „neuen" Geschichte der Universität Rostock 68

DOKUMENTATION I

MLU Halle-Wittenberg: Gründliche geschichtliche Aufarbeitung steht noch aus. Angehörige des ersten frei gewählten Rektorats nach 1989 äußern sich zu „Montagsvorträgen" *(Günther Schilling & Friedrich W. Rath)* 74

FORUM II

Arbeitsgruppe „Studienreform aus der Perspektive der neuen Länder":
Positionspapier 78
Heidrun Jahn:
Transformation des ostdeutschen Hochschulwesens: eine Bilanz mit Perspektive für Studierende und Hochschulen? 84
Sonja Brentjes:
Kündigungen aus mangelndem Bedarf 92
Kati Albert:
Warum kommen Student(inn)en aus Westdeutschland und aus West-Berlin an die ostberliner Humboldt-Universität? 95

INTERVIEW

Sind Sie frustriert? - Eigentlich nicht. Interview mit *Günter Dux* (Freiburg) 105

REAKTIONEN

Joachim Tesch:
DDR-Reisekader = MfS-Agenten? 110
Rainer Eckert:
An R. Preuß und U. van der Heyden, Bezug: *hochschule ost* 4/1995 113
Hans-Gert Gräbe:
Zum Beitrag von G. Schuppener in *hso* 4/95 116

BERICHTE

Ein Jahr Forschungskolloquium Historiographiegeschichte *(Martin Sabrow)* 119
„Stätten kooperativer kulturwissenschaftlicher Forschung". DFG fördert Geisteswissenschaftliche Zentren *(DFG)* 120
Fokus - Forschungskapazitäten und -serviceleistungen *(TU-profil Cottbus)* 123
Kommission empfiehlt Gründung einer Fachhochschule in Neuruppin *(MfWFK Brandenburg)* 124
Das „Uniradio BB" kommt *(PUTZ)* 126
Wissenschaftsrat: Erfolgversprechende Hochschulmedizin in Leipzig 127

DOKUMENTATION II

Wissenschaftsrat:
Empfehlung zur Sicherung der Flexibilität von Forschungs- und Personalstrukturen in zehn außeruniversitären Einrichtungen in den neuen Ländern 129
Bundeshaushalt 1996: Etatansatz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ('Zukunftsministerium') 136
Rektor der Rostocker Universität besuchte Universitäten in Kuba *(UZ Rostock)* 137

PROJEKT

Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (Berlin): Aufruf an die Fachwissenschaftler 139

DOKUMENTATION III

Forschungsprojekte zu Wissenschaft und Hochschulentwicklung in der DDR und in Ostdeutschland, 2. Folge *(Peer Pasternack)* 141
Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V. (WIFO), Berlin: Profil 147

GELESEN

P. Lundgreen (Hg.): Reformuniversität Bielefeld 1969-1974 *(Matthias Middell)* 153

PUBLIKATIONEN 155

ZUM SCHLUSS 167

"Den Studenten wird hier wahrlich einiges geboten. Junge Leute, die bei irgendeinem westdeutschen Karriere-Historiker studieren, genießen dieses Privileg nicht. Nie werden sie erleben, wie sich ihr Professor im Vorlesungsraum geknickt anklagt: daß er schändlicherweise und ohne Not den herrschenden Diskurs nachgeplappert habe; daß er konkurrierende Kollegen weggeboxt habe; daß er eigene Schüler rücksichtslos auf Versorgungsstellen gehievt habe; daß er strategische Koalitionen geschlossen habe, um der eigenen Forschung Geldmittel zu sichern; daß er planmäßig Berufungskommissionen infiltriert habe; und daß er das alles jetzt bereue."

Dirk Schümer in einem Bericht über die Potsdamer Universität, *F.A.Z.* vom 8.7.1995

Vorliegendes Heft eröffnet den fünften Jahrgang von *hochschule ost.*

Wir verbinden das mit einer Umstellung auf vierteljährliche Erscheinungsweise, wobei der Gesamtseitenumfang des Jahrgangs erhalten bleibt. Dies bringt der ehrenamtlich tätigen Redaktion mehr Arbeitsruhe und derart weiterhin den Atem, neben der Grundversorgung mit den Mainstream-Themen auch künftig antizyklische Themensetzung zu betreiben. Dem Management bringt die Umstellung eine Reduzierung der Sorgenfalten ob der Kostendeckung. Erhöhte Papierpreise zwingen trotzdem zu einer gewissen Marktanpassung der Abonnementsgebühren.

Die Umstellung auf quartalsweises Erscheinen wiederum verbinden wir mit einer Änderung des Jahrgangsablaufs: Orientierte dieser sich bisher am Semesterablauf und lief jeweils über ein akademisches Jahr, so wechseln wir nun in das Kalenderjahr. Es werden sich damit forthin eine Vielzahl alljährlich nach Versendung der Abo-Rechnungen zu beantwortender identischer Anfragen erledigen. Dadurch können Redaktion und Abo-Verwaltung erheblich gelassener den künftigen Jahrgängen entgegenblikken. Die Umstellung des Jahrgangsablaufs hat zur Folge, daß der 5. Jahrgang von September 1995 bis Dezember 1996 laufen wird. Diese Überlänge muß finanziert werden. Deshalb wird auf den mit *hso* 1/96 zu versendenden Abo-Rechnungen ein Heft zusätzlich berechnet.

Zum Vergleich, wie andernorts Zukunft für die Wissenschaft gesichert wird, haben wir auf Seite 136 einen Ausschnitt aus dem Entwurf zum Bundeshaushalt 1996 dokumentiert. Der Ansatz für BAFöG-Ausgaben etwa berücksichtigt zukunftssicher schon (kurzfristige) Einsparungseffekte, die sich aus Minister Rüttgers Plänen für die Umgestaltung der Ausbildungsförderung ergeben - könnten. Bislang mangelt es dem Minister freilich noch an (notwendigen) Verbündeten. Aber im Haushalt steht es schon mal. Vielleicht merkt's ja keiner.

p.p.

Raj Kollmorgen (Halle/S.):

Hoffen und Bangen

Einige Daten und Bemerkungen zur Entwicklung freier sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern

Die sozialwissenschaftlichen Institutionen der DDR wurden nach dem „Beitritt" fast vollständig „abgewickelt". Und diese Abwicklungen bezogen sich sowohl auf die universitären Institute wie auf die außeruniversitären Einrichtungen. Es ist hier nicht der Ort, die politischen und näher wissenschaftspolitischen Problemlagen dieser Abwicklungen sowie der folgenden „Neustrukturierung" der Sozialwissenschaften in den dann neuen Bundesländern nachzuzeichnen bzw. zu bewerten. Heute, d.h. gut fünf Jahre nach Beginn der Umstrukturierungen, ist freilich bezüglich eines Aspektes dieser Umbauten, nämlich des Verhältnisses zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschungslandschaft folgendes zu konstatieren: Die Umbauten im universitären Sektor führten im Ergebnis zu einer beachtlichen Vergrößerung des sozialwissenschaftlichen Potentials, indem bestehende Fachbereiche bzw. Institute ausgebaut (personelle und Mittelausstattungen) und neue Fachbereiche oder Institute (z.T. an wiederum neuen) Hochschulen oder Universitäten gegründet wurden. Teilweise sind die Institute in den neuen Ländern personell und sachlich besser ausgestattet als im Westen der Republik. Damit kann der mittlerweile fast abgeschlossene Wandel als funktional gelungen betrachtet werden. Die Entwicklungen auf diesem Feld sind auch mittlerweile recht gut dokumentiert bzw. analysiert worden[1].

Demgegenüber vollzog sich der „Umbau" der außeruniversitären Landschaft staatlicherseits eher als drastischer Reduktionsprozeß. Alle zentralen staatlichen Forschungseinrichtungen (z.B. Akademie der Wissenschaften oder Zentralinstitut für Jugendforschung) wurden auf-

gelöst. Aber auch die durch die SED oder durch andere „gesellschaftliche Organisationen" (z.B. Gewerkschaften) getragenen verfielen wegen Auflösung der jeweiligen Träger im Zuge der Vereinigung dem Verdikt der Schließung. Ein „Umbau" als auch Aufbau setzte hier zunächst und vor allem durch die Gründung einer Vielzahl sozialwissenschaftlich freier Institute ein[2], deren Personal sich vordringlich aus den abgewickelten außeruniversitären, aber auch universitären Einrichtungen rekrutierte. Allerdings wurden durch Bund und Länder für die ehemals staatlichen außeruniversitären Einrichtungen mindestens Auffanginstrumente installiert und begann ein freilich recht schleppender Aufbau resp. Export etablierter außeruniversitärer staatlicher und nicht-staatlicher Forschungsinstitute in den bzw. in die neuen Länder (Blaue-Liste-Institute, Max-Planck-Gesellschaft), wurden spezielle Ost-Förderprogramme durch die großen Förderinstitutionen der Bundesrepublik (DFG, Volkswagen-Stiftung) eingerichtet, und unternahmen auch die Universitäten seit 1993/94 Anstrengungen, An-Institute bei ihren Universitäten, wenn auch bescheiden, zu unterstützen. Zu verzeichnen ist in jedem Fall eine Asynchronität der Umbauprozesse zwischen universitärem und außeruniversitärem Sektor.

Wiederum in Absetzung zum universitären Transformationsprozeß sind bezüglich der außeruniversitären Forschungslandschaft, mit Ausnahme der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften, bisher kaum systematische Analysen angestellt worden.

Im folgenden kurzen Beitrag soll diesem Desiderat in einem ersten Schritt abgeholfen werden. Die folgende Darstellung bezieht sich dabei ausschließlich auf freie sozialwissenschaftliche Institutionen und konzentriert sich darin auf genuin ostdeutsche, d.h. von ostdeutschen Sozialwissenschaftler(inn)en initiierte, Einrichtungen. Einschränkend muß weiterhin vermerkt werden, daß es sich um Annäherungen auf Grundlage keineswegs hinreichenden empirischen Materials handelt. Hier stehen noch weitere Forschungen aus. Zudem beziehen sich die Angaben teils auf den Erhebungszeitraum 1992/93, teils auf 1994. Für einen ersten Überblick mögen indes diese Einschränkungen vertretbar sein.

I. Zum empirischen Material

Die folgenden Analysen zur Gründungsdynamik, regionalen Verteilung, den Forschungsthemen sowie der personellen Ausstattung beziehen sich im Kern sowohl auf die schriftlichen Fragebogenerhebungen von Lohr/Sparschuh/Simon/Wilsdorf (1993 und 1994) mit 38 bzw. 63 Rückantworten wie auf jene der KSPW[3] (1993) mit 36 Rückantworten von außeruniversitären, mindestens auch sozial*wissenschaftlich* tätigen Einrichtungen. Nach einem Abgleich mit anderen Dokumentationen zur sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern (Forschungsagentur Berlin 1993; IZ Berlin 1995) kann man die Gesamtzahl der 1993/94 in den neuen Bundesländern existierenden freien (wiederum mindestens auch) sozialwissenschaftlichen Institutionen mit etwa 50-70 beziffern. Eine Analyse, die jene Anzahl genau ermittelt und zugleich die Schließungen v.a. nach 1993/94 aufdeckt, steht noch aus. Immerhin kann davon ausgegangen werden, daß die folgenden Angaben aufgrund der Rücklaufquoten der Befragung sowie deren absoluter Zahl repräsentative Aussagen ermöglichen. Die folgenden Befunde beziehen sich immer auf die Gesamtheit der Befragten. Eine Differenzierung nach Instituten, die im engeren Sinne und ausschließlich oder doch sehr überwiegend empirische Sozialforschung betreiben, und denen, die überwiegend Beratung und/oder Weiterbildung betreiben, war nicht möglich.

2. Gründungs- und Entwicklungsdynamik

Nach den Erhebungen wurden von den Instituten ca. 85% in den Jahren 1990/91 gegründet, wobei der Gründungsboom in 1991 lag. 1992 und folgend wurden nur noch einzelne Institute gegründet. Man kann davon ausgehen, daß diese Gründungsdynamik v.a. auf zwei Umstände zurückzuführen ist:

- Bis Mitte 1990 war auf Grundlage der Vertragsverhandlungen zur deutschen Vereinigung weitgehend klar, welche staatlichen bzw. quasi-staatlichen außeruniversitären Institutionen abgewickelt würden. Viele Sozialwissenschaftler bemühten sich dann um Ausgründungen von Instituten (v.a. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED). Bis zur deutschen Einheit geschah dies oft mit organisatorischer/finanzieller Unterstützung staatlicher Institutionen der Noch-DDR bzw. der SED-PDS (Anschubfinanzierungen, günstige Kredite). Gründungen wurden aber auch von universitär beschäftigten Wissenschaftler(inn)en vorgenommen, und zwar sowohl in bezug auf die sich verschärfenden Beschäftigungssituationen an den Universitäten (Abwicklungen) wie in der Absicht, auch in der DDR/den neuen Bundesländern freie Institute neben den bzw. an den Universitätsinstituten (An-Institute) zu schaffen. Vor allem 1991 kam es auch zu Neugründungen, die recht pragmatisch zum Zweck der Fortsetzung der Forschungsaktivitäten unter kraß veränderten Bedingungen und zugleich der Aufrechterhaltung von Erwerbstätigkeit (unter Inanspruchnahme von AB-Maßnahmen) dienten. Daß sich diese Gründungen weniger sozialwissenschaftlichen Forschungsintentionen verdankten, hatte und hat Auswirkungen auf Themenwahl und Personalzusammensetzung dieser Institute (s.u.).

- Ab Ende 1990 wurden durch Bund und Länder entsprechende Förderprogramme (von WIP bis ABM etc.) eingerichtet, die die befürchtete hohe Arbeitslosigkeit von Gesellschaftswissenschaftlern in den neuen Ländern „abfedern" sollten. Zudem begann ab Anfang 1991 die (teils gezielte) Vergabe von Auftragsforschungen durch Bund, Länder und Kommunen an ostdeutsche Institutionen.

- Ab 1990/91 wurden durch die beiden großen sozialwissenschaftlichen Förderinstitutionen (DFG und VW-Stiftung)

spezifische Förderprogramme „Ost" eingerichtet, und nahm auch die KSPW ihre Fördertätigkeit auf, so daß auch und gerade außeruniversitäre Institute, auch wegen der bis 1992 nur mangelhaften "Arbeitsfähigkeit" der im Umbruch befindlichen Universitätsinstitute, auf eine vorläufig gute Förderquote hoffen konnten.

Während ab Ende 1991 der Boom zum Erliegen kam, setzte ab Ende 1992, verstärkt ab Ende 1993, ein gegenläufiger Prozeß der Verunsicherung und Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen ein. Viele Institute wurden in der Rechtsform umgewandelt (auch in Rücksicht auf Fördervoraussetzungen), wiesen eine hohe Personalfluktuation auf (teils in die neuen bzw. umgebauten universitären Institute) oder wurden - v.a. aufgrund der auslaufenden ABM (dies v.a. per 31.12.1993 bzw. 1994) - geschlossen oder konnten keine festen Stellen mehr finanzieren. Andere Einrichtungen spezialisierten sich zunehmend, d.h. wandten sich - oft verbunden mit einem drastischen Personalabbau - der reinen Auftragsforschung zu oder auf dem anderen Pol der Bildungsarbeit, Beratung oder Organisation lokaler Vereinstätigkeiten. Dieser Trend der Umorientierungen, Quasi-Schließungen bzw. des Personalabbaus setzt sich auch 1993/94 - allerdings nicht dramatisch - fort. Ab 1994/95 kann davon ausgegangen werden, daß sich durch die auslaufenden Ost-Förderprogramme der DFG und VW-Stiftung (Projektlaufzeiten allerdings teils bis 1995/96), die Kürzung der AB-Maßnahmen durch die BfA sowie die gekürzten Auftrags- und Förderprogramme der Länder und Kommunen aufgrund der Sparkurse die Förder- und Auftragslagen weiter verschlechtert haben.

Allerdings muß festgehalten werden, daß diese Dynamik von einer gegenläufigen Bewegung begleitet war. Durch die seit 1991 realisierten Projekte und bearbeiteten Aufträge konnten sich eine Reihe von Einrichtungen im Feld etablieren, sind anerkannt und treten nunmehr als kompetente Auftragnehmer auf; wiewohl weiterhin ein erschwerter Zugang zu öffentlichen und privaten Aufträgen beklagt wird. Zugleich konnten durch den Auf- bzw. Umbau der Universitäten, der 1993 bereits relativ weit fortgeschritten war, v.a. personell vermittelte Vernetzungen zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung realisiert werden. Die in den Universitätsbereich übernommenen ostdeutschen Sozialwissenschaftler, die vorher oder noch immer Mitarbeiter an freien Instituten waren/sind, stellten so Verbindungen zur universitären Grundlagen- und v.a. Drittmittelforschung her, so daß z.T. sogar Projekte unter Teilnahme sowohl universitärer wie außeruniversitärer Anbieter bearbeitet wurden. Zudem werden übergreifend Austauschprozesse befördert. Diese Ansätze einer Vernetzung sind jedoch durch die weiteren Finanzierungsbedingungen (s.u.) gefährdet.

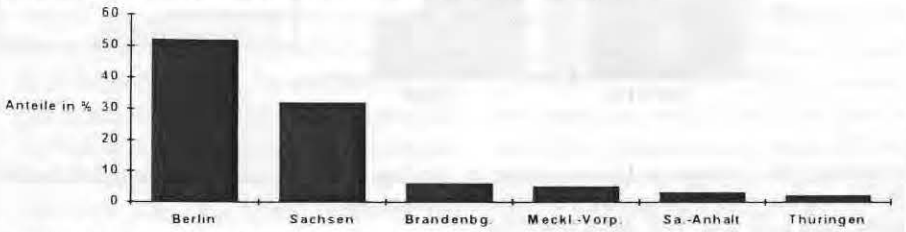
Gegenwärtig können (ohne Vollständigkeitsanspruch, sondern eher exemplarisch) folgende Institute genannt werden, die sich explizit mit empirischer Sozialforschung beschäftigen und sich mittlerweile etabliert haben:

a&o-research GmbH (Berlin), Brandenburgisches Wirtschaftsinstitut e.V. (BWI, (Stahnsdorf), Brandenburger Institut für Arbeits- und Berufsforschung e.V. (biab, Erkner/Berlin), Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V. (BISS, Berlin), Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung e.V. (Leipzig), Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik gGmbH (GSFP, Berlin, Hauptfeld Zeitschriftenpublikation), Institut für Angewandte Demographie e.V. (IFAD, Berlin), Institut für Arbeitswissenschaften (Friedewald, Sachsen), Institut für Marktforschung GmbH (Leipzig), Institut für Wirtschafts- und Meinungsforschung GmbH (Leipzig), Institut für Sozialdatenanalyse e.V. (isda, Berlin), Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung e.V. (isw, Halle), Institut für Wirtschafts- und Sozialethik e.V. (IWS, Rostock), Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ, Berlin), Sozialökonomische Strukturanalysen e.V. (SÖSTRA, Berlin), Unabhängiges Centrum für empirische Sozial-, Politik- und Kommunikationsforschung e.V. (UCEF, Rostock), Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V. (Berlin), Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung e.V. (WISOC, Chemnitz), Zentrum für Arbeits- und Organisationsforschung e.V. (ZAROF, Leipzig).

3. Regionale Verteilung der Einrichtungen

Die regionale Verteilung der Einrichtungen (s. Graphik 1) weist eine starke Konzentration in den Ländern Berlin und folgend Sachsen auf. Dies kann wegen der DDR-Allokation von Forschungseinrichtungen (insbesondere Berlin als Spitze im zentralistischen Modell) auch kaum verwundern. Eine Dynamik war hier zwischen 1990 und 1994 nicht zu verzeichnen; eher gab es eine Befestigung der tradierten Allokation. Zur Befestigung dürften auch die heute absehbaren Entwicklungen der wissenschaftlichen Landschaft in den einzelnen neuen Bundesländern beitragen. Berlin (bzw. das neue Land Berlin-Brandenburg) und Sachsen werden wohl auch absehbar die Masse der Stellen und Aufträge bereithalten. Insofern ist auch mittelfristig, sieht man von den Möglichkeiten der Gründung von An-Instituten in Städten mit neuen soziologischen Universitätsinstituten in den kommenden 10 Jahren ab, kaum mit gravierender Änderung dieser Verteilung zu rechnen.

Graphik 1: Regionale Verteilung der Einrichtungen 1994



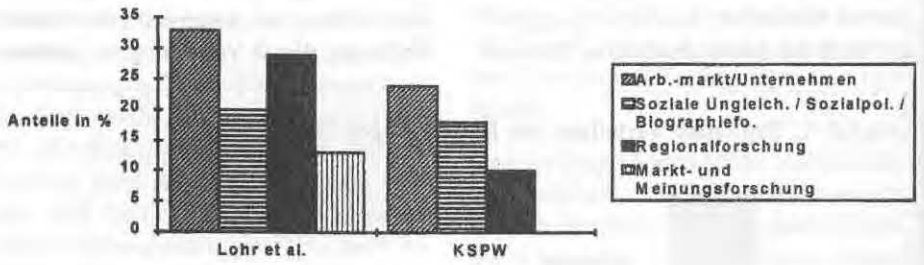
Quelle: Lohr et al. 1995

3. Forschungsthemen

Bezüglich der Forschungsthemen läßt sich knapp festhalten, daß Arbeitsmarkt- und industriesoziologische Themen an der Spitze stehen, die oft auch regionalspezifisch bearbeitet werden bzw. direkt auf regionale Strukturprobleme abheben. Überhaupt steht der Themenkreis regionale Strukturforschung hoch im Kurs. Daneben werden vielfältige Themen im Bereich der Sozialstrukturforschung, teils im Zusammenhang mit sozialpolitischen Problemstellungen (z.B. zu Frauen, Jugendlichen), der Bildungsforschung (oft in Kopplung mit eigener Bildungsarbeit) sowie der Sozialisations- und Biographieforschung bearbeitet. Politikwissenschaftliche Themen im engeren Sinne sind demgegenüber nur marginal vertreten. Diese Themenverteilung dürfte sowohl aus den thematischen Konzentrationen der DDR-Sozialwissenschaften, den thematischen Schwerpunkten in den öffentlichen Förderprogrammen resp. der Auftragsforschung (Arbeitsmarktproblematik) sowie aus den Identifizierungen von entscheidenden Problemlagen des Transformationsprozesses aus den subjektiven Perspektiven der ostdeutschen Forscher („Betroffene") resultieren.

Bezüglich der Themen bleibt noch anzumerken, daß die jene Themen vorrangig bearbeitende Institutionen regional recht deutlich differieren. Während z.B. Arbeitsmarkt- und Sozialstrukturthemen stark in Berlin vertreten sind, konzentrieren sich Themen im Umkreis der Jugend-, Sexual- und Medienforschung eindeutig in Leipzig. Dies ist unmittelbar einsichtig, wenn die beherrschende Rolle Leipzigs in den letztgenannten Bereichen zu DDR-Zeiten bedacht wird (Zentralinstitut für Jugendforschung, Journalistenausbildung an der KMU, Leipzig

Graphik 2: Beforschte Themengebiete der außeruniversitären Institute 1993 (KSPW) und 1994 (Lohr et al.)



Anmerkung: Die Angaben der Institute wurden zu den vier großen Gruppen zusammengefaßt (andere Themen wurden nicht berücksichtigt), Mehrfachnennungen waren möglich.
Quelle: nach Lohr et al. 1995 und KSPW 1993

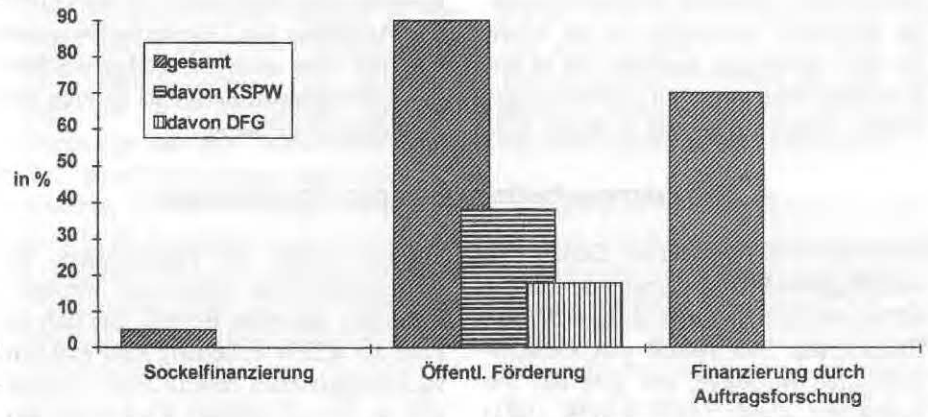
als „Buchstadt"). Zudem kann festgehalten werden, daß viele Berliner Institute (noch?) stärker auch theoretisch orientiert forschen, denn die Institute in anderen Regionen. Überhaupt ist der Anteil der dort ansässigen Institute, die in hohem Maße Bildungsarbeit und Beratungsdienste leisten größer als in Berlin (s.a. Lohr et al. 1995). Auch hierfür dürfte der Grund in erster Linie in den thematischen und methodischen Ausrichtungen der Institute in der DDR zu suchen sein (AdW und Akademie für Gesellschaftswissenschaften oder auch der Pädagogischen Wissenschaften in Berlin als Zentren der Grundlagenforschung).

4. Finanzierungsbedingungen der Einrichtungen

Zunächst zu den nüchternen Zahlen. Die nachfolgende Graphik zeigt, wie sich die außeruniversitären Einrichtungen in 1993 finanzierten. Der Anteil von sockelfinanzierten Instituten, der hier mit 5% angegeben wurde (nach KSPW 1993) mag bereits in dieser Höhe auffallen und zugleich nicht zufriedenstellen. Allein, selbst dieser Anteil täuscht. Eine nähere Erkundung der positiven Beantwortung der Frage nach Bestehen einer Sockelfinanzierung erbrachte nämlich, daß jene Institutionen unter „Sockelfinanzierung" nicht die wirkliche Sockelfinanzierung, d.h. die durch öffentliche Institutionen projekt*unabhängige* und längerfristig vertraglich festgeschriebene Finanzierung von Sach- und/oder Personalmitteln, sondern auch projektabhängige mehrjährige Förderungen durch öffentliche Stellen beinhalteten. Und diese Angaben müssen eigentlich nochmals relativiert werden, weil sie auch von Einrichtungen gemacht wurden, die nur bedingt als i.e.S. sozialwissenschaftliche Institute zu betrachten sind. So können, um nur ein prominentes Beispiel zu nennen, die in Analogie zu westdeutschen Technologieberatungsstellen eingerichteten Institute (wie BASIS e.V. in Sachsen), die wesentlich durch die Gewerkschaften initiiert wurden, nur eingeschränkt als wissenschaftliche bezeichnet werden[4]. Resultativ bleibt der Befund, daß sich im Pool der KSPW-Erhebung kein wirklich sockelfinanziertes Institut fand. Freilich gibt es, wie aus anderen Recherchen bekannt, durchaus sockelfinanzierte Institute, deren genaue Zahl mir aber nicht bekannt ist. Weitere Erhebungen, die dann exakt die Finanzierungsweisen aufdekken, mithin die genaue Zahl ostdeutscher sockelfinanzierter sozialwissenschaftlicher Einrichtungen bestimmen können, sind hier notwendig. Dies gilt im Prinzip auch für die folgenden Finanzierungssparten. Auch hier sind die Antworten der Institute, die diesbezüglich sowieso nur in geringem Maße genaue Angaben machten, mit „Vorsicht zu genießen".

Auffällig ist weiterhin der hohe Anteil öffentlich - und v.a., dies ist in der Graphik nicht ausgewiesen, der nur öffentlich - geförderten Einrichtungen (Anteil insg. über 90%, Anteil der nur öffentlich geförderten ca. 60%). Dabei ist weiterhin zu bedenken, daß öffentliche Förderung auch die Unterstützung durch AB-Maßnahmen beinhaltet. Man kann schätzen, daß die Förderleistungen durch ABM 1992, teils auch 1993 insgesamt um die

Graphik 3: Finanzierung der außeruniversitären Institute 1993



Anmerkung: Bei der Angabe zur Sockelfinanzierung ist nochmals klarzustellen, daß hier auch jene Institute enthalten sind, die nicht im engeren Sinne sozialwissenschaftliche Einrichtungen darstellen (s. auch Text)

Quelle: Befragungen durch Lohr et al. 1993 und KSPW 1993

30-50% der verfügbaren Ressourcen, v.a. natürlich der Personalmittel der freien Institute, ausmachten. Leider ist eine genaue Differenzierung zwischen Fördermitteln, die im strengen Sinne projektunabhängig gewährt (wie eben ABM) und denen, die durch Auftragsforschung (gegenüber Bund, Länder, Kommunen, Stiftungen und privaten Auftraggebern) eingebracht wurden, nicht möglich. Dies gilt für beide Erhebungen. Immerhin kann festgehalten werden, daß ca. 70% der freien Institute sich auch über Auftragsforschung finanzieren (s. Graphik), von denen etwa 15 - 25% praktisch ausschließlich. Der Anteil jener Institute, die sich wesentlich (auch) über private Auftragsforschung ökonomisch reproduzieren, kann gegenwärtig nur geschätzt werden. Ich würde ihn - in Relation zur Gesamtpopulation - mit bestenfalls 10 % beziffern.

Diese Verhältnisse sind im doppelten Sinne prekär. Einerseits liegt es auf der Hand, daß die arbeitsmarktpolitischen Unterstützungsleistungen sukzessive schrumpfen werden, wie es seit 1993 auch bereits geschehen ist. Damit entfallen für einen großen Anteil der freien Institute die Basen ihrer ökonomischen Reproduktionsfähigkeit. Da aber auch die Sonderförderprogramme der großen Institutionen (wie DFG, VW-Stiftung und auch KSPW) zurückgeschraubt werden, wobei der eigentliche „Einbruch" ab Ende 1995 eintreten wird, reduziert sich ein weiteres Finanzierungsstandbein der freien Institute. Die breitere Nutzung dieser Institutionen (freilich ohne die KSPW, deren Laufzeit 1996 definitiv endet) setzt zukünftig ein hohes Maß an Professionalisierung, DFG-Förderungen weitergehend die Kooperation mit Universitäten voraus. In diesem Zusammenhang muß auch betont werden, daß sich die Wettbewerbssituation auf dem Markt öffentlicher Auftragsforschung für die freien Institute seit 1993 verschärft hat, weil seit diesem Zeitraum die Universitäten in den neuen Ländern, die vordem wegen der Umbauten kaum Aufträge einwerben konnten, nunmehr als starke Anbietergruppe auftreten. Endlich kann auch nicht davon gesprochen werden, daß private Auftragsvergaben zukünftig als sichere Kompensation dienen werden. Der Markt hierfür wird dies kaum leisten können. Übergreifend muß bezüglich der Auftragsforschung festgehalten werden, daß die neuen ostdeutschen Institute evidenterweise (noch) nicht über jene Reputationen vieler westdeutscher Anbieter verfügen, so daß Aufträge insgesamt schwerer akquiriert oder doch oft nur in Kooperation mit angesehenen westdeutschen Partnern durchgeführt werden können. Letzteres vermindert dann natürlich die finanziellen Einnahmen.

Ein weiterer prekärer Aspekt betrifft, jenseits der schrittweisen Schrumpfung ostdeutscher Sonderkonditionen, die Tatsache, daß sich - wie westdeutsche Erfahrungen zeigen - freie Institute längerfristig nicht dominant oder gar ausschließlich über öffentliche Auftragsforschungen finanzieren können, soweit sie über keine Sockelfinanzierungen verfügen. Dies liegt schlicht an den Förderbestimmungen vieler öffentlicher Auftraggeber, die einen vollen Ersatz der Betriebskosten kaum gestatten. Sofern es sich nicht um privatwirtschaftlich agierende Institute handelt (wie GmbH), sondern eben um gemeinnützige Einrichtungen (v.a. eingetragene Vereine), können auch keine Gewinne erzielt werden, die in diesen Fällen zur Kostendeckung herangezogen werden können. Andererseits können privatwirtschaftliche Unternehmen wieder nicht an vielen Förderinstrumentarien partizipieren (klassisch: DFG) oder wenn ja, keine Gewinne erzielen. Wie man sieht: Die Katze beißt sich in den Schwanz. Wie kann durch die freien Institute auf diese prekäre, dilemmatische Problemlage reagiert werden bzw. wie wurde reagiert?

Seit 1992 ist eine fortschreitende Differenzierung der freien Institute zu beobachten, die sich je auf bestimmte Märkte, Nachfragestrukturen oder auf bis heute bestehende Förderinstrumentarien spezialisiert haben bzw. von denen abhängig sind, so daß folgende Arten benannt werden können:

(a) *Sockelfinanzierte Einrichtungen.* Es handelt sich hier vorrangig um Institute, die sich als An-Institute der ostdeutschen Universitäten gebildet haben. Obgleich der Bildungsprozeß recht mühsam war und ist, zeichnet sich heute ab, daß Länder und Universitäten im Osten ein steigendes Interesse an dieser Institution ausprägen. Gleichwohl sind die finanziellen Spielräume für Sockelfinanzierungen, auch wegen der Erblasten aus dem Vereinigungsgetümmel (z.T. erheblicher Per-

sonalüberhang), bescheiden. Solche Einrichtungen finanzieren sich zum Großteil über Drittmittel-Akquirierung bei den bekannten öffentlichen Förderinstitutionen der Wissenschaft, was durch die personelle Verquickung mit Universitätspersonal (v.a. Lehrstuhlinhaber) ermöglicht und anvisiert ist. Die Umwandlung von bisher ungebundenen freien Instituten in An-Institute ist freilich praktisch ausgeschlossen, weil (1) die Einrichtungsmöglichkeit in der Regel an die Aktivitäten von Hochschullehrern gebunden ist, was für viele ostdeutsche Institute nachgerade entfallen muß. Sie wurden gegründet, *weil* die Personen aus den Forschungsinstitutionen (einschließlich Universitäten) entlassen bzw. Abwicklungen vorgenommen wurden. (2) Und die Aktivitäten von Hochschullehrern an den Universitäten in den neuen Ländern sind absolut überwiegend solche von Westdeutschen. Westdeutsche Hochschullehrer kennen aber die Forscher in den freien Instituten nicht, und selbst wenn sie diese kennen würden, bestünde ihr legitimes Interesse bei der Errichtung von An-Instituten noch immer in der vorrangigen Einbindung eigenen, auch aus vorherigen Drittmittelforschungen eingearbeiteten Personals. Und selbst wenn diese Gründe beiseite gelassen würden, bestehen in der Regel ideologische und/oder wissenschaftliche Ressentiments gegenüber ostdeutschen Forschern, und diese auch seitens der Universitätsleitungen und zuständigen Länderregierungen. Mit einem Wort: Die diesbezüglichen Chancen stehen denkbar schlecht. Soweit An-Institute demnach eingerichtet werden, wird es sich um wirkliche Neugründungen handeln.

(b) stark oder ausschließlich durch *öffentliche Förderprogramme und wissenschaftliche Projektfinanzierung* getragene Institute (wie das Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V. - BISS). Diese Institute, deren Personal fast ausschließlich aus abgewickelten außeruniversitären und universitären Institutionen stammt, arbeiten im strikten Sinne sozialwissenschaftlich, oft auch mit grundlagentheoretischen Ansprüchen, und können so ihre Finanzierung nur zu einem geringen Teil durch stark anwendungsorientierte Auftragsforschungen oder Beratungsdienste bestreiten. Damit sind sie im wesentlichen auf die Akquirierung von wissenschaftlichen Projekten, die durch öffentliche Stellen ausgeschrieben werden, sowie arbeitsmarktpolitische Instrumentarien angewiesen. Da sich jedoch, wie oben vermerkt, die Finanzierungsmöglichkeiten durch diese beiden „Töpfe" schrittweise verschlechtern, kann deren mittelfristige Überlebenchance nur als schlecht bezeichnet werden. Einen Ausweg bietet wegen der praktischen Unmöglichkeit von (a) nur der Wandel in Richtung durchgehend anwendungsorientierter Auftragsforschung, also Kommerzialisierung (s. (c)). Demgegenüber halte ich die Hoffnung, ohne universitäre Anbindungen leidliche Sockelfinanzierungen durch Bund, Länder oder Kommunen zu erhalten, für trügerisch.

(c) dominant *Auftragsforschung* betreibende, d.h. *sich kommerzialisierende* Institute (wie a&o-research Berlin oder isw Halle). Diese Institute sehen ihre Chancen in der fachlichen und zugleich anwendungsorientieren Spezialisierung der

Forschung, um auf dem Markt für Auftragsforschung (öffentliche Hände, private Auftraggeber) hinreichend Mittel zur ökonomischen Reproduktion einzuwerben. Dies kann dauerhaft nur gelingen, wenn die in Ostdeutschland noch recht verbreiteten akademischen Ambitionen des Personals zugunsten klar kommerzieller Ausrichtung aufgegeben werden. Dies ist nicht nur inhaltlich begründet, sondern wie oben dargestellt, auch rechtlich und finanztechnisch. Für all jene Institute, die diesen Übergang bewältigen bzw. bereits bewältigt haben, sehe ich gute Etablierungsmöglichkeiten, auch wenn gegenwärtig noch eine reputative Übermacht westdeutscher Anbieter besteht und die Aussichten bezüglich der Auftragslagen nicht Anlaß zu uneingeschränktem Optimismus geben.

Zusammenfassend läßt sich also festhalten: Die guten öffentlichen Förderbedingungen 1991-1993/94 trugen zu einem Gründungsboom und zur folgenden (relativen) Stabilisierung der Landschaft bei. Sobald sich diese Bedingungen einschneidend verschlechtern - wie es seit Anfang 1994 der Fall ist und nach 1996 wohl verstärkt sein wird - werden viele Einrichtungen ernste Finanzierungsschwierigkeiten bekommen. Mittel- und langfristige Überlebenschancen werden wohl nur jene Einrichtungen haben, die entweder, soweit sie weiter wissenschaftlich, ja auch akademisch tätig sein wollen, Sockelfinanzierungen erlangen können, wobei dies wohl nur für An-Institute möglich sein wird, oder jene, die sich auf kommerzielle Auftragsforschung spezialisieren. Da dies einerseits nicht für alle existierenden Institute möglich sein wird und zudem die Konkurrenz auf beiden „Märkten" ihre Opfer fordert, wage ich die Prognose, daß von den heute agierenden freien sozialwissenschaftlichen Instituten maximal 50% auch noch in 10 Jahren existieren werden. Dabei sind die personellen Problemlagen noch nicht berücksichtigt (s.u.).

5. Personalentwicklung

Die Personalentwicklung an den außeruniversitären Instituten spiegelt die obigen Auftrags- und Förderlagen wider. Generell ergibt sich nach den Recherchen von Lohr et al. (1993, 1994), daß 1993 50% und 1994 51% der freien Institute unter 10 Beschäftigte auswiesen. Die demzufolge große Zahl der Institute, die über 10 und mehr Beschäftigte verfügten, verdankt sich in erster Linie den bis dahin noch immer zahlreichen ABM (Für 1994 betrug deren Zahl nach Lohr et al. ca. 40% der insgesamt Beschäftigten - vgl. auch die folgende Graphik auf Basis der KSPW-Erhebung 1993). Leider wurden hier nicht die absoluten Beschäftigtenzahlen angegeben.

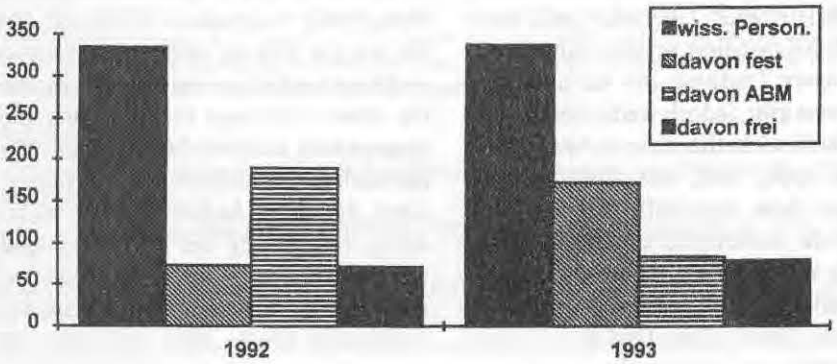
Nach der KSPW-Erhebung wurden 1991/92 zunächst relativ viele Mitarbeiter (in den verschiedenen Formen) eingestellt bzw. von den alten, abgewickelten Einrichtungen zunächst übernommen, die wegen der relativ guten öffentlichen Förderbedingungen auch weitgehend entlohnt werden konnten. Von 1992 zu 1993 blieb der Personalbestand offenbar relativ konstant (s. Graphik 4). Allerdings

läßt sich für 1993 im Vergleich zu 1992 ein leichter Anstieg der festen Mitarbeiter verzeichnen. Da gleichzeitig die unter ABM Beschäftigten fast in gleichem Maße abnahmen, kann davon ausgegangen werden, daß sich die Festanstellungen fast ausschließlich aus den ehemaligen ABM-Angestellten rekrutierten. Soweit dies in 1993 eine erfreuliche Entwicklung darstellt, sollte dieser Trend doch nicht überbewertet bzw. „geschönt" werden. Die Kategorie „Festanstellung" sagt zunächst weder etwas über die tatsächliche Dauer des Beschäftigungsverhältnisses noch genaueres über die Lohnhöhen, die gezahlt werden können. Aus Gesprächen ist bekannt, daß in Vereinen oft nicht nur ein (zuweilen völlig informelles) „Job-Sharing", sondern offenbar auch „Wage-Sharing" stattfindet, mithin Mitarbeiter zwar (fest) angestellt, aber vollkommen unterbezahlt tätig sind. Mit einem Wort: Die Übernahme der ABM-Beschäftigten als festangestellte Mitarbeiter wird sich in einer Reihe von Fällen (wohl die Mehrzahl) als „schöner Schein" erweisen. Gleichwohl können nicht alle diese Übernahmen als solcher gewertet werden. Richtig ist nämlich auch, daß sich für eine Reihe von guten Instituten, die Auftragslagen in 1992/93 nicht unerheblich verbessert haben, die i.d.T. zu „realen" Festanstellungen führten. Allerdings läßt sich das Verhältnis gegenwärtig nicht sicher quantifizieren. Ich schätze, daß bestenfalls 1/4 der Übernahmen aus ABM Stellen darstellen, die auch mittelfristig Bestand haben könnten, wobei diese Aussage natürlich nur für die „überlebenden", d.h. sich in der oben diskutierten Weise spezialisierenden, Institute gilt.

Für das Jahr 1994 wird sich die Stellenanzahl in den freien Instituten, obgleich mir hierzu z.Z. keine Zahlen vorliegen, kaum verbessert haben, da weitere ABM abgebaut, von einer Kompensation durch vermehrte Forschungsaufträge bzw. verbesserte Förderbedingungen aber keineswegs die Rede sein kann. Ob es zu einem realen Abbau kam, ist ungewiß. Zudem kam es in 1993/94 vereinzelt zu Wechseln aus freien Instituten an Universitäten/Hochschulen. Dabei betrifft dieser Wechsel v.a. die bis 35jährigen. Ältere WissenschaftlerInnen hatten und haben dafür praktisch keine Chancen (mehr). Es kann davon ausgegangen werden, daß die große Masse des Personals an den freien Instituten zwischen 45 - 60 Jahre alt ist. Junge Mitarbeiter gibt es wohl nur in den sockelfinanzierten Einrichtungen, obgleich auch nicht so viele, da für diese Altersklasse Abwanderungen an Universitäten und in die Industrie/Dienstleistungsbereich eine neue und lukrative(ere) Berufsperspektive darstellen dürften. Die Probleme, die sich aus dieser Alterspyramide ergeben, kann ich hier nicht diskutieren. Immerhin sei festgestellt, daß ein Großteil der heute an freien Instituten Beschäftigten somit in 10 - 15 Jahren Rente beziehen werden, so daß ein im Zusammenhang mit den freien Instituten zentral debattiertes Problem, eben die Personalfinanzierung, sich erheblich anders darstellen wird.

Für 1995 und v.a. nach 1996 sind die Aussichten für die Personalentwicklung wegen der sich abzeichnenden Verschlechterungen der Förder- und Auftragslagen alles andere als „rosig". Der allgemeine Trend einer „Verschlankung" des Personalbestandes (insbesondere durch Wegfall von ABM), wobei die aktivsten und qualifiziertesten Mitarbeiter gehalten werden, wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß in einigen freien Instituten - auch wegen großzügiger öffentlicher Unterstützung wie ABM - 1991/92 eine Anzahl von Mitarbeiter eingestellt wurde, die längerfristig für solche Forschungsinstitute in keinem Falle haltbar ist. Insofern ist nicht jede Reduzierung des Personalbestandes eine Gefährdung der Landschaft. Nach 1994 betrafen bzw. betreffen freilich nach erfolgtem Abbau weitere Verminderungen nunmehr die Substanz der meisten Institute.

Graphik 4: Personalentwicklung 1992/93



Quelle: KSPW-Erhebung 1993

6. Einige abschließende Bemerkungen

Wie erscheint das Problemfeld der freien sozialwissenschaftlichen Institute Ostdeutschlands im Kontext der Transformation, näher der Vereinigung, und des West-Ost-Verhältnisses? Analysiert man die Umbauten in den drei Sektoren des Systems der Sozialwissenschaften: Universitäten/Hochschulen, Bund/Länder- und Stiftungsgetragene Großforschungseinrichtungen (Blaue Liste, MPG, bundeseigene Institute) und freie Institute, kann folgendes gesagt werden. Der Umbau der Universitäten erbrachte eine beachtliche Ressourcenerweiterung, ist funktional gelungen, hinterläßt gleichwohl wegen der Personalpolitiken nicht nur einen bitteren Nachgeschmack, sondern auch eine Vielzahl von Wissenschaftler(inn)en, die ihr "neues Glück" nur in freien Instituten oder in anderen

Berufszweigen suchen konnten. Der Umbau der zweiten Kategorie kam nur langsam in Gang, wird aber in Kürze zu einer weitgehend angemessenen Vertretung auch dieser Institutionen in den neuen Ländern führen. Bei den freien Instituten ist die Lage gespalten. Einerseits kann festgehalten werden, daß die Errichtung von An-Instituten in den neuen Bundesländern an Dynamik gewinnt. Soweit es hierbei zu Sockelfinanzierungen kommt, werden diese kaum unter den Finanzierungen im Westen liegen, sobald sich die Verhältnisse im Osten normalisiert haben. Überhaupt muß diesbezüglich konstatiert werden, daß es zwar eine längere Tradition von An-Instituten im Westen gibt, jedoch weder deren Zahl noch deren sockelfinanzierte Ausstattungen so üppig sind, wie zuweilen von östlicher Seite unterstellt. Kommerziell agierende Auftragsforschungsinstitute werden mit der Zeit auch im Osten in Zahl und Bedeutung mit ihren westlichen Pendants gleichziehen. Und deren Überlebensprobleme auf einem hart umkämpften Markt werden nicht größer sein als die der westlichen Institute.

Einzig die oben unter (b) genannten freien Institute (und deren Personal), die eine klare Erbmasse der Transformation und der Weise der Vereinigung darstellen, stellen ein wirkliches ostdeutsches Sonderproblem dar und passen nicht in das tradierte westdeutsche Wissenschaftssystem. Ihr mittelfristiges Überleben wird nur möglich sein, wenn die Politik deren Sonderstatus, infolge der Vereinigung akzeptiert, wobei mir - wie oben ausgeführt - deren Umgestaltung in tradierte Einrichtungsformen realistischerweise nicht möglich scheint. Diese Akzeptanz und somit die mittelfristige Sonderförderung dieser Einrichtungen kann billigerweise auch von den Betroffenen und deren Unterstützern eingefordert werden. Auf welche Weise dies geschehen könnte, ist eine zweite Frage. Das Setzen auf mittelfristig eingesetzte ABM hat sich seit einiger Zeit als illusorisch erwiesen und kann auch kaum der Königsweg sein. Ob diese Art freier Institute über ihre gegenwärtig einforderbare Existenz hinaus auch als Promotoren für eine (mindestens partielle) Aufhebung der klassischen Zweiteilung der Forschungslandschaft: akademische Grundlagenforschung hier - anwendungsorientierte Auftragsforschung dort, auftreten können, mag man wünschen. Ich sehe deren Chance wegen der strukturellen Festigkeit des westdeutschen Systems[5] - die sich auch und gerade im Vereinigungsprozeß gezeigt hat - als gering an.

Raj Kollmorgen, Dipl.-Phil., Sozialwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Geschäftsstelle der KSPW

Anmerkungen:

[1] Z.B. für die Soziologie durch Kreckel 1994; Lepsius 1990, 1991, 1993; für die Politikwissenschaft Lehmbruch 1995.

[2] Unter freien Instituten werden folgend nur solche Einrichtungen verstanden die qua Rechtsform und Finanzierungsweise unabhängig von staatlichen Institutionen tätig sind. Das schließt eine „Sockelfinanzierung" durch öffentliche Träger - soweit diese nicht die überwiegende ökonomische Basis, sondern wirklich nur einen „Sockel" darstellt - nicht aus.

[3] Die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW) ist ein von Sozialwissenschaftler(inn)en (Soziologen, Politikwissenschaftlern, Psychologen, Wirtschaftswissenschaftlern, Erziehungswissenschaftlern u.a.) aus den alten und neuen Ländern getragener, vom Wissenschaftsrat initiierter und von den Bundesministerien für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) sowie Arbeit und Soziales (BMA) unterstützter sowie finanzierter Verein, dessen Hauptziele die Erforschung bzw. Förderung der Erforschung des Transformationsprozesses in den neuen Ländern darstellt. Die Kommission, die 1991 gegründet wurde, wird ihre Arbeit 1996 mit der Vorlage themenbereichsspezifischer Endberichte, die veröffentlicht werden, beenden. Mögliche Anschlußprojekte sind gegenwärtig in der Diskussion (näheres zu Geschichte, Aufgaben und bisherige Tätigkeit in: Hauß/Kollmorgen 1993 und 1994 sowie in den anforderbaren aktuellen Prospekten). Die Fragebogenerhebung der KSPW bezog sich auf alle bisherigen Projektnehmer der KSPW.

[4] Diese Einschränkung folgt aus dem Umstand, daß soweit es Sockelfinanzierungen dieser Einrichtungen gibt, diese nicht auf die i.e.S. sozialwissenschaftliche Komponente bezogen sind.

[5] Soweit ich sehe, bestanden die einzigen Neuerungen im System infolge der Vereinigung (a) in der Einrichtung der KSPW, die weder klassisches Forschungsinstitut noch reine, d.h. alleinige Förderinstitution ist. Diese Einrichtung war allerdings - man mag es symptomatisch nennen - von vornherein zeitlich befristet (bis 1996). (b) Die Errichtung „geisteswissenschaftlicher Zentren". Ob diese einen längeren Bestand haben, wage ich zu bezweifeln. Überhaupt darf hier gefragt werden, ob durch diese Institution, die sich allein vorangegangener außeruniversitärer Abwicklungen verdankt, nicht nur aus der Not eine Tugend gemacht wurde. Die Zukunft wird es zeigen.

Literatur:

Forschungsagentur Berlin GmbH (1993): Forschungseinrichtungen der neuen Bundesländer 1993. Berlin: Hoppenstedt.

Hauß, Friedrich & Kollmorgen, Raj (1993): Die KSPW im Transformationsprozeß. In: INITIAL 4/1993, S. 35-52.

Hauß, Friedrich & Kollmorgen, Raj (1994): Die KSPW zwischen Kontinuität und Zäsur. In: INITIAL 5/1994, S. 114-128.

IZ Berlin (1995): Recherche zu den außeruniversitären sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in den NBL (im Auftrag der KSPW).

Kreckel, Reinhard (1994): Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg, Der Hallische Graureiher 94-3.

Lepsius, Rainer M. (1990): Zur Lage der Soziologie an den Universitäten der DDR. In: KZfSS 42. Jg. (2): 313-323.

Lepsius, Rainer M. (1991): Zur Entwicklung der Soziologie in den neuen Bundesländern. In: KZfSS 43. Jg. (1): 138-145.

Lepsius, Rainer M. (1993): Zum Aufbau der Soziologie in Ostdeutschland. In: KZfSS 45. Jg. (2): 305-337.

Lehmbruch, Gerhard (1995): Die Politikwissenschaft und die deutsche Vereinigung. Eine Fallstudie zum ostdeutschen Transformationsprozeß. In: INITIAL Heft 3/1995, S. 84-115.

Lohr, Karin; Simon, Dagmar; Sparschuh, Vera; Wilsdorf, Steffen (1993): Ideenskizze zu dem Projekt: Die Sozialwissenschaften in den neuen Bundesländern - ihre institutionelle Differenzierung, Konsolidierung und mögliche Perspektiven, unter besonderer Berücksichtigung der außeruniversitären Forschung. unv. Projektantrag.

Lohr, Karin; Simon, Dagmar; Sparschuh, Vera; Wilsdorf, Steffen (1994): Wie konstitutiert sich sozialwissenschaftliche Forschung auf dem "freien Markt"? Chancen und Restriktionen neugegründeter Institute und vereine in den neuen Bundesländern. unv. Forschungsbericht.

Klaus Däumichen (Berlin):

Wegbereiter neuer Technologien

Innovative Unternehmen fördern den industriellen Mittelstand*

Die in den neuen Bundesländern existierenden ca. 180 Forschungs-GmbHs/innovativen Unternehmen/industrienahen Forschungsinstitute, hervorgegangen aus FuE-Einrichtungen der ehemaligen Kombinate und Ministerien, Instituten und Forschungsbereichen der Akademien, Hochschulen u. a., gestalten aus eigener Kraft ihre Entwicklung und verkörpern ein bedeutendes industrienahes Innovationspotential in den neuen Bundesländern. Sie sind die Kristallisationspunkte für die sich in den neuen Bundesländern herausbildende mittelständische Industrielandschaft. Ihr Anliegen ist es, aus eigener Kraft mit innovativen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen am Markt zu bestehen. In dieser Hinsicht können die Unternehmen bereits auf eine Reihe von anerkannten Leistungen verweisen, z. B. auf den Gebieten Werkstoffentwicklung, Maschinenbau, Elektrotechnik, Informationstechnik, Chemiefasern sowie der Umwelttechnologien. Diese Entwicklung wäre ohne die Fördermaßnahmen des Bundes und der Länder nicht möglich gewesen.

Die innovativen Unternehmen wirken dem drastischen Leistungs- und Kapazitätsabbau im Bereich der industrienahen Forschung (1989: 85.000 und 1994: ca. 10.000 Beschäftigte) entgegen und setzen Zeichen für die Bewältigung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels in den neuen Bundesländern. Ihr weiterer Weg hängt vor allem von der Entwicklung des eigenen Leistungsvermögens ab; zugleich bedürfen sie noch einer wirksameren Unterstützung als Hilfe zur Selbsthilfe.

Die meisten innovativen Unternehmen haben noch nicht die finanzielle Kraft, um - auf sich allein gestellt - im Innovationswettbewerb bestehen zu können. Sie brauchen staatliche Unterstützung - vorerst in noch stärkerem Maße und für längere Zeit als vergleichbare westdeutsche Unternehmen.

Die Forschungs-GmbHs/innovativen Unternehmen/wirtschaftsnahen Forschungsinstitute repräsentieren ein breites Spektrum wissenschaftlich-technischer Leistungsfähigkeit. Fast 40 Prozent sind Ausgründungen aus den Branchen Elektrotechnik und Maschinenbau. Charakteristisch ist, daß sich ca. die Hälfte - unabhängig von ihrer branchenmäßigen Zuordnung - mit Umwelttechnologien und -technik u. ä. befaßt. Hier werden zukunftsträchtige, vom Markt noch nicht gesättigte Arbeitsfelder erwartet und zum Teil auch bereits gefunden (zur Verteilung der innovativen Unternehmen/Forschungs-GmbHs über Branchen/Technologiefelder siehe Abb. 1). In Sachsen-Anhalt bilden Metallurgie/Maschinenbau sowie Nahrungsmittelgewerbe/Landwirtschaft besondere Schwerpunkte.

* Der Beitrag beruht auf einer Untersuchung zu den Forschungs-GmbHs/innovativen Unternehmen, die kürzlich von der Technologie-Vermittlungs-Agentur Berlin e.V. (TVA) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) durchgeführt wurde. Die TVA ist Projektträger für die „Agenturen für Technologietransfer und Innovationsförderung" sowie für die „Technologiespezifischen und branchenorientierten Transferzentren" in den neuen Bundesländern.

Technologiefelder*/ Branchen	Unternehmen insges.	Berlin-Ost	Brandenburg	Mecklg.-Vorpomm.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Unternehmen insgesamt	160	49	9	5	62	16	19
Bergbau/ Energiewirtschaft	17	2	-	1	10	-	4
Biotechnologie/ Chemie	24	14	2	-	4	3	1
Metallurgie/ Maschinenbau	44	5	2	2	28	5	2
Elektrotechnik/ Informatik/Optik	34	21	2	1	5	1	4
Textil-, Leder-, Holztechnologie	14	-	-	-	9	1	4
Nahrungsmittelgewerbe/Landwirtschaft	10	1	3	-	-	5	1
Baugewerbe	9	3	-	-	3	1	2
Sonstiges (Verkehr, Design,...)	8	3	-	1	3	-	1

* Fast zwei Drittel (63 %) der Forschungs-GmbHs/innovativen Unternehmen/wirtschaftsnahen Forschungsinstitute verweisen in ihren Angeboten auf Leistungen im Bereich der Umwelttechnologie

Abb. 1: Verteilung der Forschungs-GmbHs/innovativen Unternehmen/wirtschaftsnahen Forschungsinstitute über Branchen/Technologiefelder sowie die neuen Bundesländer

Mit der Entwicklung von Forschungs-GmbHs vollzog sich ein Profilierungsprozeß im Leistungsangebot, der - in der Tendenz - zur Herausbildung von drei unterschiedlichen Unternehmenstypen führte:[1]

Typ 1: Forschungs-GmbH mit Zielrichtung *Technologie-Unternehmen,* vor allem im High-Tech-Bereich (ca. 16 % der Einrichtungen),
Beispiele in Sachsen-Anhalt: FLUID-Ingenieurtechnik GmbH, Halle; Ingenieurtechnik GmbH Halle, Eisen- und Hüttenwerke Thale AG Engineering Pulvermetallurgie; SynTec GmbH, Wolfen;

Typ 2: Forschungs-GmbH als *FuE-Einrichtung mit spezifischem Angebot* (ca. 34 % der Einrichtungen),
Sachsen-Anhalt: Institut für Technische Trocknung GmbH, Gatersleben; SLV Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt Halle GmbH; Leuna-Werke AG, Zentralbereich Forschung;

Typ 3: Forschungs-GmbH als *innovativer Dienstleister* auf den Gebieten Konstruktion und Entwicklung, Planung und Projektierung, ingenieurtechnische Beratung u. ä. Aufgaben (ca. 50 % der Einrichtungen),
Sachsen-Anhalt: FER Ingenieurgesellschaft für Automatisierung GmbH, Magdeburg; ÖHMI Forschung und Ingenieurtechnik GmbH, Magdeburg.

Der verstärkten Förderung durch die öffentliche Hand bedarf vor allem der Typ 2. Einrichtungen dieses Typs fällt es besonders schwer, sich auf dem Markt zu bewähren, da sich die Auftragsforschung und -entwicklung noch zögernder stabilisiert als die Wirtschaft in den neuen Bundesländern insgesamt. Die zu überbrückende Start- und Anfangsphase gestaltet sich langwieriger und schwieriger als bei den Typen 1 und 3. Forschungs-GmbHs vom Typ 2 sind in der Regel gut beraten, sich neben der reinen FuE-Tätigkeit ein weiteres Standbein zuzulegen, um nicht allein auf die Finanzierung aus öffentlichen Programmen und die schwer kalkulierbare Auftragslage im FuE-Bereich angewiesen zu sein.

Für die weitere Tätigkeit der innovativen Unternehmen zeichnen sich u.a. vor allem folgende Schwerpunkte ab:

Erstens: Wachsender internationaler Innovationsdruck und neue strategische Entwicklungen erfordern mehr Langfristigkeit

Es zeichnen sich langfristig neue strategische Entwicklungsschwerpunkte in Forschung und Technologie ab (z. B. in der Biotechnik, Anlagenbau, Werkstoffentwicklung, Verkehrstechnik), auf die innovative Unternehmen/Institute sowie staatliche Fördermaßnahmen mit entsprechender Langfristigkeit reagieren müssen. Dies wird z.B. deutlich anhand einer Prognose zur „Marktführerschaft" im Jahre 2010 für ausgewählte Technologiefelder (Abb. 2). Sie gilt wohl generell für die Orientierung der Grundlagenforschung, hat aber auch Konsequenzen für die Marktorientierung der innovativen Unternehmen.

Sicherlich läßt sich hier manches Fragezeichen anbringen. Aber mit dieser Prognose wurde deutlich unterstrichen, daß Planungshorizonte für die Stabilisierung, den Umbau und den Ausbau der Technologielandschaft wenigstens eine fünf- bis

		USA	Japan	Deutschland
Automobilindustrie				
darunter:	Personenkraftwagen		■	
	Verkehrsleitsysteme			■
Bürotechnik			■	
Chemie				
darunter:	Biotechnik	■		
	Gentechnik	■		
	Pharma			■
EDV				
darunter:	Computer		■	
	Software	■		
	Netzwerke	■		
	Sprach-, Bildverarbeitung		■	
Maschinenbau				
darunter:	Werkzeugmaschinen			■
	Lasertech. f. Mat-bearbtg.			■
	Anlagenbau			■
Automatisierungstechnik, Sensoren			■	
Mikroelektronik				
darunter:	Speicherchips		■	
	Prozessoren, ASIC	■		
Telekommunikation				
darunter:	Mobilfunk	■		
	Vermittlungstechnik			■
	Priv. Mehrwertdienste	■		
	Satellitenkommunikation	■		
Unterhaltungselektronik			■	

Quelle: TopBusiness 12/92

Abb. 2: Prognose der Marktführerschaft im Jahre 2010 in ausgewählten Technologiefeldern

zehnjährige Perspektive haben müssen. Dementsprechend langfristig sollten auch staatliche Unterstützungsmaßnahmen angelegt werden. Erfordert dies nicht eine neue Förderphilosophie, die nicht primär auf aktuelle Krisenbewältigung ausgerichtet sein sollte?

Eine solche mittel- und längerfristige Sicht macht zugleich auf die strukturellen Defizite aufmerksam. Heute mehr als drei Jahre nach der deutschen Vereinigung steht doch die gesamtdeutsche industrienahe Forschung vor einer Herausforderung hinsichtlich ihres Volumens und ihrer Struktur. Trotz des bereits erfolgten Abbaus in Ostdeutschland existiert ein relativ großes gesamtdeutsches Potential industrienaher Forschung, dem Aufträge fehlen. Erfordert dies nicht in stärkerem Maße eine Bestandsaufnahme der gesamtdeutschen Infrastuktur als Grundlage innovationspolitischer Planungen und Entscheidungen?[2] Dabei muß abgewogen werden, welche Marktsektoren beherrschbar bleiben, welche nicht. Natürlich kann der Staat das nicht bestimmen oder „exekutieren", aber er kann Einfluß nehmen, z. B. durch längerfristig angelegte Fördermaßnahmen. Das Ganze muß zugleich mit Blick auf die EG und auf mögliche Nachfrageentwicklungen aus Mittel- und Osteuropa betrachtet werden.

Zweitens: Verstärkung der Eigenkapitalbasis für junge innovative Unternehmen

Durch Landesbürgschaften sollte die Firmenfinanzierung stärker unterstützt werden, insbesondere in Abhängigkeit von der Zahl der Arbeitskräfte und der Ertragskraft der Unternehmen. Die Banken sollten bei ihrer Geschäftspolitik in den neuen Ländern mit höherer Risikobereitschaft innovative Firmen unterstützen.

Besonders schwer haben es neuzugründende Technologieunternehmen mit hohen FuE-Anteil, bei denen sich Markterfolge erst nach längerer Zeit realisieren lassen. Hier fehlt häufig die Bereitschaft der Banken, Kredite für solche Existenzgründungen bereitzustellen. Sie sind meistens nicht bereit, dieses Risiko über mehrere Jahre zu tragen und zu besichern. Helfen könnten Maßnahmen, die darauf abzielen, die Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen generell zu verstärken. Ansatzpunkte bieten diejenigen Institutionen, deren Aufgabe traditionell darin besteht, kleine und mittlere Unternehmen mit haftendem Kapital zu versorgen (z. B. die neugegründeten mittelständischen Beteiligungsgesellschaften der neuen Länder).

Drittens: Finanzierungshilfen

Es ist eindeutig: Ohne öffentliche Zuwendungen in Form von projektbezogenen Fördermitteln und/oder in Form von Anschub- oder Überbrückungsfinanzierungen - und zwar mittelfristig bis 1997 - werden viele Unternehmen nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen überleben. In einem Übergangszeitraum von drei bis fünf Jahren sind erhebliche finanzielle Hilfen nötig, sonst wird es zu weiteren Einbrüchen kommen.

Es müssen hier schnelle und unbürokratische Lösungen gefunden werden. Zu alledem sind neue Tendenzen sorgfältig herauszufiltern. Z.B. ist auffällig, daß die niedrigsten Fördermittel 1993 von Forschungs-GmbHs abgefordert wurden,

die solchen Branchen zuzuordnen sind, wie z. B. Umwelttechnik, Bauwesen oder Verkehr, also Branchen, die sich bereits stabilisieren. Das kann als ein Indiz dafür gewertet werden, daß sich mit dem Aufschwung der Wirtschaft auch die öffentliche Förderung solcher Unternehmen rückläufig entwickeln kann und andere Gesichtspunkte in den Vordergrund treten.

Von besonderer Bedeutung ist die Förderung projektgebundener Markterschließungsaktivitäten. Um sich Marktzutritt zu verschaffen, genügt es nicht, mit den bereits etablierten Wettbewerbern gleichzuziehen; wer Kunden zum Lieferantenwechsel veranlassen will, muß bessere Angebote machen als die Konkurrenz. Deshalb sollte die Förderung projektgebundener Markterschließungs- und Vertriebsinstrumente für innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen finanziell erheblich aufgestockt werden.

Die Absatzchancen für die ostdeutschen Unternehmen könnten auch über eine gezielte Nachfrage aus den Regionen in den neuen Bundesländern selbst gesteigert werden. Hier sind öffentliche und private Auftraggeber gefordert, ein entsprechendes Umfeld zu schaffen.

Klaus Däumichen, Prof. Dr., leitet die Außenstelle der Technologie-Vermittlungs-Agentur Berlin e.V. (TVA) im Forschungs- und Technologiepark Berlin-Adlershof.

Anmerkungen:

[1] Die TVA hat kürzlich in Zusammenarbeit mit dem Verband innovativer Unternehmen e.V. einen Leistungskatalog der innovativen Unternehmen in den neuen Bundesländern herausgegeben, der unter folgender Adresse geordert werden kann: TVA - Außenstelle Adlershof, Rudower Chaussee 5, 12484 Berlin

[2] Vergl. dazu: „Wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung struktureller Anpassungen in den neuen Bundesländern", ISI Karlsruhe, IWH Halle, Januar 1993, S. 10 ff.

WIP

Clever ending story oder Die Differenz von Anbindung und Einbindung

Der Vorstand des WIP-Rates hat sich mit einem Memorandum[1] an die Öffentlichkeit gewandt. Das WIP ist das Wissenschaftler-Integrations-Programm innerhalb des Hochschulerneuerungsprogramms (HEP). Mit dessen Hilfe soll(t)en positiv evaluierte vormalige AkademiewissenschaftlerInnen in andere Forschungszusammenhänge, vornehmlich Universitäten, integriert werden. Der WIP-Rat geht auf den Betriebsrat von KAI e.V. zurück. Dieser unterhielt eine WIP-Kommission, welche wiederum den Rat initiierte. Derart sollte für die verstreut beschäftigten WIPianer auch für die Zeit nach dem 31.12.1993 eine Interessenvertretung und ein Ansprechgremium gesichert werden. Eine KAI-Vollversammmlung am 22. November 1993 hatte den WIP-Rat mit einem entsprechenden Mandat als Betroffenenvertretung ausgestattet. Im Zentrum seiner Aktivitäten steht seither, nach eigener Aussage, „die ebenso kritische wie konstruktive Begleitung der Umsetzung des WIP im HEP in den neuen Ländern der BRD". Das nun vorgelegte Memorandum liefert die Kritik wie die Konstruktivität.

Es beginnt mit dem Satz „Allem Anschein nach ist das WIP im HEP bislang gescheitert" und konkludiert in vier Forderungen: Deren Umsetzung könnte alle Beteiligten den ersten Satz dann doch noch streichen lassen. Dazwischen wird wertvolle Erinnerungsarbeit zur Geschichte des WIP geleistet und präzise die derzeitige Situation der WIP-Geförderten beschrieben.

Die Erinnerungsarbeit richtet sich vornehmlich an die verantwortlichen Politiker und scheint dort auch sehr nötig zu sein. Verdienstvoll ist insonderheit die Rekonstruktion des ursprünglichen Integrationszieles und dessen, was davon zwischenzeitlich übrig geblieben ist. Wir fassen zusammen:

1. Nach Abschluß der Evaluierung hatte der Wissenschaftsrat am 5.7.1991 in seinen Empfehlungen für die Neustrukturierung der Forschung im vereinigten Deutschland u.a. vorgeschlagen, ca. 2.000 MitarbeiterInnen der Akademie der Wissenschaften (AdW), der Bauakademie und der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in die ostdeutschen Hochschulen einzugliedern.

2. Die ostdeutschen Wissenschaftsminister bekräftigten hernach wiederholt, daß diese Wissenschaftsrats-Empfehlungen ohne Abstriche umgesetzt werden sollten.

3. Der Bund nahm seine wesentliche Mitverantwortung in dieser Sache zunächst dadurch wahr, daß die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) am 11.7.1991 das HEP beschloß: Darin enthalten ist das WIP.

4. Dieses Programm war anfangs auf zwei Jahre (1992-93) angelegt. Nach massiven Interventionen verschiedener Seiten wurde es durch BLK-Beschluß vom 9.7.1992 auf fünf Jahre (1992-96) erweitert.

5. Die Ausschreibung zum WIP im Jahre 1991 hatte u.a. die Bedingung gestellt, daß - nach einer zweijährigen sog. Integrationsphase unter KAI-Administration - am 1. Januar 1994 ein Arbeitsvertrag mit einer Hochschule zustande gekommen sein muß. Nur dann war für die einzelnen WissenschaftlerInnen die (befristete) Weiterförderung aus WIP-Mitteln gesichert.

6. Immerhin 93 Prozent der WIPianer hatten zum 1.1.1994 zumindest ein Beschäftigungsangebot von, vereinzelt auch einen formellen Arbeitsvertrag mit einer Hochschule.[2] Indessen: Sofern es sich nicht um reguläre Berufungen handelt, waren und sind diese Angebote resp. Verträge meist bis Ende 1996 befristet. Denn bis dahin werden, wie erwähnt, die Stellen über das WIP finanziert. Anschließend müßten die Hochschulen die Kosten tragen. Daß diese, angesichts eigener Sparzwänge, solches durch Befristungen zu vermeiden suchen, leuchtet ein. Das Memorandum: „Die universitären Einrichtungen allein sind... diesbezüglich schlicht überfordert, in ihren Reaktionen zu verstehen und für die Sachlage auch nicht verantwortlich." Mithin: Bei den Befristungen handelt es sich bislang um Anbindungen, nicht Integrationen.

7. Die BLK konstatierte im Februar 1994, daß es damit gelungen sei, „den Beginn der Integrationsphase... mit einer Integrationsquote von rund 93 Prozent erfolgreich abzuschließen." Zur Verdeutlichung sei dieser Satz in Kurzform formuliert: „Der Beginn ist abgeschlossen." Zur sachlichen Richtigkeit sei darauf verwiesen, daß mit diesem erfolgreich abgeschlossenen Beginn der Integrationsphase keineswegs eine Integrations-, sondern eine Anbindungsquote konstatiert werden kann. Damit, so die BLK dann weiter, sei das „politische Ziel des WIP, die Stärkung der Forschung in den Hochschulen der neuen Länder, ... erreicht." Zur Erinnerung: Das politische Ziel des WIP war die *dauerhafte* Stärkung der Forschung an den ostdeutschen Hochschulen, nicht eine solche allein bis Dezember 1996. Völlig wurde dies auch von der BLK nicht übersehen: Nun müßten „die Hochschulen sich bemühen, sich die Mitarbeit exzellenter Forscher langfristig zu sichern, indem sie die Integration - sowie dies die Stellensituation erlaubt (*sic!*) - endgültig zu vollziehen."

8. Auf parlamentarische Anfrage hin erklärte der Staatssekretär im BMFT, Bernd Neumann, am 18. Mai 1994: Die BLK habe „am 11. April dieses Jahres den positiven Abschluß der Integrationsphase im WIP mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und nochmals auf die Verantwortung der Hochschulen und der Länder für die langfristige Eingliederung nach dem Ende des Förderzeitraums hingewiesen".

Der WIP-Rat kommentiert in seinem Memorandum: „Man sieht aus dem Vergleich mit jener Pressemitteilung vom 25. Februar 1994, daß nun offenbar der Versuch unternommen worden ist, das zentrale WIP-Problem mit einer verän-

derten Sprachregelung allein den atomisierten Forschern zu überantworten: So wird aus einer zutreffenden Feststellung vom erfolgreichen Abschluß des Beginns von Integration (25. Februar 1994) der positive Abschluß der Integrationsphase (11. April 1994)."

Neben diesem Hauptproblem erörtert das Memorandum weitere offene Fragen - Mittelbau, Forschungsgruppen, Forschungsprojekte sowie Beschäftigungszeiten - und formuliert schließlich vier zusammenfassende zentrale Forderungen:

„1. Einrichtung unbefristeter Beschäftigungspositionen für die derzeit im WIP Geförderten, die sich an der Hochschule durch ihre Leistungen bewährt haben. Dies sollte im Zusammenhang mit dem Mittelbau-Problem gesehen werden.
2. Erhaltung der WIP-Gruppen, die ihre bei der Evaluierung der Projekte nachgeweisene Leistungsfähigkeit wesentlich auf interdisziplinäre Zusammenarbeit gründen; keine Atomisierung solcher Gruppen.
3. Unterstützung der Aktivitäten der im WIP-Rahmen finanzierten Forscher-Persönlichkeiten und Forschungs-Gruppen bezüglich ihrer Zukunftsgestaltung, insbesondere
bei Bewerbung um längerfristige, auch über 1996 hinausreichende Drittmittelprojekte und Industrieaufträge,
durch Förderung der An-Institute, die aus dem WIP heraus bereits entstanden sind, und von Vorhaben, ein An-Institut zu bilden oder sich auszugründen.
4. Anerkennung der an den DDR-Akademien und bei KAI e.V. geleisteten Dienstjahre im Zusammenhang mit den Bestimmungen des BAT."

Dabei betonen die Memorandum-AutorInnen: „Wir streben keine Sonderrechte für die WIPianer an, plädieren aber für solche Sonderregelungen, die der unterschiedlichen Herkunft Rechnung tragen und eine wissenschaftsfördernde Einordnung in die allgemeine Hochschullandschaft ermöglichen. Denn es macht doch auch bei gleicher Qualifikation einen Unterschied aus, ob ein Forscher (wie es im Westen der Fall ist) zufällig organisch in das (nun auf die neuen Länder erweiterte) Wissenschaftssystem der Bundesrepublik hineingewachsen ist oder dieses (wie im Osten) von außen über ihn gekommen ist. Für den letzteren Fall sind deshalb Sonderregelungen erforderlich, es sei denn: Man will oder kann es sich leisten, auf ein über Jahrzehnte herangebildetes Fähigkeitspotential zu verzichten." Damit wäre dann, wie treffend formuliert ist, das WIP „zu einer Edel-ABM verkommen".

Gemeinsam mit der GEW Berlin bereitet der WIP-Rat nunmehr eine wissenschaftspolitische Tagung zum WIP vor. Diese ist unter dem Arbeitstitel „WIP - Leistungen und Perspektiven" für den 5. Dezember d.J. in Berlin geplant. Teilnahmeinteressierte können sich anmelden beim WIP-Rat, c/o GEW Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin.

(Red.)

Anmerkungen:

[1] Bruno Hartmann/ Gottfried Seifert/ Jutta Petersdorf/ Christel Redszus/ Sigrid Looß/ Klaus Wunderlich: WIP-Memorandum. Berlin 1994.

[2] Infolge eines BLK-Beschlusses vom 4.10.1993 konnten einige WissenschaftlerInnen auch eine Anbindung an außeruniversitäre Einrichtungen realisieren.

Norman Adler (Berlin):

Die Abwicklung geht weiter

Die aus der DDR-Akademie der Wissenschaften übernommenen Forscherkollektive werden nun auch noch zerschlagen. Der FSP Moderner Orient vor dem Aus

In den frühen Sommermonaten ging ein Aufatmen durch die Wissenschaftsredaktionen mehrerer Zeitungen aus den neuen Bundesländern. Einhellig konnten diese darüber informieren, daß die Zukunft der aus der geisteswissenschaftlichen Abwicklungsmasse der ehemalige Akademie der Wissenschaften der DDR hervorgegangenen Forschungschwerpunkte - nun zwar unter anderem Namen und mehr in die Nähe der Universitäten gerückt - gesichert sei. Der Bund übernähme, so wurde nach zähen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern vermeldet, zwei Drittel des finanziellen Bedarfs, und das Land trägt für die Grundausstattung in Höhe von einem Drittel der benötigten Finanzmittel Verantwortung.

Da die vormaligen gesellschafts- und geisteswissenschaftlichen DDR-Akademieinstitute vornehmlich in Berlin angesiedelt waren, fiel auch der größte Teil der sich in den vergangenen fast vier Jahren durch sogenannte Durchmischung wieder auf je 20 Wissenschaftler vergrößerten Forschungspotentiale auf Berlin und Brandenburg. Der Berliner Senat erklärte sich bereit, die Forschungsschwerpunkte Literaturforschung, Sprachwissenschaft und Moderner Orient zu übernehmen. Dabei habe er die Filetstücke der übrig gebliebenen Teile der DDR-Akademie abbekommen, wie man von anderen Wissenschaftspolitikern hörte.

Und in der Tat sind trotz der über die Wissenschafter Jahr für Jahr schwebenden Damoklesschwerter beachtliche Forschungsleistungen erbracht worden. Gerade im Forschungsschwerpunkt Moderner Orient wurden nationale wie internationale, stark beachtete Konferenzen durchgeführt, Projekte mit Weltniveau angeschoben oder sich daran beteiligt, Forschungsergebnisse zu Papier gebracht und neue wissenschaftliche Buchreihen installiert, und es ist der Kontakt zu den sich über die personelle Unterstützung freuenden Berliner Universitäten gesucht worden. So mancher Wissenschaftler der internationalen Spitzenklasse verbrachte hier mit Forschung und Diskussion erfolgreiche Wochen und Monate. Die Liste der zu Referaten und Veranstaltungen eingeladenen Gäste liest sich wie ein „Who is who" der internationalen Orientalistik, Afrikanistik und Asienwissenschaften. Die von den Wissenschaftlern bearbeiteten Felder lassen sich allein schon aus der gegenwärtigen und zukünftigen Brisanz der in ihrem Blickfeld stehenden Regionen Asiens und Afrikas ersehen.

Die Durchmischung - etwas mehr als die Hälfte der Wissenschaftler kommt aus dem Westen - hatte zu fruchtbaren wissenschaftlichen Diskussionen und Projekten geführt, sich also im Sinne des Vorschlages des Wissenschaftsrates, der seinerzeit laut Einigungsvertrag über die Zukunft der Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften zu entscheiden hatte, bewährt. Trotz Differenzen und unterschiedlichen Auffassungen ist hier etwas zusammengewachsen, was anderswo nicht so recht zusammenwachsen will.

Nicht durchsetzten konnte sich allerdings der seinerzeitige Vorsitzende des Wissenschaftsrates und designierte Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Dieter Simon, mit seinen damaligen Empfehlungen zur Bewahrung kreativer Wissenschaftskollektive aus den geisteswissenschaftlichen Akademie-Instituten. Mehr und mehr wurden diese heruntergeschraubt. Übrig geblieben ist auch für die Orientalisten dann nur die Variante eines besseren Drittmittelprojektes.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) sollte als Vertreter des Bundes die Verantwortung zur Fortführung der ehemals Akademie-Institutionen mit ihrer innovativen Durchmischung und Ausstrahlung übernehmen. Die DFG erklärte sich schließlich auch bereit, den ihr angetragenen Part zur Zusammen- und Weiterführung der Zentren deutsch-deutscher Geistes- und Sozialwissenschaft zu übernehmen. Allerdings geschah dies nicht wie ursprünglich vorgesehen durch die dauerhafte Institutionalisierung der sich bewährt habenden Forscherkollektive, sondern die DFG behielt sich die Einsetzung entscheidender Instrumentarien zur Kontrolle und Beherrschung der aus dem Osten überkommenen, von ihr argwöhnisch beäugten außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor.

Nachdem erst einmal die Presse die positiv wirkende Meldung zur Übernahme der zukünftigen sogenannten Geisteswissenschaftichen Zentren verbreitet hatte, ging man rasch auf kaltem Wege an die Strangulierung der Forschungspotentiale, wohl in der stillen Hoffnung, diese zukünftig scheibchenweise so reduzieren zu können, daß dann schließlich nichts mehr übrig bleibt.

Als im Juli der für DFG-Verhältnisse in relativ kurzer Zeit zusammengestellte Antrag des Forschungsschwerpunktes Moderner Orient zur Fortführung seiner Arbeit - in dem nach Vorgabe nicht nur die 19 Wissenschaftler, sondern auch noch sogenanntes technisches Personal Berücksichtigung finden mußte - verteidigt wurde, stellten die „Prüflinge", ausnahmslos Promovierte und Habilitierte, mit Erschrecken fest, daß die aus der West-Provinz angereisten Gutachter über den Hintergrund das ganzen Verfahrens nicht informiert worden waren; sie sich nicht als Helfer und Berater, sondern in bewährter Weise als Abwickler verstanden. Keine Fragen oder Erkundigungen über das bisher Erreichte und wie man daran anzuknüpfen gedenke. Fragen wurden nur noch gestellt, um den Schein der offenen Gutachterentscheidung über ein schon zuvor gefälltes Urteil zu wahren. In ihren Gutachten empfahlen sie dann auch die personelle Reduzierung des Forschungschwerpunktes um mehr als ein Drittel. Es dürfte nach der bisherigen

Praxis in dem vereinten Deutschland keine Frage sein, daß die Mehrzahl der zukünftigen arbeitslosen Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes aus dem Osten, aus der vormaligen Akademie der Wissenschaften kommen.

Eine solch drastische Reduzierung des Personalbestandes hat natürlich für den Berliner Senat zwar finanziell positive, wissenschaftspolitisch jedoch äußerst negative Folgen. Die von Berlin bereitzustellende Summe für die Ausstattung der zukünftigen Wissenschaftsinstitution reduziert sich ja proportional der vom Bund, also der DFG, bereitgestellten Summe. Da diese sich nun drastisch verringert, wird auch der Senat seine Finanzierungszusagen verkleinern können. Bleibt aber die vorher ausgehandelte Größe von etwa 20 Wissenschaftlerstellen erhalten, dürfte schon jetzt klar sein, welche Seilschaften diese frei geschossenen Stellen dann besetzen werden.

Klar ist aber auch, daß mit dem reduzierten Personalbestand die ursprünglichen Intentionen schwerlich realisiert werden können und die einst von Fachexperten angeregte Fortführung von an der DDR-Akademie betriebenen Forschungen verloren geht sowie laufende, auch international vernetzte wissenschaftliche Projekte eingestellt oder storniert werden müssen. Unverständlich muß diese Handlungsweise all denjenigen Kritikern in der internationalen Fachwelt sein, die schon vor einigen Jahren die Zerstörung des Forschungspotentials im Osten Deutschlands mit Besorgnis registriert hatten. Die von der „kalten Abwicklung" Betroffenen hatten bereits in den vergangenen Jahren international beachtete Forschungsergebnisse vorgelegt. Nicht zu übersehende Publikatonslisten, die so manchen Professor aus den alten Bundesländern erstaunen läßt, zeugen davon.

An dem Ergebnis des DFG-Gutachtergremiums, das auch von außenstehenden Kennern in seiner Zusammensetzung schon zuvor als inkompetent eingeschätzt wurde (so hatten Ethnologen, Soziologen, Linguisten über vornehmlich historisch orientierte Projekte zu befinden), wird die DFG nicht rütteln lassen. Das gehört zu ihren ehernen Gesetzen. Ebenso wenig dürfte zu beweisen sein, daß unter den Gutachtern die Meinung vertreten wurde, jede eingesparte Mark für dieses in ihren Augen privilegierte „Ost"-Unternehmen, kommt den eigenen gebeutelten Universitäten in der „Provinz" zugute. Nachweisen läßt sich aber vermutlich schon bald, welcher ehemaliger Assistent, Günstling oder befreundeter Kollege der Gutachter demnächst an der Berliner Einrichtung arbeiten wird.

Wenn sich die Verantwortlichen im Berliner Senat jedoch nicht der Lächerlichkeit preis geben wollen, die gutachterlich selektierten Wissenschaftler könnten aus fachlichen Gründen nicht weiterbeschäftigt werden, sollte die Politik eingreifen und sich an die ehemals vorgeschlagenen Varianten der Förderung geisteswissenschaftlicher innovativer Forschungseinrichtungen in Berlin auf der Grundlage der Weiterbeschäftigung von Wissenschaftlern aus der DDR-Akademie erinnern.

Norman Adler, Dr. phil., ist als Historiker in Berlin tätig

Karin Fobe (Leipzig):

Ein junges Forschungsinstitut beschreibt seinen Weg: *ZAROF* Leipzig

Die Abkürzung *ZAROF* steht für „Zentrum für Arbeits- und Organisationsforschung e.V." und repräsentiert ein sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, das sich als eingetragener Verein der Gemeinnützigkeit verpflichtet hat.

1. Zur Entstehungsgeschichte - die Gründungsphase

Das *ZAROF* wurde am 13. November 1990 von jungen Leipziger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegründet und feiert 1995 seinen fünften Geburtstag.

Die Gründungsmütter und -väter des Forschungszentrums waren sieben vor allem junge und tatendurstige SozialwissenschaftlerInnen (drei von ihnen hatten bereits promoviert), die aus dem sich nach der „Wende" in Abwicklung befindenden Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) kamen. Ohne Beschäftigungsperspektive an der Leipziger Außenstelle des Deutschen Jugendinstituts München (DJI), die heute in den Räumen des ehemaligen ZIJ ihren Sitz hat und an der lediglich ein geringer Bruchteil der früheren MitarbeiterInnen weiterbeschäftigt wurde, verfolgten sie insbesondere das Ziel, das Sterben ihrer Forschungen zu verhindern, wenn schon ihr altes Institut sterben mußte.

Mit der Gründung des *ZAROF* wurden 1990 vor allem drei Ziele verfolgt, die in der Gründungssatzung als Vereinszweck festgeschrieben waren:

· Zentrale wissenschaftliche Zielstellung war „... die Durchführung von wissenschaftlichen Untersuchungen und die Anfertigung von Analysen zu betriebs- und arbeitssoziologischen Problemen, zur Situation auf dem Arbeitsmarkt, zu Umweltfragen, sozialen Veränderungen und Entwicklungen der Jugend als Entscheidungshilfen für Körperschaften des öffentlichen Rechts"[1].

· Zu diesen und tangierenden Problemen sollten Schulungen, Seminare und Beratungen angeboten werden, wobei die Gemeinnützigkeit aller Aktivitäten vordergründig war.

· Nicht zuletzt wurde mittels des institutionellen Rahmens *ZAROF* angestrebt, „... arbeitslosen WissenschaftlerInnen über ABM nach dem AFG eine gesellschaftlich nützliche Betätigung zu ermöglichen"[1], die wegen drastischer Stellenreduzierungen, gerade in sozialwissenschaftlichen Forschungsbereichen des Freistaates Sachsen, für viele nicht mehr im Bereich des Möglichen lag.

1990 waren die Vereinsmitglieder des *ZAROF* überwiegend arbeitslos, befanden sich in einer sogenannten Warteschleife, waren von Arbeitslosigkeit bedroht oder standen am planmäßigen, mitunter auch außerplanmäßigen Ende eines sozialwissenschaftlichen Studiums oder einer Aspirantur. Die technische Ausstattung bestand insbesondere aus einer Schreibmaschine: Es gab weder ein Telefon, noch einen PC, keinen Kopierer und auch kein Fax-Gerät[2].

Ein Geist des Gründerabenteuers und die Freude nach jedem, wenn auch noch so kleinen Erfolg, waren der Start des *ZAROF* in die neue, noch völlig durcheinandergewürfelte ostdeutsche Forschungslandschaft.

2. Zeit der ABM und erster erfolgreicher Forschungsakquisition - die Stabilisierungsphase

ZAROF stellte Ende 1990 beim Arbeitsamt Leipzig seinen ersten Antrag auf Bewilligung einer ABM zur Durchführung von „Studien zur Konfliktuntersuchung in industriellen Unternehmen und Erstellung von arbeitssoziologisch begründeten Vorschlägen zur Konflikthandhabung". Auf dieser ABM konnten mit Wirkung vom 1.4.1991 die ersten drei WissenschaftlerInnen im Forschungszentrum eingestellt werden. Auch alle weiteren Anstellungen 1991 und 1992 erfolgten im Rahmen einer ABM-Tätigkeit der Beschäftigten: Neben der Arbeitsgruppe „Konfliktforschung" wurden die Arbeitsgruppen „Humanisierung der Arbeit im Handel" (ab 1.6.91), „Jugendforschung" (ab 1.7.91) und „Soziologische Aspekte der neuen Selbständigen nach der 'Wende' in der DDR" (ab 1.7.91) gegründet. Im Frühjahr 1992 waren damit insgesamt 13 SozialwissenschaftlerInnen und 2 kaufmännisch-technische Mitarbeiterinnen im Rahmen einer ABM im Forschungsinstitut beschäftigt.

Die ursprünglich vor allem auf quantitative Sozialforschung ausgerichtete Forschungstradition des ZIJ, die zunächst auch für das *ZAROF* galt und auf seine Gründungsmitglieder zurückging, wurde 1991 durch das Weggehen mehrerer dieser Gründungsmitglieder, die andere Wirkungsfelder gefunden hatten, und durch das gleichzeitige Hinzustoßen neuer WissenschaftlerInnen - vor allem aus der Universität Leipzig, aber auch von der Handelshochschule und der Deutschen Hochschule für Körperkultur Leipzig (DHfK) - bald gebrochen. Gerade diese 1991 und 1992 neu hinzugekommenen SozialwissenschaftlerInnen beeinflußten das Forschungsprofil des Instituts nachfolgend sehr wesentlich: Die Forschungsmethodik im *ZAROF* ist heute maßgeblich auf Methoden der qualitativen sozialwissenschaftlichen Forschung ausgerichtet. Dadurch hebt es sich ab von vielen einschlägigen Marktforschungsinstituten.

Durch die Tätigkeit seiner MitarbeiterInnen zunächst generell auf ABM-Basis war das Forschungszentrum für durch-

schnittlich 2 Jahre, also bis Ende 1993, nahezu unabhängig von der Notwendigkeit zur Einwerbung von Drittmitteln: 1991/92 bot das Arbeitsamt im Rahmen der ABM-Tätigkeit gerade solchen neu in der Entstehung begriffenen Forschungseinrichtungen wie dem ZAROF sehr günstige, aus heutiger Sicht geradezu komfortable Bedingungen. Die ABM waren mit 100% der Personalkosten, davon zuzüglich 30% für Sachkosten, ausgestattet und ermöglichten den WissenschaftlerInnen eine am Vereinszweck ausgerichtete, relativ unabhängige (da weitgehend selbst bestimmte) und zugleich qualitativ anspruchsvolle Forschungsarbeit.

Auf der wichtigen Grundlage der finanziellen Absicherung über die bewilligten ABM-Mittel und erster, wenn auch geringer Sachkostenzuschüsse für die Realisierung kleinerer Forschungsaufträge, z.B. für die IG Metall Leipzig oder für die Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), wurde es im Januar 1992 nicht nur möglich, daß das Forschungsinstitut mit einer halben Etage in einem Mehrfamilienhaus in Leipzig-Schönefeld[3] mehrere und größere Geschäftsräume anmieten konnte, sondern daß zugleich auch eine materiell-technische Grundausstattung des Instituts geschaffen und später weiterentwickelt werden konnte: Die räumlichen und materiell-technischen Arbeitsbedingungen im Institut verbesserten sich entscheidend und sind heute auf einem durchaus hohen Standard.

Im Bewußtsein darüber, daß die ABM-Zuschüsse nicht nur zeitlich begrenzt waren, sondern nach und nach auch reduziert werden würden, begannen die WissenschaftlerInnen des ZAROF bereits seit 1991 zielstrebig, Forschungs- und Studienkontakte in den neuen, besonders aber auch in den alten Bundesländern zu suchen und zu finden. Im Zusammenhang mit der Teilnahme an Fachtagungen und Kongressen, auf denen eigene Forschungsergebnisse vorgestellt und diskutiert wurden, im Rahmen eigener wissenschaftlicher Beiträge in Fachzeitschriften und -büchern, über die Durchführung auf Forschungsthemen des ZAROF bezogener Workshops sowie über Interviews in Presse und Funk wurde der Name des ZAROF vor allem bundesweit bekannter.

Auf dieser Basis entwickelten sich erste Kooperationsbeziehungen, z.B. mit den Universitäten Bremen und Bielefeld sowie mit der Sozialforschungsstelle (sfs) Dortmund, aus denen Wissenschaftskontakte und erstmals auch umfangreichere Forschungsprojekte hervorgingen.

Der erste große Erfolg wurde im Institut (wie immer mit Sekt) gefeiert, als im Frühjahr 1992 das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), Projektträger Arbeit und Technik, die Zuschüsse für das Forschungsprojekt „Humane Arbeitsgestaltung im Einzelhandel in den neuen Bundesländern" (ein Kooperationsprojekt mit der sfs Dortmund) mit einer Laufzeit von 2 Jahren bewilligte: Die ersten drei ZAROF-MitarbeiterInnen konnten ihre Tätigkeit auf ABM-Basis beenden.

Ende 1992 begann die Arbeit an zwei weiteren größeren Projekten, die von der

Hans-Böckler-Stiftung des DGB gefördert wurden, und zwar zum Thema „Frauenerwerbsarbeit im Braunkohlebergbau der neuen Bundesländer" (ebenfalls in Kooperation mit der sfs Dortmund) sowie zum Thema „Beschäftigtengerechte Gestaltung der Arbeit in der stationären Krankenpflege der neuen Bundesländer - Anforderungen an eine präventive Sozialpolitik".

Parallel dazu erorberte sich das Forschungsinstitut ein „Nebengleis", indem ein Kursprogramm speziell für langzeitarbeitslose Frauen mit dem Titel „Frauen für Frauen - Neueinstieg in das Berufsleben" ausgearbeitet und angeboten wurde, das zunächst von der Sächsischen Staatskanzlei (der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann) und ab dem dritten Kurs (1993) durch den Europäischen Sozialfonds gefördert wurde. Dieses Kursprogramm unterschied sich in Anliegen, Inhalt und Mitteln sehr von einschlägigen Weiterbildungskursen anderer Institute und fand beim Adressatenkreis, also erwerbslosen Frauen, so viel Zuspruch, daß seine weitere Organisation und Durchführung den Rahmen dessen zu sprengen begann, was die primären Ziele und Inhalte des Forschungszentrums ausmachte. In diesem Kontext wurde gemeinsam mit engagierten Frauen, die nicht nur aus dem Forschungsinstitut kamen, 1993 ein selbständiger eingetragener Verein ausgegründet, der ZAROF-Bildungsverein e.V.. Er führt derzeit den 22. Kurs dieser Art durch und widmet sich darüberhinaus weiteren spezifischen Weiterbildungsangeboten insbesondere für Frauen (z.B. werden sehr erfolgreich spezielle Kurse für Existenzgründerinnen durchgeführt).

In den Jahren 1992/93 hatte ZAROF nicht nur quasi sein erstes „Kind" geboren, sondern vor allem begann es, sich als Forschungsinstitut aussichtsreich in die deutsche Wissenschaftslandschaft einzuordnen: Der Durchbruch war geschafft und mußte „nur noch" gehalten, ausgebaut und erweitert werden.

3. Ende der ABM und Auslaufen von Forschungsprojekten - kritische Phasen und ihre Bewältigung

Eine Alltagsredewendung besagt, daß Erfolgen auch Niederlagen anhängen, Erfolg vielleicht auch Aufmerksamkeitsverluste oder Trägheit mit sich bringen kann.

Unter Umständen barg die erfolgversprechende Stabilisierungsphase des ZAROF in den Jahren 1992/93 solche Tendenzen und lenkte etwas ab von der bewußten Antizipation der Situation, wie sie sich Ende 1993, mit dem Auslaufen der ABM, und auch Ende 1994, mit dem Auslaufen der ersten großen Forschungsverträge, darstellen mußte, wenn nicht mit aller Konsequenz durch jede(n) Mitarbeiter/-in rechtzeitig Anschlußprojekte akquiriert worden sind.

ZAROF machte zu den genannten Zeitpunkten jeweils kritische Phasen durch, die für einzelne (aus Mangel an Personalmitteln) leider auch eine zumindest zeitweilige Kündigung bedeuteten, und aus

denen allerdings zugleich wichtige Lehren gezogen wurden:

(1) Eine der wichtigsten Erfahrungen war, daß der Zeitraum zwischen Beantragung eines Forschungsprojektes und seiner Bewilligung von Förderer zu Förderer enorm variieren und bis zu 12 Monate umfassen kann. Eine Erfahrung, die man vielleicht erst selbst machen muß, auch wenn andere häufig davor warnen.

· Lehre 1: Forschungsprojekte müssen möglichst sehr frühzeitig und in großer Vielfalt beantragt werden. Mit ihnen steht und fällt die Existenz und Arbeitsfähigkeit solch eines Forschungsinstituts.

(2) Eine weitere Erkenntnis, die im ZAROF auch heute noch auf Unverständnis stößt, besagt, daß einem kleineren, außeruniversitären Forschungsinstitut mit einem Jahresetat unterhalb einer sogenannten „Bagatellgrenze“[4] bestimmte „Fördertöpfe“, insbesondere auf Landesebene, wegen einer daraus resultierend fehlenden Antragsberechtigung immer verschlossen bleiben, ohne daß die Qualität eines Forschungsvorhabens überhaupt geprüft wird. Einziger Ausweg aus diesem Dilemma ist die Suche nach einem antragsberechtigten (vor allem universitären) Kooperationspartner für das Vorhaben.

· Lehre 2: Forschungsanträge im Verbund haben immer die größeren und nicht selten die einzigen Chancen auf Bewilligung; ZAROF muß weiter und zunehmend zielgerichteter sein Kooperationsnetz ausbauen und „pflegen“.

(3) Wichtige Lehren zogen wir auch daraus, daß nicht jeder potentielle Förderer eines Forschungsprojektes, mit dem bereits (scheinbar fest) mündliche Vereinbarungen getroffen wurden, tatsächlich einen Forschungsvertrag unterschreibt, z.B. dann nicht, wenn zwischenzeitlich personelle Veränderungen bei ihm erfolgt sind, und selbst dann nicht unbedingt, wenn Vertragstexte bereits schriftlich fixiert sind.

· Lehre 3: Erst der *unterschriebene* Vertrag verspricht tatsächlich den abgesicherten Beginn der Arbeit an einem neuen Forschungsprojekt.

(4) Eine weitere wichtige Erfahrung bezieht sich auf die Beantragung von Forschungsprojekten zur Osteuropaforschung[5] bei der EG, die ohne das bewußte Schaffen einer Lobby direkt in Brüssel nahezu aussichtslos ist, und zwar selbst dann, wenn die betreffenden WissenschaftlerInnen beispielsweise beste Forschungskontakte für eine erfolgversprechende Forschung nachweisen und namhafte Kooperationspartner vorweisen können.

· Lehre 4: Osteuropaforschung für ein relativ kleines Forschungsinstitut scheint kaum und eine Förderung über die EG schier unmöglich.

Im Verlauf des Jahres 1994 ergab sich jedoch auch eine Entwicklungskonsequenz positiver Art für das *ZAROF*, die zur Geburt seines zweiten „Kindes“ führte:

Seit 1993 wurden an das Forschungsinstitut, von unterschiedlicher Seite und mit unterschiedlicher finanzieller Ausstattung, verstärkt sogenannte kommerzielle Forschungsaufträge herangetragen

bzw. von ihm selbst akquiriert. Solange sie sich im für einen e.V. festgeschriebenen, finanziell begrenzten Rahmen[6] des „wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes“ bewegten, konnten sie den gemeinnützigen Zwecken[7] des *ZAROF* nicht schaden, sondern waren erlaubte Ergänzung seines primären Forschungsspektrums im „ideelen Bereich“ und im „wirtschaftlichen Zweckbetrieb“. Mitte 1994 deutete sich jedoch an, daß das *ZAROF* die wissenschaftliche Begleitung eines sogenannten Betriebsprojektes übernehmen könnte (gefördert vom BMFT), dessen finanzielle Ausstattung allerdings den Rahmen des dem Verein erlaubten wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes deutlich überschreiten würde. Unter der Maßgabe der Realisierung des Forschungsvorhabens blieben dem Forschungszentrum zwei mögliche Varianten: Entweder *ZAROF* mußte sich als gemeinnütziger Verein auflösen, oder es mußte eine neue, kommerzielle Forschungsinstitution geschaffen werden, in der das geplante Projekt bearbeitet werden konnte. Aus verständlichen Gründen erschien ausschließlich der zweite Weg gangbar.

Am 1.12.1994 wurde aus dem Forschungszentrum die Forschungs-GmbH ZAROF ausgegründet, in der drei ehemalige Mitarbeiterinnen des e.V. angestellt sind und das Betriebsprojekt der Konsumgenossenschaft Seehausen/Altm. e.G. zum Thema „Entwicklung und Umsetzung eines humanzentrierten Dienstleistungskonzeptes im Einzelhandel“ wissenschaftlich begleiten.

Trotz der strengen institutionellen Trennung zwischen Forschungszentrum und Forschungs-GmbH besteht zwischen beiden ein fruchtbarer wissenschaftlicher Erfahrungsaustausch, der die quantitativen und qualitativen Möglichkeit der Akqusition von Forschungsprojekten sowohl horizontal als auch vertikal deutlich erweiterte. Einerseits befindet sich die GmbH in der Antragsphase für die Forschungsbegleitung eines zweiten Betriebspojektes, andererseits hat *ZAROF* e.V. seit Beginn diesen Jahres neue Forschungsaufträge vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und von der KSPW erhalten.

Heute hat der Verein 14 Mitglieder sowie drei Fördermitglieder.

In seinem Forschungzentrum arbeiten 7 SozialwissenschaftlerInnen sowie ein Diplom-Ingenieur als EDV-/Informatikexperte, drei von ihnen zur Zeit ehrenamtlich, bis ihre Personalkosten wieder über Fördermittel getragen werden können. Ihr Altersdurchschnitt von ca. 33 Jahren berechtigt uns, nicht nur im Bezug auf das zeitliche Bestehen, sondern auch bezogen auf das Lebensalter der WissenschaftlerInnen von einem „jungen“ Forschungsinstitut zu sprechen, in dem zugleich die Frauen sehr wesentlich das Sagen haben: 14 der 17 Mitglieder bzw. Fördermitglieder und 6 der 8 tätigen WissenschaftlerInnen sind weiblich.

In diesem Geschlechterverhältnis im *ZAROF* widerspiegelt sich bemerkenswerterweise *umgekehrt proportional* die in Arbeitsamtsstatistiken seit der „Wende“ stetig erkennbare Benachteiligung von Frauen gegenüber den Männern auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Dieser Fakt hat - vielleicht im Gegensatz

zu vorurteilsbehafteten Erwartungen gegenüber der Berufstätigkeit und Leistungsfähigkeit von Frauen - unserem Institut keineswegs zum Nachteil gereicht: Gerade für Frauen, von denen zudem 1/3 alleinerziehend sind, stellte das wissenschaftliche Betätigungsfeld, das sich ihnen im *ZAROF* bot, eine sehr intensive Motivationskomponente dar. Hinzu kommt eine selbstverständliche, kollegiale und gegenseitige Hilfe aller (auch der jungen Männer), die nicht nur auf die wissenschaftliche Arbeit begrenzt ist, sondern familiale und soziale Hilfestellungen mit einschließt.

Im Frühjahr 1995 können wir sagen, daß wir die kritischen Entwicklungsphasen des Forschungszentrums überwunden haben und unseren fünften Geburtstag nicht ohne Stolz feiern können: Das Kürzel *ZAROF* erlangt bundesweit zunehmenden Bekanntheitsgrad und Klang - und seine beiden „Kinder" entwickeln sich und gedeihen erfolgversprechend.

4. Zur Forschungsarbeit des *ZAROF*

Gegenstand der Forschungsarbeit des *ZAROF* sind insbesondere mit dem Transformationsprozeß verbundene sozial- und arbeitswissenschaftliche Probleme in Wirtschaft, Kommunalwesen sowie anderen gesellschaftlichen Bereichen. Im Mittelpunkt stehen dabei die arbeits- und lebensweltlichen Veränderungen in ausgewählten Beschäftigtengruppen (z.B. junge ArbeitnehmerInnen, Frauen), betriebs- und arbeitsorientierte Probleme sowie Situation und Perspektiven des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes.

In den Forschungsansätzen des *ZAROF* werden soziologische, wirtschafts- und arbeitswissenschaftliche sowie sozialpsychologische Methoden, Analysen und Interpretationen integriert. Die Forschungsprojekte sind nicht nur auf regionale Ebenen ausgerichtet, sondern erstrecken sich auch überregional. Sie orientieren sich insbesondere, jedoch keineswegs ausschließlich, auf Forschungsfragen in den neuen Bundesländern, die in gesamtdeutschen Bezug gesetzt werden.

Die im bisherigen Forschungsprozeß hauptsächlich einbezogenen Branchen waren bzw. sind der Einzelhandel, die stationäre Krankenpflege, die Metallindustrie, der Braunkohlebergbau, die mittelständische Privatwirtschaft sowie der öffentliche und private Dienstleistungssektor.

Der Forschungsgegenstand und -umfang spiegelt sich insbesondere in folgenden *Forschungsprojekten* wider:

* „Humane Arbeitsgestaltung im Einzelhandel in den neuen Bundesländern" (Ver-bundprojekt mit der Sozialforschungsstelle Dortmund sfs, gefördert durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie, Projektträger Arbeit und Technik)

* „Dezentralisierung im Dienstleistungssektor. Generalisierung von Gestaltungsansätzen und Ausarbeitung einer handlungsstrategischen Programmatik" (gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie)

* „Frauenerwerbsarbeit im Braunkohlenbergbau in den neuen Bundesländern" (Verbundprojekt mit der Sozialforschungsstelle Dortmund sfs, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung)

* „Der Wandel industrieller, regionaler und sozialer Strukturen in Eisenhüttenstadt" (Verbundprojekt mit der Fachhochschule Jena, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung)

* „Beschäftigtengerechte Gestaltung der Arbeit in der stationären Krankenpflege der neuen Bundesländer - Anforderungen an eine präventive Sozialpolitik" (ge-fördert durch die Hans-Böckler-Stiftung)

* „Untersuchung zum Berufswahlverhalten Jugendlicher unter besonderer Berücksichtigung der Berufswahlkriterien für konkrete Berufe" (gefördert durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit)

* „Die Entwicklung der betrieblichen Interessenvertretungen und Wandel der Austragung von Interessenkonflikten. Von 'sozialer Schadensbegrenzung' zur 'Intervention' im Innovations- und Rationalisierungsprozeß - neue Anforderungen an das System industrieller Beziehungen in ostdeutschen Betrieben?" (gefördert durch die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern - KSPW)

* „Der Wandel der Lebenswelt Jugendlicher aus der ehemaligen DDR vor, während und nach der 'Wende' und der Einfluß auf die Lebensentwürfe" (gefördert durch die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wan-dels in den neuen Bundesländern - KSPW)

* „Kommunales Netzwerk Einzelhandel" (gefördert durch das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Ar-beit und durch das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig)

* „Frauenförderung in der Privatwirtschaft des Freistaates Sachsen, dargestellt am Beispiel des Regierungsbezirkes Leipzig" (gefördert durch die Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann des Freistaates Sachsen)

In Zusammenarbeit mit dem „Kanal X" (Leipzig) entstanden im *ZAROF* außerdem zwei *Filmdokumentationen:*

* „Merkur im neuen Gewand" (Zur Veränderung der Situation im ostdeutschen Einzelhandel nach der „Wende");

* „Früher waren wir gut genug ..." (Ostdeutsche Frauen in gewerblich-technischen Berufen über ihre Situation vor und nach der „Wende").

Die Ergebnisse der Forschungsarbeit im *ZAROF* widerspiegeln sich in einer Vielzahl von *Publikationen,* von denen die Mehrzahl in der Schriftenreihe des *ZAROF* erschienen ist, die seit 1994 vom Trafo-Verlag Dr. Weist (Berlin) herausgegeben wird. An dieser Stelle kann verständlicherweise nur ein Teil von ihnen aufgelistet werden:

* Kaluza, J./Molnár, D./Richter, J./Rieger, K.: „Handel im Wandel". Zur Situation von Frauen im ostdeutschen Einzelhandel nach der Wende. Ergebnisse einer qualitativen Studie. (Leipzig 1992) Schriften des Zentrums für Arbeits- und Organisationsforschung e.V. - *ZAROF*, Heft 1, Berlin: Trafo-Verlag Dr. Weist, 1994

* Fobe, K./Hartung, U./Schmidt, C./Siegel, I.: „Wende" im Osten - gewendete Jugend? Zum Wandel der Lebensentwürfe DDR-Jugendlicher vor, während und nach der „Wende". (Leipzig 1992) Schriften des Zentrums für Arbeits- und Organisationsforschung e.V. - *ZAROF*, Heft 2, Berlin: Trafo-Verlag Dr. Weist, 1994

* Röbenack, S./Hartung, G.: Strukturwandel industrieller Beziehungen in ostdeutschen Industriebetrieben: Herausbildung neuer Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Betriebsräten sowie Wandel in der Austragung

von Interessenkonflikten (Leipzig 1992). Schriften des Zentrums für Arbeits- und Organisationsforschung e.V. - *ZAROF*, Heft 3, Berlin: Trafo-Verlag Dr. Weist, 1994

* Hartung, G.: Neue Staaten - neue Gewerkschaften? Die Gewerkschaften in Litauen, Lettland und Estland Anfang der 90er Jahre (Leipzig 1994) Schriften des Zentrums für Arbeits- und Organisationsforschung e.V. - *ZAROF*, Heft 5, Berlin: Trafo-Verlag Dr. Weist, 1994

* Fobe, K./Hartung, U./Irmert, B.: Jugendliche zu ihren beruflichen und persönlichen Zukunftsvorstellungen. Ergebnisse einer halbstandardisierten Befragung von SchulabgängerInnen. (Leipzig 1993) Schriften des Zentrums für Arbeits- und Organisationsforschung e.V. - *ZAROF*, Heft 6, Berlin: Trafo-Verlag Dr. Weist, 1994

* Hennig, A./Kaluza, J.: „Krankenschwester Ost". Veränderungen in der Arbeitswelt des Pflegepersonals in der stationären Krankenpflege der neuen Bundesländer. (Leipzig 1993) Schriften des Zentrums für Arbeits- und Organisationsforschung e.V. - *ZAROF*, Heft 7, Berlin: Trafo-Verlag Dr. Weist, 1994

* Irmert, B.: Textanalyse- und Kodierungstool TAKT.dos. Ein Programm zur PCgestützten, interaktiven und sogleich qualitativen-quantifizierenden Inhaltsanalyse (Handbuch). Schriften des Zentrums für Arbeits- und Organisationsforschung e.V. - *ZAROF*, Heft 10, Berlin: Trafo-Verlag Dr. Weist, 1995

* Fobe, K.: Frauenförderung in der Privatwirtschaft - schon ein Thema im Freistaat Sachsen? (Leipzig 1994) Schriften des Zentrums für Arbeits- und Organisationsforschung e.V. - *ZAROF*, Heft 11, Berlin: Trafo-Verlag Dr. Weist, 1995

* Schütte, I./Richter, G./Minx, B.: Frauenarbeit im ostdeutschen Braunkohlenbergbau. Perspektiven von Frauen in einer „Männerbranche". Dortmund: MONTANIA, 1995

* Hennig, A./Kaluza, J.: Krankenschwester Ost. Die Arbeitswelt des Pflegepersonals im Krankenhaus nach der Einheit. Eine empirische Untersuchung. Berlin: trafo verlag dr. weist 1995 (erscheint demnächst)

Karin Fobe, Dr. paed., Dipl.-Psychologin, Diplom-Sportlehrerin, ist Geschäftsführende Vorsitzende des ZAROF

Anmerkungen:

[1] Originaltext der Gründungssatzung des *ZAROF*.

[2] *ZAROF* hatte damals seinen Sitz in zwei kleinen Räumen unter dem Dach im Leipziger „Haus der Demokratie" und „erbettelte" sich z.B. von anderen dort ansässigen Vereinen bzw. Institutionen mal ein Telefonat, mal einige Kopien usw.

[3] In diesen Räumen in der Bergerstraße 2 hat das Forschungszentrum auch heute noch seinen Sitz.

[4] Diese wird derzeit mit ca. 2,5 Millionen DM angegeben.

[5] Im *ZAROF* bestand u.a. etwa bis Mitte 1994 das Ziel, eine „Osteuropaforschung" in Angriff zu nehmen, die Transformationsprozesse der sozialen Entwicklung in osteuropäischen Ländern, insbesondere Rußland und den baltischen Staaten, untersuchen wollte. Sie scheiterte einzig und allein daran, daß es nicht gelang, Forschungszuschüsse zu akquirieren.

[6] Bis zu einer Grenze von 60 TDM im Jahr sind Einnahmen eines e.V. aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb nicht gemeinnützigkeits- und steuerschädlich. Für darüber liegende Einnahmen würden Körperschafts- und Gewerbesteuer anfallen.

[7] Die gemeinnützigen Zwecke des *ZAROF* formuliert § 2 der aktuell gültigen Satzung (beschlossen am 9.5.1995) folgenderweise:
"(1) Zweck des Vereins ist die Durchführung von interdisziplinärer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Forschung.
(2) Im Mittelpunkt der Arbeit des Vereins steht die Anfertigung von Analysen
- zu betriebs-, arbeits- und organisationssoziologischen sowie -psychologischen Problemen von Menschen in verschiedenen Arbeits- und Lebenszusammenhängen;
- zur Situation auf dem Arbeitsmarkt;
- zu ausgewählten Fragen des sozialen, politischen und ökonomischen Strukturwandels in Deutschland und Europa, insbesondere in Sachsen, den anderen neuen Bundesländern und in Osteuropa;
- zu sozialpsychologischen Veränderungen und Entwicklungen der Jugend und der Frauen. .... "

THEMA II: Singularitäten 6. Folge

Bisher sind in der Artikelserie "Singularitäten" Beiträge zu folgenden Wissenschaftseinrichtungen erschienen: Sorbisches Institut/Serbski institut Bautzen (Dietrich Scholze, hso *4/94), Entomologisches Institut Eberswalde (Holger H. Dathe & Klaus Rohlfien,* hso *5/94), Forschungszentrum Populäre Musik an der Humboldt-Universität zu Berlin (Peter Wicke,* hso *6/94), Internationales Hochschulinstitut Zittau (Rosemarie Konschak & Bernd Markert.,* hso *1/95), Theologische Hochschule Friedensau (Baldur Pfeiffer,* hso *4/95). (Red.)*

Eva-Maria Krech (Halle/S.):

Sprechwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sprechwissenschaft ist die Lehre von den Kommunikationsprozessen, die sich beim Sprechen und Hören/Verstehen zwischen den Kommunikationspartnern abspielen. Der Gegenstand von Sprechwissenschaft und Angewandter Sprechwissenschaft (Sprecherziehung) bezieht sich damit nicht lediglich auf Sprechvorgänge, sondern darüber hinaus und übergreifend auf die sprechsprachlich / geistige Tätigkeit, die Sprecher wechselseitig miteinander oder auch Sprecher und Hörer aufeinander bezogen in konkreten kommunikativen Situationen ausüben. Dieser Gesamtprozeß, einschließlich seiner Störungen, wird von der Sprechwissenschaft hinsichtlich seiner Wesenszüge und damit seiner (im weiten Sinn) situativen, personalen und sprachlichen Bedingungen, Voraussetzungen und Konstituenten erforscht. Er wird weiterhin unter rhetorischem, ästhetischem, phonetischem und didaktischem Aspekt untersucht hinsichtlich seiner Realisationsweisen, Ziele und Wirkungen. Gegenstand sprechwissenschaftlicher Forschung sind damit auch die (gruppen- und situationsspezifische) soziale Akzeptanz rhetorischer, ästhetischer, phonatorischer, intonatorischer und artikulatorischer Merkmale / Konstituenten der Äußerung sowie die impliziten Erwartungs- und Gebrauchsnormen, wie sie die Mitglieder der Kommunikationsgemeinschaft entwickelt haben.

Zugleich besteht das Anliegen des Faches in der Ausbildung sprechsprachlicher Kommunikationsfähigkeiten, die dem Einzelnen ermöglichen, erfolgreich an mündlichen Kommunikationsprozessen teilzunehmen, Kommunikationsstörungen und Konflikte zu erkennen und zu bewältigen sowie den Anforderungen unterschiedlicher Zielgruppen und Situationen mit seinem sprechkommunikativen Verhalten gerecht zu werden. Es geht um die Befähigung zum angemessenen, kulturvollen Umgang mit gesprochener Sprache und darum, dem Einzelnen zu helfen, über Stimme und Sprechweise den Kontakt zum anderen Menschen zu finden und Verständigung zu erreichen. Die Sprechwissenschaft ist damit nicht zuletzt eine soziale Wissenschaft mit hohem ethischen Anspruch.

Diese Auffassung von den Gegenstandsbereichen der Sprechwissenschaft ist Ergebnis eines Prozesses, der sich im 20. Jahrhundert vollzog. Die Entstehung der Sprechwissenschaft, einer von Beginn an interdisziplinär ausgerichteten Wissenschaft, die als Systematik und Pädagogik von 'Kommunikation durch Sprechen' zugleich Inhaltsbereiche verschiedener Wissenschaftsgebiete aufgreift, für ihre spezifische Zielstellung nutzbar macht und zu einer neuen Einheit verbindet, ist somit jungen Datums.

Die damalige Vereinigte Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg war nach Leipzig (1900) und Berlin (1903) die dritte deutsche Universität, an der Anfang des 20. Jahrhunderts sprecherzieherische Arbeit begann. Vor allem wegen der gestiegenen Ansprüche an die Lehrerausbildung auf den Gebieten Rhetorik und Vortragskunst sowie im hochlautenden Sprechgebrauch wurden hier erste Lektorate eingerichtet. Insbesondere jedoch ging es darum, der großen Zahl stimmgefährdeter und stimmgestörter Lehrer durch sprecherzieherische Maßnahmen entgegenzuwirken. Der Grundstein für die Entwicklung des Faches speziell in Halle, wo die Sprechwissenschaft in Lehre und Forschung besondere Bedeutung erlangen sollte, wurde mit der Einrichtung eines außerplanmäßigen Lektorats für Vortragskunst 1905/06 gelegt. Erster und damals einziger Fachvertreter war Ewald Geißler, der ohne Besoldung, ohne materielle Ausstattung und ohne eigene Räume seine Tätigkeit aufnahm.

Der Entwicklungsweg, den die Sprechwissenschaft seit diesem Zeitpunkt an der Universität Halle nahm, weist markante Stationen auf. Sie wurden erreicht durch das unermüdliche persönliche Engagement der Fachvertreter, durch erfolgreiche Lehrtätigkeit und nicht zuletzt durch den Auf- und Ausbau einer sprechwissenschaftlichen Forschung. Diesen Weg belegen eine Reihe von Dokumentationen, auf die das Literaturverzeichnis in Auswahl verweist.

Geißler, der bis 1919 das Fach in Halle vertrat, führte für künftige Deutschlehrer und für Hörer aller Fakultäten Übungen zu Stimmbildung, Rhetorik, Deutscher Hochlautung und insbesondere zur Vortragskunst durch. Dabei ging es ihm bereits um interdisziplinäre Zusammenarbeit, die er erfolgreich mit dem Germanisten und Metriker Franz Saran pflegte. Geißlers Nachfolger Richard Wittsack, der von 1919 bis zu seinem Tod 1952 in Halle wirkte, ist dann vor allem der syste-

matische Aufbau der Teilbereiche Vortragskunst, Phonetik, Rhetorik, Stimm- und Sprachheilkunde sowie Sprecherziehung zu danken. Wittsack prägte damit die Grundstruktur des Faches, die bis heute für die hallesche Sprechwissenschaft charakteristisch ist.

Nachdem 1923 die Stelle des Lektors planmäßig geworden war, entstand auf der Grundlage des von Wittsack inzwischen geschaffenen Lehrmittelbestandes 1929 die „Abteilung für Sprechkunde" im „Seminar für Deutsche Philologie". 1938 schließlich folgte die Gründung des selbständigen „Institutes für Sprechkunde". Damit ist das hallesche Institut das älteste seiner Art in Deutschland. Als einflußreich für die inhaltliche Struktur des Institutes erwiesen sich außerdem die Gründung einer Sonderabteilung für Stimm- und Sprachstörungen sowie die Tatsache, daß Wittsack bereits 1937 die wissenschaftliche Betreuung der „Phonetischen Sammlung" übertragen wurde. Die Sonderabteilung stand nicht nur Studierenden, sondern auch dem öffentlichen Sektor zur Verfügung. Auf diese Weise konnte eine Vielzahl von Patienten mit Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen behandelt werden - dies zu einer Zeit, in der entsprechende Therapiemöglichkeiten noch sehr begrenzt waren. Die „Phonetische Sammlung" war 1910 von dem Germanisten Otto Bremer, der Phonetik und Allgemeine Sprachwissenschaft vertrat, begründet worden und hatte 1922 ihre Selbständigkeit erlangt. Ihre Zuordnung zur Sprechwissenschaft bewirkte nicht zuletzt eine feste Bindung der Phonetik an das Fach, die für Halle typisch werden sollte. Es sei angemerkt, daß Teile der „Phonetischen Sammlung" 1994 im Rahmen der Universitätsausstellung anläßlich des 300jährigen Bestehens der Universität Halle gezeigt wurden.

Wittsack, der auch nach 1945 die Leitung des Institutes behielt, erreichte 1949 eine Verfügung der Landesregierung Sachsen-Anhalt, durch die Sprechkunde als Prüfungsfach bei Lehramtsexamen zugelassen wurde. Vor allem aber ging es ihm um die Ausbildung des eigenen Fachnachwuchses. Ein bedeutsames Ereignis in diesem Zusammenhang, das Wittsack zwar vorbereitet, aber nicht mehr erlebt hat, fällt in das Jahr 1952. Gemeint ist die Einrichtung des Diplom-Studienganges. Damit hatte das Fach den Status einer eigenständigen universitären Disziplin erreicht. Promotion und Habilitation im Fach Sprechwissenschaft wurden erstmals möglich. Hans Krech, der als Schüler Wittsacks von 1952 bis zu seinem Tod 1961 das Institut leitete, war der erste habilitierte Fachvertreter in Halle und zugleich der erste Hochschullehrer, der auf eine Professur mit der Denomination „Sprechwissenschaft" berufen wurde. Dem halleschen Institut standen sodann bis 1967 Eduard Kurka, bis 1993 Eberhard Stock und zwischenzeitlich von 1976 bis 1981 Eva-Maria Krech vor.

In den Jahrzehnten von 1952 bis zur Vereinigung Deutschlands wurden am Institut im Zweijahresrhythmus durchschnittlich 15 Studierende immatrikuliert und zum Examen geführt. Ihre berufliche Tätigkeit als Diplom-Sprechwissenschaftler übten sie als Lehrkräfte bei der Ausbildung von Berufssprechern aus, so im gesamten pädagogischen Bereich, in künstlerischen Institutionen (Theaterhochschulen, Musikhochschulen), in den elektronischen Medien Funk und Fernsehen oder im Phonetikunterricht Deutsch als Fremdsprache. Ein beträchtlicher Teil der Absolventen erlangte nach einer zusätzlichen Qualifizierung den Status eines Klinischen Sprechwissenschaftlers. Diese Klinischen Sprechwissenschaftler waren in Kooperation mit den Phoniatern in den entsprechenden Abteilungen der Hals-Nasen-Ohren-Kliniken bei der Behandlung von Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen tätig. Nicht zuletzt sei darauf verwiesen, daß es vor allem durch die Initiative von H. Krech und Stock mehr als 50 Promotionen und 15 Habilitationen auf dem Gebiet der Sprechwissenschaft bis 1990 gab. Allein am halleschen Institut arbeiteten 1989 vier habilitierte Hochschullehrer. Hinzu kamen ca. 20 weitere festangestellte wissenschaftliche Mitarbeiter.

Neben der Ausbildung des Fachnachwuchses an Diplom-Sprechwissenschaftlern, der ausschließlich an der Martin-Luther-Universität erfolgte, oblag der halleschen Sprechwissenschaft zugleich die sprecherzieherische Unterweisung aller Lehramtsanwärter der Universität. Dies war zwar keine neue Aufgabe für das Fach, doch hatte sie nunmehr an Umfang und Verbindlichkeit zugenommen, da für jährlich ca. 600 Studierende obligatorische Lehrveranstaltungen anfielen. Bleibt zu ergänzen, daß daneben von den Mitarbeitern des Institutes in allen Teildisziplinen des Faches eine Vielzahl von Weiterbildungsveranstaltungen nicht nur für Lehrer, sondern auch für Angehörige anderer Sprechberufe durchgeführt wurden. Sie mündeten schließlich 1985 in die Einrichtung eines gesonderten viersemestrigen postgradualen Studienganges „Sprecherziehung", der bis 1991 bestand.

Parallel zu den vermehrten Aufgaben in der Lehre entwickelte sich - beginnend unter Hans Krech - eine intensive sprechwissenschaftliche Forschungsarbeit, die dem halleschen Institut internationales Ansehen brachte. H. Krech widmete sich vor allem zwei Schwerpunkten. So entwickelte er auf dem Gebiet der Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen seine „Kombiniert-psychologische Übungstherapie" (vgl. u.a. H. Krech 1959; 1955) und in diesem Rahmen ein spezielles Entspannungstraining. Letzteres wird als Behandlungsmethode u. a. in der „Enzyklopädie für Sonderpädagogik, der Heilpädagogik und ihrer Nachbargebiete" (1992) aufgeführt.

Bereits unter Wittsack begonnene Kooperationen mit medizinischen Einrichtungen der Universität wurden von Krech zu intensiver Zusammenarbeit ausgebaut. Dies betraf die gerade entstehende Phoniatrie, desweiteren Psychiatrie und Neurologie sowie die Kieferorthopädie. Die Rolle, die die hallesche Sprechwissenschaft bei der Ausbildung der Phoniater spielte, belegt u.a. der 1960 gemeinsam von der Hals-Nasen-Ohren-Klinik und dem Institut für Sprechkunde und Phonetische Sammlung durchgeführte Phoniatriekurs für HNO-Ärzte an der Universität Halle (Phoniatrie 1963).

Der zweite Forschungsschwerpunkt von H. Krech lag auf dem Gebiet der Phonetik. Unter seiner Leitung begann in den 50er Jahren in Halle die systematische

Forschung auf dem Gebiet der Orthoepie. In ihrem Ergebnis kam 1964 das „Wörterbuch der deutschen Aussprache" heraus. Es erschien bis 1974 in 4 Auflagen und zuletzt 1982 in neuer Erstauflage als „Großes Wörterbuch der deutschen Aussprache". Dieses Wörterbuch ist das einzige seiner Art in Deutschland, das auf gesicherten empirischen sprechwissenschaftlich-phonetischen Untersuchungen des tatsächlichen Sprechgebrauchs beruht. Auf der Basis zusammenhängender, natürlicher Sprechäußerungen wurden phonetische Merkmale an jeweils 10.000 Beispielen und mehr analysiert (vgl. u.a.Lotzmann 1958; E.-M. Krech 1968; Ulbrich 1972). Die Ergebnisse führten zu einer Vielzahl neuer Erkenntnisse über artikulatorische und intonatorische Abläufe bei der Anwendung der deutschen Standardaussprache. Die hallesche Orthoepieforschung spielt bis heute eine wichtige Rolle, worauf zurückzukommen ist.

Unabhängig vom Engagement für weitere wissenschaftliche Problemkreise (vgl. u.a. Stock 1980; Meinhold/Stock 1980; E.-M. Krech 1987) wandte sich die hallesche Sprechwissenschaft seit Mitte der 70er Jahre unter der Leitung von Stock schwerpunktmäßig der Sprechwirkungsforschung zu. Die psycholinguistisch und sozialwissenschaftlich fundierten empirischen Untersuchungen erstreckten sich auf alle Teildisziplinen des Faches. Erzielt wurden Einblicke in bis dahin unbekannte Resultate hörerseitiger Verarbeitungsprozesse unterschiedlicher Sprechäußerungen. Diese wiesen gezielte Varianten in rhetorischer, sprechkünstlerischer, stimmlicher, intonatorischer und artikulatorischer Hinsicht auf. Grundlagen, Methoden und Ergebnisse dieser Forschung wurden zuletzt in dem Buch „Sprechwirkung" (1991) veröffentlicht.

Diese Gesamtentwicklung hatte nicht nur die Position der Sprechwissenschaft als selbständige wissenschaftliche Disziplin an der Universität gefestigt - 1960 bereits wurde an der Martin-Luther-Universität eine eigene Fachrichtung 'Sprechwissenschaft' gegründet -, sondern auch im Hochschulwesen der ehemaligen DDR insgesamt, denn schon 1959 war beim damaligen Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen eine „Kommission für Sprechwissenschaft" eingerichtet worden, aus der die spätere „Arbeitsgruppe Sprechwissenschaft beim Beirat für Kultur-, Kunst- und Sprachwissenschaften" hervorging. Das hallesche Institut nahm in Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Sprechwissenschaft bis 1990 Leitfunktionen wahr.

Damit ist in groben Umrissen skizziert, welchen Entwicklungsstand die hallesche Sprechwissenschaft im Jahr 1990 aufwies. Unberücksichtigt blieb bei dieser Darstellung, daß es nach 1961 fast allen Mitarbeitern des Institutes unmöglich gemacht wurde, sich außerhalb des Ostblocks wissenschaftlich zu informieren, internationalen oder (west)deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften anzugehören oder gar in deren Leitungsgremien zu arbeiten. Die damit verbundenen Probleme seien hier jedoch nur erwähnt, da sie nicht Gegenstand dieses Beitrages sind.

Als mit der politischen Wende unverhofft auch die Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit für Lehre und Forschung gegeben war, nutzten die Mitarbeiter des Institutes mit großem Elan die Chance zu einem neuen Aufbruch. Dieser gestaltete sich indessen nicht problemlos. Vorab sei hervorgehoben, daß zwei Angehörige des Institutes aktiv an der Neugestaltung der Universität mitwirkten, so in der „Personalkommission für Geisteswissenschaften" und in der „Senatskommission für Personalangelegenheiten für den Bereich Géistes- und Gesellschaftswissenschaften sowie Mathematik- und Naturwissenschaften", bei der es um den personalen Neuaufbau der Zentralen Universitätsverwaltung ging.

In fachlicher Hinsicht waren zunächst inhaltliche Standortbestimmungen vorzunehmen. Diese erwiesen sich jedoch ausschließlich für den Bereich der Rhetorik als problemreich, denn hier mußte es sich um eine grundsätzliche Umorientierung handeln. Sie gelang wesentlich durch die weitreichende Unterstützung westdeutscher Fachkollegen sowie durch die Aufarbeitung von Schrifttum, das für Rhetorik in einem demokratischen Staatsgebilde steht und nicht zuletzt auf die Förderung der Demokratie- und Kritikfähigkeit der Bürger zielt. Die Umgestaltung der Rhetorik, die auch mit einigen personellen Veränderungen verbunden war, erreichte bereits 1992 einen Stand, der die Bearbeitung eines Forschungsprojektes ermöglichte. Es wurde für zwei Jahre vom Land Sachsen-Anhalt gefördert und stand unter dem Thema „Kommunikationsbarrieren und Kommunikationskonflikte in Gesprächen zwischen Ost- und Westdeutschen".

In allen anderen Teildisziplinen der Sprechwissenschaft erwies sich demgegenüber die wissenschaftliche Fundierung der bisherigen Arbeit in Halle als tragfähig, wie sich in vielfachen Begegnungen, Vorträgen, Lehrgängen, Diskussionen usw. im In- und Ausland zeigte. Auch dürfte für die Akzeptanz hallescher Wissenschaftler sprechen, daß sie zwei Vizepräsidenten der 'Internationalen Gesellschaft für Phonetische Wissenschaften' stellen, daneben den Vorsitzenden des 'Mitteldeutschen Verbandes der Sprechwissenschaftler und Sprecherzieher' sowie zwei Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates der 'Deutschen Gesellschaft für Sprechwissenschaft und Sprecherziehung'.

Eine wesentliche Chance für den Ausbau der halleschen Forschung bot sich auf dem Gebiet der Orthoepie. 1990 konnte mit einem Forschungsprojekt begonnen werden, das die Neukodifizierung der deutschen Standardaussprache und damit die Neuherausgabe des halleschen Aussprachewörterbuches zum Ziel hat. Dieses Projekt wird gemeinsam von Wissenschaftlern des Institues für Phonetik der Universität Köln und des Institutes für Sprechwissenschaft und Phonetik an der Martin-Luther-Universität bearbeitet und bis Ende 1995 von der Volkswagenstiftung gefördert. Es brachte für das hallesche Institut eine grundlegende Erneuerung und beträchtliche Erweiterung der gesamten technischen Ausrüstung, die für die phonetische Analyse gesprochener Sprache in Forschung und Lehre genutzt wird. Neuste Ergebnisse der orthoepischen Forschung wurden zuletzt 1994 auf der 16. Sprechwissenschaftlichen Fachtagung in Halle vor einem in-

ternationalen Gremium zur Diskussion gestellt. Der Tagungsbericht erscheint als Band 1 in der vom Institut für Sprechwissenschaft und Phonetik neu gegründeten Reihe „Hallesche Schriften zur Sprechwissenschaft und Phonetik".

Auch auf dem Gebiet der Lehre standen Veränderungen an. Neben einer Neugestaltung des Lehrangebotes im Diplom-Studiengang ging es um den Aufbau von Magister-Studiengängen - gesondert für die Fächer Sprechwissenschaft und Phonetik. Diese zusätzlichen Lehrangebote erwiesen sich angesichts steigender studentischer Nachfrage als voll gerechtfertigt. Es wurden jedoch sehr bald Probleme grundsätzlicher Art deutlich.

Erinnert sei an die Ausgangssituation: In die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft trat 1990 ein selbständiges Universitätsinstitut mit Sprechwissenschaft als akademischer Disziplin. Es war ein Institut, in welchem seit Jahrzehnten Diplom-Sprechwissenschaftler ausgebildet wurden, über zahlreiche Promotionen und Habilitationen wissenschaftlicher Nachwuchs herangebildet worden war und das international anerkannte Forschung aufweisen konnte. Auch zeichnete sich die hallesche Sprechwissenschaft dadurch aus, daß sich die genannte feste Verbindung zwischen der Phonetik und den anderen sprechwissenschaftlichen Teildisziplinen (Sprechkünstlerische Kommunikation, Rhetorische Kommunikation, Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen) in Forschung und Lehre bewährt hat. Die Teildisziplinen sind durch jeweils systematische, historische sowie didaktische Inhaltsbereiche gekennzeichnet, und das Fach war und ist somit als Sprechwissenschaft wie als Angewandte Sprechwissenschaft (Sprecherziehung) an der Martin-Luther-Universität vertreten.

Bezogen auf alle diese Merkmale stellte und stellt das Institut für Sprechwissenschaft und Phonetik eine Einmaligkeit für Deutschland dar. (Ähnliche Entwicklungen gibt es nur in Finnland und - in einem weitaus größeren Ausmaß - in den USA). In den alten Bundesländern war das Fach an den Universitäten demgegenüber im wesentlichen noch an die Germanistik angebunden und auch nicht als eigenständige universitäre Studienrichtung präsent. (Eine Ausnahme bildet der Magister-Studiengang Sprechwissenschaft an der Universität München). Das Verständnis für die Sprechwissenschaft in der Rolle einer selbständigen akademischen Disziplin war damit - gesamtdeutsch gesehen - wenig ausgeprägt. Es bedurfte so der besonderen Unterstützung durch die Martin-Luther-Universität und vor allem ihrer Vertreter in der Landesstrukturkommission sowie der Unterstützung weiterer Persönlichkeiten, denen die Arbeit des halleschen Institutes bekannt war, um zu erreichen, daß die Landesstrukturkommission der Sprechwissenschaft an der Universität Halle eine C3-Professur zubilligte. Auf diese Professur wurde 1992 E.-M. Krech berufen.

Die drohende Reduzierung des Faches war damit zwar abgewendet, dennoch gab es auch Gegenströmungen. So stellte noch im April 1993 ein aus den alten Bundesländern stammender Linguist in einer Sitzung des Fachbereichsrates Sprach- und Literaturwissenschaften den Antrag, die Selbständigkeit der Sprechwissenschaft aufzuheben und das Fach, entsprechend der Situation an anderen Universitäten, vor allem in den alten Bundesländern, der Germanistik zuzuordnen.

Ohne Zweifel sind die fachlich-inhaltlichen Beziehungen der Sprechwissenschaft zur Deutschen Philologie, zur Literaturwissenschaft und zur Deutschdidaktik traditionsgemäß eng und unverzichtbar, ebenso aber auch zu anderen Disziplinen. Genannt seien die Fremdsprachenphilologien, Psychologie, Soziologie, Theaterwissenschaft, Medienkunde, Musikpädagogik, Gesangsstimmbildung, reproduzierende und andere Künste, Informatik, Psycholinguistik, Sonderpädagogik, die bereits aufgeführten medizinischen Fachgebiete u.a.m. Interdisziplinäre Zusammenarbeit beruht jedoch auf Gleichberechtigung der Partner und setzt ein entwickeltes Wissenschaftspotential auf allen Seiten voraus. Wäre der genannte Antrag gebilligt worden, hätte das jedoch die hallesche Sprechwissenschaft um Jahrzehnte zurückgeworfen und ihre eigenständige Weiterentwicklung vereitelt. Die Geschichte nahm allerdings einen anderen Verlauf:

Es zeigte sich, daß das Institut für Sprechwissenschaft und Phonetik einen ungeahnt großen Zulauf an Studienbewerbern - auch aus den alten Bundesländern - erhielt. Gegenwärtig sind an der Martin-Luther-Universität mehr als 200 Studierende der Sprechwissenschaft eingeschrieben, und zwar zu ca. 80 % im Diplom-Studiengang. Dieser Zuspruch ließ jedoch eine Diskrepanz zwischen notwendigem Lehraufkommen und zur Verfügung stehender Lehrkapazität (1 Professor und bislang noch 11 Mitarbeiter) deutlich werden. Da jedoch die Personalsituation an der Universität nach wie vor angespannt ist, können bei der Lösung des Problems folglich nur Kompromisse helfen: So wurde zunächst mit Beginn des WS 1995/96 ein örtlicher Numerus clausus eingeführt, der die Immatrikulation für jährlich lediglich 10 Sprechwissenschaftsstudenten erlaubt. Weiterhin bleiben die bereits zuvor wegen der kapazitären Überlastung durchgeführten Maßnahmen bestehen: So laufen die Magister-Studiengänge (Haupt- und Nebenfach) auf dem Gebiet der Phonetik aus, und es erfolgt eine Konzentration auf den Diplom-Studiengang sowie auf die Magister-Studiengänge Sprechwissenschaft. Auch der 1991 eingestellte Postgraduale Studiengang „Sprecherziehung" wird trotz großen Bedarfs nicht wieder neu belebt. Die wichtigste Maßnahme besteht jedoch darin, daß die Martin-Luther-Universität dem Institut für Sprechwissenschaft und Phonetik eine zweite Professorenstelle (C4) zur Verfügung gestellt hat, die im Juli 1995 ausgeschrieben werden konnte. Damit ist zwar gegenwärtig die Lage noch äußerst angespannt, doch eine Normalisierung absehbar.

Diese ist umso dringender erforderlich, da den verbleibenden Mitarbeitern auch die Wahrnehmung des Kommunikationspraktischen Grundkurses obliegt, der für alle Lehramtsanwärter der Universität durchzuführen ist. Seine erfolgreiche Absolvierung gehört in Sachsen-Anhalt zu den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen für die Zulassung zur ersten Staatsprüfung.

Wenn der Sprechwissenschaft immer erneut der Nachweis gelingt, daß sie einen unverzichtbaren Anteil besitzt an der Befähigung der Menschen zum souveränen, angemessenen Umgang mit gesprochener Sprache und zu einem kommunikativen, die Verständigung fördernden Verhalten, wenn die Sprechwissenschaft ihre Aufgaben bei der Behandlung krankmachender gestörter Stimm-, Sprech- und Sprachverwendungsprozesse erfüllt und ihren Beitrag zur kulturellen Bildung sowie bei der Pflege des Kulturgutes (gesprochene) Sprache leistet, dann wird sie eine Zukunft haben - nicht zuletzt in einem sich einigenden Europa. Bleibt zu hoffen, daß sie zunehmend an deutschen Universitäten als Ausbildungsfach zur Verfügung steht.

Eva-Maria Krech, Prof. Dr. phil., ist Direktorin des Institutes für Sprechwissenschaft und Phonetik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Literatur:

Entwicklungstendenzen der Sprechwissenschaft in den letzten 25 Jahren. Zum Gedenken an Hans Krech. Hrsg. Krech, E.-M. und Stock, E. In: *Wiss. Beiträge der Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg* 1989 / 3 (F 85), Halle / S.

Enzyklopädie der Sonderpädagogik, der Heilpädagogik und ihrer Nachbargebiete. Hrsg. Dupuis, G. und Kerkhoff, W., Edition Marhold 1992.

Festschrift zum 50jährigen Bestehen der sprechkundlichen Arbeit an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Hrsg. Krech, H. In: Wiss. Z. Univ. Halle, Ges.-Sprachw., Jg. V / 3, 1956.

Großes Wörterbuch der deutschen Aussprache (1982). Hrsg. Krech, E.-M., Kurka, E., Stelzig, H., Stock, E., Stötzer, U. und Teske, R. Leipzig.

Hallesche Standpunkte zur gesprochenen Sprache. Autoren: Krech, E.-M., Richter, G., Suttner, J., Stock, E. In: *Wiss. Beiträge der Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg* 1981 / 40 (F 31), Halle /S.

Krech, E.-M. (1968): Sprechwissenschaftlich-phonetische Untersuchungen zum Gebrauch des Glottisschlageinsatzes in der allgemeinen deutschen Hochlautung. Basel / New York.

Krech, E.-M. (1987): Vortragskunst. Grundlagen der sprechkünstlerischen Gestaltung von Dichtung. Leipzig.

Krech, H. (1955): Die Behandlung gestörter S-Laute. Halle.

Krech, H. (1959): Die kombiniert-psychologische Übungstherapie. In: *Wiss. Z. Univ. Halle, Ges.-Sprachw.* VIII / 3, 397 - 430.

Lemmer, M. (1956): Zur Geschichte der Sprechkunde an der Universität Halle. In: *Wiss. Z. Univ. Halle, Ges.-Sprachw.* VI / 2, 189 - 196.

Lotzmann, G. (1958): Zur Aspiration der Explosivae im Deutschen. Phil. Diss. Berlin.

Meinhold, G. und Stock, E. (1980): Phonologie der deutschen Gegenwartssprache. Leipzig.

Phoniatrie. Grundsätze der Diagnostik und Therapie für die Praxis (1963). Hrsg. Jakobi, H. In: *Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde,* H. 14, Leipzig.

Sprechwirkung. Grundfragen, Methoden und Ergebnisse ihrer Erforschung (1991). Autoren: Krech, E.-M., Richter, G., Stock, E., Suttner, J. Berlin.

Sprechwissenschaft an der Universität Halle. Hallesche Universitätsreden. In: *Wiss. Beiträge der Martin-Luther- Univ. Halle-Wittenberg* 1981 / 51 (F 32), Halle /S.

Stock, E. (1980): Untersuchungen zu Form, Bedeutung und Funktion der Intonation im Deutschen. Berlin.

Ulbrich, H. (1972): Instrumentalphonetisch-auditive R-Untersuchungen im Deutschen. Berlin.

Wittsack, R. (1935): Die Abteilung für Sprechkunde an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Bericht).

Wörterbuch der deutschen Aussprache (1964). Hrsg.: Krech, E.-M., Kurka, E., Stelzig, H., Stock, E., Stötzer, U., Teske, R., Jung-Alsen, K. 1. Aufl., Leipzig.

Ulrich Zwiener (Jena):

Die Wende an der Jenaer Universität
Erlebnisbericht eines Beteiligten

Die historisch-wissenschaftliche Analyse der Wende in Jena ist noch ausstehend; insofern ist schon zwangsläufig jeder Beitrag zumindest teilweise subjektiv. Persönliche Sichten sind gerade in der folgenden Darstellung nicht ausgeschlossen, wenn auch alle bisherigen Analysen berücksichtigt wurden, wie Kolloquien zur Vergangenheitsbewältigung an der FSU, etwa „Unrecht und Aufarbeitung", Protokolle der ADEH (Aktionsgemeinschaft zur Demokratischen Erneuerung der Hochschule), die Analyse Prof. Rosenbaums (Göttingen), Teilanalysen in der „Alma mater jenensis", dem „Akrützel" und Befragungen der Beteiligten.

Bei aller subjektiver Sicht der Beteiligten, sind sich alle in einem einig: Die Universität Jena war durch die DDR-Zeit als Unruheherd wohl am meisten von allen Hochschulen aktiv, vor und während der Wende besonders wirksam und hat aus eigenen Kräften die Wende vollzogen.

Auch die Ursachen dafür sind noch zeitgeschichtlich zu analysieren. Ich vermute sie zum Teil in den starken Traditionen und Qualitäten bürgerlich ideellen und demokratischen Zuschnitts, wie in den folgenden Persönlichkeiten offensichtlich:

- Dem Philosophen Leisegang, der Nazismus und Kommunismus widerstand.
- Den Historikern Griewang und Schneider, die bis in die Mitte der 50er Jahre der SED die Stirn boten.
- Dem Mediziner Hämel, der als Rektor 1958 demonstrativ die Universität verließ, um nicht zum Steigbügelhalter der erzwungenen Sozialismuskampagne der Universität zu werden.
- Dem Mathematiker Brödel, der bis zum Mauerbau seine ideelle Eigenständigkeit offen in Vorlesungen erläuterte und dann nach fiesen SED-Kampagnen 1961 die Universität verlassen mußte. Von ihm ging ein Wort aus der Vorlesung an die SED-Studenten und Stasi-Zuhörer durch den damaligen Buschfunk: „Meine Herren, es gibt noch einen anderen Patriotismus als den Ihres Abzeichens."

Die Periode möglicher öffentlicher Stand-

haftigkeit war aber schließlich durch totalitäre Personalpolitik der SED in den 60er Jahren zu Ende. Letztes Ereignis in dieser Richtung war die SED-Kampagne gegen den Internisten Brednow. Er hatte in seiner Leopoldinaschrift „Der Kranke und seine Krankheit" die prinzipiellen Folgen des Massenzeitalters auf die individuelle Integrität aufgezeigt, was wütende Verleumdungskampagnen der 300 %igen SED-Professoren auslöste.

Doch blieb auch in den folgenden Jahrzehnten die Jenaer Universität besonders im Vergleich zu den großen SED-Kaderschmieden Uni Leipzig und Uni Berlin für den SED-Staat weder politisch noch intellektuell sicher.

Jetzt waren aber bürgerlich demokratische Gedanken nicht mehr der Kern des geistigen Widerstandes. Vielmehr war es die moralische Kritik an der SED, größtenteils aus linken Gruppen und z. T. aus den eigenen Reihen.

Auch diese Bewegungen muß man grob kennen, um alle Aktionen der Wende an der Universität Jena zu verstehen. Es waren vor allem:
- der Eisenberger Kreis, schon 1957 wirksam,
- der Arbeitskreis Literatur um Jürgen Fuchs und Lutz Rathenow um 1973,
- die Reformansätze der Jenaer Studenten 1988/89.

Bei ersteren ging es um eine Reform des Marxismus durch einen Kreis von Philosophiestudenten und Assistenten, die besonders bei Ernst Bloch in Leipzig gehört hatten. Drastische Zuchthausstrafen des Regimes für den Kreis wirkten auf die Universitätsöffentlichkeit zum Teil einschüchternd und deprimierend, aber auch subversionsfördernd. Die Kreise um Rathenow und Fuchs in den 70er Jahren waren vor allem studentische Gruppen, die aus dem Ideengut von Robert Havemann und Ernst Bloch die durchaus sehr linke, moralisch geläuterte Alternative zum real existierenden Sozialismus Honeckers suchten.

Immer waren die möglichen persönlichen Folgen sehr klar, wie ein Gedicht von Jürgen Fuchs ausweist:
Diese Angst // daß mein Stift / zerbricht / bevor alles gesagt // Und wer hört mich / wenn ich schweige.

Die Reaktionen der SED waren damals Exmatrikulation und Haft, es waren Parteiverfahren und Exmatrikulation für die aktivsten Reformstudenten 1988/89 (s. u.).

In den 50er Jahren waren es dagegen noch totales Verschwinden von Studenten und Assistenten, die nie wieder gesehen wurden, wobei sich eine Studentin mit Brief einmal aus Sibirien meldete. Nachforschungen ergaben, daß viele in der Sowjetunion ermordet wurden oder in Lagern starben.

Die Methode des Regimes wurde später immer differenzierter und weniger plump aggressiv; aber SED und Staat wurden dann in den 80er Jahren permanent bis krankhaft mißtrauisch, besonders gegen die Jenaer Mediziner. Das wurde nach einem Brief aus den Reihen dieser über kritisch begrenzte materielle Grundlagen für die medizinische Versorgung an den FDGB-Fürsten Harry Tisch extrem. Die danach eingeführten Gängeleien bis zu Zeitungsanalysen unter Anleitung des Parteisekretärs für die Kliniks- und Institutsdirektoren stärkte die Aversion besonders unter dem einen Drittel Nichtgenossen der medizinischen Hochschullehrer.

Unmittelbare Vorläufer der Wende an der Universität waren aber die genannten Aktionen von durchaus dem Sozialismus verbundenen Studenten auf Restriktionen jeglicher nichtverordneter Aktivität. Das waren:
- Proteste gegen das „Sputnik"-Verbot und den Ceaucescu-Besuch in der DDR 1988.
- Die unabhängige Sammlung für einen Ambulanzwagen zur Stützung der linken Revolution in Nicaragua durch Theologie- und Jurastudenten 1988/89.
- Der Versuch, 1988 die FDJ-Wahlen in der Sektion Mathematik geheim zu gestalten.

Auch hier schon war das Mißtrauen des Establishments und die entsprechenden Reaktionen nahezu krankhaft; man verschenkte sich zwanghaft eigene Erfolge.

Wir parteilosen Professoren standen im Vergleich zu diesen Studenten viel zu stark unter dem offensiven Zwang der SED, um auch nur eine Chance zur aktiven Veränderung wahrnehmen zu können. Wir waren z.B. vollauf mit dem Erhalt der Lehr- und Forschungsstruktur und dem Beistand für eigene begabte, aber nicht systemgebundene Mitarbeiter beschäftigt, die keine sichere Perspektive hatten.

Schon hier zeigt sich ein prinzipieller Unterschied zwischen den auf Veränderung bedachten Studenten und Hochschullehrern. Diese aktiven Studenten wollten eine Reform des Sozialismus erreichen, waren im realen Sozialismus der DDR aufgewachsen und hatten kaum darunter stärker gelitten. Die aktiven Hochschullehrer der Wende hatten noch die Brutalität stalinistischer Zeiten erlebt bis zum Verschwinden von Personen, auch die Erfolgslosigkeit der genannten Reformversuche, sahen SED und totalitären Staat immer noch als Unterdrükker jeder wirklichen geistigen Freiheit und hatten vielfach persönlich gelitten.

Am besten kann diese Differenz durch ein Wort des Studentenratsvorsitzenden 1992 gegenüber dem damaligen Prorektor für Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften, Gottfried Meinhold, bezeichnet werden: „Ich kann es schon nicht mehr hören, wenn sie von ihrer Traumatisierung sprechen!"

Auch unter einem Teil der SED-Genossen waren in den späten 80er Jahren Ermüdungserscheinungen im Glauben an die große Sache spürbar. So waren für uns selbst einzelne Genossen ohne Parteiamt, die als gute Fachleute bekannt waren, durchaus auch potentielle Verbündete, ohne daß wir uns ihnen natürlich völlig erklären konnten.

Die Studenten standen im ersten Halbjahr 1989 dann noch stärker im Clinch mit dem System um mehr geistigen Freiraum und Reformen und organisierten sich. So setzte sich Ende Februar/März 1989 die Reformgruppe aus nebenamtlichen FDJ-Sekretären und Studenten der Sektionen Biologie, Mathematik, Psychologie und Theologie zusammen, die einen größeren individuellen politischen Aktionsraum einklagten. Das verlangte viel Mut und Risiko und ist bewundernswürdig.

Für uns war dagegen die letzte Kommunalwahl mit dem offensichtlichen Betrug der SED-Diktatur ein Anlaß zur prinzipiellen subversiven Aktivität und Möglichkeit der Suche nach Gleichgesinnten.

Schließlich gehen aber die reformorientierten Studenten, immer nur eine Minderzahl gegenüber dem Gros der Passiven, im Spätfrühling 1989 über die ursprünglichen Ziele zeitweise hinaus. Das geschah unter dem Eindruck der lokalen SED-Repression und der internationalen DDR-Politik, wie bei dem Versuch, eine unzensierte Studentenzeitung zu gründen oder den SED-Reaktionen nach dem Massaker an den chinesischen Studenten. Hier agieren sogar gerade Studenten an extrem ideologielastigen Be-

reichen, wie der Sektionen Staat und Recht und Literaturwissenschaft. Das verlangte in einem solchen Umfeld beträchtlichen Mut und Durchstehvermögen. Die Uni-Leitung und Parteileitung reagierte mit Exmatrikulation und Parteiverfahren usw.

Das führt schließlich über Zwischengruppierungen insgesamt zur Bewegung des Reformhauses im September bis Anfang Oktober als die allein tragende Protestbewegung an der Universität. Darüber ist oft diskutiert worden, weshalb ich mich hier kurz fasse. Wenn auch nur eine reformistische Strategie verfolgt wurde, fällt vor allem diesen Studenten das Verdienst zu, die Wende an der Jenaer Universität vorbereitet zu haben. Sie verwickelten das Uni-Establishment in einen Reformdiskurs, der dieses als nicht reformfähig auswies.

Universität und Uni-Parteileitung versuchten aber, die ideologische Initiative zurückzugewinnen und veranstalten am 15. 10. 1989, mithin nach den Ereignissen zur 40jährigen Republikfeier und der großen Demonstration von Leipzig, eine sogenannte Sommeruniversität, also ein gesteuertes Round table mit dem Titel: „Brauchen wir eine neue Linke?"

Es war der verlogene Versuch, die linksorientierten studentischen Reformer wieder in den Griff zu bekommen und für sich auszunutzen. Auch war den Partei- und Staatsfunktionären gar nicht aufgefallen, daß es für eine Sommeruniversität schon rein jahreszeitlich zu spät war und für sie schon längst der ideologische Spätherbst angebrochen war.

Inzwischen waren in der Stadt schon das Neue Forum, z. T. auch die SDP u. a. mit Demonstrationen gegen die repressive Politik des Politbüros und für den Rechtsstaat aufgetreten, ohne das System schon eindeutig in Frage zu stellen. In der Universität erreichten beide Gruppen Gespräche mit der Universitätsleitung und stellten Forderungen nach Verbesserung des Gesundheitswesens, mehr Demokratie der Staatsorgane, auch mit dem sehr begründeten Argument, den bedrohlichen Exodus der DDR-Flüchtlinge zu stoppen.

Es muß betont werden, daß zu diesem Zeitpunkt noch alle Machtinstrumente von Partei und Staat an der Universität rege gebraucht wurden, wie sich in den folgenden Tagen auch für mich sehr unangenehm zeigen sollte. Universitäten waren in der Tat kaum Vorreiter oder Träger der Wende, wovon Jena auch nur z. T. eine Ausnahme bildete.

Auch auf diesem Round-table vom 15. 10. wurde natürlich hinter dem Vorhang heimlich von der Stasi alles aufgezeichnet. Ein Diskussionsredner bat plötzlich unverhofft: „Bitte stellen Sie das Tonband hinter dem Vorhang ab!" - Der Uni-Parteisekretär kam ins Stottern. Da dröhnte aus den hinteren Reihen eine dunkle Stimme: „Kannst's anlassen, wir haben keine Angst mehr."

Die Masse der Universitätsangehörigen war aber im Vergleich zu den aktiven Studenten noch sehr ängstlich, zaghaft und eingeschüchtert. Jedoch spürte man die Erwartungshaltung, die Anspannung in jeder Veranstaltung, natürlich auch die Angst. Jeden Tag gingen über Ungarn und die Tschechoslowakei mehr als 2000 Menschen aus dem Land, und die Stasi und Partei hatten gerade den höchsten Einschränkungsgrad der individuellen Freiheit verordnet, nämlich keinerlei Auslandsreisemöglichkeit, bis auf eher undurchsichtige willkürliche Zusagen für die Tschechoslowakei.

Man befürchtete allerorts blutige Auseinandersetzungen. Ich hatte an der zweiten

großen Leipziger Demonstration teilgenommen, die wohl für die Entscheidung insgesamt in der DDR am wesentlichsten war. Tage später hatte ich wieder Vorlesung zu halten und spürte, wie die Atmosphäre unter den 200 Medizin-Studenten vor Spannung regelrecht knisterte. Ich hatte nur den einen Satz: „Ich bringe Ihnen die Grüße und Erwartungen der Leipziger Demonstration" noch nicht fertig zu Ende gesprochen, da brach ein Tohuwabohu los. 200 Studenten sprachen gleichzeitig. Ich versuchte, das alles zu ordnen und schlug ein Meeting für den gleichen Tag vor. Für mich aber war die politische Zusammensetzung und damit das mögliche Programm der Studenten nicht klar.

Der kleinste gemeinsame Nenner war die Zurückweisung der offensichtlichen staatlichen Fehlentscheidungen und ihrer Akteure, nämlich Repressionen durch das SED-Politbüro und die Forderung nach seinem Rücktritt, außerdem die Reduktion der marxistisch-leninistischen Vorlesungen und Schulungsumfänge an der Universität. Dies war der gemeinsame ideelle Start in das Meeting, das auch Jugendliche aus Jenaer Betrieben besuchten.

Ein Teil der Studenten wußte, daß ich mich aus Begeisterung für Robert Havemann näher mit der Philosophie beschäftigt hatte. Auf ihre Anfrage erläuterte ich zunächst, warum dieses verkrustete totalitäre Regime auch nach diesem geforderten Politbüro-Rücktritt nur weiteren ökonomischen und gesellschaftlichen Niedergang bringen könne.

Danach wurde von mutigen Studenten selbst, wie von Ekkehard Seeliger und Tom Röthel, der Rücktritt der Regierung, Pressefreiheit und freie Wahlen gefordert, dem sich ohne jeglichen Druck alle Studenten, darunter auch einige SED-Genossen anschlossen. Unter diesen Forderungen riefen wir zu einem Meeting der Medizinischen Fakultät und aller Erneuerungswilligen der gesamten Universität auf. Ich war sicher, in meiner Fakultät schließlich doch genug Unterstützung zu finden, obwohl ich an diesem Tage von fast allen angesprochenen Hochschullehrern ein Nein z. T. unter sehr fadenscheinigen Gründen erhalten hatte. Die Angst war eben noch sehr groß. Bei den Angehörigen der Kernuniversität waren wir uns nicht sicher, weshalb wir dort nur alle Gleichgesinnten aufriefen.

In der Tat dauerte es aber keine 24 Stunden bis zur Gegenreaktion der Universität und Parteileitung. Diese hatte offensichtlich erkannt, daß es hier nicht um Reformforderungen linker Gruppen ging, sondern unmißverständlich um das Ende des SED-Staates und auch ihrer Macht. Ich erhielt vom Rektor die Aufforderung, um 15.00 Uhr bei ihm zu erscheinen. Vorher wurde von diesem, der Partei- und Gewerkschaftsleitung und dem Kaderdirektor der ahnungslosen SED-Führung der Medizinischen Fakultät und deren sozialistischer Leitung politische Unfähigkeit vorgeworfen, ihr die Gefahr der Stunde erklärt und sie zu Handlungen gegen mich verpflichtet.

Ich selbst wurde im Senatssaal isoliert einem Scherbengericht durch die 11 hochrangigsten Partei- und sonstigen Leitungsfunktionäre unterzogen. Da ich die Verfassung der DDR mit meinen Forderungen verletzt hätte, die Studenten dabei aufgehetzt und ähnliche konterrevolutionäre Positionen, wie die gerade gegründete SDP vertreten hätte, werde ich nicht mehr an der Universität geduldet. Man war aber in der Zwickmühle, da ja das von uns schon vorbereitete größere Meeting von der SED dann schwer steuerbar war und mein möglicher Rausschmiß dort zum Bumerang hätte werden

können. Man versuchte, mich zu verpflichten, auf dem Boden der Verfassung der DDR, also mit der Anerkennung der führenden Rolle der SED, das Meeting vorzubereiten.

Auch die SED- und staatstreue Leitung der Medizinischen Fakultät veranstaltete pflichtbewußt und verärgert nochmal ein Scherbengericht mit mir und verlangte ebenfalls die SED-Steuerung des Meetings. Dieses wurde aber im Gegenteil zu einer überzeugenden Manifestation von 270 Teilnehmern für freie Wahlen, Pressefreiheit und Rücktritt des Politbüros, daneben Anerkennung der Menschenrechte und Reisefreiheit. Die Universitätsleitung hatte die gesamte partei- und staatstreue Leitung des Bereiches Medizin verpflichtet, dem Meeting beizuwohnen, um dieses Ereignis im SED-Sinne zu lenken.

Aber das wurde nicht erreicht, im Gegenteil: Unter der Wucht der einhelligen Forderungen schlossen sich diese Funktionäre und der Dekan der Resolution einmütig an. Die bemerkenswertesten Persönlichkeiten dieses Abends waren Dietfried Jorke und Georg Machnik und eine Reihe von Medizinstudenten, die die Resolution mit mir vorbereitet hatten. Die Resolution ging an die anderen Universitäten der DDR, die aber alle noch politisch schliefen.

In Jena aber war der Effekt des Aktionsmeetings so stark, daß die Universitätsleitung die Medizinische Fakultät ab diesem Tag als extraterritorial betrachten mußte, von der sich schließlich auch die Aktion zum Umsturz an der Universität formierte.

Die Leitung der Medizinischen Fakultät hatte sich nämlich durch ihr eigenes öffentliches Votum selbst zur politischen Farce degradiert, und sie ließ mich auch dann politisch frei handeln. Die Taktik der Parteileitung und des Rektors der Universität selbst hatte also zum machtmäßigen Abtrennen eines wesentlichen Teils der Universität, nämlich des Bereiches Medizin geführt, der nun politisch frei agierte, wenn auch sehr unterschiedlich in den Positionen.

So führten schließlich auch Anfang Dezember diese Aktionen zur Bildung der Aktionsgemeinschaft zur demokratischen Erneuerung der Hochschule (ADEH) durch sieben Hochschullehrer, vorwiegend aus dem Bereich Medizin, aber auch der Sektionen Physik und Chemie. Dazu gab es einen landesweiten Aufruf, die Hochschulen zu demokratisieren.

Inzwischen wurde in der Stadt vor allen Dingen unter Regie der neuen Parteien, wie des Neuen Forums, des Demokratischen Aufbruchs, der SDP, auch des nichtsystemkonformen Flügels der CDU besonders bei Kundgebungen die Macht von Oberbürgermeister und Stadträten ideell mehr als in Frage gestellt. Hier erscheint mir eine Kundgebung auf dem Zentralen Platz, in der Dietfried Jorke die Regie zu führen hatte, besonders bedeutsam. Hier sprachen alle neuen Parteien in einer Weise über die notwendige Demokratisierung, die nur noch durch Ablösung der alten Strukturen denkbar war. Der Oberbürgermeister, selbst neben den Rednern, konnte dies im wesentlichen nur noch zur Kenntnis nehmen. Es war aber formal schwierig, dessen Ablösung zu erreichen. Das war dann erst durch den Nachweis des Wahlbetrugs als krimineller Handlung möglich. Besonders unter den Angehörigen des Neuen Forums, aber auch im Demokratischen Aufbruch und der SDP waren Universitätsangehörige führend tätig, wobei aber dort die Ebenen der Stadtpolitik allein maßgebend waren.

In dieser Zeit kam es unter den Reformstudenten zu einer Reihe von weiteren Aktivitäten, die aber weniger an den Staats- und Parteistrukturen rüttelten, auch nicht an denen der Universität. Jedoch hatten sie aus eigener Kraft die FDJ aufgelöst, dem SED-Rektor die Bildung des ersten Studentenrates in der DDR (neben Leipzig) abgerungen und ihren politischen Aktionsradius sehr erweitert. Ich hatte den Eindruck, daß diese meist linksorientierten Studenten stets mit hohem moralischen Anspruch, ohne jeglichen Opportunismus ihre Ziele beharrlich und ohne eigene Schonung verfolgten. Sie blieben aber bei dem Reformansatz.

Die ADEH forderte dagegen durch vier autorisierte Vertreter am 20. 12. den Rektor und die wissenschaftlichen Räte zum sofortigen Rücktritt auf. Diese Strukturen waren nämlich noch nicht einmal nach dem Hochschul- und Universitätsrecht der DDR korrekt, also geheim gewählt worden. Das war zunächst das einzige formal-stichhaltige Argument der ADEH.

Auch von der Zahl an Beteiligten war die ADEH eigentlich nicht autorisiert, da sie ja niemals mehr als 40-50 Angehörige der Universität umfaßte. Sie konnte sich nicht anmaßen, für die Mehrheit der Universitätsangehörigen zu sprechen. Einmal existierte ein großer Prozentsatz von SED-Mitgliedern an der Universität, wie etwa in den Sektionen des sogenannten gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs, dort bis zu 100%. Außerdem gab es viele Mitläufer und Opportunisten, die die Entwicklung erst abwarten wollten, um sich dann vorteilhaft zu entscheiden.

Hier wird auch sichtbar, daß in der Wende nicht etwa die Mehrheit der Universität für die Erneuerung aktiv politisch gearbeitet hat. Noch waren ja alle alten Strukturen im Amt, die Stasi fleißig am Werk, und die meisten scheuten das persönliche Risiko. Noch Ende November waren sozialismusgesteuerte Wahlen der neuen Dekane erfolgt, wobei fast ausschließlich die aggressivsten Vertreter des alten Systems gewählt wurden, von denen heute keiner mehr an der Universität ist.

Noch hätte der Prozeß umschlagen können, und wer damals die Einheit Deutschlands in Ostdeutschland forderte, war ein Nationalist und zwar in den Augen der Mehrheit. (Erst im Dezember kamen bei Demonstrationen in Ostdeutschland die ersten Forderungen nach nationaler Einheit.)

So wurde auch unser Aufruf zum gesamtdeutschen Wartburgtreffen der Hochschulen vom 3. 12. 89 eher mit Skepsis betrachtet, und besonders die Parteifunktionäre versuchten, demagogisch gegenzuarbeiten. Jedoch gab es sofort eine Resonanz von sehr vielen Hochschulen Westdeutschlands, die uns ermutigte, die schwierige Vorbereitung des Treffens in Eisenach durchzuführen. Die Verhinderungsversuche der Presse gegen das Wartburgtreffen, wie etwa in der Leipziger Volkszeitung, haben wir aktiv abwehren können.

Noch einmal versuchte der SED-Rektor die Initiative zurückzugewinnen, und rief am 3. 1. 90 zum sogenannten Rosengespräch auf. Damit beabsichtigte er, die offensichtlichen, sich formierenden politischen Aktivitäten in eine Schwatzbude mit eigener Steuerungsmöglichkeit umzufunktionieren.

Interessant war, daß der Rektor zu diesem Zeitpunkt noch die Unterstützung der damaligen Westdeutschen Rektorenkonferenz fand, an der DDR-Rektoren teilnahmen. Viele blauäugige Rektoren der westdeutschen Universitäten glaubten dem Rektor aus Jena, der von sehr reaktionären politi-

schen Strukturen in Jena berichtete, die seine eigenen Reformbestrebungen behinderten. Das wurde unterstützt durch den Westberliner Universitätspräsidenten Haas im Verein mit dem nachherigen Rektor der Humboldt-Universität Fink, der ja dann später als Stasivertreter entlarvt wurde. Zum Glück hatte ich mit Prorektor Zwilling aus Heidelberg einige Gespräche. Er konnte damals die Rektorenkonferenz aufklären, so daß von dort wenigstens keine moralische Hilfe für das alte System an der Universität kam.

Der Jenaer Rektor fand aber immer noch Unterstützung, z. B. bei der befreundeten Universität Tübingen und seinen Leitern, die er mehrfach in dieser Zeit besuchte.

Keinerlei Unterstützung fand er allerdings in diesem Rosengespräch am 3. 1. 90, bei dem er u. a. die neugegründeten Parteien eingeladen hatte und an dem sich auch die ADEH beteiligte. Das wurde ihm dort von Prof. Jorke, dem Sprecher der ADEH, der entscheidenden Anteil an der Wende an der Universität hat, durch Verriß seines Scheinreformplans klar gemacht. Dietfried Jorke präsentierte nochmals wohlbegründet die Forderung nach dessen Rücktritt und dem der wissenschaftlichen Räte.

Drei Tage später fand die Sitzung des alten SED-Senates und aller Dekane und Sektionsdirektoren statt. Auf dieser Sitzung berichtete der Rektor lamentierend, was man ihm bei den Rosengesprächen angetan hatte. Die Genossen reagierten empört. Er war aber schon wieder in der Zwickmühle. Für den Fall, daß er nicht zurückträte, hätte die ADEH alle Universitätsangehörigen zur Rücktrittsunterstützung und zur grundhaften Wahl aller Organe an der Universität aufgerufen. Letzteres geschah. Die Zahl der Wendebefürworter stieg jetzt auch ständig. Der Rektor erklärte sich schließlich zur Vertrauensfrage an das neugewählte Konzil bereit. Dieses Risiko mußte er dann wohl eingehen.

Seine letzte Manipulation war, die Stimmenverteilung zwischen den ideologielastigen geisteswissenschaftlichen und den anderen Fakultäten für die anstehende Konzilwahl sehr zugunsten der ersteren zu lenken mit dem Hinweis: „Ich lasse mir meine Orchideenfächer nicht kaputt machen!" Der Medizin hatte er natürlich relativ wenig Stimmen zugebilligt. Ich widersprach ihm in dieser erwähnten Sitzung des alten Senates, da ich dort in Vertretung des Prorektors Medizin teilzunehmen hatte. In der eiskalten Atmosphäre dieser Versammlung von etwa 45 SED-treuen Leuten wurde nach meinem Protest gefragt: „Wer sind diese Gruppen und Parteien des Rosengesprächs, wer ist dieser Vertreter? Das ist ungesetzlich!", obwohl man natürlich wußte, wie wacklig es um die Macht stand. Formal war ich aber wenig legitimiert.

Der Rektor gab schließlich nach Disput zwei Stimmen zusätzlich noch für die Medizin. Später wurde dem Rektor aber offensichtlich klar, daß er mit diesen immer noch schiefen Stimmenrelationen sich Sympathien auch möglicherweise unter seinen SED-Genossen im Bereich Medizin verschenkte. Er feilschte dann anschließend regelrecht mit mir per Telefon um weitere Stimmen, obwohl ich eigentlich keine rechtmäßige Vertretung des Bereiches Medizin war.

Schließlich kam es am 29. 1. zur Abstimmung über die Vertrauensfrage. Das neue Konzil verweigerte mit 75 zu 38 Stimmen dem Rektor das Vertrauen, und er mußte zurücktreten. Unter den Systemvertretern gab es offensichtlich jetzt auch teilweise

Bewegung. Der Studentenrat unterstützte in dieser Phase völlig die Bemühungen um eine Neuwahl, hatte aber nach wie vor mehr Reformbestrebungen im Sinne, wie Studienordnungen, Regelungen der sozialen Ersatzdienste usw. bei einer angenommenen weiteren Existenz des realen Sozialismus.

Am 23. Februar erfolgte schließlich die Neuwahl des Rektors. Dabei wurde aber mit einem Trick im 2. Wahlgang erreicht, daß nicht der deutlich Führende des 1. Wahlgangs, Prof. Klinger, sondern der frühere SED- und dann PDS-Angehörige und Jurist, Prof. Riege, die Mehrheit bekam. Man hatte nicht explizit vereinbart, daß Briefwahlstimmen auch im 2. Wahlgang zählten. Da die Erneuerer jetzt häufig zur neuen wissenschaftlichen Kooperation nach Westdeutschland fuhren, waren viele abwesend. Sie hatten die Möglichkeit der Briefwahl genutzt und waren von dem schlitzohrigen Wahlleiter, dem SED-Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, so kalt in der Entscheidung (im 2. Wahlgang) negiert worden. Außerdem wirkten sich die immer noch etwas einseitigen Stimmrelationen durch den Entscheid des alten Rektors aus.

Der nun gewählte Rektor Riege, ein deutlicher Vertreter des alten Systems, war z. B. für Formulierungen in der letzten DDR-Verfassung mit Verbiegung der letzten demokratischen Ansätze des SED-Staates verantwortlich, hatte aber des öfteren bei Auseinandersetzungen mit der Bezirksleitung der SED Mut gezeigt. Er erklärte auf Anfragen: „An der Jenaer Universität gibt es überhaupt keine Personalfragen." Das heißt, er wollte auch das gesamte alte System erhalten.

Am 28. Februar wurde in der ADEH die Gegenreaktion überlegt. Wir konnten die Medizinische Fakultät dazu gewinnen, diese Rektorwahl anzufechten. Am 6. März fand sich schließlich dann in einer heißen Kampfsitzung des neuen Konzils schließlich nach 6 Stunden eine Mehrheit für die Annullierung der Rektorwahl vom 23. Februar.

Zur Riege-Wahl hatte auch ein Dissenz zwischen Naturwissenschaften und Medizin beigetragen. Ich habe dann in der folgenden Zeit mit anderen versucht, die zum Teil von der Wahl eines Mediziners abgerückten Vertreter der naturwissenschaftlichen Fakultäten, die schließlich auch Riege mitgewählt hatten, für einen Kompromißkandidat aller Erneuerungswilligen zu gewinnen. Dieser wurde dann von uns in dem sehr angesehenen theoretischen Physiker, Ernst Schmutzer, gefunden. Prof. Schmutzer wurde am 2. April dann auf der Grundlage einer neuen Wahlordnung zum Rektor gewählt.

Noch aber waren die alten Prorektoren voll im Amt. Ernst Schmutzer mußte sich nonens volens dieser Kollegen bedienen, die die ganzen unrechtmäßigen alten Aktionen mitgetragen hatten und sich nach wie vor in einem Parteien- oder Interessenfilz mit der SED (bzw. PDS) befanden. So konnte und wollte er persönlich nicht an eine sofortige gänzliche Veränderung denken. Es war aber völlig unakzeptabel, diesen Parteifilz in den Leitungsfunktionen der Universität zu belassen, da Entscheidungen des Rektors und anderer Gruppen dadurch paralysiert und die Restitution des alten Systems betrieben wurde.

Eine Schlüsselposition schien für mich dabei jene des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften. Ich bat den sehr angesehenen Sprachwissenschaftler, Prof. Meinhold, doch für das Amt dieses Prorektors, später für Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaf-

ten, zur Verfügung zu stehen, und er willigte ein. In der ADEH ließ ich mir die Vollmacht geben, mit dem noch amtierenden Prorektor, Prof. Hoewing, einem treuen SED-Vertreter, zu sprechen, um seinen Verzicht zu erreichen. Noch war das unbedingt von diesem selbst notwendig, da er ja „rechtmäßig" gewählt worden war.

Nach mehreren Gesprächen gab er schließlich nach, und diese weitere entscheidende Position war für den Erneuerungsprozeß gewonnen. Der Rücktritt war erst am 31. August 1990, was also insgesamt auch die Zähigkeit und Härte der Auseinandersetzungen beschreibt.

Ein Teil der Studenten hatte schließlich unseren Weg verstanden, unterstützte uns und modifizierte unsere Aktionen jetzt in recht guter Weise. Der größere Teil aber einschließlich des Studentenrates sah in uns, wie auch spätere Gespräche ergaben, die sogenannten Schwarzen, also konservative Gruppen, die sie unter keinen Umständen breiter unterstützen wollten. So waren die beiden wesentlichen Aktivitäten an der Universität leider nicht koordiniert.

In dieser Zeit hatten die Studenten auch andere Sorgen. Während wir mit Hochdruck das Wartburgtreffen und die Universitätserneuerung vorbereiteten, demonstrierten im Mai 600 Studenten gegen soziale Unsicherheit.

Diese war damals in der Tat im gewissen Sinne zu befürchten; die noch voll agierenden ehemaligen SED-Professoren hatten diese Problematik aber unsachlich aufgebauscht. Diese verstanden es auch ansonsten gut, die Studenten oft für sich zu instrumentalisieren. Dadurch kam es zu einer Reihe von Sit-ins und auch heftigen Aggressionen der Studenten gegen manche notwendige Aktionen des neuen Senats. Hier saßen natürlich auch noch die in den alten Gesellschaftswissenschaften gewählten, größtenteils SED gesteuerten Kollegen, die um jede alte Position gegen uns kämpften. Darunter waren auch Stasi-Vertreter, die besonders geschickt gegenarbeiteten.

So war es auch verständlich, daß gegen eine beschlossene Eigenevaluierung der Universität durch den Senat sich z.B. die Rechtswissenschaftliche Fakultät vehement und gerade mit den neuen Rechtsmitteln wehrte. Diese Evaluierung führte zum Ausschluß der besonders fachlich unfähigen SED-Kader, die z. T. in ihrem Leben 1-2 Publikationen als Professoren verfaßt hatten, und zum Ausschluß von Personen mit extremen politischen Fehlverhalten im Sinne der Verantwortung für viele Entlassungen, Exmatrikulationen und politische Verfolgungen.

Außerdem waren aber durch entsprechende Stelleneinschränkungen für den in DDR-Zeiten aufgebauten riesigen Mittelbau mitunter schon harte Konsequenzen wirksam; hier traf es auch in der Tat öfter die Falschen.

Die Arbeit im Senat war schwer. Wir kamen oft nicht vor Mitternacht aus dem Senatssaal. Aber wir spürten, daß sich das Pendel nach der richtigen Seite geneigt hatte und damit im Prinzip die Wende vollzogen war.

Ein paar Worte zum Wartburgtreffen vom 25.-27. Mai 1990:

Wir, d. h. zwei Studenten Ekkehart Seeliger und Tom Röthel, zwei Professoren, Prof. Jorke und ich, hatten also Anfang Dezember 1989 zu einem gesamtdeutschen Treffen der Studenten und Professoren aufgerufen. Der Hauptgrund war, eine breite Solidarisierung für die aktiven Erneuerer an den ostdeutschen Universitäten von westdeutscher Seite zu gewinnen und das Informationsdefizit, das besonders den alten SED-

Vertretern immer wieder geholfen hat, zwischen diesen demokratisch Gesinnten zu beseitigen. In der Tat zeigte sich dann, daß solch eine Begegnung von schließlich 1000 Studenten und 250 Hochschullehrern unter Einschluß der Coimbra, also der Union der alten Universitäten Westeuropas, Ende Mai 1990 sehr nützlich war. Viele Oststudenten mit Erneuerungswillen hatten niemals Westdeutschland gesehen oder mit dessen Studenten gesprochen. Aus dem Gespräch heraus ergaben sich klare Positionen zum politischen Handeln, die sich schließlich als nützlich für alle Universitäten im Osten erwiesen. Das konnte man aus Korrespondenzen nach diesen Treffen erkennen. Die ausländischen Vertreter, insbesondere jene aus Polen, der Tschechoslowakei und Großbritannien schlugen uns vor, doch in Jena, das geschichtlich traditionell eine Mittlerfunktion zwischen Ost- und Westeuropa gehabt hatte, einen Kreis zu konstituieren und von dort aus den eigenen demokratischen Prozeß und in Sonderheit den der osteuropäischen Länder auf diesem Wege zu fördern.

Nach längerer Überlegung hatte ich mich dann im Sommer 1990 entschlossen, ein „Collegium Europaeum Jenense" ins Leben zu rufen. Ich fand an der Universität gute ideelle Unterstützung. Es war auch eine Möglichkeit, konstruktiv, also ohne sich nur mit dem alten System auseinanderzusetzen, eine neue Atmosphäre und ein neues Podium gesellschaftlicher und internationaler Wirkung der Universität zu schaffen.

Da sich in Sonderheit die Intellektuellen der alten DDR quasi für Jahrzehnte in einer Käfigsituation befunden hatten, wollten wir auf diesem Wege auch schnelle, vor allem ideelle Kontakte neben jenen der Forschung mit vielen europäischen Staaten gewinnen.

Nachdem einige Vorveranstaltungen 1990 erfolgreich waren, wurde schließlich am 13. 1. 1991 das Collegium Europaeum Jenense unter Teilnahme von Vertretern aus elf europäischen Staaten festlich gegründet. In der Tat identifizierten sich viele mit diesen Gedanken, auch solche, die der Erneuerungsbewegung der Universität noch fern standen.

Wir haben an dieser Stelle sehr vielen Freunden und quasi Mitgründern des Collegium Europaeum Jenenese besonders aus den Ländern Polen, der Tschechoslowakei, Großbritannien, auch der damaligen Sowjetunion zu danken. Mit den relativ vielen Vorträgen in der Erneuerungszeit 1990-1992 ist sicher auch eine neue ideelle Atmosphäre entstanden, die den Provinzialismus der DDR-Zeit an der Jenaer Universität mit überwinden half. Dies ist aus den vielen Reaktionen aus der Universität auf die Schriften des Collegiums zu belegen. Dabei kamen die wertvollsten Beiträge besonders der ausländischen Redner zur Darstellung.

Es war damals sehr schwer, mit einem ganz kleinen Kreis von eigentlich nur vier verläßlich aktiven Kollegen bei vielen passiv Interessierten das Collegium zu gestalten und dabei für alles verantwortlich zu sein bis zur Frage der Sicherung der Übernachtungen für Referenten und osteuropäische Teilnehmer. Die notwendige materielle Unterstützung der Universität war in diesem Rahmen sehr vage.

Das änderte sich schließlich, als das Collegium Europaeum deutliches Profil auch im Thüringer Rahmen gewonnen hatte. Ich glaube, daß das Collegium ein Kind der Wende ist, dazugehört, über diese vom Ziel her zwar hinausreicht, aber die Wende auch sehr positiv beeinflußt hat. Hier sei, stellvertretend für eine Reihe von politischen

und kulturellen Aktivitäten, die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an den Lyriker Rainer Kunze genannt.

Es war dies aus unserer Sicht neben der Würdigung der herausragenden dichterischen Leistung auch ein dringend notwendiger Akt der ideellen Rehabilitation der Friedrich-Schiller-Universität selbst. Rainer Kunze hat in Jena bzw. Ostthüringen einerseits in besonders harter Weise die Aggression des Establishments erfahren, andererseits aber auch Hilfe bei Einzelnen in seiner gesundheitlich schwierigen Situation während der jahrzehntelangen Diffamierungskampagne durch die Stasi gefunden. Schließlich hatte aber der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Universität, eben der Literaturwissenschaftler W. (siehe die in Rororo erschienenen Stasiakten „Decknam.e Lyrik") die diffamierende Einschätzung des lyrischen Gesamtwerkes von Rainer Kunze als antisozialistisch, reaktionär usw. gegeben und damit die Grundlage für eine der miesesten Aktionen des DDR-Establishments überhaupt geliefert. Das war durch das genannte Buch 1991 breiter bekannt geworden. Noch ein Jahr vor dieser Wahl zum Ehrenmitglied durch das Collegium hatte man von genannter Seite die Stirn gehabt, Rainer Kunze zu einem Fachvortrag an die Universität einzuladen und dabei versucht, mit ihm selbstbewußt zu plaudern, als wäre nichts gewesen. Schließlich hatte aber die hervorragende Laudatio des inzwischen neuen Prorektors für Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften und Schriftstellers, Gottfried Meinhold, anläßlich der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft wohl auch die Jenaer Universität vor der Öffentlichkeit vollständig rehabilitiert.

Das Collegium hielt sich in der Folge trotz der hohen personellen Fluktuationen der Wende. Ich bin vielen Kollegen an der Universität und von außerhalb für Hilfe dankbar. Es sei mir erlaubt, mit dem Europatreffen des CEJ in Aachen besonders seines hervorragenden Organisators Prof. Gerhard Ondracek zu gedenken, der kürzlich auf so tragische Weise tödlich verunglückte. Inzwischen weiß man, daß das alles nicht umsonst war. Zwischendurch hatte ich sehr daran und auch an mir gezweifelt. Jedoch war nach der Volkskammerwahl am 18. 3. 90 zumindest der politische Widerstand gegen die Erneuerung deutlich schwächer.

Natürlich war in der Folge noch eine Unmenge zu tun. So konnte z. B. der neugewählte Rektor Ende Dezember 1990 es nicht über das Herz bringen, die Abwicklungsentscheidungen des Thüringer Ministeriums mitzutragen, die dringend notwendig waren. Es war dies eine menschlich verständliche Haltung, und Ernst Schmutzer hat sehr darunter gelitten. Sie hätte aber politisch den Stillstand des Erneuerungsprozesses zur Folge gehabt. Schließlich ist durch das beherzte Auftreten des Prorektors für Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften, Herrn Meinhold, die in der Tat überwiegende Zustimmung des Senats an den Minister gelangt. Es konnte somit der letzte prinzipielle Teil der Wende und damit die grundsätzliche Erneuerung durchgeführt werden.

Wenn man all diese Momente noch einmal Revue passieren läßt und Berichte von anderen Osthochschulen dazunimmt, so muß man zu einer interessanten Einschätzung kommen.

1. Die Universitäten waren in der Tat Hochburgen des SED-Staates, und selbst die am weitesten von einer vollständigen SED-Steuerung entfernte Universität Jena hatte

alle Hände zu tun, um nicht durch eine dauerhafte Struktur von Seilschaften über längere Zeit der demokratischen Erneuerung des Landes nachzuhinken.

2. Besonders linksorientierte Jenaer Studenten gerade aus ideologielastigen Bereichen der Universität und der Theologischen Fakultät haben mit großem Mut und bemerkenswertem moralischen Anspruch schon seit 1988 die Wende ideell vorbereitet. Sie agierten ohne eigene Schonung und hatten dabei kaum oder keine Unterstützung durch Hochschullehrer. Sie waren auch Träger der Opposition bis in den September 1989.

3. Die Wende ist nicht von der Mehrheit der Angehörigen der Universität Jena aktiv gestaltet worden, sondern von einer kleinen Gruppe politisch sehr aktiver Kollegen. Die Organisationsform der ADEH erwies sich dabei als dringend notwendig, um nicht als Einzelperson oder kleine Gruppe ausgespielt zu werden.

4. Es kann keinesfalls von einem einfachen Zusammenbruch der staatlichen Struktur und SED-Ideologie 1989 und auch Anfang 1990 gesprochen werden, wie vor allen Dingen in sehr klug formulierten Einschätzungen aus den westlichen Bundesländern immer wieder zu hören ist.

5. Die Universitäten und Hochschulen waren dann auch keinesfalls Vorreiter der gesellschaftlichen Erneuerung, vielleicht mit Ausnahme einiger Entwicklungen an der Jenaer Universität.

6. Es war ein zähes Engagement bis in die Nächte notwendig, um die Erneuerung an der Universität zu erreichen, wobei dauernd mit den alten Vertretern des Systems gekämpft werden mußte. Sie wurden wieder von ihren Exponenten an der Universität neu gewählt und wehrten sich mit den neuen demokratischen Möglichkeiten geschickt gegen die Erneuerung.

7. Die Entwicklung an den Universitäten, in Sonderheit auch an der Jenaer Universität, war zwar im Jahre 1990 noch schwierig, aber dann nach der Volkskammerwahl im März und der Vereinigung zunehmend leichter. Auch das gibt einen Hinweis, daß die Hochschulen der alten DDR eher noch etwas den allgemeinen politischen Entscheidungen nachgehinkt sind.

8. Ein kleinerer Teil der Studenten hat sich dabei auch in der Folge in furchtloser Weise trotz hohen Risikos engagiert. Ihre Mehrheit, mehr in einer Mitläuferposition in der alten DDR, hat die Ereignisse mit unterschiedlichen Reaktionen begleitet, zum Teil die konservativ erscheinenden Gruppen der Erneuerung abgelehnt.

9. Jedoch ist die Gesamtzahl der Hochschullehrer in ihrem Engagement nicht anders einzustufen. Es gab neben aggressiver Besitzstandswahrung der SED-Professoren auch viel Angst und einen Großteil an Opportunismus, der sich z. T. bis in diese Tage in vielfältigen Formen fortgesetzt hat.

Außerhalb der besonders ideologielastigen Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften war es ein kleinerer Teil, der in bemerkenswerter Weise die Wende an der Universität vollzogen hat und sich größtenteils in der ADEH zusammenfand. Und selbst in diesen ideologielastigen Bereichen gab es Ausnahmen, die um so bewundernswürdiger sind, als dort aus einem völlig homogenen SED-Umfeld zu handeln war.

Ulrich Zwiener, Prof. Dr.med. Dr.phil., ist Direktor des Instituts für Pathologische Physiologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Gründer des Collegium Europaeum Jenense

Ingo Sens (Rostock):

Bemerkungen zur Entstehung der „neuen" Geschichte der Universität Rostock: *„Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen. 575 Jahre Universität Rostock"*

Ein Beitrag zur Freiheit in der Wissenschaft an den Universitäten der neuen Bundesländern

Die nachfolgenden Ausführungen sind die sehr perönlichen Bemerkungen eines der Autoren der neuen Rostocker Universitätsgeschichte.[1]

Was ist ihr Anlaß? - In der Rostocker Universitätszeitung (RUZ) Nr. 5 vom 2. November 1994 erschien ein Beitrag unter dem Titel „Universitätsgeschichte erscheint im Konrad Reich Verlag. Betrachtungen zur Entstehung der Edition". Der Autor, ein gewisser Prof. Dr. Horst Pätzold, seines Zeichens akademischer Landwirt hierselbst, forderte durch eine Reihe von Aussagen meinen Widerspruch heraus. Diesen formulierte ich in Gestalt eines Leserbriefes an die Pressestelle der hiesigen Universität, verbunden mit der Bitte um Veröffentlichung in der nächsten Ausgabe der Uni-Zeitung.

Deren Erscheinungsdatum war verstrichen, die RUZ-Ausgabe 6/1994 enthielt meine Bemerkungen (natürlich) nicht. Dafür lud mich der Rektor mit folgender Bemerkung ein: „Bevor wir durch eine Veröffentlichung Ihrer nur teilweise korrekten Darstellung weitere Verwirrung stiften, sollten wir den Sachverhalt in einem Gespräch klären." Das Gespräch fand statt. Es ist hier nicht der Ort, seinen Inhalt zu referieren. Deshalb nur so viel. Durch meinen Brief fühlte sich nicht nur der kritisierte Autor sondern ein weiterer Professor, Herr Krenkel (Altphilologe und Anglist), angegriffen. Im Vorfeld des Gesprächs hatten diese beiden Herren offensichtlich dem Rektor ihre Version dargeboten, die naturgemäß die Dinge völlig anders sah als ich. Dementsprechend die „Ergänzung" der Einladung. Unter Anwesenheit dieser beiden führte das Gespräch zu dem Ergebnis, daß meine Zuschrift, wenn auch in etwas abgeänderter Form, in der nächsten RUZ erscheinen könne. Dies geschah. Offensichtlich bestand meine Kritik zu Recht.

Worum ging es eigentlich? - Prof. Pätzold schrieb in seinem Artikel u.a.: „Eine zentrale Leitung (und Kontrolle) [bei der Erarbeitung des in Rede stehenden Bandes - Red.] entfiel, es gab lediglich Hinweise." „Der Rektor als Herausgeber ließ es sich nicht nehmen, alle Kapitel mit kritischer Feder durchzusehen."

Die Folie für diese - sich widersprechenden - Passagen bildete die ablehnende Haltung Prof. Pätzolds zur 1969 erschienenen Universitätsgeschichte.[2] - Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß

der von ihm besonders heftig attackierte II. Band dieser seinerzeitigen Publikation (behandelt die Zeit nach 1945) ihn selbst als eifrigen FDJler würdigt. - Diese Ablehnung, die beinahe die Hälfte seines Artikels in der RUZ 5/1994 ausmacht, sei Professor Pätzold unbenommen, zumal er in vielen Fragen nicht Unrecht hat. Doch darum geht es nicht. Entscheidend war die Suggestion, bei der „neuen" Universitätsgeschichte verhielte es sich in allen Punkten völlig anders. Da die erste Uni-Geschichte aufgrund ihrer Einbandfarbe auch „die Weiße" heißt, müßte die neue eigentlich „die Schwarze" sein, leider ist sie nur blau.

Als Mitautor des Einleitungskapitels „Die Universität Rostock in ihrer Geschichte" und hier verantwortlich für die Zeit von 1919 bis zur Gegenwart durfte ich Erfahrungen machen, die den Aussagen von Herrn Pätzold nicht nur entgegenstehen, sondern den Charakter der Zensur tragen. - An dieser Stelle muß erwähnt werden, daß die Darstellungen der einzelnen Fakultätsgeschichten in Zuständigkeit derselben fielen, d.h. meine jetzt folgenden Bemerkungen beziehen sich nur auf einen Teil der Entstehungsgeschichte des Buches bzw. seines Inhaltes. - Um abzukürzen, zitiere ich aus meinen in der RUZ 1/95 vom 1. Februar 1995 erschienenen Leserbrief. Er enthält alles wesentliche.

„Als Mitautor des Einleitungsartikels stelle ich fest, daß es, sicher anders als bei den Fakultätsbeiträgen, bei diesem eine massive Einflußnahme von Seiten der Universitätsleitung (Senat) auf die inhaltliche Gestaltung vor allem auf den Teil '1919 bis zur Gegenwart' gegeben hat. Erst nachdem die Autoren im Spätherbst 1990 beauftragt worden waren, übernahm der Senat nicht nur die formelle sondern auch die inhaltliche Verantwortung für diese Einleitung. Für meine Person darf ich behaupten, hätte diese Entscheidung schon von Anfang an festgestanden, dann wäre ich nicht bereit gewesen, an dieser Universitätsgeschichte mitzuarbeiten.

Wie recht ich mit meinen Befürchtungen hatte, beweist Nachfolgendes: Die Vorstellungen der vom Senat Beauftragten (Prof. Krenkel, später dann Prof. Pätzold) deckten sich nur partiell mit den Vorstellungen der Autoren. Die Auseinandersetzungen um inhaltliche Fragen dieses o.g. Teils der Einleitung führten schließlich dazu, daß, wenn die Einflußnahme weiterhin eine zensurähnliche Form behalten würde, sich alle drei Einleitungsautoren geschlossen und mit allen Konsequenzen von der Erarbeitung der Universitätsgeschichte zurückziehen würden. ... Hervorzuheben ist dabei, daß der Verantwortliche für diesen Teil durch die Senatsverantwortlichen nicht zur Diskussion herangezogen worden ist, sondern nur über Dritte von den Problemen erfuhr. Sicherlich hätte ich mich selbständig einschalten können, aber m.E. ist diese Nichteinladung mehr als schlechter Stil. - An wenigstens drei wesentlichen Stellen wurde mein Text gegen meine Intentionen substantiell und auf Drängen der Senatsverantwortlichen verändert:

1. bei der Wertung der Ereignisse um das Universitätsjubiläum 1919;

2. bei der Begründung für die Nichteröffnung der medizinischen Fakultät nach dem II. Weltkrieg aus Gründen ihrer Verstrickung in das NS-System und

3. am Schluß der Einleitung. Dieser stammt nicht aus meiner Feder und ich distanziere mich von seinen Aussagen, so wie sie heute zu lesen sind.
Darüber hinaus wurde vom Verein ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) versucht, die Gestaltung der Einleitung zu beeinflussen. Nachdem dessen Anliegen offensichtlich im Senat auf geneigte Ohren gestoßen war, konnte das Ansinnen durch das Gesamtautorenteam der Universitätsgeschichte zwar mehr aus formellen Gründen zurückgewiesen werden. Auf jeden Fall stiftete der VERS Unruhe."[3]

Inhaltlich ging es darum, daß entscheidende Passagen, teilweise aber auch nur Nebensätze gestrichen worden waren. Die 500-Jahr-Feier 1919 war ein einziger reaktionärer Tumult, mit an Gewalt grenzenden Ausfällen gegen die neue republikanische Ordnung. Dies sahen schon die Zeitgenossen. Diese Wertung ist so in der neuen Uni-Geschichte nicht zu lesen. Die Medizinische Fakultät durfte auf Weisung der SMAD zunächst nicht wiedereröffnet werden, ihr Lehrkörper sei zu sehr in die Machenschaften des Nationalsozialismus verstrickt gewesen. In Form eines Halbsatzes fiel auch diese Wertung dem Lektor zum Opfer. Beide Wertungen paßten augenscheinlich nicht in das offizielle Bild.

Bei der Angelegenheit mit dem VERS ging es darum, daß dieser obskure Verein versuchte, die Zeit 1945 bis zur Gegenwart zu schreiben und zwar als seine (Vereins)Geschichte. Manuskripte wurden eingesandt. Und Herr Krenkel fand die Sache an sich einer Überlegung wert. Die Ablehnung durch die versammelten Autoren der Gesamtgeschichte erfolgte dann aus dem Grunde, daß, wenn man einem Verein das Recht der Selbstdarstellung zubilligt, man dies dann allen zugestehen müsse. Das wiederum sei allein technisch nicht möglich. Inhaltliche Fragen spielten keine Rolle.

Im Schlußteil der gedruckten Einleitung schließlich wird davon gesprochen, daß seit 1989 soundso viel tausende Universitätsangehörige aus verschiedenen Gründen die Universität verließen.[4] Im Prinzip nicht falsch, nicht jeder, der ging, tat es unfreiwillig. Aber in der Tagespresse artikulierten sich, ob des zynischen Untertons, heftige Widersprüche. Widersprüche, die ich voll und ganz teilen kann. - Dies alles war aber auch der Inhalt meines nicht veröffentlichten Briefes. Er unterschied sich allein ein wenig in der Wortwahl und der Gedankenführung(, ohne den Anstand und den guten Geschmack zu verletzen).[5]

Die beiden kritisierten Professoren reagierten in derselben RUZ- Ausgabe auf ihre Weise:

„Prof. Dr. em. Werner Krenkel und Prof. Dr. em. Horst Pätzold, denen der Brief von Herrn Sens zur Kenntnis gegeben wurde, antworten:
1. Wie für die Darstellung der einzelnen Fakultäten deren Räte und Dekane verantwortlich waren, so der Senat und die Universitätsleitung für das Einleitungs-Kapitel, welches die Geschichte der gesamten Universität behandelt.
2. Diese Analogie wurde beim ersten Treffen der 'Geschichtskommission' erläutert.
3. Wie es in den Fakultäten Arbeitsgruppen gab, die von einem Fakultäts-Vertreter geleitet wurden, welcher direkter Ansprechpartner des Senats war, so gab es auch für die Einleitung eine Arbeitsgruppe und einen Leiter: es waren alle Sitzungen der Arbeitsgruppen und der 'Geschichtskommission' für alle ihre Mitglieder zugänglich.
4. Um einer ausgewogenen und gerechten Darstellung willen sahen wir uns veranlaßt, im Einleitungskapitel Änderungen im Einvernehmen mit dem Senat vorzunehmen.
5. Es stand Herrn Dr. Sens stets frei, sich an Gesprächsrunden zu beteiligen bzw. sich mit uns in Verbindung zu setzen.
Prof. Werner Krenkel, Prof. Horst Pätzold"[6]

Eine Wertung erübrigt sich m.E.

Anzumerken ist nur, daß die von mir kritisierten Veränderungen an meinem Text nicht in den Sitzungen der „Geschichtskommission" und/oder der Arbeitsgruppe „Einleitung" besprochen wurden, sondern hinter verschlossenen Türen. Der Leiter der Arbeitsgruppe „Einleitung", den es eigentlich gar nicht gab - die drei Autoren hatten von Anfang an Gleichberechtigung und gleiche Verantwortung vereinbart -, erfuhr dies dann auch nur in persönlichen, inoffiziellen Gesprächen, und zwar als Tatsache.

Der eigentliche Höhepunkt dieser ganzen Angelegenheit war aber der „lediglich(e) Hinweis" der Senatsverantwortlichen, die Zeit 1945 ff. selbst zu beschreiben. Ein Entwurf lag vor. Der kritisierte Schlußteil ist ein Rudiment dieses Entwurfs. Endgültig (wieder) hereingenommen nach der letzten Fassung! Allein massiver Druck unseres „Leiters", der sich natürlich mit mir über ein gemeinsames Vorgehen verständigt hatte, hatte zwar verhindern können, daß der Entwurf der Senatsverantwortlichen vollständig aufgenommen wurde. Vorbehalte des Verlages taten ihr Übriges. Trotzdem jedoch wurden die Passagen des verhinderten Entwurfs, die die Jahre nach 1989 behandelten, ohne Wissen der Autoren des Einleitungskapitels in eben dieses als Schlußteil integriert.

Darüber hinaus wurde durch eine Reihe von Autoren (der Fakultätsbeiträge) gegen gemeinsame Beschlüsse verstoßen, z.B. keine lebenden Personen zu nennen. Dies geschah doch - unter diesen Genannten: Herr Pätzold. Als Lektor hätte er eigentlich dagegen vorgehen müssen. Nicht berichten möchte ich über die Selbstzensur, die vorbeugend in der Arbeitsgruppe stattfand.

Es waren aber nicht allein die sachlichen Verdrehungen, die mir die Feder bei meinem Einspruch führten. Es mußte einfach Widerspruch geleistet werden, um aufzuzeigen, daß heute nicht alles anders als früher ist. Über die Vorgehensweise der Universität, die hier in sehr mildem Licht dargestellt ist, soll sich jeder selbst sein Urteil bilden. Festzustellen bleibt abschließend nur noch so viel, daß beide Herren schon zu besten DDR-Zeiten aus den Händen ihres Ministers, wie alle Professoren hierzulande, die Ernennungsurkunden erhielten. Daß sie also kaum Widerstandskämpfer oder wenigstens Querdenker waren. Zum Zeitpunkt meines ersten Leserbriefes kürte man aber beide wegen ihrer Verdienste um die Demokratisierung der Rostocker Universi-

tät zu Ehrensenatoren. Da hätte eine solche Zuschrift nicht ins schöne Bild gepaßt.

P.S. Doch noch zwei Sätze zum Gespräch mit dem Rektor: In Unkenntnis der Anwesenheit der beiden Herren, die mich übrigens gemeinsam mit dem Rektor empfingen, brachte ich mir keine Unterstützung mit... Zur Klärung der Problemlage wäre es aber angeraten gewesen. Die Auseinandersetzung zentrierte sich fast zwangsläufig auf tatsächliche oder vermeintliche Äußerungen und Handlungen eines Nichtanwesenden.

Amüsant in diesem Zusammenhang war, daß der Rektor feststellen mußte, keinen alten (M/L-)Historiker vor sich zu haben (wie anscheinend seine Informationen lauteten), dem man einfach seine Vergangenheit vorwerfen konnte. Ich bin einfach zu jung, um die Verantwortung für die letzten 40 Jahre in die Schuhe geschoben zu bekommen. Das bereitete den beiden kritisierten Herren einige Probleme. (Brachten sie Gesicht und Geschriebenes nicht mehr zusammen?) Erstaunen löste auch die Tatsache aus, daß ich erst durch denselben Rektor mit der Arbeit an der Uni-Geschichte und nicht von seinem DDR-Vorgänger beauftragt worden war, wie meine Gesprächspartner ursprünglich angenommen hatten, da das Vorhaben, eine neue Universitätsgeschichte zu verfassen, älter war als das Jahr 1990. Daß ich schon seit Jahren nicht mehr Mitarbeiter dieser Universität bin, also zu keiner Loyalität verpflichtet, war offensichtlich auch nicht bekannt. Selbige erwartete man.

Alles in allem ist dem Rektor aber kaum ein Vorwurf zu machen. - Nun gut, unterm Strich hat's Spaß gemacht.

Ingo Sens, Dr. phil., Wissenschafts- und Technikhistoriker, Ernst-Alban-Gesellschaft für Mecklenburgisch-Pommersche Wissenschafts- und Technikgeschichte, ist freiberuflicher wissenschaftlicher Autor

Anmerkungen:

[1] Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen. 575 Jahre Universität Rostock. Hrsg. vom Rektor der Universität Rostock. Konrad Reich Verlag, Rostock 1994. 368 S.

[2] Geschichte der Universität Rostock 1419 - 1969. Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität. 2 Bde. Berlin 1969.

[3] Disput zur Universitätsgeschichte. In: RUZ 1/1995, S. 5.

[4] Mögen viele Lehrmeinungen..., a.a.O. S. 38.

[5] Hier die wesentlichen Stücke aus dem ersten Brief:

„Herrn Pätzolds Haltung zur 1969er Universitätsgeschichte sei ihm unbenommen. Nur aus dieser in Bezug auf die neue ein Schwarz-Weiß-Kontrastprogramm zu konstruieren, fordert einigen Widerspruch heraus. Problematisch sind vor allem seine Äußerungen zur Entstehung der neuen Geschichte, denn sie enthalten, aus welchen Gründen auch immer, als Wahrheiten ausgegebene Meinungen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. - Zunächst: eine zentrale Leitung hat es tatsächlich nicht gegeben, über eine Kontrolle läßt sich streiten. Allein der Satz: 'Der Rektor als Herausgeber ließ es sich nicht nehmen, alle Kapitel mit spitzer Feder durchzusehen', widerlegt diese Aussage.

Seit Vorliegen der ersten Entwürfe gab es von Seiten der Universität, zumindestens in bezug auf das Kapitel „Die Universität Rostock in ihrer Geschichte" (und hier vor allem der Zeitraum 1919 bis Gegenwart - dessen Autor ich bin, mich aber nun damit nicht mehr rühmen mag), massive Einflußnahme, die sich nicht unter dem Mantel einer Lektorenschaft oder Kommissionsleitung verstecken kann. Formulierungen wurden vorgegeben (das Wort Zensur möchte ich vermeiden) bishin zu einem eigenen (Gegen-)Entwurf des Herrn Pätzold, aus dem Erleben geschrieben, zur SBZ-/DDR-Phase und der Wendezeit in der Unigeschichte. Nur durch massiven Widerstand der Autoren des o.g. Kapitels konnten Reste des ursprünglichen Entwurfes (die Zeit 1919 ff. betreffend) gerettet werden. Ähnlich verhielt es sich mit den, von Seiten der Universität wohlwollend entgegengenommenen, Ambitionen des VERS, dessen Geschichte zur eigentlichen Geschichte der Universität in DDR-Zeiten zu machen. Bis hierhin alles Angelegenheiten und Vorgehensweisen, die in der Diskussion durchaus zu einer gegenseitigen Zufriedenheit hätten geklärt werden können, aber sowohl Herr Krenkel als auch vor allem Herr Pätzold hatten es nicht nötig (oder trauten sie sich nicht?) ihre Probleme dem eigentlichen Autoren gegenüber zu artikulieren. So hat z.B. nie ein Gespräch zwischen Herrn Pätzold und mir stattgefunden, ständig wurde ich aber, vermittelt über Dritte (und Vierte), mit seinen (und anderer) Änderungswünschen oder besser: -vorstellungen konfrontiert. Diese wiederum mögen mit Erfahrungen oder Erlebnissen korrespondieren, aber den Verlauf der Geschichte berührten sie nur peripher, zumal der Wünschende kein Historiker ist. Prinzipiell ist auch dies kein Problem, nur wenn dahinter reale Macht (und die hat ein Lektor) steht, wird es zu einem solchen. Ich habe generelle Schwierigkeiten, mich mit der, nun gedruckt vorliegenden, Universitätsgeschichte zu identifizieren. - Damit darf aber behauptet werden, daß die Aussage von Herrn Pätzold in seinem Artikel, das der Lektor „keinesfalls korrigierend eingegriffen hat", zumindestens in bezug auf den Einleitungsartikel ganz einfach falsch ist."

[6] Disput zur Universitätsgeschichte, a.a.O.

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Gründliche geschichtliche Aufarbeitung steht noch aus

Angehörige des ersten frei gewählten Rektorats nach 1989 äußern sich zu „Montagsvorträgen"

Das jetzige Rektorat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat dankenswerterweise die "Montagsvorträge", die zur Geschichte unserer Alma mater für die Zeit bis 1993 gehalten worden sind, in einem Sammelband veröffentlicht.[1] Herausgeber sind Gunnar Berg und Hans-Hermann Hartwich. Die Sammlung vermittelt ein vielseitiges Bild von den Höhen und Tiefen, die unsere Universität im Laufe der Jahrhunderte durchgemacht hat. Dabei kommen auch die unterschiedlichen Temperamente der jeweiligen Berichterstatter zum Tragen. Das ist sicher gut so. Allerdings finden sich in den Beiträgen über die Jahre 1990-1993 von Hans-Hermann Hartwich[2] und vor allem von Johannes Mehlig[3] auch Wertungen, die angreifbar sind, und Angaben, die einfach nicht stimmen. Da die Autoren des hier vorliegenden Artikels als Rektor bzw. Prorektor in dieser Zeit Verantwortung für unsere Universität getragen haben, empfinden sie es als ihre Pflicht, auf derartige Unstimmigkeiten hinzuweisen. Dabei soll an dieser Stelle nur über beweisbare Tatsachen gesprochen werden, die häufig lediglich aus der damaligen Situation heraus zu verstehen sind. Die gründliche geschichtliche Aufarbeitung mit entsprechenden Wertungen muß wohl eher einer späteren Zeit vorbehalten werden.

Zunächst ist festzustellen, daß dem im Frühjahr 1990 gewählten Rektorat sehr wohl klar war, welch schwierige Aufgabe vor ihm stand. Im Gegensatz zur Behauptung auf S. 217 des Sammelbandes gab es für die Erneuerung auch von Anfang an ein klares Konzept, das in der Antrittsrede des Rektors nachzulesen ist.[4] Als Grundprinzipien für die Umgestaltung der "sozialistischen" Universität dienten die Forderungen: Freiheit des wissenschaftlichen Denkens, schonungslose internationale Öffnung der Universität, Schaffung einer inneren Demokratie mit frei gewählten Gremien und Entwicklung neuer Wissenschafts- und Studiengebiete entsprechend den modernen Gegebenheiten. Auch die Umsetzung dieser Grundsätze über vier Maßnahmekomplexe wurde damals bereits skizziert, wenngleich sich unter den Bedingungen der Noch-DDR manche Details sowie die spätere Gesetzgebung schwer abschätzen ließen. Diese vier Komplexe waren:

- die Überprüfung sämtlicher über 70 Studiengänge auf ihre Kompatibilität im deutschsprachigen Raum, um den StudentInnen zu anerkannten Abschlüssen zu verhelfen (Sommer 1990);
- die Schaffung einer neuen Lehrstuhlstruktur, um den veränderten Studieninhalten Rechnung zu tragen (Herbst 1990 bis zum Senatsbeschluß über die Struktur am 24.4. 1991);
- die personelle Erneuerung auf der Basis des im Sommer 1991 vom Landtag Sachsen-Anhalt erlassenen Hochschulerneuerungsgesetzes, um die für diese Aufgaben geeigneten Lehrkräfte zu bekommen;
- die Entwicklung einer neuen Grundordnung für die Universität (Konzil am 30.11.1990), von der allerdings ab 1.4. 1991 vor allem die veränderte Universitätsstruktur zum Tragen kam, da auf Wunsch der Landesregierung dem Hochschulerneuerungsgesetz nicht vorgegriffen werden sollte.

Einzelheiten zu diesen Etappen und vor allem zu den mit der Realisierung verbundenen Schwierigkeiten sind der jetzt an der Martin-Luther-Universität erschienenen Broschüre "Investitur 1. Februar 1993" zu entnehmen.[5] Dort wird auch deutlich, daß die damalige Universitätsleitung diese Maßnahmen mit dankenswerter Unterstützung durch Kollegen aus den westlichen Bundesländern entwickelt und in Wechselwirkung mit dem seit Ende 1990 existierenden Landesministerium umgesetzt hat. Sie war dabei aber niemals bloßes "ausführendes" Organ, wie das im Sammelband auf S. 220 zu lesen ist. Es gab vielmehr häufig heftige Diskussionen mit der Landesregierung, und oft sind unsere Vorstellungen von dort auch weitgehend akzeptiert und dann übernommen worden, z.B. bei der Entwicklung der neuen Lehrstuhlstruktur. In einer lebendigen Demokratie muß dies ja wohl so sein!

Die Diskussion über derartige Probleme könnte einen breiten Raum einnehmen. Aus Raumgründen sei jedoch nur auf drei Fragen eingegangen, die im "Sammelband" auf den Seiten 191-193 berührt und in polemischer und unkorrekter Weise diskutiert werden.

Da ist zunächst die Frage der Berufung eines Kanzlers für die Universität, bei welcher der damaligen Universitätsleitung Versäumnisse bzw. böser Wille vorgeworfen werden. Schon in der Antrittsrede des Rektors am 11.5.90 wurde die Kanzlersuche als außerordentlich wichtige Aufgabe hervorgehoben. Daher kann keine Rede davon sein, daß diesem Problem zu wenig Beachtung geschenkt worden ist (S. 218 "Sammelband"). Die Schwierigkeiten, die zu einer Verzögerung führten, bestanden vielmehr im Mangel an geeigneten Bewerbern. Der Betreffende sollte Volljurist aus den westlichen Bundesländern sein, weil die entsprechende Rechtskenntnis für uns un-

abdingbar war. Derartige Persönlichkeiten wollten aber im Juni/Juli 1990 nicht in der ehemaligen DDR tätig werden, weil ihnen die Zukunft zu unsicher erschien. Da die "Initiativgruppe zur Erneuerung der Universität" diese Angelegenheit mit Recht wiederholt anmahnte, wurde ihr Sprecher um Unterstützung gebeten. Er legte nach einiger Zeit eine Liste möglicher Kandidaten vor. Unabhängig hiervon bemühte sich jedoch der Rektor über seine neu geknüpften Kontakte zum Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), eine Lösung zu schaffen. Dadurch kam die Nominierung des ehemaligen Referenten im Rektorat der Universität Münster zustande, der im übrigen auch auf der Liste des Sprechers der Initiativgruppe stand und der die Stelle zum 1.10.1990 annahm. Zufall oder nicht, der Betreffende bekleidete die Position leider nicht lange, weil er sich den Weisungen des Ministeriums nicht in allen Punkten fügen wollte. Fazit: Die Angaben auf den Seiten 192, 218 und 221 des "Sammelbandes" bezüglich der Gewinnung des Kanzlers sind unrichtig.

Zu Widerspruch fordert weiterhin die Bemerkung auf S. 192 des "Sammelbandes" heraus, daß sich die Tätigkeit des ehemaligen 1. Prorektors und SED-Funktionärs Beil durch Verschulden der Universitätsleitung in Verhandlungen mit der Hagener Fernuniversität niederschlug, "zu deren Resultat die Immatrikulation von ca. 500 Stasioffizieren für das Fach Jurisprudenz zählt". Der damalige Rektor dieser Einrichtung, Herr Prof. Battis, hat zu Protokoll gegeben, daß er nichts von derartigen Gesprächen weiß. Wohl trat er aber mit der Bitte an den Rektor in Halle/S. heran, hier einen Konsultationspunkt für etwa 500 Fernstudenten aus Hagen zu errichten. Dies erschien in der damaligen Zeit nützlich, weil wir dadurch Lehrmaterial aus den westlichen Bundesländern bekommen konnten (Sommer 1990!) und Kontakte zu juristischen Einrichtungen in der "alten" Bundesrepublik möglich wurden. Auf den Protest der "Initiativgruppe" hin, daß sich ehemalige Stasi-Angehörige unter den Auszubildenden befänden (uns war das unbekannt), wurde mit Prof. Battis im größeren Kreis ein Gespräch geführt. Dabei erklärte dieser, daß die Immatrikulation ausschließlich in Hagen nach den dort geltenden Richtlinien stattfände, daß uns dies nichts anginge und wir auch die Bewerbungsunterlagen nicht einsehen könnten. Die Kontakte sind daraufhin unter Berücksichtigung weiterer Streitpunkte abgebrochen worden, und die Fernuniversität Hagen realisierte ihr Modell u.a. mit den Universitäten Leipzig, Rostock und Jena. Man vergleiche die Darstellungen auf S. 192 des "Sammelbandes" hiermit!

Schließlich ist den Autoren diese Artikels unverständlich, weshalb sich die Initiativgruppe wie eine Oppositionsgruppe behandelt fühlte. Sie war in jener Zeit (1990/91) ein ernst genommener, aber komplizierter Partner. Kompliziert erschien sie deshalb, weil sich ihre Forderungen nach personellen Veränderungen häufig schon aus rechtlichen Gründen nicht realisieren ließen. Als Partner ist sie dennoch behandelt worden. Sonst wäre ihr Sprecher, der zugleich Angehöriger der Bezirksbehörde war, niemals ab 22.10.1990 als ständiger Gast zu den Rektoratssitzungen hinzugezogen worden. Er war dabei voll gleichberechtigt. Im Rahmen einer solchen Diskussion mit

ihm, und zwar am 30.10.1990, äußerte er auch seine Rücktrittsforderungen an den Rektor (nicht im Juli 1990, vgl. Sammelband S. 192), die aber von allen anderen Rektoratsmitgliedern abgelehnt wurde. Bedauerlicherweise traten er und seine Gruppe aber bei unseren Diskussionen mit Studenten (z.B. bei der Rektoratsbesetzung durch Studenten sowie im Januar 1991 und im Sommer 1992 auf dem Universitätsplatz) niemals in Erscheinung.

Sicher waren das damals schwierige Zeiten, da die personelle Erneuerung bei laufendem Universitätsbetrieb durchgeführt werden mußte. Anfangs kam es daher auch durchaus vor, daß Teilaufgaben Personen übertragen wurden, die heute dafür nicht in Frage kämen. Doch betraf dies stets nur Teilbereiche mit Berichtspflicht und ohne Verhandlungsvollmacht für andere Gebiete. Wer sollte denn die "normale" Arbeit machen, wenn nicht die Angehörigen des jeweils vorhandenen Apparates? Seine Veränderung war aber schon aus rechtlichen Gründen nur sehr langsam möglich.

So dürfte deutlich geworden sein, daß der Vorwurf eines Fehlens von Erneuerungskonzepten (S. 217 des "Sammelbandes") beim Rektorat der Jahre 1990 bis 1993 unberechtigt ist. Ein gründliches Recherchieren und eine Befragung der Beteiligten wäre den betreffenden Autoren und den Herausgebern des Sammelbandes jedoch anzuraten gewesen, um zu vermeiden, daß Personen in einem falschen Licht erscheinen, die für die Universität das Beste gewollt und dafür viele Unannehmlichkeiten in Kauf genommen haben.

Prof. Dr. Günther Schilling & Prof. Dr. Friedrich-W. Rath (Halle/S.)

(Universitätszeitung MLU, 23.6.1995)

Anmerkungen:

[1] Gunnar Berg/ Hans-Hermann Hartwich (Hg.): Martin-Luther-Universität. Von der Gründung bis zur Neugestaltung nach zwei Diktaturen. Montagsvorträge zur Geschichte der Universität in Halle. Leske + Budrich, Opladen 1994. 239 S.

[2] Hans-Hermann Hartwich: Der Prozeß der Transformation 1990-1993 in der sozialwissenschaftlichen Analyse. In: Berg/Hartwich, a.a.O. S. 203-236.

[3] Johannes Mehlig: Die "Wende"von 1989/90 aus der Sicht der Nicht-Etablierten. In: Berg/Hartwich, a.a.O. S. 167-202.

[4] Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Investitur 11. Mai 1990. o.O. o.J. S. 11-27.

[5] Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Investitur 1. Februar 1993. o.O. o.J. S. 8-14.

(Anmerkungen v. d. *hso*-Red.)

Arbeitsgruppe „Studienreform in Deutschland aus der Perspektive der neuen Länder"*:

Positionspapier

1. Vorbemerkung

Die Arbeitsgruppe ist überwiegend aus Hochschullehrern zusammengesetzt, die besondere Erfahrungen mit dem Hochschulsystem der DDR, das sich von dem der alten Bundesrepublik deutlich unterschied, haben. Mit dem Prozeß der Umstrukturierung der Hochschullandschaft in den neuen Ländern in den zurückliegenden fünf Jahren hat sich eine eigene Sicht der laufenden Studienreformdebatte und eine nuancierte Kritik an den auf die neuen Länder übertragenen westdeutschen Strukturen eingestellt, die bisher noch nicht ausreichend Gehör gefunden hat. Es muß deutlich hervorgehoben werden, daß es sich dabei nicht um eine wie auch immer geartete "DDR-Nostalgie" handelt, sondern um eine spezifische Sicht aktueller Probleme, die sich sicherlich für die Studienreform in ganz Deutschland nutzbar machen läßt.

2. Studienfähigkeit versus Studienzugangsberechtigung

• Prinzipiell sollte der Trend zu höheren Schulabschlüssen gefördert werden, denn das Anforderungsniveau künftiger beruflicher Tätigkeiten wird auf allen Gebieten steigen, wobei die Perspektive nicht notwendigerweise ein Hochschulstudium sein muß. Entsprechend muß die Gleichwertigkeit einer Ausbildung im dualen System im öffentlichen Bewußtsein gefestigt werden.

• Ein Kern von Grundlagenfächern (etwa Deutsch, Geschichte, eine moderne Fremdsprache, Mathematik und eine Naturwissenschaft) sollte nicht abgewählt werden können, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern einerseits und den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern andererseits zu erreichen. Allgemein muß sich die Vermittlung reinen Faktenwissens enger mit der Vermittlung einer "Wissenserwerbskompetenz" und der Fähigkeit des Denkens in komplexen Zusammenhängen verbinden.

• Die Ablegung eines studienbefähigenden Abiturs ist bereits nach 12 Schuljahren möglich. Die Mängel des DDR-Abiturs (Sprachen, Geisteswissenschaften) könnten ohne Verlängerung der Schulzeit ausgeglichen werden, wenn die hinzutretenden Inhalte durch den Wegfall überflüssigen Faktenwissens kompensiert würden. Bei der Diskussion um die Schulzeit darf - auch unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Hochschulabsolventen - die europäische Dimension nicht übersehen werden.

• Die allgemeine Hochschulreife sollte nicht in Frage gestellt werden. In diesem Zusammenhang wird der Versuch, für die Hochschulzulassung studiengangspezifisch eine bestimmte Fächerkombination als Auflage vorzugeben und den jeweiligen Fächerkanon dazu vorzuschreiben, abgelehnt. Allenfalls ist bei einigen zulassungsbeschränkten Studiengängen ein Bonussystem aufgrund guter Noten in bestimmten Fächern zusätzlich zur Abiturnote denkbar.

• Ein höheres Engagement der Universitäten an den Schulen hilft, den Schulabgängern wirklichkeitsnähere Vorstellungen über die verschiedenen Studiengänge und ggf. eine bessere Berufsfeldorientierung zu vermitteln. Zur frühzeitigen Findung und Förderung wissenschaftlicher Talente könnten einzelne Schüler der Abschlußklassen von Hochschullehrern betreut werden, um eine frühzeitige Heranführung an die Wissenschaft zu ermöglichen. Hier kann man auf Erfahrungen aus der DDR zurückgreifen.

3. Studienberatung, Studienbegleitung und Prüfungswesen

• Durch feste jährliche Immatrikulationen würde die Studienplangestaltung vereinfacht werden.

• Die Studienberatung sollte ihr Hauptaugenmerk auf die Studieneingangsphase, den Übergang zwischen Grund- und Hauptstudium und die Studienabschlußphase (Anmeldung zur Prüfung!) richten, wobei eine gute Koordination zwischen der zentralen Studienberatung und der Fachstudienberatung von besonderer Bedeutung ist. Problematisch kann die Trennung von Studienberatung und Prüfungswesen durch die Einführung zentraler Prüfungsämter werden. Die ausschließliche Konzentration auf erhöhte Verwaltungseffizienz ohne Einbettung in einen konzeptionellen Gesamtrahmen führt zu einem Verlust an Beratung, Kommunikation und sozialem Klima. Es ist ein flexibles System zwischen zentralen und dezentralen Einheiten entsprechend

---

* Der Arbeitsgruppe gehören an: Prof. Dr.-Ing. *Eberhard Köhler* †, Rektor der TU Ilmenau, Prof. Dr. *Reinhard Kreckel*, Prorektor der MLU Halle-Wittenberg, Prof. Dr. *Günter Lehmann*, Wissenschaftlicher Direktor EIPOS an der TU Dresden, Prof. Dr. *Jan-Hendrik Olbertz*, Dekan des FB Erziehungswissenschaften der MLU Halle-Wittenberg, Prof. Dr.-Ing. *Heinz-Ulrich Seidel*, Prodekan der Fak. für Elektrotechnik und Informationstechnik der TU Ilmenau, Prof. Dr. *Johannes Thiele*, Phil. Fak. der EMAU Greifswald, Prof. Dr. Dr. *Günther Wartenberg*, Prorektor der Universität Leipzig, Prof. Dr. *Ernst-Joachim Waschke*, Theol. Fak. der MLU Halle-Wittenberg, Prof. Dr. *Gerd Wechsung*, Institut für Mathematik und Informatik der FSU Jena, Prof. Dr. *Günther Wildenhain*, FB Mathematik der Universität Rostock, Prof. Dr. *Balthasar Wohlgemuth*, Studiendekan der Med. Fak. der Universität Leipzig, Prof. em. Dr. *Hans-Jürgen Zobel*, MdL, Theol. Fak. der EMAU Greifswald. Moderatoren der Arbeitsgruppe sind Dr. *Heinz-Rudi Spiegel* und Dr. *Ekkehard Winter*, beide Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen.

den fachlichen Erfordernissen anzustreben. Das Prüfungswesen sollte möglichst fachnah verantwortet und organisiert werden.

• Die Studienbegleitung durch die Lehrenden (Professoren und Mittelbau) müßte bei der Studienwerbung (s. Punkt 2) und Studienberatung beginnen. Die Studierenden müssen bei dem Bildungsstand abgeholt werden, mit dem sie in die Hochschule eintreten. Die größte Beratungsdichte ist daher am Studienbeginn erforderlich. Insbesondere die Einführungs- und Grundkurse sollten von erfahrenen Hochschullehrern gehalten werden. Insgesamt aber ist die Studienbegleitung eine gemeinsame Aufgabe aller wissenschaftlichen Mitarbeiter, wobei ein erforderliches Mindestmaß an Kontinuität, z.B. bei der Anleitung studentischer Tutoren (s.u.), durch Inhaber von Dauerstellungen gesichert werden muß.

• Das berufsqualifizierende Studium ist so zu gestalten, daß es für alle Studierenden in der Regelstudienzeit absolviert werden kann. Überlange Studienzeiten sind an den Universitäten der neuen Länder noch kein Thema; es sollten Maßnahmen getroffen werden, sie vor Zuständen wie in den alten Ländern zu schützen. Die Wahrnehmung akademischer Freiheit darf nicht mit der Freiheit zu Beliebigkeit und Disziplinlosigkeit verwechselt werden.

• Ein Tutorensystem kann kurze Studienzeiten fördern. Die intensive Studienbegleitung durch Tutoren (das sind in erster Linie wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte) droht aber zum Teil dem massiven Abbau im Bereich des akademischen Mittelbaus, der sich für diesen Bereich verantwortlich fühlte, zum Opfer zu fallen. Im neuen System gibt es nicht genügend Dauerstellen. Die jetzt befristet angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter und Assistenten müssen sich um ihre Qualifizierung bemühen und haben keine Anreize mehr, sich in der Betreuung von Studierenden und Tutoren zu engagieren.

• Studienbegleitung und -beratung muß ein Angebot sein und darf den Studierenden auf keinen Fall aufgenötigt werden. Es ist hingegen eine Verpflichtung der Hochschule, entsprechende Angebote zu machen!

• Das Studium sollte unter anderem von der fachlichen Studienorganisation her so gestaltet sein, daß - insbesondere projektorientiert - sinnvolle Gruppenzusammenhänge entstehen können, die der Vereinzelung der Studierenden entgegenwirken, ihre Teamfähigkeit erhöhen und fördern sowie in forschendes Lernen einüben. Hochschullehrer sollten es als eine ihrer Aufgaben ansehen, die Voraussetzungen für solche Gruppenzusammenhänge ohne Gruppenzwänge zu schaffen.

• Bei den Prüfungsarten sollte auf ein gut abgestimmtes System von mündlichen und schriftlichen Verfahren geachtet werden. Multiple Choice-Verfahren werden als Prüfungsform im Prinzip abgelehnt, insbesondere dann, wenn sie alleinige Prüfungsform sind und ihre Ergebnisse absolut genommen oder überbewertet werden. Anzustreben sind Prüfungsmischformen mit einem ausgewogenen Verhältnis von schriftlichen, mündlichen und - wenn unvermeidlich - Multiple-Choice-Verfahren.

• Die Prüfungsrelevanz von Spezialisierungen sollte ebenso reduziert werden wie die Bearbeitungsdauer und der Umfang der Abschlußarbeiten. Zur Verhinderung von Studienzeitverlängerungen würde außerdem die Möglichkeit zu einer raschen Wiederholung von Prüfungen unabhängig von den regulären Prüfungszeiträumen beitragen.

• Studierende sind so früh wie möglich an die Forschung heranzuführen. Besonders befähigte Studierende sollten frühzeitig ein Dissertationsthema erhalten; ein Teilabschnitt der Dissertation könnte als Diplomarbeit anerkannt werden, so daß es keine Unterbrechung zwischen Studienabschluß und Aufnahme der Arbeit an der Dissertation geben würde.

4. Förderungsverfahren

• Ein Grundstipendium für *alle* Studierenden hätte u.a. den Vorteil, die Unabhängigkeit von den Eltern herzustellen, mit entsprechend positiven Folgen für Eigenständigkeit, Selbstverantwortlichkeit und Mobilität der Studierenden. Die Vergabe eines Grundstipendiums für alle wäre allerdings rückzubinden an die Einhaltung von Regelstudienzeiten, sie müßte ein Anreizsystem zur Einhaltung der Regelstudienzeiten sein. Es handelt sich hier um eine politische Grundsatzfrage, die nur entscheidbar ist, wenn ein solches System, das nicht im Widerspruch zu Kostenbeiträgen (z.B. rückzahlbaren Bildungsgutscheinen) stehen müßte, einmal bis zu Ende durchdacht und durchgerechnet wird.

• Leistungsstipendien könnten für hervorragende Studierende *zusätzlich* vergeben werden, wobei die finanzielle Höhe gegenüber dem ideellen Wert eines solchen Stipendiums durchaus zurücktreten könnte (vgl. die derzeitige Förderpraxis beispielsweise der Studienstiftung des deutschen Volkes).

• Ein fließender Übergang zwischen Studienabschluß und Aufnahme der Dissertation (s.o.) kann nur dann gewährleistet werden, wenn sich die Förderer auf entsprechende Regelungen einstellen. Eine Bewerbung um Postgraduiertenstipendien müßte bereits während des Studiums möglich sein, um die Kontinuität der Förderung sicherzustellen.

• Die Hochschulen sollten verstärkt in die Lage versetzt werden, Promotionsstipendien im Rahmen des Ausbaus der Graduiertenkollegs selbst zu vergeben.

• Die Förderung des qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses könnte aber auch durch die Beschäftigung als Hilfskraft oder Tutor, über Projektbeteiligungen, die Ermöglichung von Kongreßreisen oder Kurzaufenthalten im Ausland oder in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft betrieben werden.

6. Lehrkultur - Lehrkompetenz - Lehrleistung

• Die Erhöhung der Bedeutung der Lehre war aus Sicht der neuen Länder bisher kein wichtiges Thema; die Lehre spielte - relativ unabhängig von der Forschung - an den Hochschulen der DDR aufgrund des von außen vorgegebenen Erziehungsauftrages die zentrale Rolle. Im Gefolge

der Umstrukturierung des Lehr- und Forschungssystems der DDR und durch Neubesetzungen der Lehrstühle ergaben sich neue Störungen im ohnehin schon schwierigen Verhältnis von Lehre und Forschung.

Der Stellenwert der Lehre ist dadurch gesunken, daß sie im Beurteilungskatalog keine Rolle mehr spielt, und er sinkt weiter durch die Berufung vieler Professoren aus den alten Ländern, die von dort zum Teil die einseitige Betonung des Forschungsaspekts mitbringen. Diesem Trend muß entgegengewirkt werden, wenn man eine größere Nähe von Lehrenden und Lernenden und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch forschendes Lernen für wünschenswert hält. Dabei muß gleichzeitig aber unbedingt der Tendenz, einen Gegensatz zwischen Forschung und Lehre zu konstruieren, begegnet werden, die dazu führt, daß jeder Vorschlag, der auf eine Optimierung der akademischen Lehre hinausläuft, in den Verdacht gerät, Verzicht auf Forschung leisten zu wollen.

• Qualität der Lehre läßt sich nicht allein durch Lehrevaluation und Lehrberichte sichern, auch wenn diese Instrumente unter Umständen dazu beitragen können, daß die Lehre den ihr gebührenden Stellenwert (wieder)erhält. Lehrevaluation muß zu einem gemeinsamen Anliegen von Hochschullehrern und Studierenden werden.

• Effiziente Forschung entwickelt sich an Schnittstellen. Es muß dringend die Frage erörtert werden, wie diese Situation auf Lehre und Studium übertragen werden kann, die sich immer noch an zunehmend künstlicher werdenden Fächergrenzen orientieren. Die inhaltliche Leere der Studienreformdiskussion beruht zu einem großen Teil darauf, daß diese Frage immer wieder ausgeblendet wird. Lehre und Studium müssen viel mehr als bisher darauf hinführen, wissenschaftlich denken und arbeiten zu lernen; dies bedeutet Abkehr vom starren, bloß rezipierten Wissenskanon und Betonung der Vermittlung von Methoden zum selbständigen Erwerb von Wissen.

• Die Förderung der Lehre ist grundsätzlich auch Aufgabe des Staates. Für innovative Lehrmodelle und für die Lehrforschung sollten zusätzliche staatliche und private Drittmittel bereitgestellt werden - auch unter dem Gesichtspunkt des Reputationsgewinns durch Lehrleistungen.

7. Weiterbildung als Aufgabe der Hochschulen

• Wissenschaftliche Weiterbildung ist eine genuine Aufgabe der Hochschulen. Die an den Hochschulen der ehemaligen DDR dafür vorhandene Infrastruktur ist weitgehend abgebaut worden, während die Hochschulen in den alten Bundesländem wegen der Überlast und mangelnder Anreize (insbesondere hinsichtlich der Verfügungsgewalt über die durch Weiterbildung erwirtschafteten Mittel) ihrer Weiterbildungsaufgabe nie ausreichend nachgekommen sind.

• Weiterbildung ist in den neuen Ländem vor allem aber auch auf der Abnehmerseite ein dringendes Desiderat.

• Die Neubestimmung des Verhältnisses von grundständigem, berufsbefähigendem Studium und wissenschaftlicher Weiterbildung ist überfällig.

• Hochschulen haben wegen ihrer Vorlauf- und Forschungsorientierung, ihrer Interdisziplinarität und Internationalität und ihrer herausgehobenen Rolle im regionalen Umfeld wichtige Standortvorteile im Bereich der Weiterbildung. Sie müssen aber in den Stand versetzt werden, sich am Markt als Wettbewerber verhalten zu können.

• Eine Wahmehmung der Weiterbildungsaufgabe über An-Institute bietet sich insofern an, als den Fakultäten der jeweiligen Hochschule die Fachaufsicht obliegt. Sie müßte diese aber aktiv betreiben und sich um die Weiterbildungsinhalte kümmern, um qualitativ konkurrenzfähig zu sein.

• Die Weiterbildung müßte in den neuen Ländem zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas genutzt werden.

• Die Entwicklung eines Fernstudiums als Angebot von Präsenzuniversitäten mit denselben Leistungsanforderungen wie an Direktstudenten ist anzustreben. Als Zielgruppen können insbesondere Berufspraktiker, Fachhochschulabsolventen oder "Wiedereinsteiger" in ein bereits einmal begonnenes Studium angesehen werden. Das Fernstudium, das dazu aufgerufen wäre, neue technische Möglichkeiten für interaktive Lehrsysteme zu nutzen, kann zudem in enger Verbindung mit der Öffnung der Hochschulen für Nichtabiturienten betrachtet werden. Dabei ist der Bereich der Möglichkeiten von Vollzeit- und Teilzeitstudien besonders zu beachten. Modellversuche könnten die Tragfähigkeit des Konzepts erweisen.

Heidrun Jahn (Berlin):

Transformation des ostdeutschen Hochschulwesens: eine Bilanz mit Perspektive für Studierende und Hochschulen?

Nach fünf Jahren deutscher Einheit häufen sich die Einschätzungen zum bisherigen Verlauf der Veränderungsprozesse und den erbrachten Ergebnissen, auch für den Hochschulbereich. Vertreter unterschiedlicher Interessengruppen und Akteure des Transformationsprozesses - vor allem politisch Verantwortliche wie Wissenschaftsrat, Wissenschaftsministerien, Hochschulrektorenkonferenz - stimmen im wesentlichen darin überein, daß es gelungen ist, Defizite des DDR-Hochschulsystems zu beseitigen oder zumindest weitgehend abzubauen wie zentralistische Steuerung und parteipolitische Prägung, reglementierter Hochschulzugang mit eingeschränktem Studienplatzangebot, Unterrepräsentanz bestimmter Fächergruppen, regionale Disproportionen in der Verteilung von Hochschulstandorten. Übereinstimmung gibt es auch dahingehend, daß „der Preis" für das schnelle Herstellen der Rechtseinheit im Hochschulbereich die Einpassung des ostdeutschen in das bundesrepublikanische Hochschulsystem war, die Übernahme eines kritikwürdigen, aber existierenden Modells durch Abwicklung oder Integration vorhandener Strukturen und Personen und den Neuaufbau von Hochschulen. Eine Frage, die gerade zu Beginn dieses Prozesses häufig gestellt wurde, war, ob nicht auch ein anderer Weg hätte beschritten werden können, auf dem Transformation des ostdeutschen und Reform des westdeutschen Hochschulwesens verbunden und gemeinsam gelöst werden könnten. Die Antwort lautet heute - wiederum relativ übereinstimmend -, daß das nicht möglich gewesen wäre, denn „die gegebenen Steuerungs- und Konfliktregelungskapazitäten hätten nicht ausgereicht, um das (z.B. Wissenschafts-) System gleichzeitig zu transferieren und zu reformieren"[1], wobei es m.E. auch zu wenige gab, die die Umgestaltung des Hochschulwesens der DDR als einen wirklichen Beitrag zur Entwicklung eines gesamtdeutschen Hochschulwesens verstanden und sich dafür eingesetzt haben.

Aktuell bleibt aber die Frage, ob im Prozeß der weiteren Transformation bzw. Gestaltung der ostdeutschen Hochschulentwicklung eine Gratwanderung zwischen Anpassung an westdeutsche Verhältnisse und Realisierung notwendiger Innovationen gelingt: Werden spätestens morgen auch die Hochschulen in den neuen Ländern durch finanzielle Unterausstattung, Mängel in der Qualität der Lehre, lange Studiendauern und zusätzliche „hausgemachte" Probleme von Umstrukturierung und Neuaufbau gekennzeichnet sein? Oder gibt es auch Ansätze, die andere Perspektiven für Studierende und Hochschulen möglich erscheinen lassen?

Im folgenden sollen zwei perspektivisch bedeutsame Problemkreise im Spannungsverhältnis zwischen Anpassung und Innovation näher erläutert werden. Von besonderem Interesse ist einmal, welche Motive und Erwartungen Studierende mit der Wahl einer Hochschule in den neuen Ländern verbinden. Zum anderen, wie sich ostdeutsche Hochschulen dazu verhalten, welche Angebote und zukunftsfähigen Konzepte sie entwickeln.

Was wollen Studierende von ostdeutschen Hochschulen?

Alle Prognosen lassen erkennen, daß es auch künftig - trotz demographischer Schwankungen - immer mehr Studierende an den Hochschulen geben wird, weil die Nachfrage nach Hochschulbildung zunimmt und auch der Bedarf an hochqualifizierten Kräften steigt.

So sicher Aussagen über eine generelle Zunahme der Studierenden sind, so unsicher sind sie bezüglich der Zuwendung zu konkreten Fächern, zu unterschiedlichen Studienformen (Direktstudium, Fernstudium, Weiterbildung) oder der Studienwahl des einzelnen auch im Hinblick auf eine bestimmte Hochschule. Die Tatsache, daß sich die generelle Zunahme von Studierenden nicht auf die Hochschulen in Ost und West gleichermaßen verteilt - und eine weitgehende Fremdsteuerung dieses Prozesses nicht zuletzt wegen der Gewährleistung eines möglichst hohen Maßes an freier Studienwahl (als Grundrecht) auch nicht angestrebt werden sollte -, macht die Kriterien besonders interessant, nach denen die Studierenden ihre Studien- und Hochschulwahl treffen. Aktuelle Untersuchungen zum Studienwahlverhalten in den Nachwendejahren[2,3] lassen einige Besonderheiten von Studierenden an ostdeutschen Hochschulen erkennen. Den folgenden ausgewählten Untersuchungsergebnissen liegt eine schriftliche Befragung von Studienanfängern zu Beginn und am Ende des ersten Studienjahres an Universitäten und Fachhochschulen in vier neuen Bundesländern zugrunde. Insgesamt konnten 4058 Studierende aus 23 Hochschulen für die Befragungen gewonnen werden.[3]

- Studienanfänger an Hochschulen in den neuen Bundesländern studieren vor allem, weil sie darin die Voraussetzung für eine gute spätere berufliche Existenzsicherung sehen.

Dieses Studienmotiv wird unter den als wichtig eingeschätzten Motiven von der Mehrheit der befragten Anfänger am höchsten bewertet. Das trifft in ganz besonderem Maße für Anfänger aus den neuen Bundesländern und in wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen sowie stärker für Anfänger an Fachhochschulen als an Universitäten zu. Anfänger, die aus den alten Bundesländern kommen und insgesamt das Studium ebenfalls vor allem als Berufsvoraussetzung ansehen, erwarten daneben auch einen größeren allgemeinen Bildungszuwachs.

Bei diesem Studienwahlmotiv können sowohl Ähnlichkeiten zu DDR-Zeiten festgestellt werden als auch deutliche Unterschiede. So setzten DDR-Studien-

anfänger an die erste Stelle der Sinngebung von Hochschulbildung „den gewünschten Beruf ausüben zu können", verbanden dies aber nicht vordergründig mit Existenzsicherung und finanziellen Ertragserwägungen. Da hohe finanzielle Verdienstaussichten durch ein Hochschulstudium in der DDR vergleichsweise gering waren, kam ihnen zu jener Zeit nur eine marginale Rolle unter den Studienerwartungen zu. Mit unseren Untersuchungen läßt sich belegen, daß Arbeitsmarktsignale (Erwartung günstiger Arbeitsmarktchancen) gewichtige Auswahlgesichtspunkte für ein Hochschulstudium sind und daß dabei finanzielle Ertragserwägungen auch eine wesentliche Rolle spielen.

- Damit korrespondiert die Wahl einer Hochschule in den neuen Ländern. Günstige Berufschancen erhofft man sich hier vor allem durch gute Studienbedingungen an einer überschaubaren und nicht überfüllten Hochschule, die kurze Studienzeiten und kommunikative Studienformen ermöglicht. Für Studierende aus den neuen Ländern spielt aber bei dieser Hochschulwahl auch das für sie hier mit geringeren Kosten verbundene Studium eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ein schneller Studienabschluß ist für zwei Drittel der Befragten von großer Bedeutung, unabhängig davon, ob sie aus den neuen oder alten Bundesländern kommen.
Angesichts öffentlicher Diskussionen zur Überfüllung westdeutscher Hochschulen, überlanger Studienzeiten und vorhandener Zulassungsbeschränkungen finden die ebenso in der öffentlichen Meinung vorhandenen, teilweise auch „verklärten" Erfahrungen mit der DDR-Hochschulausbildung - wie z.B. Betreuung und Anleitung beim Studieren - Eingang in die Vorstellungen von Studierwilligen über ein effektives Studium an ostdeutschen Hochschulen.

- Bei der Wahl des Hochschulortes sind Studienanfänger in den neuen Ländern mehrheitlich offen für Alternativen. Der Einfluß von Informationsquellen aus den Hochschulen ist nachweisbar wichtig für diese Entscheidungen. Die Motive der Studienanfänger für die konkrete Hochschulortentscheidung variieren in Abhängigkeit von dem gewünschten Studiengang und von dem gewählten Hochschultyp zwischen äußeren Studienbedingungen und erwarteten inhaltlichen Studienangeboten. Betrachtet man die Gesamtheit der Befragten in den einzelnen Ländern, dann schneiden in den Begründungen für die Wahl der Hochschulorte inhaltliche Motive, wie der gute Ruf und die Tradition der Hochschule oder eine bestimmte fachliche Spezialisierung an der gewählten Hochschule zu erfahren, fast gleichrangig mit äußeren Studienbedingungen, wie regionale Nähe zum Heimatort und preiswerte Unterkunft, ab.

Auch bei der Wahl des Hochschultyps ist ein Teil der Studienanfänger (ca. 35 Prozent) in den neuen Bundesländern zunächst offen für beide Hochschultypen. Die letztendlichen Gründe für die Bevorzugung einer Universitäts- oder einer Fachhochschulausbildung folgen den öffentlich diskutierten Vorteilen der einen oder der anderen Ausbildung. Das Fachhochschulstudium wurde demjenigen an der Universität vorgezogen, weil die Befragten erwarten, daß es vor allem praxisverbundener ist (besonders stark von Anfängern aus den alten Bundesländern erwartet), berufsnäher ist, einen schnelleren Abschluß ermöglicht, bessere Berufschancen eröffnet (besonders Anfänger aus den neuen Bundesländern) und die Betreuung durch die Hochschullehrer intensiver ist (besonders Anfänger aus den alten Bundesländern).
Das Universitätsstudium wurde anstatt eines Fachhochschulstudiums gewählt, weil man erwartet, daß der Abschluß besser anerkannt ist (besonders stark von Männern genannt), das Lehrangebot vielfätiger ist (besonders Frauen), ein breiterer Bildungshorizont vermittelt wird (besonders Anfänger aus den alten Bundesländern), bessere Aufstiegschancen im Beruf bestehen (wiederum Anfänger aus den alten Bundesländern und Männer) und für Selbständigkeit im Studium mehr Raum ist.

- Im Verlauf des ersten Studienjahres wächst die Bindung befragter Studierender an ihre Hochschule.
Während zu Studienbeginn nur durchschnittlich 36 Prozent der Anfänger ein Studium ausschließlich an der jetzigen Hochschule erwogen haben, schätzen am Ende des ersten Studienjahres durchschnittlich 64 Prozent der Befragten ein, die richtige Hochschulentscheidung getroffen zu haben. Die meisten Befragten fühlen sich am Ende des ersten Studienjahres in ihren Studienentscheidungen eher bestätigt als in großem Umfang verunsichert, obwohl die zu Studienbeginn geäußerten Erwartungen an die Gestaltung des Studiums im Verlaufe des ersten Studienjahres sehr unterschiedlich erfüllt werden. So empfinden die Studierenden z.B. hohe Leistungsanforderungen; aber ihnen fehlen Maßstäbe für ihre Anstrengungsbereitschaft - die sie zu Studienbeginn sehr hoch bewerten -, wie klare Prüfungsanforderungen oder Kriterien für rationelles Studieren und wissenschaftliches Arbeiten. Die Befragten haben aber auch aus dem bisherigen Hochschulalltag den Eindruck gewonnen, daß eigenständige Planung und Gestaltung des Studiums noch weniger gefragt sind, als sie selbst - ohnehin nur in geringem Maße - praktizieren wollten. Verstärkt hat sich die Absicht, die Regelstudienzeit möglichst einzuhalten (besonders hoch an Fachhochschulen bewertet), der kreative studentische Part im Studiengeschehen (z.B. Lehrmeinungen kritisch zu hinterfragen) ist hingegen nicht größer geworden. Bezogen auf einzelne Studiengänge und Hochschulen weisen die hier für die Gesamtpopulation genannten Befunde unterschiedliche Ausprägungen auf.
Als wahrscheinliche Erklärung für eine gewachsene Bindung an eine ostdeutsche Hochschule nach dem ersten Studienjahr ergibt sich aus der Untersuchung, daß Hochschulen in den neuen Ländern gegenwärtig Studienbedingungen bieten, die Studierenden das Empfinden vermitteln, das Studium - wie sie es sich vorgenommen haben - bewältigen zu können. Dazu gehören im besonderen die erwartete und nach dem ersten Studienjahr bestätigte Möglichkeit, mit anderen Studierenden in kleinen Gruppen zusammenarbeiten zu können und eine Studienorganisation, die auch am Ende des ersten Studienjahres die meisten Befragten eine Belastung durch hochschulinterne und -externe sowie durch persönliche

Faktoren insgesamt als gering empfinden lassen.

- Trotz dieser generellen Feststellung zeigt die Befragung Ansatzpunkte dafür, daß bestimmte Einflußfaktoren, wenn sie keine Beachtung finden, zu Belastungen des Studiums werden können. Ca. ein Drittel der befragten Studierenden (mehr aus den neuen Ländern) sieht finanzielle Probleme auf sich zukommen. Die Elternfinanzierung hat im Verlaufe des ersten Studienjahres einen höheren Stellenwert erhalten als zu Studienbeginn vermutet, was im Zusammenhang mit dem Rückgang der Finanzierung über BAföG zu sehen ist und auch zu einer größeren Immobilität der Studierenden führt.

Welche Perspektiven eröffnen ostdeutsche Hochschulen ihren Studierenden und damit sich selbst?

Begonnen haben die ostdeutschen Hochschulen eher traditionell: Die Studiengangsentwicklung war hauptsächlich durch schnelle Angleichung an westdeutsche Standards geprägt, um nicht zuletzt den Studierenden anerkannte Studienabschlüsse zu ermöglichen und damit auch aktuell gute Berufschancen zu eröffnen. Das gilt in besonderem Maße für die von Anfang an stark nachgefragten wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Studiengänge.

Diese Entwicklung korrespondiert mit der Profilierung von Hochschulen, die bei den Universitäten vor allem dadurch gekennzeichnet ist, daß die in der DDR bereits als solche existierenden Einrichtungen mit eingeschränktem Ausbildungs- und Forschungsprofil ihren Ausbau zu Volluniversitäten anstreben. Vor allem dort, wo an klassische Universitätstraditionen angeknüpft werden kann, sollen sowohl ein breites Spektrum der Geisteswissenschaften als auch Medizin vertreten sein. Kritische Stimmen, die vor einer solchen Maximierung warnen und zu Schwerpunktbildung im Sinne der Optimierung vorhandener Ressourcen raten, wurden bisher vor allem aus Reputationsgründen kaum gehört.

Einen etwas anderen und zumindest vom Anspruch innovativeren Weg gehen die späteren Universitäts(neu)gründungen. Sie definieren sich eher als schlanke Profiluniversitäten mit mehr Interdisziplinarität und fachlich neuen Akzentsetzungen und Strukturen, die ihren Ruf und ihre Attraktivität ausmachen sollen. Das spiegelt sich auch im Aufbau von neuen und unverwechselbaren Studiengängen wider, wie z.B. im Diplomstudiengang Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Frankfurt (Oder).

Die Profilentwicklung an den Fachhochschulen wird im besonderen mit der Zielsetzung betrieben, dem bereits erwähnten öffentlichen Image zu entsprechen. Durch einen engen Praxisbezug (vor allem über Praxissemester) sollen den Studierenden bedarfsgerechte Qualifikationen unter Einhaltung kurzer Studienzeiten ermöglicht werden, was wiederum bei den Studierenden in den neuen Ländern zu einer sehr schnellen Annahme dieses hier neu eingeführten Hochschultyps beigetragen hat. Die meisten Fachhochschulen haben auf ein traditionelles Fächerspektrum gesetzt, das sie zunehmend durch neue inhaltliche und strukturelle Schwerpunkte erweitern. Es gibt auch einzelne Fachhochschulen, die sich bei ihrer Profilierung sehr stark an neuen Tätigkeitsfeldern und Arbeitsmarktnischen orientiert haben, z.B. die Fachhochschule Eberswalde u.a. mit ihrem Studiengang Landschaftsnutzung und Naturschutz, was eine besondere Zuwendung zu solchen Studiengängen durch Studierende aus den alten Bundesländern zur Folge hat. Es ist aber illusionslos festzuhalten, daß die Einlösung des Anspruchs „Erwerb einer Berufsqualifikation mit guten Beschäftigungsaussichten" - die sich vor allem Studierende in den neuen Ländern wünschen - auch für die Fachhochschulen zunehmend schwieriger wird. Durch ein traditionelles Studium ist dieses kaum noch möglich, im besonderen angesichts verschärfter Probleme am Arbeitsmarkt, sich schnell verändernder Anforderungsstrukturen in den Unternehmen und der weiteren Internationalisierung.

Wie zukunftsfähig die unterbreiteten Angebote und bisher entwickelten Konzepte an den Hochschulen vor allem für die Studierenden sein können - oder ob Veränderungen erforderlich sind - hängt von einer Reihe Bedingungen ab, von denen wesentliche im folgenden zumindest ansatzweise charakterisiert werden sollen.

Nicht zu unterschätzende Bedeutung haben bundes- und landespolitische Rahmensetzungen, z.B. bezogen auf die Finanzierung der Hochschulen, die Möglichkeiten des Hochschulzugangs, den Stellenwert von Universitäten und Fachhochschulen und nicht zuletzt die Einbindung von Hochschulen in Struktur- und Regionalentwicklung. Sie folgen vom Ansatz einem Trend zur Entwicklung effizienter (bisher weniger demokratischer) Hochschulen. So gibt es im Vergleich zu den alten Ländern keine weitergehenden Möglichkeiten zur Öffnung der Hochschulen. Die Hochschulgesetze einiger neuer Länder enthalten aber bereits Rahmenbedingungen, die eine Steuerung des Hochschulzugangs zu Universitäten und Fachhochschulen auf der Grundlage von hochschulbezogenen Auswahlkriterien ermöglichen. Der geplante vorrangige Ausbau der Fachhochschulen (40 Prozent der Studienplätze) ist zwar mit einigen Verbesserungen verbunden (wie z.B. mehr Forschungsmöglichkeiten), die aber nicht die grundlegenden strukturellen Mängel dieses Hochschultyps, z.B. in der Personalstruktur, beseitigen. Möglichkeiten der Hochschulen in den neuen Ländern mit ihren Leistungen zur Bewältigung aktueller Arbeitsmarktprobleme und zur Realisierung regionaler Struktur- und Entwicklungskonzepte in Ostdeutschland beizutragen, sind nicht zuletzt dadurch eingeschränkt, daß häufig die Einbindung in ein Gesamtkonzept von Regionalentwicklung oder bereits eine ausreichende sächliche oder personelle Ausstattung der Hochschulen und eine entsprechende Management- und Finanzierungsstruktur fehlen.

Eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung der Hochschul- und Studiengangskonzepte kommt den an der Hochschule Beschäftigten zu. Sie sind

sowohl herausgefordert, richtige Akzente in Lehre und Forschung und zunehmend in Weiterbildung und Dienstleistung zu setzen, als auch die von Studierenden gewünschte qualitätssichernde Lehr- und Studienkultur weiter auszuprägen. Gegenwärtig reflektieren Studierende in vielen Studiengängen an ostdeutschen Hochschulen positiv eine gute Betreuungssituation und die bereits hervorgehobene Möglichkeit, in kleinen Gruppen zusammenarbeiten zu können. Das wird nicht zuletzt auch von Studierenden aus den alten Ländern als Grund angegeben, warum sie an Hochschulen in die neuen Länder gehen.

Inwieweit es dauerhaft gelingt, eine solche Lehr- und Studienkultur zu erhalten bzw. diese weiterzuentwickeln, ist heute noch nicht einschätzbar, aber ganz wesentlich von der Personalsituation an den Hochschulen der neuen Länder abhängig, die besonders durch die Veränderungen der letzten Jahre geprägt wurde:

Es ist davon auszugehen, daß weniger als die Hälfte der 1989 an ostdeutschen Hochschulen tätigen Wissenschaftler an diesen verblieben ist, daß von ca. 7500 Professorenstellen bis Mitte 1994 knapp 70 Prozent besetzt sind (aus Ost und West und in den Relationen unterschiedlich in Abhängigkeit von Fächergruppe und Hochschultyp)[4] und daß es dabei um den Übergang aus einer gut ausgestatteten Personalstruktur-Ost in eine mangelhaft ausgestattete und immer wieder beklagte Personalstruktur-West geht.

Mit diesen Umbrüchen sind Probleme verbunden, die innovative Entwicklungen an den Hochschulen der neuen Länder erschweren können:

Erlebte Unsicherheiten der Arbeitsplätze, der Stellenart, der Bezahlung und des erworbenen Status haben im besonderen dazu beigetragen, daß es einen starken Anpassungsdruck an den Hochschulen in den neuen Ländern gibt. Die Hoffnung, speziell der Ost-Lehrkräfte, auftretende Probleme durch Besinnung auf wissenschaftliche Traditionen und Trends lösen zu können, ist eher verbreitet als Konfliktbereitschaft und die Suche nach neuen Lösungen. Es zeigt sich in der Tendenz an den Hochschulen eine starke Orientierung an den Standards, die durch die jeweilige „scientific community" gesetzt werden, was z.B. interdisziplinäre Lösungen nicht unbedingt fördert. Ohne Engagement und Innovationsfreude einzelner Hochschulangehöriger zu unterschätzen, wird eine solche Sichtweise nicht zuletzt aus dem Zusammentreffen von Unsicherheiten auf der einen Seite und einem eher traditionalistischen Wissenschaftsverständnis mit großem Einfluß von Fakultätentagen und Fachgesellschaften auf der anderen Seite gespeist.

Als besonders schwierig erweist sich der Neuaufbau der Geisteswissenschaften, deren Personalbestand neben den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in den letzten Jahren am stärksten reduziert wurde. Hier spitzt sich das generelle Problem der Berufung geeigneter Professoren, die die Entwicklung dieser Disziplinen an den Hochschulen der neuen Länder entscheidend prägen werden, besonders zu. Hilfreich kann in diesem Prozeß die Entwicklung neuer Strukturen sein, wie sie z.B. vom Wissenschaftsrat als geisteswissenschaftliche Zentren empfohlen wurden. Durch diese Zentren soll eine Verbesserung der Infrastruktur geisteswissenschaftlicher Forschung an den Hochschulen der neuen Länder erreicht werden, die Koordination interdisziplinärer Projekte erfolgen und vor allem eine fächerübergreifende Bearbeitung neuer Fragestellungen angeregt werden.

Solche oder ähnliche Organisationsstrukturen, wie die Bildung multidisziplinärer Zentraleinrichtungen (z.B. das Zentrum für Technik und Gesellschaft an der TU Cottbus) oder von Innovationskollegs, ermöglichen den Hochschulen eine gewisse Flexibilität, auf neue gesellschaftliche Anforderungen zu reagieren, die für ihre Perspektive wichtig ist. Zur Sicherung dieser Flexibilität als einer wesentlichen Bedingung für Zukunftsfähigkeit der Hochschulen müssen in Verbindung mit neuen Organisationsformen vor allem neue inhaltliche Profile entwickelt werden, die aus den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen (wie Natur-, Ingenieur-, Geistes-, Wirtschaftswissenschaften) und ihrer zunehmend engeren Verbindung zueinander gespeist werden und sich auch für die Studierenden z.B. in sogenannten Hybrid- bzw. Bindestrichstudiengängen widerspiegeln. In solchen Studiengängen können Studierende im besonderen fachübergreifende Qualifikationen erwerben, die ihnen besser als traditionell disziplinäre den Umgang mit Schwankungen des Arbeitsmarktes ermöglichen. Noch stärker als bisher sind außerdem Kooperationsnetzwerke zwischen Hochschulen und von Hochschulen mit der außeruniversitären Forschung und der Wirtschaft zu entwickeln, die differenzierte Forschungs-, Dienstleistungs- und Bildungsangebote als Aufbausignale für strukturschwache Regionen geben können. Ein Beispiel, bei dem länderübergreifende regionale Kooperation auf verschiedenen Gebieten als Absicht erklärt wurde, ist der 1994 ins Leben gerufene Universitätsbund der Universitäten Jena, Leipzig und Halle-Wittenberg.

Fünf Jahre ostdeutsche Transformation - die „Normalisierung" im Wettbewerb um knappe Ressourcen hat begonnen. Wie erfolgreich einzelne Hochschulen in den neuen Ländern in diesem Wettbewerb sein werden, hängt im besonderen davon ab, inwieweit es ihnen gelingt, ein unverwechselbares Profil in Lehre, Forschung und Dienstleistung zu entwickeln und es öffentlich und transparent zu machen, nicht zuletzt für Studierwillige mit ihren Studienmotiven und Erwartungen.

Heidrun Jahn, Dr., ist Mitarbeiterin der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst

Anmerkungen:

[1] Vgl. Pasternack, P.: Plenarvortrag. In: Buck-Bechler, G. / Jahn, H. (Hrsg.): Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern: Bilanz nach vier Jahren. Deutscher Studien Verlag. Weinheim 1994, S. 57.

[2] Vgl. Lewin, K. / Heublein, U. / Sommer, D. / Cordier, H. / Andermann, H.: Studienanfänger im Wintersemester 1993/94 in den alten und neuen Ländern. HIS-Hochschul-Informations-System: Hochschulplanung Bd. 107. Hannover 1994.

[3] Vgl. Buck-Bechler, G. / Jahn, H. / Lewin, D.: Studienentscheidung und Studienengagement in ausgewählten neuen Bundesländern. Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1995.

[4] Vgl. Burkhardt, A. / Scherer, D.: Hochschulpersonal-Ost im Wandel. In: *Das Hochschulwesen.* Neuwied 42(1994)6.

Sonja Brentjes (Leipzig):

Kündigungen aus mangelndem Bedarf

Dieses Thema ist eigentlich obsolet, denn der Bundesrat hatte „in seiner 664. Sitzung am 17. 12. 1993 beschlossen, dem vom Bundestag am 2. Dezember 1992 verabschiedeten Gesetz zur weiteren Verlängerung der Kündigungspolitik in der öffentlichen Verwaltung nach dem Enigungsvertrag nicht zuzustimmen."[1] Das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst schlußfolgerte: „Ordentliche Kündigungen wegen mangelnder fachlicher Qualifikation oder persönlicher Eignung, wegen mangelnden Bedarfs oder wegen ersatzloser Auflösung der bisherigen Beschäftigungsstelle ... dürfen daher vom 1. Januar 1994 an nicht mehr ausgesprochen werden."[2]

Vielleicht hat es ja recht, das Sächsische Ministerium, daß ordentliche Kündigungen dieser Art nicht mehr ausgesprochen werden dürfen. Aber Dienstherrenfunktionen des Ministers wahrnehmende Einrichtungen wie das Universitätsklinikum Leipzig sprechen nach wie vor Kündigungen aus mangelndem Bedarf aus. Da sie kaum als „außerordentliche Kündigungen aus wichtigem Grund ... wegen Verstoßes gegen die Grundsätze der Menschenrechte" etc. etc. interpretiert werden können, bleibt nur, sie als unordentliche Kündigungen zu betrachten. Welch ein Glück für die VerfasserInnen dieser Kündigungen, daß mit dem Beschluß des Bundestages auch mangelnde fachliche Qualifikation kein Grund mehr für eine Entlassung ist! So bleibt dem Dienstherren gar keine andere Wahl, als sich auch weiterhin von nur beschränkt kompetenten BeamtInnen vertreten zu lassen.

Von solcher Art Kündigung Betroffene können jedoch zunächst erst einmal aufatmen. Sächsische Richter scheinen nämlich nicht über dieselbe große Toleranzfähigkeit wie der Minister zu verfügen und Kündigungen aus mangelndem Bedarf gegenwärtig als unzulässig abzuweisen. Ob sich das bei Richtern der höheren Instanzen ändert, bleibt abzuwarten.

Abgesehen von diesem technischen Problem mangelnder Kompetenz, mit dem sächsische Universitäten seit 1990 erfolgreich zu leben gelernt haben, stellt die Kündigungsrhetorik der neuen Republik für die DDR-sozialisierte ArbeitnehmerIn eine Irritation dar. Aufgewachsen ist sie/er mit der zeitraubenden Erfahrung, daß mangelnder Bedarf Dinge bezeichnete, die frau/mann wollte, aber offiziell nicht haben konnte, obwohl sie inoffiziell vorhanden waren, nämlich unter dem Ladentisch, über naturale Austauschbeziehungen, von der damals heiß begehrten und umworbenen Westverwandtschaft oder durch den Erwerb von Devisen im Ausland (befreundet oder nicht befreundet war da nicht die Frage). Jetzt mußte sie/er zu ihrem/seinen ungläubigen Erstaunen feststellen - es sei denn, sie/er hatte in einem der zahllosen Politseminare den forschen Floskeln gelauscht und geglaubt -, daß mangelnder Bedarf Personen bezeichnet, die mann/frau offiziell nicht haben will, selbst wenn inoffiziell Kunden (in Form von StudentInnen) vorhanden und interessiert sind. Um einen derartigen Güteraustausch als Einspruchsgrund gegen die Fiktion vom Bedarfsmangel zu vermeiden, wurde er schlichtweg - zunächst nur mündlich und individuell, später auch schriftlich und generell - verboten.[3] Mangelnder Bedarf wurde somit aus einer praktisch erfahrbaren Entzugserscheinung zu einem abstrakten Fetisch. Die den Verboten immanente, fortwährende Verletzung von Verfassung und Hochschulgesetzen konnte höchstens zartbesaitete Gemüter verunsichern, mit denen z. B. die Leipziger Universität nach meinen Erfahrungen ohnehin nie reichlich gesegnet war - Ausnahmen bestätigen, wie immer, die Regel.

Doch nicht nur das Leben mit so esoterischen Entitäten wie Verfassungen oder Gesetzen ist offenbar nur dadurch möglich, daß diese in den Niederungen des Alltags am besten einfach vergessen werden. Auch Gerichtsentscheidungen oder - wie der Einigungsvertrag so schön formuliert - „Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit" scheinen für die VertreterInnen des Ministers eine unbewältigbare Hürde darzustellen. Akzeptanz ist offenkundig kein sogenanntes Schlüsselwort für die erneuerten Universitäten. Eine Vertreterin eines Personalrates kommentierte den Umgang mit Klagen, Revisionen, Begründungen für Entlassungen und Gerichtsentscheidungen durch das Ministerium sowie Universitäten lakonisch: „Wen das Land oder die Uni einmal raushaben will, der hat keine Chance."

Aber es mag auch sein, daß sich eine neue Ära des Rechtsverständnisses abzeichnet, wonach Gerichtsentscheidungen für die/den Beklagte(n) nur dann verbindlich sind, wenn sie zu ihren/seinen Gunsten ausfallen. Darin könnte sich dann erneut der Wahlspruch der Allianz für Deutschland von 1990 bestätigen: Zurück in die Zukunft, in diesem Fall in Gepflogenheiten preußischer Rechtspraxis des 19. Jahrhunderts.

Falls die Gerichtsentscheidung gegen die/den Beklagte(n) ausfällt, wird davon nur anerkannt, was unumgänglich ist, z. B. die Gehaltsfortzahlung. Alles andere wird per Anweisung entweder völlig oder teilweise außer Kraft gesetzt: Lehre, Prüfungsberechtigung, Anerkennung von Scheinen durch Prüfungsämter, etc. etc., kurzum - der größte Teil der Dienstaufgaben oder professoralen Rechte, wofür die/der Betroffene ihr/sein Gehalt bezieht.

Wer hier meint, daß damit ohnehin nur personelle Relikte der alten Zeit getroffen werden, die ja schon immer im Kommunismus leben wollten, irrt sich, wenn auch nur zum Teil. Aber selbst radikale FreundInnen des Alten Testaments sollten bedenken, daß Studierende in ihrer Persönlichkeitsentwicklung - vermut-

lich auch ein Fossil - eingeschränkt werden, wenn mensch glaubt, per Erlaß eine Wahl zwischen verschiedenen, nicht einmal notwendigerweise alternativen, Angeboten verhindern zu müssen.

Die alte Republik West war Symbol einer Überflußgesellschaft - zwei Drittel zwar nur, aber immerhin! Frau/mann konnte und sollte (fast) alles haben, selbst wenn sie/er es gar nicht haben wollte. Soll auch das im Osten der neuen Republik nicht mehr gelten?!

Sonja Brentjes, Dr. rer.nat. habil., ist Wissenschaftshistorikerin am Karl-Sudhoff-Institut der Universität Leipzig

Anmerkungen:

[1] Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, 18.1. 1994

[2] ibid.

[3] Universität Leipzig, Prorektor für Lehre und Studium, Leipzig 11. 4. 1995, S. 1, Pkt. 2

Kati Albert (Berlin):

Warum kommen Student(inn)en aus Westdeutschland und aus West-Berlin an die ostberliner Humboldt-Universität?[1]

Es ist ja fast eine "umgekehrte Situation". Westdeutsche kommen in den Osten, um hier zu lernen und zu leben. Sich anpassen, sich umstellen, sich neuorientieren wurde in den letzten Jahren vor allem von Ostdeutschen verlangt. Viele haben in den sechs Jahren nach der Vereinigung die Erfahrung machen müssen, daß sich der Wunsch, es möge zusammenwachsen, was zusammengehört, nicht ohne Mühe erfüllt.

Zum Aufbau einer guten Beziehung gehört mehr, als nur von der Existenz des anderen zu wissen, als nur über Erzählungen und Berichte anderer von ihm zu hören. Und es gehört vor allem mehr dazu, als daß sich nur einer dem anderen anpaßt und dessen Lebensstil übernimmt. Es ist wie in einer Partnerschaft. Zum Aufbau von Verständnis, der Basis für jede gute Beziehung, müssen sich beide aufeinander einlassen, sich füreinander öffnen, sich in des anderen Welt begeben.

Die Weststudent(inn)en, die sich an der Humboldt-Uversität zu Berlin (im folgenden HUB) immatrikulieren ließen, haben diesen Schritt getan. Die Bereitschaft, sich tatsächlich auch auf die Student(inn)en aus dem anderen Teil Deutschlands einzulassen, mag verschieden sein. Sie hängt auch in großem Maße von den Gründen ab, die jemanden hierher geführt haben. Ob eine(r) sich "gezwungen", von der ZVS (Zentrale Vergabestelle für Studienplätze) der HUB zugeordnet fühlt, oder ob eine(r) sich bewußt für ein Studium an der HUB - als einer Uni im Osten - entscheidet, beeinflußt - so vermuten wir - unter anderem auch die Offenheit und Bereitschaft, mit Student(inn)en aus den neuen Bundesländern in Kontakt zu kommen und damit natürlich auch das universitäre Klima.

Die hier dargestellte Teilstudie zu den Gründen, die Weststudent(inn)en an die HUB führen, ist eingebettet in ein größeres Forschungsprojekt des Institutes für Psychologie der HUB unter Betreuung von Frau Prof. Dr. Inge Frohburg. In dessen Rahmen wollen wir, das sind Diplomandinnen und Doktorandinnen des Institutes, Fragen nach der Beziehungsstruktur von "Ost" und "West", sowohl der Studierenden als auch der Lehrenden an der HUB nachgehen. Welchen Einfluß haben die jeweils mitgebrachten Erfahrungen und Erwartungen auf die

Beziehung zwischen "Ost" und "West"? Wie wird das Zusammentreffen von "Ost" und "West" erlebt? Wie nehmen sich "Ost" und "West" gegenseitig wahr? Wie sieht die Bereitschaft zum Miteinander auf beiden Seiten aus? Welche Bedeutung haben die sozialen Kategorien "Ost" und "West" überhaupt noch? Wie gehen die unterschiedlichen "Wurzeln" in die Begegnung zwischen "Ost" und "West" ein? Kurz: Wie stellt sich denn eigentlich die Beziehungsstruktur von "Ost" und "West" an der HUB dar?

Waren im Wintersemester 1990/91, also im ersten Semester der Wiedervereinigung Deutschland, die ersten 30 Student(inn)en aus dem Westen noch eine verschwindende Minderheit, so sind im letzten Semester schon 1766 Student(inn)en aus Westdeutschland und ca. 4400 aus West-Berlin an der HUB eingeschrieben. Das bedeutet, daß im Sommersemester 1995 etwa jeder vierte Student aus dem Westen kam.

Für uns stellten sich dabei erst einmal folgende Fragen: Was zieht die Student(inn)en aus Westdeutschland und West-Berlin hierher? Was macht diese Alma mater für sie attraktiv?

Sieben Student(inn)en haben sich im Rahmen ihres im Studium obligatorischen Forschungspraktikums dieser Frage gewidmet. Sie sind mit einem von uns entwickelten Kurz-Erfassungsbogen losgegangen, um vor oder nach Vorlesungen, in Mensen und Cafeterias 330 Weststudent(inn)en aus 12 Fachbereichen zu fragen: "Aus welchen Gründen hast du dich für ein Studium an der HUB entschieden?" Die Befragten konnten in freier Formulierung ihre Gründe nennen. Mehrfachnennungen waren ausdrücklich zugelassen. Die Antworten wurden von den Befragten selbst oder von den Forschungspraktikant(inn)en niedergeschrieben. Die Fachbereiche waren: Philosophie, Theologie, Wirtschaftswissenschaft, Mathematik/Physik, Biologie, Psychologie, Medizin, Kulturwissenschaft, Ethnologie, Sozialwissenschaft, Philologie und Rechtswissenschaft.

Die Untersuchungsergebnisse habe ich in drei Teile untergliedert. Im *Teil A* werden die Ergebnisse über die gesamte Stichprobe dargestellt. Im zweiten *Teil B* folgt eine Fachbereichsspezifische Beschreibung der Ergebnisse. Im dritten *Teil C* werde ich auf unterschiedliche Gründe für die Wahl der HUB als Studienort der Westberliner Student(inn)en und den Student(inn)en aus den alten Bundesländern eingehen. Zur Auswertung der Gründe für die Wahl der HUB als Studienort benutzten wir eine Kategorisierung, die in der Ergebnisdarstellung im ersten Teil mit beschrieben wird.

A. Wie wird das Studieren an der HUB begründet ?

Es ließen sich sieben unterschiedliche Kategorien finden, denen die genannten Gründe zugeordnet werden konnten. Sie sind in der folgenden Darstellung abgebildet und werden im Text mit beschrieben. Die Graphik zeigt die Häufigkeitsbesetzungen der einzelnen Kategorien.

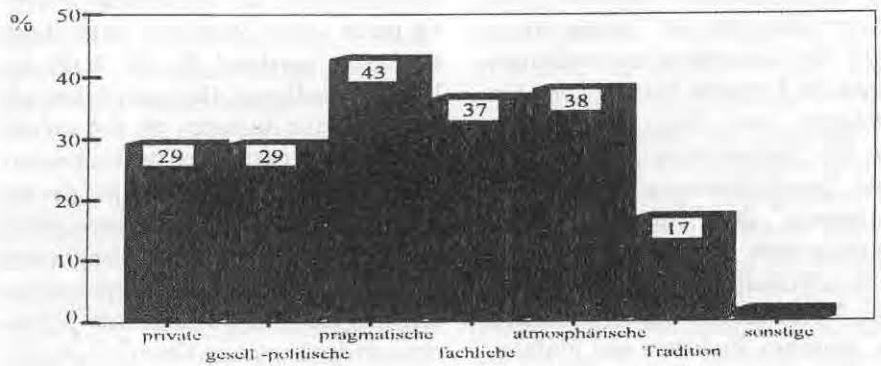


Abb.1 Häufigkeitsverteilung der Gründe über die gesamte Stichprobe N =300

Die prozentualen Angaben sind gemessen an der Zahl der befragten Student(inn)en. Zu beachten ist, daß Mehrfachantworten möglich waren.

1. *Pragmatische Gründe* wurden bei insgesamt 330 Student(inn)en von fast jedem/er zweiten genannt. Pragmatische Gründe sind z.B. die Existenz des Faches ausschließlich an der HUB, die Möglichkeit einer Direktbewerbung zum Zeitpunkt der Immatrikulation und damit ein Umgehen der Bedingungen des Numerus Clausus, die ZVS-Zuweisungen sowie die relativ unkomplizierte Anerkennung von Vorleistungen aus anderen Universitäten. Hierunter fallen also sowohl formale "Zwangssituationen" als auch rationale Kalkulationen aus der Person heraus. An dieser Stelle macht sich die Sondersituation der HUB in den ersten Jahren nach der Wende bemerkbar. Die Bedingungen des hauseigenen Numerus Clausus, die leichter zu erfüllen waren, als die des offiziellen Numerus Clausus der ZVS, lockte viele Student(inn)en aus den alten Bundesländern an die HUB. Eine andere, nicht zu vernachlässigende Bedingung, waren die Quotenregelungen. Es mußten eine bestimmte Anzahl Student(inn)en aus den alten Bundesländern immatrikuliert werden. So hatten auch viele Wesstudent(inn)en eine Chance, die auf üblichem Wege schwerer einen Studienplatz bekommen hätten.

2. Die *Atmosphäre der HUB* nannten mehr als ein Drittel der befragten Student(inn)en, als wichtig für ihre Wahl der HUB. Besonders interessant war dabei, daß es hier nicht nur um die Atmosphäre

der alten "historischen Gemäuer", sondern vor allem um die "soziale Atmosphäre" der Student(inn)en untereinander und die Kontakte zwischen den Student(inn)en und ihren Dozent(inn)en ging. Die Student(inn)en sprachen von einem "persönlicheren und freundlicheren Umgang", dem "familiären Klima", dem erwarteten "netteren und sensibleren Sozialverhalten der Ossis", dem "offenen Verhältnis zwischen Studenten bzw. zwischen Studenten und Professoren" Ob sich diese Erwartungen bestätigen, wird sich in den nachfolgenden Untersuchungen zeigen. Andere wieder sprechen von der günstigeren Personalstruktur (Dazu sagt ein Student der Wirtschaftswissenschaft: "...die angenehmen Leere..." an der HUB), die viele Student(inn)en aus den alten Bundesländern hoffen läßt, ihr Studium effektiver und in engerem Kontakt mit ihren Professoren führen zu können.

3. *Fachliche Gründe* wurden ebenfalls von etwa jedem/er dritten Studenten/in genannt. Das sind z.B. die Orientierung auf bestimmte Studieninhalte und Forschungsausrichtungen, die Bevorzugung bestimmter Professoren, die vermutete inhaltlich bessere Betreuung an den Fachbereichen, ein "besseres und differenzierteres Studienangebot".

4. *Privat-familiäre Gründe* waren für mehr als ein Viertel der befragten Student(inn)en wichtig für die Entscheidung, an der HUB zu studieren. Solche Gründe sind z.B. "Freund/Freundin wohnt in Ostberlin" oder "Wohnort näher an HUB".

5. *Gesellschaftspolitische bzw. kulturelle Gründe* sind ähnlich bedeutsam für die Student(inn)en aus dem Westen. Mehr als jede/r vierte Student/in nennt diese als ausschlaggebend für die Wahl der HUB als Studienort. Hierunter faßten wir zum einen alle Aussagen, die sich auf das Interesse am "Osten" und der Umbruchssituation sowie speziell auch auf das Interesse an den Menschen im Osten beziehen. Gründe, die von den Student(inn)en genannt wurden, sind z.B.: "Interesse an östlicher Kultur und Lebenswelt", "Interesse an den Leuten im Osten", "kulturelle Möglichkeiten von Ostberlin", "Interesse an der spezifischen Umbruchssituation in Ostberlin", "Interesse an bestimmten Gruppierungen in Ostberlin", "die Ost-Sicht hautnah erleben wollen", "Wiedervereinigungsidealismus", "gespannt auf die Ostler", "Umbruchsstimmung im Osten".

Zum anderen fallen in diese Kategorie auch die Aussagen, die sich auf Berlin als "interessante" Stadt an sich beziehen. Leider hat uns die Methodik der Untersuchung nicht ermöglicht zu hinterfragen, warum Berlin so anziehend wirkt. Geht es hier auch wieder um den Umbruch, das Interesse an Prozessen und Begegnungen, die damit im Zusammenhang stehen, oder ist es einfach nur die große Stadt mit ihren bunten Möglichkeiten, die viele West-Student(inn)en anzieht?

6. Die *Tradition* der HUB war der am wenigsten bedeutsame Grund, sich für das Studium an der HUB zu entscheiden. Hier konnte man Gründe lesen, wie "Vorzeige-Uni", "bekannt und angesehen im Ausland", "hier haben schon große Philosophen studiert". Ein Theologiestudent schrieb "immerhin hat hier schon Heinrich Heine studiert".

7. Die Kategorie *Sonstige Gründe* wurde kaum gefüllt. Die hier genannten Gründe waren sehr individuell und können in der Auswertung vernachlässigt werden.

Faßt man die Ergebnisse noch mal zusammen, dann ergibt sich, daß insgesamt 91 % aller genannten Gründe für die Wahl der HUB sich in eine übergeordnete Kategorie "universitätsbezogen" einordnen ließen. Für die Mehrzahl waren damit die Tradition, die Atmosphäre der HUB, die fachlich-inhaltliche Orientierung/die Qualität der Betreuung und pragmatische Gründe entscheidungs- und handlungsleitend. Interessant ist, daß die HUB dabei für fast jeden zweiten unter anderem auch deshalb attraktiv war, weil sie "leicht zu haben" war (pragmatische Gründe) und die Anstrengungen an einer anderen Universität immatrikuliert zu werden, größer gewesen wären. Gut ein Drittel wurde jeweils von der persönlicheren Atmosphäre der HUB und inhaltlich-fachlichen Bedingungen angezogen. Nur jeweils 30% der Befragten äußerten dagegen private und gesellschaftspolitische Gründe, die primär nichts mit der HUB zu tun haben.

B. Unterscheiden sich die Begründungen in den einzelnen Fachbereichen?

Wir wollten nicht nur wissen, aus welchen Gründen sich Westudent(inn)en im Allgemeinen für ein Studium an der HUB entscheiden, sondern uns interessierte auch, ob es fachspezifische Unterschiede gibt. Entscheiden sich vielleicht Student(inn)en der Sozialwissenschaften mehr aus gesellschaftspolitischen Gründen für die HUB als Ostdeutsche Uni? So könnte man vermuten, daß sie sich vielleicht mehr für soziale Prozesse, zwischenmenschliche Phänomene und historische Besonderheiten interessieren. Spielt die besondere Situation an der HUB für Student(inn)en der Naturwissenschaften vielleicht weniger eine Rolle, und sind ihnen pragmatische oder fachliche Gründe dagegen viel wichtiger? Im folgenden habe ich Ergebnisse zu den am häufigsten und den am wenigsten genannten Gründen in den jeweiligen Fachbereichen ausgewählt und in zwei Tabellen zusammengestellt. Im Text werde ich die auffälligsten Angaben erläutern und mögliche Erklärungen bieten. Außerdem möchte ich mein besonderes Augenmerk noch einmal auf die gesellschaftspolitisch-kulturellen Gründe richten, da das Interesse am Osten, an den Menschen hier, an der Begegnung mit Student(inn)en aus dem anderen Teil Deutschlands für unsere Gesamtanliegen, die Beziehung, den Umgang zwischen Ost- und Weststudent(inn)en an der HUB zu erfassen, eine besondere Rolle spielt.

Unter-kategorie	private	%	gesell.polit. kulturelle	%	pragma-tische	%	fachliche	%	atmo-sphärische	%	Tradition	%
besonders häufig wurden die Gründe in folgenden FB genannt	Sozial-WS	56	Rechts-WS	78	Medizin	70	Mathe/ Physik	71	Ethnologie	76	Wirtschafts-WS	38
	Kultur-WS	52	Theologie	75	Psychologie	70	Kultur-WS	48	Philosophie	61		33
	Ethnologie	38	Sozial-WS	50	Theologie	62	Philosophie	45	Kultur	60	Rechts-WS	28
											Philosophie	
besonders selten wurden die Gründe in folgenden FB genannt	Psychologie	12	Medizin	2	Kultur-WS	18	Medizin	16	Biologie	0	Mathe/ Physik	0
	Theologie	12	Psychologie	15	Rechts-WS	22	Philologie	21	Medizin	10	Kultur-WS	4
	Mathe/ Physik	21	Philologie	16			Wirtschafts-WS	23	Rechts-WS	11	Ethnologie	5

Abb. 2 Häufigkeitsverteilung über die einzelnen Fachbereiche

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
Rechts-WS	Theo-logie	Sozial-WS	Mathe/ Physik	Biologie	Kultur-WS	Philoso-phie	Wirtsch. -WS	Ethno-logie	Philo-logie	Psycho-logie	Medizin
78%	75%	50%	46%	41%	33%	31%	29%	19%	16%	15%	2%

Abb. 3 Häufigkeitsverteilung der*gesellschaftspolitischen Gründe* (Interesse für den Osten, die spezifische Umbruchssituation, der Begegnung mit Oststudent(inn)en) in Form einer Rangreihe über alle Fachbereiche

Die prozentualen Angaben beziehen sich immer auf die Anzahl der befragten Studenten des entsprechenden Fachbereiches. "WS" bedeutet Wissenschaft.

Entgegen unseren Vorüberlegungen spielte der Osten, das Interesse für den Umbruch und die Begegnung mit Student(inn)en aus den neuen Bundesländern bei den*Psychologiestudent(inn)en* kaum eine Rolle. Nicht mal ein Viertel aller Studen-t(inn)en gaben Gründe an, die sich dieser Kategorie zuordnen ließen. Gerade bei dieser Fachrichtung vermuteten wir ein besonderes Interesse für die sozial und psychologisch interessante Situation an der HUB, die sie zum einen als Begeg-

nungsstätte zwischen Ost und West und zum anderen als Uni im Herzen einer ehemals geteilten Stadt hat, da sich der Inhalt des Studiums ja auch um solche Phänomene und Prozesse dreht. Ein Grund, daß von den Student(inn)en viel mehr pragmatische Gründe genannt wurden (etwa drei Viertel aller Student(in-n)en), kann sein, daß bis zum Sommersemester 1992 eine Direktbewerbung an der HUB möglich war und somit die schwerer zu erfüllenden Bedingungen des Numerus Clausus der ZVS umgangen werden konnten. Das erklärt erst einmal die hohe Bedeutung pragmatischer Gründe. Daß dennoch kaum gesellschaftspolitische Gründe für die Wahl der HUB als Studienort genant wurden, liegt vielleicht auch an der naturwissenschaftlichen Ausrichtung des Fachbereiches für Psychologie an der HUB. Er gehört zur naturwissenschaftlichen Fakultät und nicht, wie an vielen anderen Universitäten, zur gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät. Dieser Fakt kann ebenfalls als Selektionskriterium bei der Wahl des Studienortes wirken.

Ein ähnliches Bild bieten die Gründe der *Theologiestudent(inn)en.* Auch von ihnen wurden von mehr als der Hälfte aller befragten Student(inn)en pragmatischen Gründe genannt. Der Grund dafür ist hier, daß ein Vollstudium Theologie nur noch an der HUB möglich ist und die anderen Berliner Institute durch Fusionierung zusammengeschlossen wurden. Im Gegensatz zu den Psychologiestuden-t(inn)en wurden aber auch von Student(in-n)en dieser Fachrichtung, entsprechend unserer Vermutung, häufig gesellschafts-politische Gründe angegeben. Drei Viertel aller Student(inn)en nennen Gründe, die sich auf die besondere Situation der HUB beziehen und den Wunsch zum Ausdruck bringen, die Umbruchssituation innerhalb der HUB miterleben zu können und Menschen aus dem Osten näher zu kommen.

Am deutlichsten spielte das Interesse für den Osten und die Umbruchssituation bei den befragten Student(inn)en der *Rechtswissenschaften* eine Rolle. Mehr als drei Viertel der Studen(inn)en kamen aus diesem Grund an die HUB. Das Interesse ist nachvollziehbar, wenn man bedenkt, wie eng die Umwälzungen in der ehmaligen DDR mit Veränderungen des Rechtssystems in Verbindung stehen. Die Studen(inn)en zieht es damit an den "Ort des Geschehens", was in meinen Augen sehr zu begrüßen ist.

Bei den *Medizinstudent(inn)en* standen besonders häufig pragmatische Gründe im Vordergrund. Sie wurden von fast drei Viertel aller Student(inn)en genannt. Bei ihnen sprangen vor allem die oft scharfen Formulierungen ins Auge. So konnte man lesen: "Zwangsversetzung durch die ZVS", "Opfer willkürlicher Kalküls der ZVS", "freiwillig nie an die HUB, in diesen Teil der Stadt". Am wenigsten von allen Befragten haben die Medizinstuden-t(inn)en gesellschaftspolitische Gründe angegeben (nur 2% aller Medizinstuden-t(inn)en). Aus der Erfahrung ist bekannt, daß Medizinstudent(inn)en während des Studiums nur wenig Raum und vor allem Zeit für anderes außer den fachlichen Inhalten des Studiums haben. Diese Erfahrung scheint sich auch in diesem Ergebnis widerzuspiegeln.

Für die *Ethnologiestudent(inn)en* scheint die Atmosphäre der HUB ein wichtiger Grund gewesen zu sein, hierher zukommen. Immerhin mehr als zwei Drittel der Student(inn)en begünden ihre Wahl damit. So wird die HUB mit ihren "alten Gemäuern, ihrer anziehend vermoderten Atmosphäre", den erwarteten "persönlicheren, netteren und menschlicheren Umgang" gepriesen. Überrascht hat uns, daß nicht mal ein Viertel der Ethnologiestudent(inn)en das Interesse am Osten, an der Begegnung mit der östlichen Kultur als Motiv genannt haben. Gerade bei der Ethnologie, der Wissenschaft von anderen Kulturen, hätten wir erwartet, daß viele Studenten vor allem aus dem Bedürfnis herkommen, den Osten näher kennenzulernen.

Aber auch die *Philosophie-* wie die *Kulturwissenschaftsstudent(inn)en* geben an, daß die spezifische Atmosphäre der HUB eine wichtige Rolle bei der Wahl des Studienortes war. Eine Philosophiestudentin schrieb poetisch, sie erwarte die HUB "nicht so seelenlos wie die West-Unis". Hier waren es jeweils etwa ein Drittel der Student(inn)en, die aus gesellschaftspoltischen Gründen an die HUB gekommen sind.

Die Tradition und der Ruf der HUB spielt am ehesten noch bei den *Wirtschaftswissenschaftsstudent(inn)en* eine Rolle. Etwa zwei Drittel der Student(inn)en nennen Gründe, die sich dieser Kategorie zuordnen lassen.

Das erstaunt vielleicht manch einen, da doch die Wirtschaftswissenschaften zu DDR-Zeiten eher einen ideologieträchtigen denn einen fachlich anerkannten Ruf genossen. Doch das heutige Institut für Wirtschaftswissenschaften ist nicht mehr zu vergleichen mit dem von vor 1989. Ein Großteil der Lehrkräfte ist aus den alten Bundesländern, so daß viele Weststudent(inn)en gerade auch aus diesem Grund an die HUB gekommen sind. Daß diese Uni eine Ost-Uni ist, spielt für viele kaum eine Rolle. So sind oft Antworten zu lesen, wie: "BWL an der HUB wird immer bedeutungsvoller im Ausland", "bester Ruf in Berlin, besser als TU/FU", "Ruf der Wirtschaftswissenschaft an der HUB steigt", oder der gute Ruf wird eben in Zusammenhang gebracht mit dem "Zugang vieler guter Prof's aus den alten Bundesländern und dem Ausland". Knapp ein Drittel der Student(inn)en nennt außerdem gesellschaftspolitische Gründe.

Wie erwartet werden von den *Mathematik-und den Physikstudent(inn)en* in erster Linie fachliche Gründe genannt, die sie an die HUB geführt haben (drei Viertel aller Student(inn)en). Interessant ist, daß fast die Hälfte aller Mathematikstudent(inn)en das Interesse am Osten als ausschlaggebend für die Wahl der HUB angegeben haben. Damit sind es mehr als in den vielen geisteswissenschaftlichen Fachbereichen (siehe Abb. 3). Dieses Ergebnis soll einen davor hüten, die Offenheit der Naturwissenschaftler für gesellschaftliche und soziale Prozesse zu unterschätzen. Ähnliches gilt für die Student(inn)en der *Biologie,* die es ebenfalls recht häufig aus dem Interesse am Osten an die HUB zog (fast die Hälfte der befragten Student(inn)en geben das an).

Faßt man die naturwissenschaftlichen Fachbereiche zusammen, stehen die pragmatischen Gründe mehr im Vordergrund

als bei den geisteswissenschaftlichen Fachbereichen. Dort ist es vor allem die Atmosphäre, die die HUB attraktiv macht. Insgesamt werden von den geisteswissenschaftlichen Student(inn)en häufiger gesellschaftspolitische Gründe angegeben als von den naturwissenschaftlichen Student(inn)en.

C. Unterscheiden sich die Begründungen der Westberliner/innen von denen aus den alten Bundesländern ?

Als letztes interessierte uns, ob die Gründe für die Wahl der HUB von der Herkunft der Weststudent(inn)en abhängen. Für die Westberliner/innen ist die Situation ja doch eine andere. Sie leben schon seit Jahren hier. Berlin ist ihre Heimat und sie sind mit der Mauer mitten in ihrer Stadt groß geworden. Was zieht sie, im Gegensatz zu Student(inn)en aus den alten Bundesländern, an die HUB nach Ostberlin? Vergleicht man die Student(inn)en aus den alten Bundesländern mit denen aus Westberlin, fallen zwei Unterschiede auf.

	alten Bundesländern N=112	Westberlin N=218
gesellschaftspolitisch-kulturelle Gründe	36 %	17%
pragmatische Gründe	39%	60%

Abb. 4 Auswahl der Häufigkeitsverteilung hinsichtlich zwei Gründe Die prozentualen Angaben beziehen sich immer auf die Anzahl der befragten Studenten

1. Fast zwei Drittel aller westberliner Student(inn)en sind vorrangig aus pragmatischen Gründen an der HUB. Sie wollen ihre vertraute Stadt nicht verlassen. Diese Eigenart haben sie mit den ostberliner Student(inn)en gemein. Schaut man sich nämlich die Herkunft aller Student(inn)en an der HUB an, so sieht man, daß der Anteil der Berliner/innen an den Neuimmatrikulierten in den letzten Jahren sage und schreibe auf 70 % anstieg (laut einer Studie von Prof. Dr. Bodo Freund vom Geographischen Institut der HUB über die Einzugsgebiete der HUB). Da verbleiben nur wenig Studienplätze für nichtberliner Interessent(inn)en! Dazu kommt, daß von den 70% der Großteil aus Ostberlin stammt! Freund beobachtet auffällig wenig Studienanfänger/innen an den Berliner Unis jeweils aus dem anderen Teil der Stadt! Dieser Fakt wiederum wird sich mit Sicherheit auch auf die Beziehungen zwischen Ost und West an der HUB auswirken. Der vertraute Freundes-und Bekanntenkreis wird nicht verlassen, so daß viel-

leicht weniger Offenheit für neue Beziehungen da ist. Die Berliner Student(inn)en haben es einfach nicht so nötig, sich neu zu integrieren. Wir sind gespannt, wie diese Besonderheit der HUB, als fast wirklich reine 'Berliner Uni', sich auf das Beziehungsgefüge auswirkt.

2. Ein anderer Unterschied zwischen Westberliner/innen und Student(inn)en aus den alten Bundesländern ist die Bedeutung, die gesellschaftspolitischen und kulturellen Gründe beigemessen wird. Diese werden von den Student(inn)en aus den alten Bundesländern mit als wesentlich genannt für die Wahl der HUB als Studienort. Das ist auch verständlich. Das spezifisch östliche politische und gesellschaftspolitische Leben nach der Wende und die Möglichkeit östliche Lebenswelten kennenzulernen, ist den Westberliner/innen offen, auch ohne hier zu studieren. Das gleiche gilt für die Stadt Berlin als kulturelles Mekka. Vor allem Student(inn)en aus den alten Bundesländern zieht es aus diesem Grunde hierher.

Nachsatz

Interessant für unser Projekt sind letztendlich vor allem zwei Ergebnisse. Zum einen, daß die HUB-spezifische persönliche Atmosphäre für viele der Befragten eine recht große Rolle bei der Wahl der HUB als Studienort spielte. Die vielerorts kritisierte Atmosphäre der in den alten Bundesländern häufig anzutreffenden Massenuniversität spiegelt sich auch in diesen Ergebnissen wieder. Die Student(inn)en wollen nicht nur eine "Nummer" sein und im Gedränge untergehen. Sie sehnen sich nach Vertrautheit, wirklich persönlichen Beziehungen sowohl zu Kommiliton(inn)en als auch zu den Lehrenden. Von den Bedingungen der HUB erhoffen sie sich diese Nähe und Verbundenheit. Wie lange diese Bedingungen noch so sind, ist fraglich. Zu befürchten ist, daß auch die HUB immer mehr einbüßt von ihrem "intimen Flair" und zu einer "Hauptstadtuni" wird, wie es die Technische Universität und die Freie Universität in Westberlin heute schon sind.

Das zweite interessante und vielleicht auch entäuschende Ergebnis ist, daß das Interesse am Osten, seiner spezifischen Umbruchssituation und an den Menschen hier offenbar weitaus weniger Bedeutung für die Weststudent(inn)en hat, als wir annahmen. Im Vordergrund stehen eindeutig pragmatische Gründe, vor allem der leichtere Zugang zu begehrten Fachrichtungen, der in vergangenen Semestern möglich war.

Diese Ergebnisse machen uns neugierig, wie sich das auf den tatsächlichen Umgang zwischen den Student(inn)en der HUB auswirkt. Die Ergebnisse der folgenden Untersuchungen werden es zeigen.

Kati Albert, Dipl.-Psych., promoviert am Institut für Psychologie der Humboldt-Universität zu Berlin

Anmerkung:

[1] Die hier dargestellte Untersuchung ist Teil einer Dissertation, die von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert wird.

Sind Sie frustriert? - Eigentlich nicht.
Interview mit Günter Dux (Freiburg)

Herr Dux, die ostdeutschen Universitäten sind dabei, Entwicklungen nachzuholen, die an den westdeutschen Universitäten seit 1950 stattgefunden haben. Sie sind fast ein halbes Jahrhundert an diesen Universitäten, wenn man ihre eigene Studienzeit mitrechnet. Welche Entwicklungen scheinen Ihnen am auffälligsten?

Dux: Die Veränderungen sind so vielschichtig, daß ich mich, vorwiegend jedenfalls, auf die Kommentierung einer einzigen beschränken will: die Veränderung im Verhältnis von Studium und Studentenschaft. Dabei will ich mich auf die eigenen Beobachtungen stützen, ich fasse deshalb lediglich die Geistes- und Sozialwissenschaften in den Blick. Zwei Veränderungen sind auffällig: 1. die Zahl derer, die nach dem Abitur ein Studium wählen, ist enorm gestiegen, 2. es sind nur wenige, die das Studium als Passion betreiben.

Die kontrastive Zuordnung dieser beiden Größen geschieht sicher mit Bedacht. Wollen Sie damit sagen: Es studieren viel zu viele?

Dux: Keineswegs! Ich erhebe zunächst einmal einen Befund und frage dann nach den Gründen. Erst dann kann man auch fragen, was zu tun ist und vor allem: ob überhaupt was zu tun ist.

Was zunächst den Befund angeht, so glaube ich mich nicht zu täuschen, wenn ich feststelle: Die Studenten sind aus der Universität ausgezogen. Der Mittelpunkt ihres Lebens liegt auch während der Studienzeit nicht in der Universität. Diese Feststellung haben übrigens andere ebenfalls getroffen. Ich habe dafür ein paar Indikatoren. Der eine ist: Ich habe ein ganzes Anfängerseminar (40) ziemlich am Ende des ersten Semesters gefragt. Alle, bis auf eine Studentin, haben es als selbstverständlich erachtet, den Mittelpunkt außerhalb der Universität zu haben. Vor allem aber habe ich seit mehreren Jahren anonym am Ende einer Lehrveranstaltung feststellen lassen, wieviel Stunden im Schnitt pro Tag zu Hause am Schreibtisch gearbeitet wurde. Es waren lächerliche Zeiten, die genannt wurden, entgegen der ständigen Klage während des

Semesters, mit Literatur überlastet zu sein. Damit nenne ich den dritten Indikator: Es wird wenig gelesen, viel zu wenig. Meine Vorgabe: dreißig Seiten pro Tag, erreicht kaum einmal jemand.

Ihre Feststellungen beziehen sich offensichtlich nur auf Soziologen. Denen stellen Sie ein schlechtes Zeugnis aus. Oder denken Sie, es sei in anderen Fächern ebenso?

Dux: Ich halte mich bedeckt. Nach allem, was ich höre, ist es in den übrigen geisteswissenschaftlichen Fächern nicht anders. Nur in Fächern mit einer klaren Zielvorgabe und einem auf die Praxis zugeschnittenen Lehrprogramm erzwingt das Studienprogramm ein diszipliniertes Arbeiten.

Wo liegen die Gründe für diese Entwicklung, wenn es denn jemals anders war?

Dux: Die Gründe sind wahrscheinlich vielschichtig. Ich vermag überdies nur Vermutungen darüber anzustellen. Für ein konstruktivistisches Verständnis der Sozialwelt wie der Innenwelt der Subjekte empfiehlt es sich zu fragen, wodurch denn Studieninteresse und vor allem: Studiendisziplin hätten entwickelt werden können oder auch tatsächlich entwickelt worden sind. Die weitreichendste Überlegung geht bis in die Kindheit zurück. Am sichersten und nachhaltigsten wird der Ernst des Arbeitens dann zur Haltung, wenn er mit der Elementarität der Subsistenzsicherung verbunden ist. Das war in allen traditionalen Gesellschaften durch die frühe Integration der Kinder in den Produktionsprozeß der Fall.

Ein Lob der Kinderarbeit also?

Dux: Es geht nicht um normative Urteile, sondern darum zu verstehen, wann sich welche Lebenshaltungen bilden. Kinderarbeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist im übrigen deshalb so abscheulich und katastrophal, weil durch sie die Kinder ausgebeutet und physisch wie psychisch vernichtet werden. In industriellen Gesellschaften verläuft die Normalbiographie anders: Von der Vorschulklasse bis zum Ende der Schulzeit ist Lernen angesagt, und zwar Lernen von zunehmend abstrakteren Fähigkeiten, Buchwissen allemal. Was motiviert zu dieser Art von Lernen? Was diszipliniert?

Gibt es nicht so etwas wie einen Lerntrieb, ein angeborenes Neugierverhalten?

Dux: Mit einem "Lerntrieb" wüßte ich nichts anzufangen, ein Neugierverhalten gibt es sicherlich. Aber das bewirkt kaum die Disziplinierung, die für die Lernleistungen eines ganzen Tages oder gar eines Studiums notwendig sind. Mir scheinen zwei Bedingungen ausschlaggebend zu sein: zum einen das soziale Umfeld. Lernleistungen während der Kindheit und danach werden erbracht, weil die bedeutsamen anderen sie erwarten und durch Anerkennung belohnen.

Das würde immerhin erklären, daß in Familien, in denen Kinder diesen Erwartungen nicht begegnen, in denen sie etwa überhaupt nicht kommunikativ eingebunden werden, diese Motivationsquelle hinfällig wird.

Dux: So ist es. Es erklärt vor allem aber auch, warum in Normalbiographien Lernen nicht zu den bevorzugten Beschäftigungen gehört. Die Motivationsquelle der Willfährigkeit gegenüber anderen

bindet nicht an "die Sache". Vor allem aber muß man von ihr annehmen, daß diese Motivationsquelle in dem Maße abnimmt, in dem sich das Kind aus dem Einflußbereich der relevanten Erwachsenen herauswindet. Und das ist heute früher als vor Zeiten der Fall. Erst wenn Lernen spannend wird, die Motivationslage sich von den anderen weg zum Stoff hin verschiebt, setzt der eigentliche Disziplinierungsprozeß ein, der zu nachhaltigen Erfolgen führt.

Was wir umgekehrt beobachten ist, daß in einer großen Zahl von Familien mit aufgeklärten Eltern die kommunikative Einbindung in einen Wissenserwerbsprozeß erfolgt und die Kinder gegenüber früheren Lernvorgaben und Unterstützungen in der Familie erhebliche Zugewinne zu verzeichnen haben. Aber natürlich, das ist nicht überall der Fall.

Sie scheinen noch andere Motivationsquellen im Sinn zu haben.

Dux: So ist es. Ich habe sie zuvor schon avisiert: Im gesamten Lernprozeß läßt sich eine Beobachtung wieder und wieder machen: Nichts motiviert mehr als der Erfolg. Von den primären Zirkulärreaktionen über die Ausbildung der Syntax bis hin zu den komplexer werdenden Inhalten des Wissens stellt die gelungene Bewältigung einer Aufgabe eine Quelle der Befriedigung dar. Für das Studium kommt alles darauf an, ob der Student - ich verwende den Begriff semantisch geschlechtsneutral - sich in einen Problemkontext einarbeitet, der ihn nicht mehr losläßt und der ihm dann auch die intellektuellen Erfolgserlebnisse bringt.

Das ist in berufsbezogenen Studiengängen offensichtlich sehr viel leichter möglich als in den geisteswissenschaftlichen Fächern, die ja heute auf der ganzen Linie ohne solche Vorgaben studiert werden. Nur werden Sie ja nicht behaupten wollen, daß es diese Art zu studieren in den geisteswissenschaftlichen Fächern überhaupt nicht gäbe.

Dux: Ganz und gar nicht. Es gibt immer eine Anzahl von Studenten, die sich irgendwann im Laufe ihres Studiums von der Problematik des Faches gefangennehmen läßt und sich dann in einer Weise disziplinieren, die ein ernsthaftes Studium erfordert. Wann das geschieht, wodurch das geschieht, wüßte ich nicht zu sagen. Biographien sind im Resultat ihres Bildungsprozesses undurchsichtig.

Ist nicht ein Grund, daß diese Faszination, die vom Studium oder der Sache selbst ausgeht, so selten geschieht, auch der Zustand der Geisteswissenschaften? Wenn man Sie in Leipzig gehört hat, hat man den Eindruck, daß Sie ihnen durch die Bank, vor allem aber der Philosophie attestieren, schlicht nicht auf der Höhe des Denkens unserer Zeit zu sein - ein Ausdruck, den Sie gerne verwenden.

Dux: Na ja, ich will hier keine Fächerschelte betreiben und keinen Fächerkrieg entfachen. Worum es mir geht und was ich in meinen Arbeiten deutlich zu machen gesucht habe, ist, daß das neuzeitliche "Weltbild", das Verständnis der geistigen, soziokulturellen Lebensformen des Menschen insbesondere, den Bruch mit einer traditionellen Logik des Weltverständnisses und eine neue, prozessuale Logik verlangt.

Mit "Logik" meinen Sie eine andere Struk-

tur der Erklärung, eine, die nicht von einer ontologisch oder transzendentalen Vorgabe des Geistes ausgeht.

Dux: So ist es gemeint.

Und Sie meinen, die Unattraktivität vieler Studiengehalte beruhe darauf, daß in diesen Fächern ganz einfach nicht zu dem vorgestoßen wird, was ein neuzeitliches Verständnis dieser Gegenstandsmaterie eigentlich verlange. Sie haben das hier in Leipzig insbesondere am Umgang mit der Sprache deutlich zu machen gesucht.

Dux: Ja - wir sind alle Konstruktivisten. Das heißt: Wir gehen alle davon aus, daß die Welt des Menschen eine vom Menschen selbst über Denken und Sprache in sozio-kulturellen Lebensformen gestaltete Welt ist. Was daraus unter der Dauer der traditionalen Logik in ihrer formalen Struktur wird, ist die Unhintergehbarkeit der Sprache, der sogenannten "linguistic turn" - bei Foucault, bei Lyotard oder wen sonst Sie nennen wollen. Das heißt: Die Sprache wird unverständlich, ebenso was ihren Bildungsprozeß wie ihre Leistung angeht; uneinsichtig wird damit aber auch unsere Welt. Das ist ganz einfach absurd.

Kommen wir zurück zur Attraktivität des Studiums.

Dux: Es gibt immerhin einige Indizien dafür, daß abgestandenes Denken auch das Studium unattraktiv werden läßt. Die Fachvertreter konzidieren doch landauf landab, daß sie selbst nicht wissen, weshalb sie Studenten in ihrem Fach ausbilden. Wenn ein Englischprofessor an unserer Universität erklärt, was sollen wir mit noch mehr Anglistikstudenten?, dann sagt er ja nicht nur, daß wir keine Berufsmöglichkeiten für sie sehen - das wissen alle, die Englisch nicht im Lehramtsstudiengang studieren -, er sagt, daß es auch für das Verständnis der Welt, der Geistesgeschichte insbesondere, nicht besonders wichtig ist, englische Literatur zu studieren. Dabei könnte man doch, um eine überspitzte Formulierung zu gebrauchen, an Wordsworth die ganze Geistesgeschichte der Neuzeit aufrollen. Ähnliches gilt für die Philosophie. Generationen von Doktoranden quälen sich in Freiburg damit, die subtilen, feinsinnigen Gedanken Husserls nachzudenken. Das kann sehr wichtig sein, aber doch nur, wenn man weiß, daß und warum wir über Husserl hinaus sind.

Gibt es das - "über etwas hinaus" zu sein?

Dux: Wer sich postmodern geriert, bestreitet das. Tatsächlich weiß die postmoderne Philosophie nicht, ob sie sich auf Aristoteles, Roswitha von Gandersheim, Thomas von Aquin oder sonst wen als Zeugen ihres Pluralismus berufen soll. Alles ist möglich. Wenn es, wie ich geltend mache, eine Logik in der Entwicklung des Denkens der Menschheit und der Neuzeit gibt, dann ist das einmal mehr absurd. Der Pluralismus, den es heute zu denken gilt, ist sehr anderer Art.

Wenn man Sie hört, muß man den Eindruck gewinnen, es müsse für Sie ungefähr so langweilig sein, an einer Universität zu unterrichten, wie für die Studenten, an ihr zu studieren. Sind Sie frustriert?

Dux: Eigentlich nicht. Dafür gibt es zwei Gründe. Zum einen gibt es Studenten, Doktoranden insbesondere, die mitdenken. Zum andern ist es, wenn man denn entwicklungslogisch denkt, ungemein interessant, die retardierenden Argumentationsformen - etwa den zuvor erwähnten "linguistic turn" - zu analysieren. Für Soziologen ist die Welt, in der man lebt, auch in nächster Nähe das Studienobjekt.

Wenn Sie so sehr auf die kleine Zahl abstellen, die, wenn man Ihnen folgt, den Durchblick gewinnen, könnte man annehmen, Sie seien auch für eine rigorose Begrenzung der Studenten, die überhaupt studieren sollen. Ist das so?

Dux: Ganz im Gegenteil. Ich halte dafür, daß es zur Auszeichnung des Menschen gehört, seine Welt zu verstehen. Und das macht heute ein langes Studium notwendig. Aber ein ernsthaftes.

Günter Dux, Prof. Dr. phil., ist Soziologe an der Universität Freiburg und hatte im Sommersemester d.J. die Leibniz-Professur am Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig inne

Anmerkung:

Hilfreich zum Verständnis der von G. Dux im Gespräch angeschnittenen wissenschaftstheoretischen Position sind einige seiner letzten Publikationen: G. Dux/U.Wenzel (Hg.), Der Prozeß der Geistesgeschichte, Frankfurt a.M. 1994; G. Dux, Die Logik der Weltbilder, Frankfurt a.M. ^{3}1989; wegen der historischen Perspektivierung auch: Geschlecht und Gesellschaft. Warum wir lieben, Frankfurt a.M. 1994.

Joachim Tesch (Leipzig):

DDR-Reisekader = MfS-Agenten?

Eine sehr persönliche Replik

Bisher habe ich die Soziologen auch für ernstzunehmende Wissenschaftler gehalten. Nach dem Lesen des neuerlichen Beitrages aus Bochum (Sabine Gries & Dieter Voigt: Reisekader der DDR - Kundschafter und Erfüllungsgehilfen der SED, *hochschule ost,* Heft 3/95, S.73ff.) wachsen jedoch meine Zweifel. Aber vielleicht erweisen nur die dortigen Autoren ihrer Zunft einen Bärendienst.

Bei aller Notwendigkeit, die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) beim Einsatz der Reisekader zu untersuchen, ist kaum ein engerer, eindimensionaler Blick auf die Verhältnisse in der DDR vorstellbar als in diesem Artikel: die totale Reduzierung auf den Blickwinkel von Reiseberichten und einiger Dissertationsschriften aus der Hochschule des MfS (siehe Qellennachweis zum o.a. Beitrag) und die gleichzeitige Überhöhung der Rolle der Reisekader für die Auslandsaufklärung des MfS (die in den jeweiligen Zielländern verdeckt operierenden Agenten waren viel ergiebigere Quellen). So paßt der Beitrag zu einem weit verbreiteten denunziatorischen Denkschema, nach dem in der DDR von wenigen Ausnahmen abgesehen, die sich Opfer nennen dürfen und es oft auch sind, vor allem Stasi-Mitarbeiter, Staatsnahe oder Kollaborateure lebten.

Mein persönlicher Erfahrungsbereich: Als Wissenschaftlicher Direktor der Bauakademie der DDR in den Jahren 1977 bis 1982 (folglich: „systemnah") war ich auch für deren Abteilung Internationale Beziehungen verantwortlich, die u.a. die Westreisenden organisatorisch zu betreuen hatte. Von über 4000 Beschäftigten insgesamt handelte es sich dabei um mehr als 100 Personen. Vorausgeschickt sei außerdem, daß ich weder hauptamtlicher noch inoffizieller Mitarbeiter (IM) des

MfS war; im Gegenteil: Die Behörde mit dem langen Namen („Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik") führt mich als Betroffenen (volkstümlich also „Opfer"); die Gründe wären ein anderes Thema.

***

Die Beschränkung der Reisefreiheit durch den Staat war eine einschneidende Verweigerung eines Menschenrechts für die Bürger der DDR. Und das Antragsverfahren für dienstliche oder private Westreisen war entwürdigend und undurchsichtig, zumal bei Ablehungen dem Betreffenden keine Gründe genannt wurden. Aber dennoch ist die Gleichung Reisekader = MfS-Agenten zu einfach.

Die Mehrdimensionalität der Verhältnissse sei an zwei anschaulichen Beispielen aus dem breiten Spektrum der wissenschaftlich-technischen Aufgaben der ehemaligen Bauakademie demonstriert: an den Bauten des Neuen Gewandhauses in Leipzig und des von 1983 bis 1985 errichteten Tempels der Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage (Mormonen) in Freiberg/Sachsen.

Beim Gewandhaus war die Bauakademie entscheidend an der Gestaltung der Raumakustik beteiligt (vgl. Rudolf Skoda, Neues Gewandhaus Leipzig - Baugeschichte und Gegenwart eines Konzertgebäudes, Verlag für Bauwesen Berlin 1985, S. 67ff., S.155ff., S.187). Dazu reichten die meßtechnischen Untersuchungen am verkleinerten Labor-Modell des Innenraums nicht aus, sondern die betreffenden Spezialisten mußten moderne Konzertsäle der westlichen Welt besuchen und auch das Orchester zu Veranstaltungen begleiten.

Für die bauliche Planung und Projektierung des Mormonen-Tempels im Auftrage der amerikanischen Muttergemeinde (vgl. *Neues Deutschland* vom 29./30.6. 1985 und *Leipziger Volkszeitung* vom 10./11. 10. 1992) bestand die DDR aus politischen und ökonomischen Gründen (Bezahlung in harter Valuta) darauf, daß das auf Kirchenneubauten spezialisierte Projektierungsbüro bei der Bauakademie einbezogen wurde. Nun hatten aber dessen Spezialisten noch nie eine Mormonen-Kirche in natura mit eigenen Augen gesehen und mußten entsprechende Einladungen annehmen.

***

Angesichts solcher Aufgaben erwiesen sich die langfristige Auswahl und Vorbereitung von Reisekadern seitens des MfS häufig als Leerlauf. Oft paßte das fachliche Profil der vorbereiteten Kader mit den aktuell tatsächlich anstehenden Aufgaben nicht zusammen.

Wenn die fachliche Aufgabe nicht scheitern sollte, mußten aber Spezialisten des betreffenden Fachgebietes aus den Instituten und Einrichtungen reisen. Viele der betreffenden Ingenieure und Wissenschaftler würden sich gegen die Unterstellungen des o.a. Beitrages („immer auch Spitzel und Spione", S.84) berechtigt mit Nachdruck verwahren. Die Institutsdirektoren unterbreiteten geeignete personelle Vorschläge, die dann im Zentralen Bereich der Bauakademie geprüft

wurden. Dazu mußte auch die Zustimmung der Sicherheitsorgane eingeholt werden, die ohne Angabe von Gründen oft verweigert wurde. Ein systematischer Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zur SED oder zu den Blockparteien war bei den Entscheidungen nicht erkennbar: Parteimitglieder wurden ebenso oft abgelehnt, wie Parteilose fahren durften. Den fachlich Verantwortlichen blieb dabei grundsätzlich verborgen, wer IM war und wer nicht.

Nach Ablehnungen begann in der Regel ein zähes Ringen zwischen den fachlich Verantwortlichen, die die wissenschaftlich-technische Aufgabe gefährdet sahen, und den Sicherheitsbeauftragten, die meist auf ihrem Standpunkt beharrten. U.U. gelang es dann noch, auf höherer Ebene in den Hierarchien das Primat der fachlichen Aufgabe durchzusetzen.

In besonderer Erinnerung ist mir folgender Fall: Das MfS hatte der Westreise eines prominenten Wissenschaftlers der Bauakademie nicht zugestimmt, der zum Dresdner Freundeskreis eines international hoch angesehenen Künstlers gehörte und von diesem anläßlich der Salzburger Festspiele dorthin eingeladen worden war. Am Ende des Streits „siegte" die Kulturabteilung des Zentralkomitees der SED und der Betreffende erhielt seinen Auslandspaß. Wer von den Beteiligten war nun „Kundschafter des MfS" oder „Erfüllungsgehilfe der SED"?

***

Eine dritte Dimension, die die o.g. Autoren vollständig außer acht lassen, war das Sicherheitsbedürfnis der DDR, das jeder Staat und jedes respektable westliche Unternehmen auch in bezug auf den Schutz der wissenschaftlich-technischen Geheimnnisse und deren Träger umsetzt. Den Kalten Krieg scheinen die Autoren völlig vergessen zu haben. Er ist wohl doch von beiden Seiten geführt worden, so daß ein Feindbild nicht nur auf Seiten der DDR existierte. So wurde jeder Auslandsreisende der DDR unterhalb des Rentenalters im Sinne des von den Autoren bedienten Klischees bei der Einreise und innerhalb des westlichen Staates als potentieller Agent bzw. Kommunist - ob zutreffend oder nicht - behandelt und diskriminert, sei es bei der Ausfüllung von Fragebogen (z.B. besonders für die USA) oder in langen offiziellen Befragungen über Ziel und Zweck der Reise. Hochqualifizierte Spezialisten konnten mit lockenden Angeboten rechnen (waren das keine Abwerbungsversuche?); mit nachrichtendienstlicher Überwachung mußte man/frau sich in vielen Fällen abfinden. War die Abwehr solcher Aktionen und Versuche (einschließlich der dazu ausgewerteten Reiseberichte) verbrecherisch?

Vielleicht stehen eines Tages auch die Archive des Bundesnachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes offen; erst dann kann eindeutige und umfassende Klarheit gewonnen werden, ob das Sicherheitsbedürfnis der DDR in bezug auf die Wissenschaftlerelite völlig unbegründet war. Aber das wird sicherlich - wenn überhaupt jemals - noch lange dauern.

Hoffentlich aber legen die Bochumer Wissenschaftler, die sich heute ihr Geld mit der Erforschung des wilden Ostens verdienen, schon früher ihre Scheuklappen

ab, um sich dem Totalbild der DDR zuwenden zu können, bevor sie beim Lesen der Stasi-Akten für größere Ausschnitte der Wirklichkeit völlig blind geworden sind.

Ich jedenfalls zähle mich zu denen gehörig, die nach Kenntnis ihrer Stasi-Akte und darauf beruhender „wissenschaftlicher" Berichte das Gefühl haben, daß ihr Leben moralischer, reichhaltiger und vielschichtiger verlief, als diese Papiere wiedergeben.

Joachim Tesch, Prof. Dr.sc.oec., war (nach einem gerichtlichen Vergleich mit dem Freistaat Sachsen) bis 1994 an der ehemaligen TH Leipzig tätig; gehörte der Bauakademie der DDR als Ordentliches Mitglied an; wurde von einer westdeutschen Kommission wissenschaftlich positiv evaluiert

Rainer Eckert (Berlin):

An R. Preuß und U. van der Heyden, Bezug: *hochschule ost* 4/1995

Sehr geehrter Herr Preuß,

in den letzten Jahren habe ich oft darüber nachgedacht, wie sich diejenigen meiner Kollegen, die bis 1989, vielfältig privilegiert, zur Elite der SED gehörten, und sich als diese in der ersten Reihe des ideologischen Klassenkampfes wähnten, wohl nach dem Zusammenbruch ihrer Partei und ihres Staates fühlen. Wie geht es einem Historiker, der das der Bevölkerung vorenthaltene Privileg des Reisens genoß und dabei im Westen noch hofiert wurde, wenn er heute feststellt, daß seine wirklichen oder vermeintlichen Leistungen nichts oder nur noch wenig zählen? Um solche Fragen beantworten zu können, habe ich verschiedentlich öffentlich und privat darüber das Gespräch gesucht, allerdings nichts als Haß und Aggressivität erfahren. Nur ganz selten ein Erklärungsversuch, noch seltener eine Entschuldigung, sehr oft Lügen. Darüber hinaus wurde ich mehrmals Ziel schmutziger Verleumdungskampagnen und verschiedentlich juristisch bedroht. Letztlich brach dies alles in sich zusammen, wohl weil meinen Opponenten ihre Lügen bewußt waren und die Akten offenlagen.

Noch einmal möchte ich mich auch dazu bekennen, daß ich zu denjenigen gehörte, die 1989/90 an den ostdeutschen Uni-

versitäten den Elitenwechsel gefordert haben. Ich nannte auch die Kriterien: Es sollten die Zuträger der Staatssicherheit gehen, diejenigen, die Kollegen oder Studenten verraten oder politisch drangsaliert hatten oder ihre Dienststellung nicht ihrer Qualifikation, sondern ihrem politischen Engagement für die Diktatur verdankten.

Wenn Sie meinen, daß Sie mit meiner Hilfe von der Universität vertrieben wurden, muß ich annehmen, daß Sie zu diesem Personenkreis gehörten oder es gab andere Gründe. Dann legen Sie doch aber bitte offen, welche Rolle ich dabei gespielt habe.

Werter Herr van der Heyden,

ich bin mir schon bewußt, daß man gegen Lügen (auch wenn sie in Frageform gekleidet sind) durch eine Gegendarstellung kaum etwas machen kann. Trotzdem möchte ich wegen des direkt verleumderischen Charakters auf ihre Fragen 12 und 13 eingehen. Die restlichen Punkte erspare ich mir, da mir das Niveau Ihrer Argumentation zu niedrig ist.

Was Kollegen und Kommilitonen über mich behaupten, kann ich nicht beurteilen, da diese es ja hinter meinem Rücken tun. Zum Sachverhalt: Am 23. Februar 1972 schätzte der Leiter des Bereiches Archivwissenschaft der Humboldt-Universität, Dr. Brachmann, das Berufspraktikum der Studentin Monika Schwank und von mir im Berliner Stadtarchiv wie folgt ein:

„Eine erste Auswertung mit den betreffenden Studenten hat ergeben, daß die gerade diesem Berufspraktikum gestellten Ziele im wesent-lichen erreicht werden konnten. Die politischen und fachlichen Kenntnisse der Leitungstätigkeit im sozialistischen Archivwesen der DDR konnten beträchtlich verbessert werden". (Quelle: Stadtarchiv Berlin: Dienstregistratur).

Am 1. März 1972 informierten zwei meiner Kommilitonen einen Mitarbeiter der SED-Kreisleitung darüber, daß Ulrich Geyer und ich „vom Standpunkt bürgerlicher Freiheitsideale" diskutieren würden, und daß wir „Träger westlicher Allüren" seien (Quelle: Rehabilitationsakten des Institutes für Geschichtswissenschaft der Humboldt-Universität). Am 24. gab es eine Beratung beim Direktor der Sektion Geschichte, Joachim Streisand, über eine „staatsfeindliche Gruppe im Bereich der Sektion Geschichte" (Quelle: BA Potsdam, Staatliche Archivverwaltung der DDR, 1 932), am 29. März 1972 informierte der Parteisekretär Pankau seine Genossen über staatsfeindliche Aktivitäten an der Sektion (Quelle Rehabilitationsakte) und in den folgenden Wochen wurden gegen mich und andere Studenten FDJ- und Disziplinarverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses vom Studium eingeleitet. Dazu hieß es in einer Begründung durch die Sektion Geschichte vom 10. Juni 1972:

„R. Eckert spielte in den zurückliegenden drei Studienjahren in seiner FDJ-Gruppe eine Rolle, die die Herausbildung eines sozialistischen Studentenkollektivs objektiv hemmte. Den Einfluß, den er infolge seiner entwickelten intellektuellen Fähigkeiten und seiner vielseitigen geistigen Interessen, die in insgesamt guten fachlichen Leistungen ihren Niederschlag fanden, auf zahlreiche Gruppenmitglieder besaß, ... benutzte er nicht dazu ... sozialistische Verhaltensweisen durchzusetzen... Sein Herangehen an die Geschichtswissenschaft war nicht vom politischen Standpunkt bestimmt, und seine persönlichen Interessen divergierten mit den Anforderungen des Studiums als Klassenauftrag. Er wandte sich gegen konsequente Auseinandersetzungen in der Gruppe, trat wiederholt gegen parteiliche Beschlüsse ... auf und versuchte, Gruppenprobleme zu verschleiern und zu entideologisieren ...". (Archiv der Humboldt Universität, Studentenakte Eckert).

Die Staatssicherheit ermittelte zur gleichen Zeit wegen staatsfeindlicher Gruppenbildung und staatsfeindlicher Hetze gegen mich und resumierte die Zerstörung unserer oppositionellen Gruppierung:

„Durch die eingeleiteten operativen Maßnahmen und durch Einleitung gesellschaftlicher und staatlicher Erziehungsmaßnahmen, die die Exmatrikulationen der Studenten Eckert... und Aussprachen, Verwarnungen sowie Inhaftierung... erfolgten Teilabschlüsse, die die Auflösung der Gruppe zur Folge hatten." (BStU, Außenstelle Potsdam, OV Demagoge").

Im Zuge des gegen mich angestrengten Verfahrens tauchte am 7. Juni 1972 plötzlich eine veränderte Beurteilung meines Berufspraktikums auf in der es hieß, daß ich während dieses Praktikums „einen nicht normalen Lebenswandel geführt haben muß". Weiter hieß es:

„kritisch sei vermerkt, daß von Seiten der Sektion dem Stadtarchiv leider keine Hinweise über das bisherigen Verhalten Ekkerts gegeben wurden. So erfuhren wir erst am Schluß des Praktikums von der Genossin ..., die ebenfalls ihr Praktikum bei uns absolvierte, daß E. eine negative Rolle im Seminar spielen würde. Sie unterrichtete uns auch davon, daß er mit ihr als Mitglied der SED während des Praktikums keine Gespräche führte..." „Bei einem Besuch der Berliner Kunstausstellung, an der sich die Praktikanten beteiligte, konnte festgestellt werden, daß E. mit Leuten Kontakt hat, die politisch nicht als fortschrittlich eingeschätzt werden können. Diese Feststellung ergab sich aus einem dort geführten Gespräch.

Das Gesamtverhalten von E. bietet nach unserer Auffasuung nicht jene Qualität, die erforderlich ist, um E. in einem staatlichen Archiv einstellen zu können. Es fehlt ihm die Verbindung zur Arbeiterklasse und die notwendige politische Grundhaltung zu unserem sozialistischen Staat. Das widerspiegelte sich auch in seinem Verhalten bei der Lösung der ihm während des Praktikums gestellten Aufgaben.
Liening Direktor" (Quelle: Studentenakten).

Das ist also die Beurteilung, auf die Sie sich bei Ihrer Behauptung von „Arbeitsbummelei und Unfähigkeit im Praktikum" stützen. Ihre zweite Behauptung, ich hätte die Situation genutzt, um als Diplom-Historiker abschließen zu können, ist ebenfalls falsch. Mein Berufsabschluß (nach drei Jahren Bewährung in der Produktion und Abschluß als Fernstudent) lautet „Diplom-Archivar".

Es war mir in den letzten Jahren immer

ein Prinzip, Auseinandersetzungen zur Vergangenheit der DDR-Geschichtswissenschaft offen zu führen, und nur die Namen derjenigen zu nennen, von denen ich aus eigener Erfahrung und aus den Akten wußte, daß sie andere politisch verfolgt haben. Da das aber offensichtlich gegen Pöbeleien wie die Ihre nicht schützt, fordere ich Sie auf, die Quellen für Ihre Behauptungen in der *hochschule ost* öffentlich zu machen, und die Belege zu benennen. Dies sollte Ihnen als Historiker, wie eine saubere Recherche, ja auch ein Herzensanliegen sein. Auf Schmutzkampagnen werde ich in Zukunft nicht mehr eingehen bzw. prüfen, ob dies nicht doch vor ein ordentliches Gericht gehört.

Rainer Eckert, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin

Hans-Gert Gräbe (Leipzig):

Zum Beitrag von G. Schuppener in *hso* 4/95*

Es ist sehr zu begrüßen, daß sich *hso*, obwohl eher hochschulpolitischen Themen verpflichtet, auch immer wieder dem Thema der Förderung begabter Schüler widmet. Die Ausführungen von Herrn Schuppener zur Bewertung der Förderformen, insbesondere auch in ihrer DDR-Bezogenheit, sind allerdings durch eine ziemliche Einseitigkeit geprägt. Gerade in diesem Bereich gab es nämlich neben den im Beitrag beschriebenen und hier nicht in Abrede zu stellenden Politisierungstendenzen größere informelle Freiräume. Dies bezieht sich sowohl auf die teilweise unkonventionelle und weitgehende Sorge in dieser Szene verankerter Personen um (aus realsozialistischer Sicht) Problemschüler als auch auf strukturelle Widerstände etwa gegen die Bestrebungen des Ministeriums für Volksbildung unter M. Honecker, den Mathematikbeschluß des Jahres 1962 auszuhebeln, besonders im Zusammenhang mit

* Begabungsförderung bei Schülern im Bereich Mathematik, S. 91-103.

der Abiturdebatte in den 80er Jahren. Schließlich ist auch die Literatur, die Herr Schuppener zur Begründung seines Urteils heranzog, sowohl außerordentlich dürftig als auch keineswegs repräsentativ; an mehreren Hochschulen wurden kleinere oder größere Projekte zur Begabtenforschung von engagierten Kolleginnen und Kollegen, besonders in Mathe-Methodik-Bereichen, oft allerdings wieder nur unter einem Deckmantel, durchgeführt; ich verweise hier z.B. auf Forschungen von Dr. Sprengel in Potsdam (vgl. etwa „Potsdamer Forschungen", Reihe B, Heft 30 (1983)), die ein vollkommen anderes Bild der Ziele und Inhalte der genannten Förderung zeichnen. Die in der DDR übliche Differenz zwischen Worten und Taten kann für ein fundiertes Bild, an dem *hso* hoffentlich interessiert ist, nicht einfach ausgeblendet werden.

Doch das ist Schnee von gestern; wichtiger erscheint es mir, übergreifende Aspekte neu zu durchdenken, die gestern wie heute rigiden Sparzwängen geopfert werden:

1) Es geht keineswegs vordergründig um Elitenförderung, und wenn, dann um die Förderung von Leistungseliten. Die Erfahrungen, die gerade mit den Spezialschulen math.-nat. Ausrichtung auf diesem Gebiet gesammelt wurden, verweisen auf die Haltlosigkeit der vorgebrachten Bedenken. Die außerordentliche Breite der Talentanlage an diesen, im übrigen vor wie nach 89 gegen starke Widerstände zu verteidigenden Einrichtungen, zeigt im Gegenteil, welche Potenzen in Schülern mit entsprechenden Anlagen unter solchen Bedingungen entwickelt werden können, ohne dabei Einseitigkeit oder soziale Inkompetenz zu züchten. Im Gegenteil, ein Besuch am Ostwald-Gymnasium (und vielleicht auch mal ein Bericht in *hso* darüber) überzeugt jeden sowohl vom guten Klima unter Lehrer- und Schülerschaft als auch der dabei zu beobachtenden Weltoffenheit. Daß nicht nur für den immer wieder beschworenen Standort Deutschland die Ausschöpfung dieses Begabungspotentials wichtig ist, braucht sicher nicht extra betont zu werden.

2) Es stellt sich heraus, daß es sich bei den geförderten Kindern fast ausschließlich um Multitalente handelt. Entsprechend ist bereits mit dem Mathematikbeschluß 1962 die Förderung als „initiale Komplexförderung" angelegt, auf der mit wachsendem Alter die Förderung in anderen, spezielleren Fächern aufsetzen kann. Dies erklärt die zentrale Rolle der Mathematikförderung und zugleich die Tatsache, daß trotz intensiver staatlicher Unterstützung und den bestehenden Anreizen zu Fahrten ins Ausland etwa die Russischolympiaden nie ein solches Eigenleben entwickelt haben.

3) Förderung im Fach Mathematik war in der Breitenanlage, und das unterscheidet die Matheolympiade vom Bundeswettbewerb Mathematik, stets ganz wesentlich auf lokales Engagement angewiesen und richtete sich niemals ausschließlich auf Spitzenförderung. Durch die gesamte Szene mit Mathezirkeln, Olympiaden, Stützpunkten, Schülerzeitschrift „Alpha", „Wurzel", diverse Spezialistenlager etc. fühlte sich niemals nur die „erste Garnitur" angesprochen; ja einige mir bekannte „Wunderkinder" der DDR-Mathema-

tik hatten nie enge Berührung mit der Olympiadebewegung. Es ging und geht in der Breitenwirkung stets um ein *Angebot;* in DDR-Zeiten oft mit Jungen Sanitätern und Nadelarbeitszirkeln auf eine Stufe gestellt, was den von Schuppener konstatierten „ideologischen Druck" denn doch ganz erheblich relativiert. Für Dünnbrettbohrer war (und ist) Mathe-Förderung jedenfalls nie etwas, weder auf der Seite der Lehrer noch der Schüler.

4) Wenn denn schon die Gesellschaft nicht die Kraft hat oder zu haben meint (und das im anbrechenden Informationszeitalter!), *allen* Kindern eine individuell optimale Förderung ihrer Anlagen zu ermöglichen, dann sollte man nicht mit obskuren Begriffen wie „Elitenbildung" die wenigen Initiativen in dieser Richtung diskreditieren. Was unter Föderunterricht an einer „normalen" Schule gemeinhin verstanden wird, braucht hier nicht erläutert zu werden (mit dieser Begriffszweideutigkeit sind wir oft genug konfrontiert). Damit wird ein gewisser Schülerkreis auf ein gewisses Niveau gebracht, wofür der normale Unterricht bei diesen nicht ausreicht (ich will mich hier jeglicher Polemik enthalten, sowohl über die Sinnhaftigkeit dieser Versuche als auch das dahinterstehende Anspruchsdenken; von Fragen einer Ausprägung von Individualität ganz abgesehen). Diese Art Förderung, zugegeben mit relativ wenig Vorbereitungsaufwand für die beteiligten Lehrer verbunden, versucht die Potenzen dieser Schüler zu entfalten. Die Schüler, für die diese Art von Nachhilfeunterricht nicht notwendig ist, bleiben oft außen vor; gerade unter den sächsischen Lehrdeputaten, vermehrt um Ausfallstunden usw., die entsprechende Freiräume in der Lehrerschaft auf ein beängstigendes Minimum haben schrumpfen lassen. Insofern ist es eine tiefe Verkennung der wahren Lage, das wenige, meist private oder frei-trägerschaftliche Engagement für eine solche Talenteförderung mit dem Etikett „Eliteförderung" in der im genannten Aufsatz verwendeten inhaltlichen Bedeutung auch nur ansatzweise in Verbindung zu bringen.

Armes Deutschland, wenn es meint, neben der Einheitsschule (und wenn sie heute auch dreigliedrig ist!) seinen Kindern mit Mühe eine solche „Elitenbildung" bieten zu können.

PS: Daß man sich am Begriff „Zirkel", „Lager" etc. in der im Artikel verwendeten Form stoßen kann, ist ein weiteres Bonbon. Ich verweise in aller Bescheidenheit auf die positiven Traditionen, wie etwa Pfadfinderlager, die auch in diesem Begriff stecken, und an denen sich die von uns heute veranstalteten Mathespezialistenlager, auf die sich die Replik wohl bezog, in ihrer „szenebildenden" Wirkung orientieren. Ob das neudeutsche Offizial-Wort „Ferienfreizeit" da ein adäquates Substitut ist, überlasse ich dem Geschmack des Autors.

Hans-Gert Gräbe, Dr. rer.nat., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Mathematik und Informatik der Universität Leipzig

Ein Jahr Forschungskolloquium Historiographiegeschichte

Im Herbst 1994 war in Zusammenarbeit der Forschungsschwerpunkte Zeithistorische Studien (Potsdam)und Wissenschaftsgeschichte und -theorie (Berlin) mit dem Institut für Kultur- und Universalgeschichte (Leipzig) ein Forschungskolloquium Historiographiegeschichte begründet worden, das durch überregionale Anbindung und festen Teilnehmerkreis Beiträge und Anregungen für eine kontinuierliche Diskussion gegenwärtiger Probleme der deutschen Historiographiegeschichte versprach und sich im ersten Jahr auf die Geschichtswissenschaft in der DDR konzentrieren wollte.

Wie sieht nach diesem ersten Jahr die Bilanz aus?

Die im Monatsrhythmus behandelten Themen spiegeln eine breite Palette von Ansätzen und Zugriffen auf die Geschichtswissenschaft in der DDR wider. Sie reicht von biographisch orientierten Fragestellungen zu Fritz Hartung (Peter Th. Walther) und Heinrich Sproemberg (Manfred Unger) über die Erörterung des Stellenwerts der marxistischen Formationstheorie (Wolfgang Küttler) und die Beschreibung des fachlichen Diskursrahmens (Martin Sabrow) hin zu methodologischen Grundüberlegungen zur Zeitgeschichtsforschung (Clemens Burrichter) und metahistorischen Fragen nach den verschiedenen Denkmustern, in denen sich die gegenwärtige wissenschaftliche Reflexion der eigenen Disziplingeschichte vollzieht.

Die Heterogenität der vorgestellten Themen erlaubt kein zusammenfassendes Fazit. Es wurde aber deutlich, daß ein halbes Jahrzehnt nach der Auflösung einer DDR-spezifischen historischen Herrschaftswissenschaft zumindest in diesem Kolloquium allein empirische Rekonstruktionen unterdrückter Vorgänge und Verhältnisse ebenso an Faszinationskraft einzubüßen begonnen haben wie evaluierende Betrachtungen von Leistung und Versagen ostdeutscher Historiographie und ihrer Träger. Statt dessen dominieren zunehmend Fragerichtungen, die auf die spezifischen Funktionsmechanismen der geschichtswissenschaftlichen Praxis in der DDR in ihrem zeitlichen und generationellen Wandel zielen und die Aussagekraft und -grenzen der eigenen Analysekonzepte thematisieren. Insofern war es kein Zufall, daß die Themenfolge dieses ersten Schwerpunktes "DDR-Historiographie" mit einem Beitrag von Ralf Possekel beschlossen wurde, der sich der Geschichte der DDR in der Perspektive von Forschungsprogrammen und Intellektuellendiskursen nach 1989 widmete. Possekel unterscheidet vier mit entsprechenden Theorieansätzen in Verbindung stehende Erzähl-

muster, die die DDR-Vergangenheit entweder als Geschichte einer totalitären Diktatur, eines gescheiterten sozialistischen Experiments, einer modernisierungsunfähigen Gesellschaft oder eines sowjetisch okkupierten Satelliten (re-)konstruieren. Unter dieser Prämisse (die freilich hinter der Codeanalyse die metahistorische Frage nach der eigenen Codierung aufscheinen läßt) könnte es genauso für die Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft auch nach dem Ausklingen der ersten Phase einer Betroffenheitshistorie keine Analyseperspektive geben, die zu allgemeinverbindlichen Urteilen über die vierzigjährige Entwicklung des Faches unter den Bedingungen der SED-Herrschaft zu gelangen vermöchte.

Auch unter diesem Blickwinkel liegt eine thematische Schwerpunktveränderung des Kolloquiums im kommenden Jahr nahe, die das ostdeutsche Historiographiebeispiel in den Kontext des Umgangs mit der Geschichte im zwanzigsten Jahrhundert insgesamt zu stellen versucht. Die im ersten Jahr gesammelten Erfahrungen lassen vermuten, daß der bisherige Monatsrhythmus weniger produktiv ist als die Veranstaltung gebündelter Diskussionsforen in größeren Abständen. Die Organisatoren haben sich daher entschlossen, die bisherige Veranstaltungsform durch halbjährliche Ein-Tages-Konferenzen zu ersetzen, die jeweils sonnabends am Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam bzw. an der Universität Leipzig stattfinden sollen. Die erste Tagung soll dem Thema "DDR-Geschichtswissenschaft im internationalen Kontext" gewidmet sein und wird am 9. Dezember 1995 in Potsdam stattfinden. Es ist geplant, schwerpunktmäßig die Wissenschaftsbeziehungen der Historiographie der DDR zu der anderer staatssozialistischer Länder (voraussichtlich UdSSR, CSSR) und der historischen Forschung in Frankreich und den USA zu thematisieren; ein dritter Schwerpunkt soll den besonderen deutsch-deutschen Historiographiebeziehungen gelten.

Beitragsvorschläge und Teilnahmewünsche für diese Konferenz können an Dr. Martin Sabrow gerichtet werden; im übrigen liegt die Organisation des Forschungskolloquiums auch in diesem Jahr wieder bei Dr Eckhard Fuchs, Lauterbachstraße 5, 13189 Berlin, Tel./Fax (030) 47184 84.

Martin Sabrow (Potsdam)

(Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 3)

„Stätten kooperativer kulturwissenschaftlicher Forschung"
DFG fördert Geisteswissenschaftliche Zentren

Der Hauptausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) hat in seiner Sitzung am 1. September 1995 die Förderung von sechs Geisteswissenschaftlichen Zentren im neuen Bundesgebiet beschlossen. In den kommenden beiden Jahren wird die DFG für dieses vom Wissenschaftsrat empfohlene neue Förderinstrument insgesamt rund 20 Millionen DM aufwenden. In den Geisteswissenschaftlichen Zentren arbeiten etwas mehr als 50 der ursprünglich insgesamt knapp 1000 Wissenschaftler aus den geisteswissenschaftlichen Instituten der ehemaligen Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR.

Das *Zentrum für "Zeithistorische Forschung"* in Potsdam wird sich mit der Erforschung der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich ihrer Außenbeziehungen sowie des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander befassen. Während zu Anfang vor allem aus der Tradition der Geschichtsschreibung in der DDR hergeleitete Vergleiche mit dem Dritten Reich im Vordergrund der Arbeit dieses Zentrums standen, ist zwischenzeitlich die vergleichende Dimension auf die Wechselbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und auf Länder Ost- und Mitteleuropas einschließlich der bisherigen UdSSR verlagert worden. Damit wird eine langfristige Entwicklung des Forschungsprofils des Zentrums von deutscher und deutsch-deutscher Geschichte zu einer zentraleuropäischen Zeitgeschichte denkbar.

Ebenfalls in Potsdam wird ein Zentrum zum Thema *"Europäische Aufklärung"* gefordert. Dafür sind an diesem Standort gute Voraussetzungen gegeben - durch einen Bestand interessanter Quellenkorpora, sorgfältig vorbereiteter Einzelstudien, lohnender Projektziele und nicht zuletzt einer über Jahre gewachsenen Sachkompetenz der vorhandenen Mitarbeiter. Die für das Zentrum vorgesehene kollegiale Leitungsstruktur bietet die Chance, die thematisch erforderliche interdisziplinäre Arbeitsweise auch auf oberster personeller Ebene zu verankern. Dabei erscheint neben der romanistischen Fachkompetenz, die der derzeitige kommissarische Leiter verkörpert, die dauerhafte Mitwirkung eines Neuzeithistorikers mit Schwerpunkt im 18. Jahrhundert unerläßlich. Für die weiteren Leiterstellen sollen - so die Gutachter der DFG - ein Philosoph und ein Kunsthistoriker mit entsprechenden Qualifikationen gefunden werden.

In Berlin wird das Zentrum *"Allgemeine Sprachwissenschaft, Typologie und Universalienforschung"* gefördert. Zentrales und auf langere Sicht als Rahmen geltendes Thema dieses Zentrums ist die Theorie der sprachlichen Strukturbildung und deren Variation in ihren universalgrammatisch vorgegebenen Determinanten in den Bereichen Phonetik, Phonologie, Morphologie, Syntax, Semantik und Lexikon. Allgemeine Sprachwissenschaft hebt den hier gewählten Zugang zum Phänomen Sprache über den Begriff Grammatik hervor, während Sprachtypologie und Universalienforschung den Zusammenhang von Sprache und Sprachen explizieren.

Ebenfalls in Berlin wird das *Geisteswissenschaftliche Zentrum "Literaturwissenschaft"* gefördert. Dieses Zentrum will eine Verstrebung der Literaturforschung mit anderen kunst- und medienwissenschaftlichen Arbeitsrichtungen mit dem gemeinsamen Ziel einer anthropologisch fundierten Zeichen- und Bedeutungslehre erreichen, die Öffnung der Literaturforschung gegenüber der mentalitäts- und kulturhistorischen Wendung der Geschichtswissenschaften mit dem Ziel einer kulturwissenschaftlich fundierten Funktionsgeschichte der Literatur in den verschiedenen Epochen der Schriftkultur von der Antike bis zur Neuzeit betreiben sowie Forschungen zur Geschichte der Literaturwissenschaften und des ästhetischen Denkens durchführen.

Im *Geisteswissenschaftlichen Zentrum "Moderner Orient"*, ebenfalls am Standort Berlin, sollen unterschiedliche disziplinäre

Erfahrungen und Methoden, zum Beispiel historische und ideengeschichtliche Ansätze, mit solchen der ethnologischen Feldforschung verbunden werden. Der Standort Berlin ist für dieses Zentrum besonders geeignet, weil viele an einer modernen kulturwissenschaftlichen Orientforschung interessierten Disziplinen an den Berliner Universitäten vertreten sind und sich überdies der kürzlich vom Wissenschaftskolleg zu Berlin gegründete Arbeitskreis "Moderne und Islam" förderlich auswirken kann. Im Zentrum "Moderner Orient" soll in drei Gruppenprojekten gearbeitet werden: Islam und Globalisierung. Wahrnehmung und Reaktionen im 19. und 20. Jahrhundert; Akteure des Wandels. Konflikt und Synthese orientalischer und okzidentaler Kulturen in Lebensläufen und Gruppenbildern sowie Lokalität und Staat. Studien zur Konstruktion räumlicher und sozialer Ordnung in der neueren Geschichte Afrikas und Asiens.

Das sechste Geisteswissenschaftliche Zentrum zum Thema *"Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas"* soll nach seiner förmlichen Errichtung in Leipzig gefördert werden. Ein vergleichbares Forschungszentrum gibt es in der bisherigen bundesdeutschen Forschungslandschaft nicht. Das Leipziger Zentrum verbindet Forschungsansätze, wie sie die DDR-Forschung lange Zeit gepflegt hat, mit anderen, die in den alten Bundesländern nur verstreut wahrgenommen worden sind. Die Arbeiten beziehen sich auf Ostmitteleuropa, worunter hier jene Länder im europäischen Bereich verstanden werden, die überwiegend von den westslawischen Sprachen dominiert werden. Das Zentrum soll mit seinen Arbeiten das gesamte zeitliche Spektrum vom Mittelalter bis zur Gegenwart abdecken. Den Kern der Institution bilden die beiden Teilbereiche Germania Slavica, in denen in fortschreitenden Arbeiten die gesamten Regionen von der Nordsee bis nach Südostdeutschland und Österreich bearbeitet werden sollen, sowie die frühe Neuzeit, die bereits in dem Projekt einen großen Raum einnimmt.

Der Vorschlag zur Errichtung und Förderung Geisteswissenschaftlicher Zentren im neuen Bundesgebiet geht ursprünglich auf die Stellungnahmen des Wissenschaftsrates zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften vom Juli 1991 zurück. Nach der Auflösung aller geisteswissenschaftlichen Institute der AdW gründete zunächst die Max-Planck-Gesellschaft eine Förderungsgesellschaft "Wissenschaftliche Neuvorhaben", die ab Januar 1992 Trägerin von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten wurde. Dafür erhält sie bis zum 31.12.1995 Mittel je zur Hälfte vom Bund und von den neuen Ländern. Aus einem der sieben Forschungsschwerpunkte, nämlich dem Zentrum für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie in Berlin, wurde zwischenzeitlich ein Max-Planck-Institut.

Im November 1994 hatte der Wissenschaftsrat Empfehlungen zur Förderung geisteswissenschaftlicher Zentren verabschiedet, in denen er die Einrichtung von zeitlich befristeten und von einer Universität oder mehreren Universitäten getragenen Zentren vorschlug. Der Kern eines Zentrums solle vom Sitzland beziehungsweise von den beteiligten Ländern im Rahmen des Landeshaushalts finanziert werden. Der überwiegende Teil der Mittel für die Arbeit der Zentren solle auf der Basis wissenschaftlicher Begutachtung von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingeworben werden.

Nach zahlreichen Gesprächen über die Umsetzung dieser Empfehlungen wurde im Februar 1995 zwischen Vertretern des Bundes, der Sitzländer, der Max-Planck-Gesellschaft, des Wissenschaftsrates, der Hochschulrektorenkonferenz und der DFG vereinbart, daß die Sitzländer Berlin, Brandenburg und Sachsen unverzüglich die Gründung der Zentren in die Wege leiten und deren Grundfinanzierung in ihren Landeshaushalten sicherstellen und die kommissarischen Leiter der Forschungsschwerpunkte noch während der Gründungsphase Forderungsanträge an die DFG richten sollten, damit nach der Begutachtung dieser Anträge Förderungsentscheidungen der DFG mit Wirkung zum 1.1.1996 getroffen werden könnten. Damit wird der Zielsetzung Rechnung getragen, die Existenz der Zentren über den 31.12.1995 hinaus zu sichern. Die Entwicklung der Geisteswissenschaftlichen Zentren zu Stätten kooperativer kulturwissenschaftlicher Forschung von der Form und Qualität, wie der Wissenschaftsrat sie in seinen Empfehlungen 1991 und 1994 beschrieben hat, wird nach Berufung der künftigen Leiter beginnen können.

(DFG)

Fokus - Forschungskapazitäten und -serviceleistungen

Aufbau eines Mehrwertdienstes zur Dokumentation und Präsentation von Forschungsaktivitäten in den Neuen Bundesländern an der BTU Cottbus

Im Projekt "Telekooperation - Mehrwertdienste" fördert das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBF) an der BTU Cottbus den Aufbau des innovativen, PC-gestützten Informationsdienstes Fokus (Forschungskapazitäten und -serviceleistungen). Ziel des Projektes ist die umfassende Dokumentation und Präsentation von Forschungskapazitäten zunächst in den Neuen Bundesländern. Projektbeteiligte sind neben dem Lehrstuhl für Produktionswirtschaft und dem Lehrstuhl für Datenbanken und Informationssysteme der BTU Cottbus, der VERBAND INNOVATIVER UNTERNEHMEN e.V., Dresden, infoware Gesellschaft für Informationstechnik mbh, Köln sowie SCIENTIFIC CONSULTING Dr. Schulte-Hillen BDU, Köln. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt dieses Pilotvorhaben im Zeitraum von 1994 bis 1996.

Für die FuE-Einrichtungen ist es wichtig, sich einem möglichst großen Kreis potentieller Auftraggeber und Kooperationspartner mit einem attraktiven Leistungsprofil professionell zu präsentieren. Hier kann der Einsatz eines modernen Mehrwertdienstes eine leicht zugängliche, kostengünstige und zukunftsweisende Lösung sein. Im Rahmen des Projektes Fokus werden die FuE-Kapazitäten in Ostdeutschland umfassend dokumentiert und die Informationen in leicht zu benutzender Form einem mög-

lichst breiten Kreis von Interessenten im In- und Ausland zur Verfügung gestellt. Zu diesem Zweck wurde an der BTU ein moderner, datenbankgestützter Informationsdienst aufgebaut, der über diverse Distributionswege als Mehrwertdienst online (Telefonmodem, ISDN, Datex-P), in Form eines Printproduktes (z.B. Verzeichnis, Broschüre) sowie auf CD-ROM oder Diskette verteilt wird. Fokus eröffnet Industrieunternehmen, Forschungsinstituten und Wissenschaftlern ein neues Medium zur professionellen Darstellung von Forschungs- und wissenschaftlichen Dienstleistungen sowie zur Suche nach kompetenten Kooperationspartnern und Mitarbeitern. Darüber hinaus beinhaltet Fokus eine branchenorientierte Stellenbörse für Wissenschaftler.

Wichtiger Meilenstein im Fokus-Projekt war die Hannover-Messe Industrie im April diesen Jahres. Hier wurde der Mehrwertdienst als ein Exponat der BTU erstmals einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Interessenten konnten via Telefonmodem oder ISDN auf dem in Cottbus installierten Host selbständig Recherchen durchführen und sich von der Leistungsfähigkeit des Systems überzeugen. Inzwischen sind zahlreiche Lehrstühle einem Angebot des Fokus-Teams gefolgt und präsentieren ihre Forschungsaktivitäten in Fokus.

Für den Herbst ist der öffentliche Probebetrieb von Fokus geplant. Interessierte Wissenschaftler, Forschungs- und Technologie-Transfereinrichtungen, Verbände und Unternehmen erhalten dann einen kostenlosen Zugang zum System. Mit der Freigabe des öffentlichen Probebetriebs ermöglicht Fokus, daß sich Institute und Wissenschaftler selbständig eintragen können. Nach Durchlaufen einer Qualitätskontrolle werden die Daten zur Nutzung freigegeben. So kann der Mehrwertdienst mit vergleichsweise geringem Aufwand ausgebaut und unterhalten werden.

(TU-profil, Cottbus, 21/Sommer 1995)

Kommission empfiehlt Gründung einer Fachhochschule in Neuruppin

Die Gründung einer Fachhochschule in Neuruppin hat die Brandenburgische Kommission für Wissenschaft und Forschung empfohlen. Dazu erklärte der brandenburgische Wissenschaftsminister Steffen Reiche: "Neuruppin - und hier greife ich die Empfehlungen der Kommission auf - hat aus wissenschaftspolitischen und regionalpolitischen Gründen die besten Voraussetzungen aller denkbaren Städte im Norden des Landes, aufgrund zentraler Lage, urbaner und kultureller Attraktivität Studierende nicht nur aus dem übrigen Norden des Landes, sondern auch aus dem engeren Verflechtungsraum mit Berlin, aus Berlin selbst und aus dem übrigen Bundesgebiet anzuziehen."

Eine Entscheidung über die Standorte muß in diesem Jahr erfolgen, damit die beteiligten Kommunen Klarheit bekommen. Minister Reiche: "Ich lege hiermit dem Kabinett und der Landtagsfraktion die Empfehlungen der Brandenburgischen Kommission für Wissenschaft und Forschung für die Entscheidung über die Neugründungen vor. Die weiteren Vorbereitungen der Gründung, die Erarbeitung von Gründungskonzeptionen und zukunftsträchtigen, reformorientierten Studiengängen und die Stellungnahme des Wissenschaftsrates brauchen nach dem normalen Planungsablauf mehrere Jahre. Mit den notwendigen Gründungsmaßnahmen kann erst danach begonnen werden."

Die Konsolidierung und der weitere Aufbau der bestehenden Hochschulen haben für Minister Reiche in jeder Hinsicht Priorität. Erst der nächste Schritt zur Erreichung des Ausbauziels von 13.600 Fachhochschulstudienplätzen im Land Brandenburg wird die Gründung einer weiteren Fachhochschule sein.

Eine Vorbereitungskommission soll ein attraktives Studienangebot insbesondere im nichttechnischen Bereich erarbeiten, das auch interessante Alternativen zu Studienangeboten anderer Fachhochschulen enthält.

Nach gründlichen Prüfungen gelangte man zu der Auffassung, daß der bevölkerungsarme Norden von seinem Studierendenaufkommen her nur eine Fachhochschule trägt. Für den neben Eberswalde einzigen zusätzlichen Standort im Norden kann nur eine Stadt in Frage kommen, die aufgrund ihrer zentralen geographischen Lage und guten Verkehrsverbindungen weitere Bereiche dieser bevölkerungsarmen Region bedienen kann. Diese Voraussetzungen erfüllt aus Sicht des Wissenschaftsministeriums Neuruppin am besten. Sowohl die Voten des Sachverständigenausschusses als auch der Brandenburgischen Kommission für Wissenschaft und Forschung lassen sich dahingehend zur Übereinstimmung bringen, falls es im Norden nur einen zusätzlichen Standort geben kann, wofür wissenschaftsplanerische und finanzpolitische Gesichtspunkte sprechen.

Die Landesregierung hat als Ausbauziel 34.400 räumliche Studienplätze an den Hochschulen des Landes Brandenburg festgelegt. Diese Zielzahl ist im Fusionsvertrag mit dem Land Berlin festgelegt worden. Dabei sind die Fachhochschulen für die Landesentwicklung besonders wichtig. Fachhochschulen arbeiten eng mit der Wirtschaft und Einrichtungen in der Region zusammen. Sie ermöglichen ein anwendungsbezogenes und berufsorientiertes Studium und entfalten dadurch schnelle regionale Wirkung. Brandenburg hat deshalb mit 13.600 Studienplätzen einen besonders hohen Anteil, nämlich 40 % aller Studienplätze, für die Fachhochschulen vorgesehen. In der gemeinsamen Planung mit Berlin, das ca. 25 % seiner Studienplätze an Fachhochschulen vorgesehen hat, wird dann der im Bund-Länder-Eckwertepapier vom Mai 1993 vorgesehene Anteil von 35 % erreicht.

Von diesen 13.600 sind derzeit ca. 3.800 räumliche Studienplätze noch nicht verplant. In seiner Regierungserklärung am 18. November 1994 hatte Ministerpräsident Manfred Stolpe ausgeführt: "Im Rahmen der Ausbauplanung 2000 wollen wir mindestens eine weitere Fachhochschule in der hochschulfernen Region des Landes gründen - wenn möglich in Kooperation mit anderen Bundesländern." Der von Minister Reiches Amtsvorgänger eingesetzte Sachverständigenausschuß für den weiteren Aus- und Aufbau der Fachhochschulen im Land Brandenburg hatte im Februar die-

sen Jahres seine Empfehlungen vorgelegt. Diese Empfehlungen enthalten Standortvorschläge für drei Neugründungen und Vorschläge für eine Erweiterung des bestehenden Studienangebotes an den vorhandenen Fachhochschulen im Rahmen von 500 - 1.000 Studienplätzen.

Die zweite Option der Brandenburgischen Kommission für Wissenschaft und Forschung zur Gründung einer Fachhochschule lautet Eisenhüttenstadt. Hierfür haben sich sowohl der Sachverständigenausschuß als auch die Brandenburgische Kommission für Wissenschaft und Forschung einmütig ausgesprochen. Minister Reiche: "Ich teile die Auffassung, daß dies ein guter und interessanter Standort für eine Fachhochschule ist." Für Eisenhüttenstadt kämen insbesondere technische Fächer als Studienangebote in Frage. Hervorzuheben ist, daß Eisenhüttenstadt trotz der relativ großen Hochschuldichte in diesem Raum über ein ausreichendes Studierendenaufkommen verfügt.

Die Gründung in Eisenhüttenstadt kann jedoch erst zeitlich nachrangig zur Gründung im Norden erfolgen. Im Vergleich zum Norden des Landes ist der Osten relativ gut mit Hochschuleinrichtungen besetzt. Immerhin könnte sie mit Hilfe der TFH Wildau durch die Gründung eines Technologietransferzentrums und eines Studienzentrums in Eisenhüttenstadt möglichst bald vorbereitet werden, ohne das dadurch freilich schon jetzt ein Gründungsautomatismus in Gang gesetzt und ein Gründungszeitraum fixiert würde.

Daß für die Landesregierung die Konsolidierung der bestehenden Hochschulen Vorrang haben muß, erklärt sich auch dadurch, daß dort bisher erst ein Drittel der räumlichen Studienplatzzielzahl realisiert ist. Minister Reiche: "Zuerst kommt es deshalb darauf an, in dieser Legislaturperiode eine Verdopplung und für das Jahr 2003 den vollständigen Ausbau zu erreichen."

(MfWFK Brandenburg)

Das „Uniradio BB" kommt

Nun steht es fest: In der Region Berlin-Brandenburg wird voraussichtlich ab dem 18. Oktober 1995 ein eigenes Uniradio auf Sendung gehen. Nachdem sich Vertreter sehr vieler Hochschulen aus Berlin und einer Hochschule aus Brandenburg mehrere Monate lang zusammengesetzt und auch nach finanziell tragfähigen Lösungen für einen solchen Radiosender gesucht hatten, konnte dem Medienrat Ende Mai dieses Jahres ein von allen getragenes Konzept für eine Sendestunde pro Tag eingereicht werden. Die Entscheidung des Medienrates fiel positiv für die Hochschulen aus. Wenn alles klappen und sich vor allen Dingen genügend Studierende finden sollten, die an der Produktion mitwirken möchten und können, dann steht einer Aufnahme des Radiobetriebes auf der UKW-Frequenz 87,9 MHz von Radio Charlie nichts mehr im Wege.

Die grundlegende Idee des Uniradios besteht darin, die Öffentlichkeit in der Region über Wissenschaft, Kunst und Kultur sowie – mit dem in den Hochschulen vorhandenen Wissen – über Hintergründe aktueller Ereignisse zu infomieren. Dies soll in Form eines einstündigen Magazins von Montag bis Freitag zwischen 18 und 19 Uhr geschehen, wobei die erste halbe Stunde den auch außerhalb der Hochschule aktuellen Tagesthemen und die zweite den hochschulspezifischen Themen und Veranstaltungen vorbehalten sein wird. An die Realisierung von Schwerpunktthemen – wie z.B. über die Gentechnologie, Architektur oder auch die Semestertickets – ist gedacht. Fest steht dagegen bereits, daß der Samstag Musiksendungen, Hörfunkexperimenten und Hörspielen Raum bieten und der Sonntag dem "langen Wort" und einem Wirtschaftsmagazin zum Ausdruck verhelfen soll.

Insgesamt möchten die beteiligten Hochschulen – das sind in Berlin die FU, die TU, die Humboldt Universität, die Hochschule der Künste, die Hochschule für Musik Hanns Eisler, die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, die Technische Fachhochschule, die Alice-Salomon Fachhochschule und die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, in Brandenburg ist es bis dato nur die Universität Potsdam – insgesamt möchten also die beteiligten Hochschulen mit Hilfe des Uniradios BB (für "Uniradio Berlin-Brandenburg") die Diskussion zwischen Hochschule und Öffentlichkeit fördern, den an den Hochschulen vorhandenen Sachverstand auch zur Erläuterung und Interpretation des Tagesgeschehens nutzbar machen und Veranstaltungstips geben.

Um dies zu realisieren, wird derzeit an der FU Berlin ein zentrales Produktions- und Sendestudio eingerichtet, das auch von dezentralen Produktionsstudios einzelner Hochschulen beliefert werden kann. Ein solches besteht an der Universität Potsdam in Golm, und zwar dort in der Arbeitsstelle Medienpädagogik. Ebenso sieht es mit den Redaktionen aus: In Berlin sitzt die Zentralredaktion, die unterstützt wird von Mitarbeitern der einzelnen Hochschulen "vor Ort". In Potsdam fungieren Dr. Horst Röpke und Dr. Hans-Jörg Pöttrich aus der Arbeitsstelle Medienpädagogik als Ansprechpartner und Bertreuer, als erste Anlaufstelle kann ebenfalls das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Uni dienen.

(Potsdamer Uni-Zeitung 6/95)

Wissenschaftsrat: Erfolgversprechende Hochschulmedizin in Leipzig

Der Wissenschaftsrat hat eine Stellungnahme zur Medizinischen Fakultät abgegeben. Darin wird insbesondere ihre in den letzten Jahren erfolgte Umstrukturierung zugunsten der Forschung positiv hervorgehoben. Zur Profilbildung im Bereich der Neurowissenschaften trägt auch die Gründung des Max-Planck-Instituts für Neuropsychologische Forschung in der Nähe des Klinikums bei. Neuland betritt die Leipziger

Fakultät mit der Kooperation mit einem privaten Herzzentrum, die der Wissenschaftsrat angesichts der erst kurzen Dauer noch nicht abschließend bewertet hat. Einige der vereinbarten Vertragsbedingungen hält er allerdings für änderungsbedürftig, da sie Nachteile für die Medizinische Fakultät bergen.

Noch offen ist die Frage, ob im Freistaat Sachsen der Studiengang Zahnmedizin gleichzeitig in Dresden und Leipzig angeboten werden soll. Der Wissenschaftsrat hatte nach der deutschen Vereinigung empfohlen zu prüfen, ob ein Standort ausreiche, um die mit dieser Ausbildung verbundenen hohen Kosten in Grenzen zu halten. Über diese Frage soll Anfang 1996 auf der Basis detaillierter Informationen abschließend beraten werden.

Lobend äußerte sich der Wissenschaftsrat über die in den vergangenen Jahren dynamische Entwicklung der Forschung in Leipzig. So war die Medizinische Fakultät als einzige in den neuen Bundesländern erfolgreich im Förderprogramm des Bundes "Interdisziplinäre Zentren für Klinische Forschung". Auf Kritik hingegen stieß die gegenwärtige Personalstruktur, die nicht nur einen ungewöhnlich großen Stellenbestand, sondern vor allem einen zu hohen Anteil an unbefristet besetzten Wissenschaftlerstellen von über 50 Prozent aufweist. Damit wird die für die innovative Forschung notwendige Flexibilität beeinträchtigt.

Zur Konzentration auf Schwerpunkte empfiehlt der Wissenschaftsrat, daß das Land Sachsen eine Strukturkommission einrichtet, in die auch das Land Sachsen-Anhalt und die Medizinische Fakultät in Halle einbezogen werden sollen. Eine länderübergreifende Abstimmung ist insbesondere für den Bereich der Transplantationsmedizin erforderlich: Die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sollen sich mit den Medizinischen Fakultäten in Leipzig, Halle und Jena auf einen Transplantationsverbund verständigen, indem komplementäre Arbeitsschwerpunkte für seltenere Transplantationen, beispielsweise der Leber oder der Bauchspeicheldrüse, vereinbart werden.

Die angestrebte räumliche Konzentration des Klinikums auf dem Stammgelände an der Liebigstraße wird vom Wissenschaftsrat befürwortet. Auch heißt er die Baukonzeption mit einer klaren Priorität für ausgewählte Neubauten gut.

Der vollständige Text der Stellungnahme (WR 2100/95, 71 Seiten) kann bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates (Brohler Str. 11, 50968 Köln) schriftlich angefordert werden.

(Wissenschaftsrat)

Wissenschaftsrat:

Empfehlung zur Sicherung der Flexibilität von Forschungs- und Personalstrukturen in zehn außeruniversitären Einrichtungen in den neuen Ländern

Vorbemerkung

Im Juli 1994 hat der Wissenschaftsrat anhand eines Berichts über die Probleme beraten, die sich mit dem Auslaufen der Verstärkungsfonds für eine Reihe von Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin abzeichneten. Dabei wurde der Forschungsausschuß gebeten, sich eingehender mit der Thematik zu befassen. Der Forschungsausschuß hat die Situation in mehreren Sitzungen beraten, Vertreter der neuen Länder und Berlins sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft angehört und anschließend die vorliegende Empfehlung ausgearbeitet. Der Wissenschaftsrat hat die Empfehlung am 19. Mai 1995 verabschiedet.

A. Anlaß und Gegenstand

A.I. Empfehlungen zur Stellenstruktur in außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Der Wissenschaftsrat hat mit seinen Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin wesentliche Voraussetzungen für eine leistungsorientierte Neugestaltung der Forschungslandschaft geschaffen. Zu den grundlegenden forschungspolitischen Aussagen zählen Empfehlungen zur Stellenstruktur in den neu zu gründenden Einrichtungen, die dem Erhalt und der Steigerung ihrer wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie der Erhöhung ihrer Flexibilität dienen. Der Wissenschaftsrat hielt es für erforderlich, daß ein hoher Anteil der Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter zeitlich befristet wird [1] und daß die Einrichtungen zusätzlich erhebliche Drittmittel einwerben, um weitere wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigen zu können.

In den Empfehlungen im Bereich Biowissenschaften und Medizin ist diese allgemeine Empfehlung aufgegriffen und für dieses Forschungsgebiet konkretisiert worden. Im einzelnen empfahl der Wissenschaftsrat,

- kleine selbständige Forschergruppen zusammenzusetzen, um mit diesen flexiblen Einheiten eine schnelle thematische Anpassung an neue Fragestellungen zu ermöglichen,
- den Personalumfang solcher Forschergruppen durch die Einwerbung von Drittmitteln zu verdoppeln,
- zwei Drittel der Wissenschaftler befristet zu beschäftigen (während technisches Personal unbefristet angestellt werden sollte).

Die Gründung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern bot die Möglichkeit, forschungspolitische Ziele zu realisieren, die der Wissenschaftsrat in seinen "Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen Großforschungseinrichtungen und Hochschulen" formuliert hatte, nämlich durch Drittmitteleinwerbungen eine kontinuierliche Qualitätskontrolle zu gewährleisten und die Zahl der Zeitstellen zu erhöhen, um zu einem ausgewogenen Verhältnis von Dauer und Zeitstellen zu gelangen.[2] Die empfohlenen neuartigen Stellenstrukturen innerhalb der Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern haben eine entsprechende Drittmittelförderung zur Voraussetzung: "Es wird also darauf ankommen, daß die großen Drittmittelgeber in erheblichem Maße dazu beitragen können, in den neuen Einrichtungen zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt Bund und Ländern, die Aufwendungen für Drittmittelförderung angemessen zu erhöhen.[3]

A.II. Einrichtung von Verstärkungsfonds

Da die neu gegründeten Forschungseinrichtungen nicht sofort in der Lage waren, den geforderten hohen Anteil an Drittmitteln einzuwerben, sollte in einer Übergangssituation eine angemessene Zahl von künftigen Drittmittelbeschäftigten aus Haushaltsmitteln finanziert werden. Zu diesem Zweck wurden für die Jahre 1992 bis 1996 Verstärkungsfonds vom Bund und von den beteiligten Ländern für eine Reihe von Einrichtungen geschaffen, um die noch nicht voll entfaltete Drittmitteleinwerbung auszugleichen. Der Wissenschaftsrat verband damit die Erwartung, daß nach einer Anfangsphase von drei bis fünf Jahren Drittmittel der verschiedenen Förderorganisationen in ausreichendem Maß eingeworben werden können. Die Mittelzuwendungen der Verstärkungsfonds wurden deshalb von den Zuwendungsgebern stark degressiv angelegt, so daß die Zahl der beschäftigten Mitarbeiter jährlich abnahm. Übersicht 3 zeigt den schnellen Personalabbau von 343 (1994) über 238 (1995) und 118 mit Mitteln von Verstärkungsfonds finanzierten Mitarbeitern (1996) auf 0 (1997).

A.III. Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Strukturkonzepts

Die Institute haben bereits in den Jahren 1992 bis 1994 Drittmittel in z.T. beachtlichem Umfang eingeworben. Schwierigkeiten für die mit Verstärkungsfonds ausgestatteten

zehn Institute entstehen dadurch, daß es ihnen nur zum Teil und in unterschiedlichem Maße gelingen wird, durch Drittmitteleinwerbungen die für Ende 1996 angesetzte Zielgröße des Gründungskonzeptes zu erreichen. Die rasche Abnahme der Verstärkungsfonds kann nicht - wie ursprünglich erwartet - durch eine vergleichbar hohe Einwerbung von Drittmitteln ausgeglichen werden. Dies hat folgende Gründe:

(1) Gegenwärtige Stellen- und Infrastruktur

Die Einwerbung eines hohen Anteils an Drittmitteln für wissenschaftliche Mitarbeiter setzt entsprechende Personalstrukturen und Infrastrukturen (technische Ausstattung, Räumlichkeiten etc.) in den Einrichtungen voraus:

- Die Institute müssen über eine hinreichende Zahl höherwertiger Stellen für Wissenschaftler verfügen, die die Leitung von Forschungsprojekten übernehmen und entsprechende Drittmittel (Personal- und Sachmittel) einwerben können.
- Darüber hinaus ist eine hinreichende Anzahl von qualifizierten Funktionsstellen im technischen Bereich erforderlich.
- Außerdem ist eine angemessene technische Ausstattung notwendig.

Da bisher übliche Stellenkegel bei der Gründung der Institute gewählt wurden, fehlen vielfach die personellen Voraussetzungen für die Einwerbung eines hohen Anteils an Drittmitteln. Es besteht ein Mangel an institutionell geförderten Stellen für Projektleiter und an technischem Personal sowie entsprechender Infrastruktur. Diese Defizite können durch Drittmittel nicht behoben werden, da höherwertige Stellen und Stellen für Techniker mit Daueraufgaben sowie die Infrastuktur der Institute von den großen Forschungsförderern in der Regel nicht finanziert, sondern bisher überwiegend dem erforderlichen Umfang der Grundausstattung zugerechnet werden.

(2) Drittmitteleinwerbung und Situation des "Drittmittelmarktes"

Ohne den vom Wissenschaftsrat empfohlenen hohen Drittmittelanteil, der teilweise bis zu 50% der vorgesehenen Personalstärke reicht, sind die Institute nicht handlungsfähig. Die Problemlagen in den Einrichtungen sind - abhängig von den Förderbedingungen in den einzelnen Fachgebieten und der wissenschaftlichen Entwicklung, die die Institute bisher genommen haben - zum Teil sehr individueller Natur. Die Drittmittelengpässe haben unterschiedliche Konsequenzen, die sich in folgender Weise charakterisieren lassen:

- Bei einigen Einrichtungen ist das Gründungskonzept des Wissenschaftsrates und der Gründungskommissionen gefährdet, da drittmittelfinanzierten Forschergruppen als flexiblem Gestaltungselement zur Erfüllung der Aufgaben der Institute ein besonderes Gewicht zukommen soll. Bei Engpässen in der Drittmitteleinwerbung können gerade in diesen Gruppen erfolgreich begonnene Projekte nicht ausreichend frühzeitig zu Ergebnissen führen, die Grundlage für die Einwerbung weiterer Drittmittel wären; als Beispiele sind hier MDC, IfN und IMB zu nennen.

- Bei anderen Einrichtungen ist vor allem die ursprünglich empfohlene inhaltliche Umorientierung und Neukonzeption der Einrichtungen durch eine gezielte Förderung von jüngeren Wissenschaftlern gefährdet, da deren Stellen nicht mehr finanziert werden können und der Haushalt aufgrund der Altersstruktur der unbefristet angestellten Wissenschaftler keine Auffangmöglichkeiten bietet.
- In einer Reihe von Einrichtungen müssen einzelne Arbeitsgruppen aufgelöst werden.

Insgesamt ist in der Bundesrepublik Deutschland ein zunehmender Wettbewerb universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen im Bereich der ergänzenden Förderung festzustellen. Die Forschungseinrichtungen sind auf einen Drittmittelmarkt angewiesen, der äußerst angespannt ist. Die Ablehnungsquoten der Deutschen Forschungsgemeinschaft sind relativ hoch; außerdem werden bisher Anträge zur Hauptarbeitsrichtung außeruniversitärer Einrichtungen in der Regel nicht entgegengenommen. Der Spielraum für eine Erhöhung der Projektmittel des Bundes wird auch in den nächsten Jahren begrenzt sein. Auf eine Steigerung des ohnehin nicht sehr hohen Anteils an Mitteln aus der Industrie kann nicht gebaut werden.

Durch thematische und forschungspolitische Schwerpunktbildungen in der Forschungsförderung gibt es Gebiete, in denen Drittmittel besser einzuwerben sind als in anderen, so daß für einzelne Institute, insbesondere im Bereich der anwendungsnahen Forschung, auch weiterhin ein höherer Drittmittelanteil zu erwarten ist. Für andere gibt es einen solchen Markt kaum. Die thematische Ausrichtung einiger Institute läßt eine Finanzierung über Industriemittel nur in engen Grenzen zu.

B. Empfehlungen

Tätigkeit und Förderung der in Rede stehenden, vorwiegend lebenswissenschaftlichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben sich auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates insgesamt bewährt. Eine hohe Zahl an befristet besetzten Planstellen und vor allem an über Drittmittel finanzierten Wissenschaftlern hat grundsätzlich zu einer Flexibilisierung im Personalbereich geführt, eine regelmäßige Qualitätskontrolle gesichert und die Förderung jüngerer Wissenschaftler ermöglicht. Die Integration in die Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland ist weitgehend gelungen. Die Institute haben in zum Teil beachtlichem Umfang Drittmittel einwerben können. Damit sind diese Einrichtungen strukturell und dauerhaft auf einen Wettbewerb um Projektmittel sowie damit einhergehend auf eine Flexibilisierung der Forschungs- und Personalstrukturen ausgerichtet. Die vom Wissenschaftsrat ebenfalls empfohlene Erhöhung der insgesamt zur Verfügung gestellten Drittmittel hat mit dem sich entwickelnden Bedarf an projektbezogener Förderung jedoch nicht Schritt gehalten.

Die Verstärkungsfonds haben den ihnen zugedachten Zweck einer vorhabenbezogenen Förderung während einer Übergangsphase, in der die Anpassung an und die Einübung in neue forschungspolitische Bedingungen gefördert werden sollte, weitgehend erfüllt. Deshalb sollten sie in der Form einer Zuweisung von Haushaltsmitteln an die jeweiligen Institute nicht fortgeführt werden, sondern wie ursprünglich geplant, degressiv angelegt bleiben. Es zeichnet sich allerdings ab, daß zahlreiche Institute wegen des strukturellen Bedarfs an Drittmitteln, der gegenwärtig vom Drittmittelmarkt nicht hinreichend gedeckt werden kann, ihre Aufgaben nicht mehr in dem notwendigen und durch die Gründungskonzepte festgelegten Maße wahrnehmen können, weil insbesondere
- Wissenschaftler in herausgehobenen Positionen nicht mehr finanziert werden, so daß von ihnen geleitete Arbeitsgruppen auseinanderfallen,
- die Förderung junger Wissenschaftler, die neue profilbildende Themen einbringen, endet,
- Arbeiten nicht mehr zu Ende geführt werden, die zum profilbestimmenden Bereich der Forschungseinrichtungen zählen.

B.I. Forschungspolitische Ziele und Prinzipien der Mittelvergabe

I.1. Stellenausstattung und Infrastruktur im Rahmen der institutionellen Förderung

Angesichts der beschriebenen Defizite empfiehlt der Wissenschaftsrat den Zuwendungsgebern, die Stellenausstattung und die Infrastruktur im Rahmen der institutionellen Förderung mit Blick auf die Erfordernisse des Wettbewerbscharakters der Einrichtungen möglichst rasch zu überprüfen und wo notwendig anzupassen. Die jetzigen Stellenkegel sind für wissenschaftliche Institute mit hohem Drittmittelanteil nicht angemessen. In den Instituten muß darauf geachtet werden, daß die erforderliche Anzahl von höherwertigen Stellen für geeignete Wissenschaftler vorhanden ist, damit diese Projektmittel einwerben können. Dabei können auch vorhandene Stellen umgewandelt werden. Zudem sollten Möglichkeiten für die Beschäftigung von Mitarbeitern im technischen Bereich gemäß den Erfordernissen in den einzelnen Einrichtungen geschaffen, sowie die Infrastruktur, wo nötig, verbessert werden.

I.2. Verbesserung der Projektförderung

Vor dem Hintergrund der skizzierten Probleme ist es notwendig, den Wissenschaftlern der genannten Institute auch künftig ergänzende Möglichkeiten zu eröffnen, für Forschungsvorhaben qualitätsbezogen Mittel befristet einzuwerben. Dies ist für die Einrichtungen notwendig, weil deren institutionelle Grundförderung im Vergleich mit anderen Einrichtungen ähnlicher Art systematisch deutlich niedriger angesetzt wurde.

Bei der Vergabe der Projektmittel sind folgende Grundsätze zu beachten:
- Qualitätskontrolle
Die Mittel sollen nach Qualitätsmaßstäben und Verfahren vergeben werden, die in der Projektförderung großer Forschungsförderungsorganisationen üblich sind.
- Wettbewerb
Wissenschaftler oder Arbeitsgruppen der in Betracht kommenden Einrichtungen

sollen sich auf der Grundlage von Anträgen und im Wettbewerb um eine Förderung bemühen. Eine Zuweisung vorab festliegender Mittel an einzelne Einrichtungen würde den Wettbewerb verzerren und soll daher nicht erfolgen.
- Personal- und Sachmittel
Aufgrund des mit dem Konzept angestrebten Ziels, leistungsfähige Arbeitsgruppen auf Zeit zu schaffen, sollten auch kleinere selbständige Arbeitsgruppen einschließlich der Leitung eines Projekts befristet finanziert werden können.

Die Themen der mit Projektmitteln geförderten Forschungsvorhaben sollten im Hauptarbeitsgebiet der Einrichtungen liegen können. Der Wissenschaftsrat behält sich vor, nach einem Zeitraum von etwa fünf Jahren zur Entwicklung der projektbezogenen Forschungsförderung außeruniversitärer Einrichtungen Stellung zu nehmen.

B.II. Zu Finanzierung und Organisation

Der Wissenschaftsrat fordert die Zuwendungsgeber der in Betracht kommenden Einrichtungen auf, im Rahmen der Grundfinanzierung eine angemessene Stellen- und Infrastruktur sicherzustellen und so vorhandene Defizite zu beheben.

Der Wissenschaftsrat hat sich bereits in seinen Empfehlungen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern dafür ausgesprochen, die Aufwendungen für Drittmittelförderung angemessen zu erhöhen. Dies ist eine unerläßliche Voraussetzung für eine - im Vergleich mit anderen Einrichtungen - deutlich begrenzte institutionelle Förderung.

Zur Sicherung der Flexibilität von außeruniversitären Einrichtungen mit den vom Wissenschaftsrat empfohlenen Forschungs- und Personalstrukturen müssen zusätzliche Mittel im Rahmen der Projektförderung zur Verfügung gestellt werden.

Die Vergabe der Mittel sollte einer Forschungsförderungsorganisation übertragen werden, die in der Lage ist, eine angemessene Qualitätsprüfung in allen betroffenen Fachdisziplinen zu gewährleisten. Der Wissenschaftsrat bittet die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu prüfen, ob sie bei entsprechender Mittelausstattung diese Aufgabe mit Hilfe ihrer bewährten Instrumente der Forschungsförderung übernehmen kann; ein Sonderprogramm sollte dafür nicht eingesetzt werden.

Forschungseinrichtungen, die mit Mitteln von Verstärkungsfonds gefördert werden

Berlin
* MDC - Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, Berlin-Buch
* FMP - Forschungsinstitut für Molekulare Pharmakologie im Forschungsverbund Berlin
* IZW - Institut für Zoo- und Wildtierforschung im Forschungsverbund Berlin

Brandenburg
* DIfE- Deutsches Institut für Ernährungsforschung, Potsdam-Rehbrücke

Sachsen
* IFW - Institut für Festkörper- und Werkstofforschung, Dresden
* IOM - Institut für Oberflächenmodifizierung, Leipzig

Sachsen-Anhalt
* IPK- Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung, Gatersleben
* IPB - Institut für Pflanzenbiochemie, Halle/Saale
* IfN - Institut für Neurobiologie, Magdeburg

Thüringen
* IMB - Institut für Molekulare Biotechnologie, Jena

Anmerkungen:

[1] Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin. Allgemeiner Teil, Köln 1991, S. 18.

[2] Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen Großforschungseinrichtungen und Hochschulen, Köln 1991, S. 48.

[3] Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin. Allgemeiner Teil, Köln 1991, S. 28; vgl. auch ebd. S. 18.

Bundeshaushalt 1996: Etatansatz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ('Zukunftsministerium')

Haushalt 1996 - Einzelplan 30

	Profil Förderbereich / Förderschwerpunkt	Soll 1996 Mio DM
Epl. 30 insgesamt (1994: 30 + 31)		15.620,0
1	Erkenntnisorientierte und programmübergreif. GLF	2.787,8
	Grundfinanzierung MPG	719,5
	Grundfinanzierung DFG	982,8
	Großgeräte der Grundlagenforschung	1.085,5
2	Forschung und Entwicklung zur Daseinsvorsorge	2.064,6
	Meeresforschung	156,6
	Polarforschung	76,1
	Ökologische Forschung	241,3
	Klima- und Atmosphärenforschung	213,9
	F + E im Dienste der Gesundheit	585,8
	F + E zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen	65,0
	Geowissenschaften (insbesondere Tiefbohrungen)	106,7
	Bauforschung und -technik; Denkmalschutz	30,0
	Bildungsforschung	187,3
	Geisteswissenschaften; Sozialwissenschaften	140,2
	Querschnittsaktivitäten	261,7
3	Technologie- und Innovationsförderung	6.081,1
	Grundfinanzierung FhG	418,1
	Meerestechnik	42,8
	Nationale Förderung von Weltraumforschung und -technik	528,6
	Europäische Weltraumorganisation (ESA)	1.070,0
	Kohle und andere fossile Energieträger	46,9
	Erneuerbare Energien und rationelle Energieverw.	338,8
	Nukleare Energieforschg. (ohne Beseitigung kern= technischer Anlagen)	230,8
	Beseitigung kerntechnischer Anlagen; Risikobetei= ligung	269,1
	Kernfusionsforschung	207,5
	Umwelttechnologien	308,1
	Informationstechnik (einschl. Fertigungstechnik)	1.010,5
	Biotechnologie	331,4
	Materialforschung; Werkstoffe Zukunftstechnologien	247,3
	Physikalische und chemische Technologien	272,4
	Luftfahrtforschung und Hyperschalltechnologie	242,4
	F + T für bodengebundenen Transport und Verkehr	182,0
	Innovation und verbesserte Rahmenbedingungen	276,0
	Fachinformation	58,6
4	Hochschulbau und hochschulbez. Sonderprogramme	2.332,7
	Aus- und Neubau von Hochschulen	1.880,0
	Überwiegend hochschulbezogene Sonderprogramme	452,7
6	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1.720,0
	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1.720,0
7	Übrige, nicht FuE-relev. Bildungsausg.(ohne BAföG))	596,3
	Nicht FuE-relevante Ausgaben berufliche Bildung	360,7
	(davon berufliche Aufstiegsfortbildung	72,0)
	Übrige, nicht FuE-relevante Bildungsausgaben	235,6
8	Globale Minderausgabe	-100,0
	Bundesministerium	137,5

Rektor der Rostocker Universität besuchte Universitäten in Kuba

Magnifizenz, Sie kommen von einer großen Reise zurück! Was wollten Sie in Kuba?

Gerhard Maeß: Langjährige Kooperationspartner besuchen und die bestehenden Arbeitspläne präzisieren. Die Zusammenarbeit unserer Universität mit der Universidad Central de Las Villas (UCLV) und dem Instituto Superior de Ciencias Medicas de Villa Clara (ISCMVC), beide in Santa Clara, sowie der Universidad de Oriente und dem Instituto Superior de Ciencias Medicas, beide in Santiago de Cuba, reichen bereits bis in das Jahr 1963 zurück.

Und diese Zusammenarbeit ist auch nach der Wende noch aktuell?

Maeß: Mehr denn je. Lange, m.E. viel zu lange, waren wir mit unseren eigenen Problemen beschäftigt. Es wird höchste Zeit, daß wir uns wieder verstärkt unserer internationalen Verpflichtungen annehmen. Wir haben, das ist nach jahrzehntelanger einseitiger Ausrichtung verständlich, in den letzten vier Jahren eine Reihe neuer Kontakte zu 'westlichen' Ländern, namentlich zu Frankreich, Großbritannien, Schweden, den USA - um nur einige zu nennen - aufgenommen. Das darf aber auf keinen Fall zu Lasten unserer traditionellen Partner geschehen. Vielmehr haben wir die Verpflichtung und die Chance, eine Brückenfunktion zwischen dem 'Westen' und den (ehemals) 'sozialistischen' Ländern zu übernehmen.

Entwicklungshilfe also?

Maeß: So pauschal möchte ich das nicht sagen. Natürlich werden auch in Zukunft viele kubanische Studenten und jüngere Wissenschaftler an deutschen Hochschulabschlüssen und -graden und an der Fortsetzung ihrer wissenschaftlichen Qualifikation Interesse haben. (In der Vergangenheit hat eine dreistellige Zahl von Kubanern in Deutschland studiert, promoviert oder den Grad Dr. sc. erworben, in Dresden, Magdeburg, vor allem aber in Rostock.) Aber auf der anderen Seite gibt es einerseits inzwischen eine Reihe von kubanischen Wissenschaftlern - z.B. in der Chemie, der Landwirtschaft oder der Medizin -, die längst nicht mehr Schüler geblieben, sondern Partner geworden sind. Andererseits hat die kubanische Regierung mit großem finanziellen Aufwand eine Reihe von Forschungsinstituten aufgebaut, die für biotechnologische, pharmakologische, gen- und tierexperimentelle Forschungen gute Bedingungen bieten. In Santa Clara konnte ich u.a. das Centro de Bioactivos Quimicos, das Instituto de Biotechnologia de las Plantas und das Centro de Investigaciones Agrope-

cuarias, in Santiago das Centro de Biofisica Medica und die Laboratorios de Anticuerpos y Biomodelos Experimentales und schließlich in Havanna das renommierte Centro de Ingenierica Genetica y Biotecnologia besuchen. Es ist beeindruckend zu sehen, wie dieses Land trotz erheblicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten in innovative Technologien investiert. Ich glaube, es ist sowohl für Rostocker Wissenschaftler als auch für Studenten in höheren Semestern interessant, sich diese Forschungsbedingungen anzusehen. In Santa Clara habe ich übrigens einen Medizin-Studenten aus Freiburg i. Br. getroffen.

Vielversprechende Ansätze, aber wer soll das alles bezahlen?

Maeß: Das ist natürlich eine wichtige und ernste Frage. Die wirtschaftliche Situation in Kuba ist alles andere als rosig, das Einkommen ist niedrig und der Peso nicht konvertierbar. Wir kennen diese Situation aus der Zeit der DDR.
Es ist erfreulich, daß der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) im Rahmen seiner Möglichkeiten hilft, einen Austausch von Studenten und Wissenschaftlern zu unterstützen und aufrechtzuerhalten. Vielleicht sollte der DAAD auch einmal in Kuba ein Nachkontakttreffen (wie kürzlich in Kambodscha) organisieren. Im übrigen müssen die Rostocker Wissenschaftler alle Möglichkeiten nutzen, über Projekte - auch internationale - finanzielle Möglichkeiten zu erschließen.

Magnifizenz, Sie sprachen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Naturwissenschaften, der Landwirtschaft und der Medizin. Wie sieht es aber auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften aus?

Maeß: Hier ist durch die Fehlentscheidung der Landesregierung, das Lateinamerika-Institut als eines der Charakteristika unserer Universität abzuwickeln, leider beträchtlicher Schaden abgerichtet worden. Die deutsche Wissenschaft und Kultur genießt seit Alexander von Humboldt bei den Kubanern eine große Wertschätzung.
Es ist sehr schwer verständlich zu machen, wie sich die Abwicklungsentscheidung mit unserem Anspruch auf Freiheit, Toleranz und vorurteilsfreie Wissenschaft verträgt. Angesichts eines in Kuba zweifellos bevorstehenden - und auf der unteren Ebene bereits begonnenen - Übergangs des sozialistischen Systems in die Marktwirtschaft besteht großes Interesse an den Erfahrungen, die in Europa und insbesondere in Ostdeutschland gemacht wurden. Als Vorteile, die unbedingt erhalten werden sollten, sehen die Kubaner die flächendeckende gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung und ein Bildungssystem an, das das Analphabetentum praktisch beseitigt hat. Sie befürchten, daß die Rückkehr zu einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung und insbesondere die Restitutionsansprüche der Exil-Kubaner die sozialen Gegensätze beträchtlich vergößern werden. Hier bieten sich für die Ökonomen, Juristen, Historiker und Politikwissenschaftler interessante Ansatzpunkte für Forschungsthemen und Kooperation.

(Rostocker Universitätszeitung 2/1995)

Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (Berlin):

Aufruf an die Fachwissenschaftler

Die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung in Berlin gibt ab 1995 in Kooperation mit Wissenschaftlern der Universität Bern, der Bibliothek Erziehungswissenschaft der Universität Marburg, der Fachbibliothek Erziehungswissenschaft der Universität Wien und des Pestalozzianums Zürich die "bib" (Bibliographie Bildungsgeschichte) heraus, die jährlich erscheinen soll.

Die wissenschaftliche Beratung erfolgt durch ein Gremium von Erziehungswissenschaftlern, dem Frau Prof. Dr. H. Thomas (Technische Universität Berlin) und die Herren Prof. em. Dr. H. Engelbrecht (Universität Wien), Prof. Dr. D. Lenzen (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. W. Mitter (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt am Main, Leitung), Prof. Dr. G. Rückriem (Hochschule der Künste Berlin), Prof. Dr. H. Schmitt (Universität Potsdam), Prof. Dr. H. Scholtz (Freie Universität Berlin), Prof. em. D. A. Stenzel (Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg Universität) und Prof. Dr. H.-E. Tenorth (Humboldt-Universität Berlin) angehören.

Anliegen der "bib" ist es, einmal jährlich über Publikationen, die im zurückliegenden Jahr zu spezifischen Problemen der Bildungsgeschichte im deutschsprachigen Raum (Deutschland, Österreich, Schweiz) erschienen sind, zu informieren. Der erste Band wird Publikationen der Erscheinungsjahre 1994 und 1995 umfassen. Redaktionsschluß dafür ist der 1. August 1995.

Die Bibliographie wird Monographien, graue Literatur, Artikel aus Zeitschriften, Jahrbüchern und Sammelbänden und andere Medien (z.B.: CD-ROM, Mikrofiches u.ä.) enthalten.

Jeder Band der "bib" erscheint mit einem alphabetischen Hauptteil und drei Registern, einem Sach-, einem Personen- und einem Zeitregister. Mitgeliefert wird eine Diskette, auf der die im Heft angezeigte Literatur in einer Datenbank gespeichert ist. Die

Daten sind recherchierbar angelegt. Voraussetzung ist ein IBM-kompatibler PC mit einer DOS-Version 3.3 oder höher.

Alle an der Bibliographie Beteiligten sind sich bewußt, daß auch nur annähernde Vollständigkeit nur nach und nach und mit Unterstützung der Fachwissenschaftler erreicht werden kann.

Ein weiteres Problem, das sich gegenwärtig stellt, sind die knappen finanziellen Mittel. Wir möchten deshalb mit diesem Aufruf alle Fachautoren sehr herzlich bitten, uns bildungsgeschichtlich relevante eigene Titel bzw. Aufsätze in Fachzeitschriften anzuzeigen und uns nach Möglichkeit Kopien oder sogar Rezensionsexemplare zur Verzeichnung in der Bibliographie zu übergeben.

Kontakt:

Dr. Marion Bierwagen (Bibliotheksleiterin),
Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, PF 39, 10182 Berlin
(Hausanschrift: Warschauer Str. 34-38, 10243 Berlin),
Tel. 030/30 64 90 12 oder 030/ 30 64 90 33, Fax 030/ 30 64 90 25

Forschungsprojekte zu Wissenschaft und Hochschulentwicklung in der DDR und in Ostdeutschland, 2. Folge

Die folgende Dokumentation ergänzt den ersten Teil, veröffentlicht in *hso* 5/1994, S. 31-45, und setzt ihn fort. Das heißt, sie führt aktuell laufende Projekte, die seinerzeit bereits annonciert worden waren, nicht noch einmal auf.

1. Seit 1990 abgeschlossene Graduierungsarbeiten zu Themen der DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte sowie der ostdeutschen Wissenschaftsentwicklung

Friedemann Stengel: ***Die DDR-Situation im Blickfeld universitätstheologischer Stellungnahmen in den siebziger Jahren. Diplomarbeit. Theologische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.*** Diplomarbeit. Theologische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1992.

Peter Paul Straube: ***Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR als Ort eines außeruniversitären Studium Generale 1945 - 1989.*** Dissertation. Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg 1994.

Christian Winter: ***Die Auseinandersetzung um die Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig. Vorgeschichte und Umstände der Zerstörung.*** Dissertation. Theologische Fakultät der Universität Leipzig 1994.

Kitty Lärz: ***Abgrenzung und Isolation als Mittel der Legitimierung der Sozialpsychologie in Jena (1962 - 1980).*** Diplomarbeit. Institut für Psychologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1994.

Lars Klingsberg: ***Existenzbedingungen musikalischer und musikwissenschaftlicher Gesellschaften in der DDR.*** Dissertation. Philosophische Fakultät der Universität Rostock 1995.

Conrad Tiebel: ***Weiterbildung in den neuen Bundesländern vor und nach der Wende.*** Dissertation. Philosophische Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg 1995.

Annett Schreiber: ***Psychische Bewältigung existentieller Bedrohungen von Studenten in Ostdeutschland.*** Dissertation, Fakultät für Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie der Universität Leipzig 1995.

2. Aktuell laufende Forschungsprojekte zu Themen der DDR-Hochschul- und -Wissenschaftsgeschichte sowie der ostdeutschen Wissenschaftsentwicklung

Gunilla-Friderike Budde, FU Berlin, Arbeitsstelle für Vergleichende Gesellschaftsgeschichte, Hechtgraben 6-8, 14195 Berlin:
Akademikerinnen unter „deutschen" Diktaturen. Weibliche Qualifikations- und Karrierewege im NS und in der SBZ/DDR.
Seit 1995, Abschluß voraussichtlich 1998.

Prof. John (FSU Jena), *Prof. Mai* (PH Erfurt-Mühlhausen) & *Prof. Ehrlich,* Stiftung Weimarer Klassik, Burgplatz 4, 99423 Weimar:
Völkische, nationalsozialistische und sozialistische Erbe-Instrumentalisierung.
In Planung.

Isabelle Nicolas, Université Lyon 2, Département d'allemand, 5 Avenue Pierre Mendès, F - 69676 Bron-Cedex:
Die DDR-Intelligenz und die osteuropäischen Länder.
Dissertationsprojekt. Seit 1992.

Dagmar Klenke, FU Berlin, FB Geschichtswissenschaft, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin:
Die Geschichte der Arbeiter- und Bauernfakultäten (1945 - 1966). Elitenrekrutierung in der Mobilisierungsphase des Sozialismus.
Dissertationsprojekt. Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1996.

Ulrike Schuster, Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V., Chausseestr. 8, 10115 Berlin:
Die Widerspiegelung der FDJ-Hochschulpolitik in der Zeitschrift FORUM 1947 - 1983.

Ludwig Issing, FU Berlin, FB Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften, Institut für Psychologie, Arbeitsbereich Medienpsychologie und -pädagogik, Malteserstr. 74-100, 12249 Berlin:
Hochschulmedien in der ehemaligen DDR.
Seit 1994, Veröffentlichung für 1996 geplant.

Manfred Heinrich, Forschungsverbund SED-Staat, Malteserstr. 74 - 100, 12249 Berlin:
Die DDR-Wirtschaft zwischen Innovationszwang und Innovationsträgheit. Zur Forschungs- und Intelligenzproblematik der SED-Führung in den 70er und 80er Jahren.
Seit 1995, für 1997 Monographie geplant.

Sybille Gerstengarbe & Annett Wittwer, Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, PF 1127, 06019 Halle/S.:
Geschichte der Leopoldina von 1932 - 1954. Der Neuanfang und die Erhaltung des gesamtdeutschen Charakters der Akademie in der SBZ/DDR von 1945 - 1954.

Peter Th. Walther, FSP Zeithistorische Studien, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam:
Mit der preußischen Tradition zur sozialistischen Nationalakademie der DDR: Diskursgemeinschaften an der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin.
Geplant ab 1996.

Silvia Müller & Bernd Florath, Robert-Havemann-Gesellschaft, Schliemannstr. 23, 10439 Berlin:
Die Entlassung Robert Havemanns an der Deutschen Akademie der Wissenschaften 1966.
Abschluß voraussichtlich 1995.

Tanja Bürgel, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Historisches Institut, Humboldtstr. 11, 07743 Jena:
Die Geschichte der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der deutschen Klassik in Weimar.
Seit 1995. Monographie geplant für 1998.

Jörg Schönert, Friedrich Vollhardt & Lutz Danneberg, Universität Hamburg, FB Sprachwissenschaft, Literaturwissenschaftliches Seminar, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg:
Wissenschaftsprozesse in den Forschungen zur deutschen Literatur der Aufklärung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR zwischen 1965 und 1990.

Wolfgang Schuller, Universität Konstanz, Fachgruppe Geschichte, PF 5560 D 3, 78434 Konstanz:
Geschichte der Altertumswissenschaftswissenschaften in der DDR.
Monographie geplant.

Götz-Olaf Wolff, FSP Zeithistorische Studien, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam:
Die Entwicklung von Lehre und Studium der Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.
Dissertationsprojekt. Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1996.

Joachim Marcinek, Humboldt-Universität, Geographisches Institut, Unter den Linden 6, 10099 Berlin:
Die Entwicklung des Geographischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin zwischen 1945 und 1990.
Seit 1994.

Kitta Lärz, Friedrich-Schiller-Universität, Institut für Psychologie, Fürstengraben 1, 07743 Jena:
Die Jenaer Sozialpsychologie in der DDR. Eine Analyse ihres theoretischen Ansatzes, ihrer nationalen und internationalen Position und ihres Wissenschaftsalltages.
Dissertationsprojekt. Seit 1994, Abschluß voraussichtlich 1996.

Sonja Süß, Bundesbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit, Abt. Bildung und Forschung, PF 218, 10106 Berlin:
Gab es einen politischen Mißbrauch der Psychiatrie in der DDR?

Udo Schagen, Institut für Geschichte der Medizin, Forschungsstelle Zeitgeschichte, FU Berlin, Klingsorstr. 119, 12203 Berlin:
Die Medizinischen Fakultäten im Gesundheitswesen der DDR.
Seit 1994.

Ines Horst, Universität Bamberg, Institut für Schulpädagogik, Briefpost, 96045 Bamberg:
Analyse und Vergleich von Konzepten der erziehungswissenschaftlichen Ausbildung (Lehramtsstudiengänge) aus der ehemaligen DDR und der BRD. Theoretische Probleme, empirische Befunde und Reformtendenzen.

Jürgen Schulz, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Historisches Institut, Humboldtstr. 11, 07743 Jena:
Langzeituntersuchung des Sozialorganismus einer Wissenschaftler-, Techniker- und Präzisionsarbeiterstadt. Jena von den 20er zu den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts.
Habilitationsprojekt. Ab 1995, Abschluß voraussichtlich 1998.

Helmut Nuhn, Universität Marburg, FB Geographie, Deutschhausstr. 10, 35037 Marburg:
Industriebezogene F+E in ihrer Bedeutung für betriebliche Modernisierung und Regionalentwicklung - untersucht an Standorten in Thüringen vor und nach der Wende.
Seit 1994.

Hans-Jörg Stiehler & Arnulf Kutsch, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig:
Studienmotivation, Studienerfahrung und Studienwege am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft.
Abschluß voraussichtlich 1995.

Michael Kittner & Gine Elsner, Hochschule für Film und Fernsehen, Karl-Marx-Str. 33-34, 14482 Potsdam:
Lebens- und Werkgeschichte der Regie- und Kameraabsolventinnen und der Szenaristinnen der HFF ab Gründung der Hochschule im Jahre 1954 bis zum Studienabschluß des ersten Jahrgangs nach der deutschen Einheit.

M. Rasztar, R. Sackmann, O. Struck-Möbbeck, A. Weymann, M. Wingens, Universität Bremen, SFB Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf, PF 330440, 28334 Bremen:
Berufliche Verläufe im Transformationsprozeß [Analyse der Berufseinmündungsphase und Berufskarriere zweier ostdeutscher Hochschulabsolventen-Kohorten (1985 und 1990) sowie zweier ostdeutscher Absolventenkohorten einer beruflichen Lehre].
Seit 1992, Abschluß 1996.

Imke Keil & Michael Wilms, Forschungsverbund SED-Staat, Malteserstr. 74 - 100, 12249 Berlin:
Der Forschungs- und Technologiepark Adlershof.
Seit 1995, Abschluß 1997.

3. Einrichtungen, die laufende Begleitforschung zur ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung betreiben

Neben den unter 2. genannten EinzelwissenschaftlerInnen und Forschungsgruppen gibt es einige Einrichtungen, die mit einer gewissen Konstanz - meist im Zuge von auf unmittelbare Politikberatung orientierten empirischen Begleitforschungsstudien - Einzelaspekte der ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung untersuchen. Bei diesen können Interessierte aktuelle Projekt- und Publikationslisten angefordern. Es sind dies, um die wichtigsten zu nennen, folgende Forschungsgruppen und -einrichtungen (eine von diesen stellt sich, in Ergänzung ähnlicher Beiträge in *hso* 5/94, ausführlicher im Anschluß an diese Dokumentation vor):

Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpeitschufer 50, 10785 Berlin.

Hochschul-Informations-System, Goseriede 9, 30159 Hannover.

Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V., Hoffmannstr. 1-5, 12435 Berlin.

Forschungsagentur Berlin GmbH, Köpenicker Str. 325, 10079 Berlin.

Zentrum interdisziplinäre Frauenforschung ZiF, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

hochschule ost wird diese Dokumentation 1996 fortsetzen. Hilfreich dafür sind Mitteilungen über Projekte wie zu abgeschlossenen Graduierungsarbeiten an Red. *hochschule ost,* Universität Leipzig, Postfach 920, 04009 Leipzig.

Recherche & Zusammenstellung: Peer Pasternack

Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V. (WIFO), Berlin

Profil

Das WIFO, gegründet im Januar 1991, ist aus einer unabhängigen Arbeitsgruppe für internationale Bildungsforschung hervorgegangen. Es führt als gemeinnützige Institution Bildungs- und Sozialwissenschaftler/innen zu interdisziplinärer Forschung mit praktischer Ausrichtung zusammen.

Gegenwärtig arbeiten am WIFO zehn Wissenschaftler/innen auf den Gebieten der Bildungsökonomie und -soziologie, der Berufsbildungs- und Hochschulforschung und der international vergleichenden Bildungsforschung. Zum Untersuchungsfeld gehören alle Bildungsstufen, einschließlich deren Schnittstellen und Übergänge, sowie die Bezüge des Bildungssystems zu Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialstrukturen.

Forschungslinien/Projekte

Nach anfänglicher ABM-gestützter Arbeit an Eigenprojekten hat das WIFO zunehmend Projekte von öffentlichen Auftraggebern eingeworben und betreibt jetzt Forschung ausschließlich über Projektförderung. Im Verlauf der Projektarbeit haben sich fünf hauptsächliche Forschungslinien mit entsprechenden Bearbeiterteams herausgebildet.

1 Strukturen und Inhalte der Bildungsforschung in den neuen Bundesländern (Regina Kaiser, Sabine Manning, Rudolf Thomas)

Projekt „Bildungsforschung in den neuen Ländern - eine Bestandsaufnahme". Ziel der dreijährigen Untersuchung ist es, die gegenwärtige Bildungsforschung an ostdeutschen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen zu erfassen und hinsichtlich des Personals, der Themen und der Förderung zu analysieren. Die Ergebnisse, basierend auf einer Datenbank des WIFO, liegen als Studie mit dokumentarischem Anhang (Februar 1995) vor.

2 Bildungsweggestaltung und Schulentwicklungsplanung in den neuen Bundesländern (Jürgen Baumbach, Egon Holldack)

Projekt „Zur Gestaltung von Bildungswegsystemen - untersucht anhand der Transformationsprozesse in den Ländern Berlin und Brandenburg". In einer exemplarischen Analyse werden die Prozesse der Transformation von Bildungswegsystemen westdeutscher in ostdeutsche Bundesländer begleitet und bewertet. In die Untersuchung sind berufsbil-

dende und hochschulvorbereitende Bildungswegangebote der Sekundarstufen I und II einbezogen. Die Studie zum Zeitraum 1993/1994 ist abgeschlossen (Dezember 1994).

Projekt „Demographischer Zusammenbruch, regionale Schulentwicklung und Schulgesetzgebung in Mecklenburg-Vorpommern". Untersucht werden die Problemlagen, die aus der Kopplung demographischer Kontraktion und der Aufteilung der Schülerschaft auf vier Schularten Brisanz gewonnen haben. Die schulplanerische Analyse, 1993 in Auftrag gegeben, soll eine Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen bieten. Ein entsprechendes Gutachten wurde erstellt (Februar 1994).

3 Aspekte der Berufsbildung in Deutschland (Sigrid Jordan, Joachim Schuberth, Ingrid Weißflog)

Projekt „Untersuchungen studienrelevanter Qualifikationen in ausgewählten beruflichen Bildungsgängen des dualen Systems". Im Blickpunkt steht die Frage nach der Studierfähigkeit von Absolventen neugeordneter beruflicher Ausbildungsgänge. Die Evaluation entsprechender studienrelevanter Qualifikationen soll zu Lösungsansätzen für die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung führen. Die Ergebnisse der sechsmonatigen Untersuchung sind in einem Gutachten (Dezember 1992) zusammengefaßt.

Projekt „Individualisierung und Binnendifferenzierung in der Berufsausbildung". Die Untersuchung richtet sich auf exemplarische Erkundungen der Individualisierungs- und Differenzierungspraxis in Berufsschulen ausgewählter Regionen und Berufsfelder. Die gewonnenen Erkenntnisse aus dem zweijährigen Untersuchungszeitraum (Studie: April 1995) sind Bestandteil eines größeren Forschungsvorhabens.

Projekt „The Effectiveness of New Curriculum Models for Initial Vocational Training - Modularisation - Report on Germany". Als Beitrag zu einem EU-Forschungsvorhaben (vgl. 5) wird die Effektivität neuer Lehrplanmodelle in der beruflichen Erstausbildung des dualen Systems untersucht. Ein besonderer Aspekt der Analyse sind Ansätze der modularen Ausbildung. Die einjährige Untersuchung ist in einem Zwischenbericht (Mai 1992) ausgewertet worden.

4 Umsetzung von EU-Bildungsförderprogrammen in den neuen und alten Bundesländern (Sigrid Jordan, Wolfgang Kehr, Sabine Manning, Rudolf Thomas)

Ausgehend von einer breiten Analyse der Einführung von Bildungsförderprogrammen der Europäischen Gemeinschaft in den neuen Bundesländern (Projektzeitraum 1991 bis 1993) wird die Umsetzung von zwei Programmen vertieft untersucht: ERASMUS und PETRA.

Projekt „Studie zur Umsetzung von ERASMUS in den neuen Bundesländern". Das Ziel besteht in einer wissenschaftlichen Begleitung des Einstiegs der ostdeutschen Hochschulen in das europäische Mobilitätsprogramm. Die ERASMUS-Aktivitäten des Zeitraums von 1991/92 bis 1994/95 werden in ihrer Wechselwirkung mit den Umgestaltungsprozessen an den Hochschulen analysiert. Der Abschlußbericht (April 1995) faßt die Teilstudien zusammen.

Projekte „Wissenschaftliche Begleitforschung für das Berufsförderprogramm der Europäischen Gemeinschaft PETRA II in Deutschland"/"Externe Evaluation von PETRA II in Deutschland". Schwerpunkt der 1993 begonnenen dreijährigen Begleituntersuchung ist die Leistungsbewertung und fachkompetente Unterstützung laufender europäischer Partnerschaftsprojekte in alten und neuen Bundesländern. Zu den bisherigen Ergebnissen gehören auch Modellprojekte, die mit europäischen Partnern entwickelt worden sind. Als Beitrag zur Evaluation von PETRA II in der Europäischen Union liegt ein nationaler Bericht (April 1994) vor.

5 Probleme der Bildung im westeuropäischen Vergleich (Sabine Manning)

Projekt „Modularisation in initial vocational training: recent developments in six European countries; an interview study with trainers in six European countries". Das über zwei Jahre konzipierte Projekt einer europäischen Forschungspartnerschaft im Rahmen von PETRA ist darauf gerichtet, modulare Strukturen der Berufsausbildung in sechs Ländern der Europäischen Union vergleichend zu analysieren. Auf einer Erfassung der gegenwärtigen Entwicklungen (Juni 1992) baut eine Befragung von Ausbildern und Berufsschullehrern (Oktober 1993) auf.

Projekt „Erfahrungen europäischer Staaten zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung anhand praktizierter Regelungen und Bestimmungen". Unterschiedliche nationale Modelle der „Gleichwertigkeit" werden in ihrem bildungspolitischen Kontext und hinsichtlich ihrer praktischen Umsetzung untersucht. Einbezogen sind Expertenanalysen aus den betreffenden Ländern. Aus dem 1992 begonnenen Vorhaben sind ein Gutachten (Dezember 1992) und weitere Arbeiten hervorgegangen.

Projekt „Hochschulzugang für Berufserfahrene in westeuropäischen Staaten - nationale Modelle und bildungspolitische Trends". Anknüpfend an die Gleichwertigkeitsthematik werden unterschiedliche Lösungsansätze für den „dritten Bildungsweg", d.h. den Zugang Erwachsener mit Berufserfahrung zum Hochschulstudium, in Westeuropa betrachtet. Daraus sind Schlußfolgerungen für die Bildungsdebatte in der Bundesrepublik abzuleiten. Ausgehend von einer Expertise (Januar 1994) werden Beiträge in mehrere Forschungszusammenhänge eingebracht.

Projektförderung

Die Projekte des WIFO wurden bisher von folgenden öffentlichen Einrichtungen gefördert bzw. in Auftrag gegeben:

* Europäische Kommission/Generaldirektion XXII (vormals Task Force Humanressourcen), Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie;

* Bundesinstitut für Berufsbildung, Carl-Duisberg-Gesellschaft, Deutscher Akademischer Austauschdienst;

* Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern;

* Hans-Böckler-Stiftung, Max Träger-Stiftung.

Europäische Zusammenarbeit

In Verbindung mit Projekten zu EU-Förderprogrammen und vergleichenden Untersuchungen zur Bildungsentwicklung in Europa arbeitet das WIFO mit Forschungseinrichtungen in mehreren Ländern der Europäischen Union zusammen. Dazu gehören in

* Frankreich: FORS, Paris;

* Griechenland: ACRONYM, Athen;

* Großbritannien: CES, University of Edinburgh; FEDC, Bolton Institute of Higher Education; NICO Education Services, Bangor;

* Luxemburg: ILReS, Luxemburg;

* den Niederlanden: SCO-Kohnstamm Institute, University of Amsterdam;

* Schweden: Skolverket, Stockholm;

* Spanien: ICE, Technical University, Madrid.

Außerdem wirkt das WIFO über individuelle Mitgliedschaften in europäischen bzw. internationalen Forschungsgemeinschaften, wie CESE (Comparative Education Society in Europe), CHER (Consortium of Higher Education Researchers) und EAIR (European Higher Education Society), mit. Forschungsergebnisse des WIFO werden auf internationalen Konferenzen dieser und anderer Veranstalter vorgetragen.

Veröffentlichungen

Zu allen vorgestellten Projekten liegen Berichte unter den jeweiligen Themen vor. Ausgewählte Ergebnisse der Projektforschung gibt das WIFO als eigenständige Veröffentlichungen (Gestaltung: *Charlotte Sauer*) heraus. Dazu gehören bisher folgende Titel:

Bildung und Gesellschaft vor neuen Herausforderungen: Beiträge zu einer Bildungsdebatte. Berlin, Dezember 1991. 165 S. ISBN 3-9298.69-00-4

EG-Förderprogramme für Bildung und Beschäftigung. Informationen über Ziele, Schwerpunkte, Antragstermine, Finanzierung und Ansprechpartner. 2. Auflage. Berlin 1992. 64 S. ISBN 3-9298.69-01-2

Manning, Sabine (Hrsg.): Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung - 5 Länderstudien. Equivalence of General and Vocational Education - 5 Country Studies. Berlin, August 1993, 120 S. ISBN 3-9298.69-02-0

ERASMUS an Fachhochschulen der neuen Bundesländer - Veranstaltung des Wissenschaftsforums Bildung und Gesellschaft e.V. am 19. April 1994 in der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, 1994. 62 S. ISBN 3-9298.69-03-9

Holldack, Egon: Zur Gestaltung von Bildungswegsystemen - untersucht anhand der Transformationsprozesse in den Ländern Brandenburg und Berlin (Ostteil). Berlin, November 1994 ISBN 3-9298.69-05-5

Kaiser, Regina; Kehr, Wolfgang; Jordan, Sigrid: Aktion I b von PETRA II in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse zweier Interviewbefragungen. Berlin, Oktober 1994. 32 S. ISBN 3-9298.69-04-7

Darüber hinaus sind die Ergebnisse der gemeinsamen Projektarbeit als Beiträge in zahlreichen Monographien und Periodika erschienen. Nachfolgend ist eine Auswahl zusammengestellt:

Baumbach, Jürgen: Regionale Schulentwicklungsplanung in Ostdeutschland. In: *Die Deutsche Schule.* H.3/1992

Weißflog, Ingrid: Ostdeutsche Berufsausbildung im Übergangsprozeß - Probleme, Standpunkte und Lösungsansätze zu ausgewählten Sachfragen. S.105-120; Manning, Sabine: EG-Förderprogramme für Bildung und Beschäftigung im Überblick. S. 495-502; Jordan, Sigrid: Berufsbildungsprogramme der Europäischen Gemeinschaft und die neuen Bundesländer. S. 503-520; In: Neue Länder - Neue Berufsausbildung? Prozeß, Probleme und Perspektiven des Übergangs der Berufsausbildung in den neuen Bundesländern. Ein Reader mit Beiträgen aus Forschung, Wissenschaft und Praxis. Hrsg.: Bundesinstitut für Berufsbildung. Reihe: Berichte zur beruflichen Bildung. H. 153. Berlin, 1992

Manning, Sabine: Die Rolle der EG-Bildungsprogramme in den neuen Bundesländern. In: *Bildung und Erziehung,* Heft 1/1993. S. 61-72

Manning, Sabine: Förderchancen durch Hochschulprogramme der EG - wie werden sie in den neuen Bundesländern genutzt? In: *Das Hochschulwesen. Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik.* Neuwied, H. 3/1993. S. 130-133

Baumbach, Jürgen: Einige Thesen zu Entwicklungen im ostdeutschen Bildungswesen - dargestellt am Vergleich zwischen den Bundesländern Berlin und Brandenburg. In: Gerlind Schmidt (Hrsg.): Transformationsprobleme im Bildungswesen postsozialistischer Staaten in Ost-Mitteleuropa. Beiträge eines Workshops des VIII. Weltkongresses für Vergleichende Erziehungswissenschaft in Prag vom 8.-14. Juli 1992. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung. Frankfurt am Main 1993, S. 25-32

Current issues in modular training: An interview study with trainers in six European countries. Hrsg.: Centre for Educational Sociology at the University of Edinburgh. Edinburgh 1993

Jordan, Sigrid; Kehr, Wolfgang: Förderung der Berufsbildung in den neuen Bundesländern durch EG-Programme. Hrsg.: Bundesverband Mittelständische Wirtschaft Bonn - Berlin. Trafo-Verlag, Berlin 1993. 54 S.

Jordan, Sigrid; Löw, Peter: Ein Jahr nach PETRA. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis.* Berlin, H. 1/1994. S. 38-40

Döbert, Hans; Manning, Sabine: The Transformation of the East German School and Ist Relation to Internationale Developments in Education. In: Education and the values crisis in Central and Eastern Europa/Val D. Rust ... (ed.). Frankfurt am Main; Bern; New York; Paris; Wien. Lang-Verlag, 1994. S. 3-26

Manning, Sabine: Aspekte modularer Berufsausbildung - Ergebnisse von Interviews in sechs Ländern der Europäischen Union. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis,* H. 4/1994

Kehr, Wolfgang; Manning, Sabine; Thomas Rudolf: Erfolgreiche ERASMUS-Aktivitäten in den neuen Bundesländern. In: *hochschule ost,* H. 1/1995, S. 81-89

Manning, Sabine: Wie beurteilen westeuropäische ERASMUS-Koordinatoren ihre ostdeutschen Partner? Ergebnisse einer standardisierten schriftlichen Befragung. In: *Tertium Comparationis - Journal für internationale Bildungsforschung,* H. 1/1995, S. 63-74

Jordan, Sigrid: Projektpartnerschaften mit PETRA aus Sicht einer nationalen Bewertung. In: *Die berufsbildende Schule* (1995)2

Manning, Sabine: Access through vocational experience. In: *European ACCESS news* (1995)2, S. 18f.

Kaiser, Regina; Manning, Sabine; Thomas, Rudolf: Bildungsforschung in den neuen Bundesländern - eine Bestandsaufnahme.

Studie. Berlin 1995 (Veröffentlichung vorgesehen)

Kehr, Wolfgang; Manning, Sabine; Thomas Rudolf: ERASMUS in den neuen Bundesländern. Studie. Berlin 1995 (Veröffentlichung vorgesehen)

Für die weitere Forschung ist das WIFO an vielseitiger Zusammenarbeit mit Verwaltungen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Bildungsträgern interessiert. Es übernimmt Projekte, Beratungs- und Gutachtertätigkeit. Ansprechpartner/innen sind der Vorstand (Frank Schiemann, Jürgen Baumbach, Sabine Manning) sowie die genannten Vertreter der Projektteams.

Der Beitrag wurde von Sabine Manning, Dr. habil., tätig am Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V. (WIFO), Berlin, zusammengestellt. Adresse: WIFO, Hoffmannstr. 1-5, D-12435 Berlin, Tel./Fax: (030) 27 29 25 02

GELESEN

Reformuniversität Bielefeld 1969-1974. Zwischen Defensive und Innovation, hrsg. von Peter Lundgreen, Verlag für Regionalgeschichte Bielefeld 1994, 324 S.

Der Rückblick auf ein Vierteljahrhundert Universitätsentwicklung in Ostwestfalen ist eine Bilanz der Umsetzung jenes Reformvorschlages des Soziologen Helmut Schelsky, der auf eine Forschungsuniversität mit strukturellem numerus clausus setzte, in der die Hochschullehrer Lehre und Forschung im jährlichen Wechsel betreiben können, in der interdisziplinäre Fragestellungen in neuen „Querschnittsinstitutionen" behandelt werden, ehe noch die klassischen Fakultätsegoismen gegenseitige Abschottung erreichen, in der die Ausbildung in konzentrierten thematischen Blöcken intensiver Diskussion zwischen Dozenten und Studierenden realisiert werden sollte - kurz ein Konzept des Experimentierens mit strukturellen Antwortmöglichkeiten gegenüber der schon Mitte der sechziger Jahre absehbaren Universitätskrise. Schelsky, Schüler von Hans Freyer aus Leipziger Zeit, hatte für ein elitär anmutendes Programm, das sich von dem der „Entlastungsuniversitäten" im Moment des quantitativen Ausbaus des westdeutschen Hochschulwesens unterscheiden sollte, tatkräftige Mitstreiter und politischen Rükkenwind in Düsseldorf gefunden.

25 Jahre später ist der Ton der über achtzig Artikel meistenteils von tiefer Trauer über das Scheitern eines Elitebewußtsein spendenden Konzepts an den Vereinheitlichungsanstrengungen der bundesdeutschen Hochschulgesetzgebung und -politik und gleichzeitig unerschüttertem Selbstbewußtsein getragen, aus eben diesem Konzept eine herausgehobene Stellung unter den europäischen Universitäten ableiten zu können: „Die Bielefelder Universität ist längst zu einer 'normalen' Forschungs- und Ausbildungsuniversität in einer kaum differenzierten Hochschullandschaft geworden; im Leistungsvergleich schneidet sie überdurchschnitlich ab, in der Wahl als Studienort unterdurchschnittlich", wie Peter Lundgreen zusammenfaßt. (S. 30)

So folgen denn die Beiträge über die einzelnen Einrichtungen (und bei solchen Jubiläumsschriften gestattet die Kenntnis der Rituale die Vermutung, daß wirklich keine vergessen wurde) nicht nur formal einem einheitlichem Schema (Gründungsgeschichte und Evolution, Lehre, Forschung), sondern erweisen sich auch sprachlich ziemlich konform. Am Anfang findet sich zumeist die legitimatorische Herleitung der eigenen Existenz von Gründervater Schelsky, es folgt die elegische Erinnerung an die großartigen Konzepte der frühen siebziger Jahre, um dann vom langwierigen Kampf gegen Kürzungen und Struktureinbrüche zu berichten, die die hehren Anliegen beinahe zu Fall gebracht haben.

Ein Blick ins Autorenverzeichnis klärt einen möglichen Hintergrund dieser Tonlage auf: fast die Hälfte, nämlich 39 von 82 der aus der Hochschule kommenden Autoren gehört der Universität (bzw. der 1980 integrierten PH) mindestens seit 1975 an. Bedenkt man, daß unter den anderen Studenten- und Mittelbauvertreter sowie Leiter von wesentlich später gegründeten Einrichtungen sind, zeigt sich eine erstaunlich ge-

ringe Mobilitätsrate unter den Identitätsträgern, wenn sicher auch das besondere Genre einer Festschrift, für die betriebsinterne Reputation ein wichtiges Kriterium der Auswahl ist, in Rechnung gestellt werden muß. Die Konstellation würde die Frage nach einem bevorstehenden Generationswechsel und seinen Problemen nahelegen. Man sucht dies Thema jedoch völlig vergeblich.

Ebenso vermißt man - gerade in Kenntnis des sonstigen Argumentationsstiles der „Bielefelder Schule", mit dem sie positive Diskursveränderungen in der deutschen Wissenschaftslandschaft hin zu mehr Transparenz und Diskussionsfähigkeit erreicht hat - eine kritische Reflexion auf Schwächen des Gesamtkonzeptes und der einzelwissenschaftlichen Orientierungen. Wegen dieser Schwäche des Bandes fällt es auch schwer, die Übertragbarkeit der Bielefelder Reformerfahrungen auf andere Hochschulen zu erörtern.

Der Ausblick des langjährigen Rektors (1970-1992), Karl Peter Grotemeyer, und die Überlegungen seines aktuellen Amtsnachfolgers Helmut Skowronek, zeigen dagegen für Bielefeld eher den Versuch, Anschluß an die heutigen Reformschwerpunkte zu erreichen. In der Universitätsstadt am Teutoburger Wald hat man offenkundig früher als anderswo erkannt (und unter Sparzwängen erkennen müssen), daß die direkt vom Staat bereitgestellte Grundausstattung für Hochschullehrerbezahlung und die nötigste Ausstattung der Lehreinrichtung genügt, die Forschungsausstattung aber weithin aus Drittmitteln eingeworben werden muß, gegenteiliges Anspruchsdenken an die Ministerien nur in außergewöhnlich fetten Jahren Erfolg hat. Dies nun nicht den einzelnen Ordinarien zu überlassen, sondern kollektive Beutezüge im Forschungsförderungsteich zu organisieren, ihnen entsprechende infrastruktrelle Voraussetzungen zu schaffen (Universitätsschwerpunkte, zentrale interdisziplinäre Einrichtungen) erklärt den Erfolg des Bielefelder Modells. Sonderforschungsbereiche, Graduiertenkollegs und Projektverbünde haben Stellenkürzungen im Haushalt aufgefangen. Mit dem Zentrum für Interdisziplinäre Forschung (ZiF) hat eine der wichtigsten Ideen Helmut Schelskys, um die herum er eigentlich die in Fakultäten geteilte Universität aufbauen wollte, dabei immer wieder Attraktivitätsunterstützung und den Rahmen für die vorbereitende wissenschaftliche Kommunikation gegeben.

Altrektor Grotemeyers kritische und individuelle Egoismen sowie Reformunverständnis hervorhebende Zustandsschilderung der Hochschullehrermentalität, die durchaus auch anderswo zutreffend sein könnte, macht jedoch skeptisch, ob die abzusehende nächste Reformwelle im deutschen Hochschulwesen noch einmal aus dem Fundus der alten Konzepte bewältigt werden kann. Der schleichende Abbau der 1968 eingeklagten demokratisierten Gruppenuniversität führt eben nicht etwa zurück zu den patriarchalischen Ordinariaten, unter denen wenigstens einige Verantwortung für ganzheitliche Entwürfe aufbrachten. Die Entzauberung der „deutschen Mandarine" und der faktische Ruin einer anders denn nur noch symbolisch funktionierenden Gruppenuniversität hinterlassen ein Vakuum, das zunächst als Unfähigkeit beschrieben wird, die eigentlich notwendige Eigenverantwortung in den Hochschulen auch wahrzunehmen, wenn die Politik (schon um nicht mit dem relativen bzw. sogar absoluten Ressourcenabbau weiter identifiziert zu werden) sie zuzulassen droht.

Matthias Middell (Leipzig)

PUBLIKATIONEN

Knyschewskij, Pawel Nikolaewitsch: ***Moskaus Beute. Wie Vermögen, Kulturgüter und Intelligenz nach 1945 aus Deutschland geraubt wurden.*** Olzog Verlag, München/Landsberg am Lech 1995. 240 S. DM 44,-. Über den Buchhandel.
Der Autor, Dozent für Geschichte der Militärkunst an der Militärakademie St. Petersburg, schildert u.a. die Entwicklung der sowjetischen Atom- und Raketenforschungen unter der Beteiligung zwangsverpflichteter deutscher Wissenschaftler und Techniker.

Leibniz-Sozietät (Hg.): ***Akademiegedanke und Forschungsorganisation im 20. Jahrhundert. Materialien des Wissenschaftlichen Kolloquiums zum Leibniz-Tag 1994*** (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Bd. 3). Reinhardt Becker Verlag, Berlin 1995. 75 S. DM 35,-. Über den Buchhandel.
Unter durchgehender Bezugnahme auf die Integration von Gelehrtengesellschaft und Forschungsinstitutsverbund in der Akademie der Wissenschaften der DDR diskutieren Conrad Grau („Gelehrtengesellschaft und Forschungsgemeinschaft. Zur Organisationsgeschichte der Akademien der Wissenschaften in Deutschland im 20. Jahrhundert"), Hubert Laitko („Betrachtungen zum Problem akademiespezifischer Forschung"), Johannes Irmscher („Organisationsformen der klassischen Altertumswissenschaft") und Werner Scheler („Zur Kompatibilität von Akademie und Forschungsinstitution") das Thema.

Verband ehemaliger Rostocker Studenten VERS (Hg.): ***Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten.*** o.O. 1994. 214 S. DM 10,-. Bezug bei: VERS, c/o Dr. Wolfgang Baudisch, Peter-Lurenz-Weg 3, 18055 Rostock.
Erweiterte, ergänzte und überarbeitete Neuausgabe der VDS-Dokumentation von 1962. Geordnet nach Studienorten (bis zur Verhaftung) werden, soweit sie zu recherchieren waren, folgende Angaben gemacht: Name, Geburtsdatum, Studienfach, Verhaftungsdatum, Urteil und Urteilsbegründung (Stichworte), Entlassung bzw. Todesdatum und -grund.

Wockenfuß, Karl: ***Einblicke in Akten und Schicksale Rostocker Studenten und Professoren nach 1945.*** Hrsg. vom Verband ehemaliger Rostocker Studenten VERS. o.O., o.J. (1995). 127 S. DM 5,-. Bezug bei: VERS, c/o Dr. Wolfgang Baudisch, Peter-Lurenz-Weg 3, 18055 Rostock.
Der Band liefert „Einblicke in Akten und Schicksale von Professoren und Studenten der Philosophischen und Pädagogischen Faklutät von 1950 bis 1968", erinnert an Karl-Alfred Gedowsky, Sportstudent an der Universität Rostock und 1952 in Rostock umgebracht, schildert die Geschichte des 1957 in Tübingen gegründeten VERS, enthält ein Verzeichnis der nach 1945 verhafteten Angehörigen der Universität Rostock und berichtet über „Ein Jubiläum, zwei Feiern - Die Feier zum 550jährigen Jubiläum der Universität Rostock in Kiel 1969". Im Anhang ist ein zeitgenössischer Bericht über letztgenannte Feier dokumentiert.

Lichtenstein, Georg: ***Das durfte nie wahr sein. Rostocker Universitätsprotokolle zum Stalinismus. Manuskript einer Lesung im Kleinen Haus des Volkstheaters Rostock in der Eselförter Straße.*** Hrsg. vom Verband ehemaliger Rostocker Studenten VERS. Rostock 1993. 86 S. DM 5,-. Bezug bei: VERS, c/o Dr. Wolfgang Baudisch, Peter-Lurenz-Weg 3, 18055 Rostock.
Manuskriptdokumentation der am 16. Februar 1990 aufgeführten szenischen Lesung, für die veröffentlichte Materialien ausgewertet worden waren. Der Schwerpunkt liegt auf den 50er Jahren, die Darstellungen reichen jedoch bis in die 80er Jahre.

Lichtenstein, Georg: ***Von der ohnmächtigen Macht des Gewissens. Rostocker Akademiker unter Zirkel und Ährenkranz. Eine szenische Lesung zur 575-Jahrfeier der Universität Rostock.*** Hrsg. vom Verband ehemaliger Rostocker Studenten VERS. Rostock 1994. 69 S. DM 5,-. Bezug bei: VERS, c/o Dr. Wolfgang Baudisch, Peter-Lurenz-Weg 3, 18055 Rostock.
Manuskriptdokumentation der durch die Compagnie de Comédie - Rostock aufgeführten szenischen Lesung, für die zahlreiche Akten der Rostocker Universität, der SED-Universitätsorganisation, des Studentenrates sowie des MfS ausgewertet worden waren. Der Schwerpunkt liegt auf den 50er Jahren, daneben werden auch vereinzelt Berichte bzw. einzelne Personalfälle aus den anderen DDR-Jahrzehnten zitiert bzw. in Dokumentenausschnitten dargestellt.

Wiese, Friedrich-Franz/ Bernitt, Hartwig: ***Arno Esch. Eine Dokumentation.*** Hrsg. vom Verband ehemaliger Rostocker Studenten VERS. Rostock 1994. 160 S. DM 10,-. Bezug bei: VERS, c/o Dr. Wolfgang Baudisch, Peter-Lurenz-Weg 3, 18055 Rostock.
Die Dokumentation ergänzt das 1990 von Wiese vorgelegte Buch „Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch". Esch, Jura-Student und ambitionierter Politiker in der Liberaldemokratischen Partei, war 1994 in Rostock vom NKWD verhaftet und 1951 in der Sowjetunion hingerichtet worden.

Oberdörfer, Eckhard: ***„Von der Wiege bis zur Bahre ist doch Gryps das einzig Wahre". Ein Streifzug durch die Geschichte der Universität Greifswald und ihrer Studenten.*** Edition Studentica im SH-Verlag, Schernfeld 1993. 144 S. DM 39,80. Über den Buchhandel.
Die Darstellung konzentriert sich auf die Beschreibung studentischen und sonstigen akademischen Brauchtums, wobei auch dessen (z.T. abgewandelte) Beibehaltung in der DDR nachgezeichnet wird.

Döbert, Hans: ***Wege zur Hochschule in der DDR. Eine bildungsgeschichtliche Dokumentation*** (Forschungsberichte des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung). Hrsg. vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt a.M. 1994. 72 S. Bezug bei: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Schloß-Str. 29, 60486 Frankfurt a.M.
Der Autor hat 26 verschiedene Möglichkeiten, in der DDR die Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen, recherchiert (und eine, den Fachschulbesuch, ignoriert): Diese werden im einzelnen ausführlich beschrieben.

Lischka, Irene/ Stein, Ruth Heidi: ***Studium und Berufseinstieg von Berufserfahrenen ohne Abitur. Sekundäranalyse von Untersuchungen aus den neuen Bundesländern und der DDR*** (Projektberichte 4/1995). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1995. 118 S. Bezug bei: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.
Entgegen dem etwas irreführenden Titel geht es in der Studie nicht um Berufserfahrene, die aufgrund ihrer Berufserfahrenheit ohne Abitur zum Studium und hernach in einen neuen Beruf

kamen - diese Möglichkeit gab es in der DDR nicht -, sondern um Studierende, die auf verschiedenen hochschulvorbereitenden Bildungswegen ihre Studienberechtigung erlangt hatten. Zum einen werden DDR-Untersuchungsberichte zum Gegenstand aus 25 Jahren ausgewertet, zum anderen eine spezifische Auswertung einer 1992 durchgeführten Befragung von ca. 1.500 Hochschulabsolventen über ihren Berufseinstieg nach dem Systemwechsel mit unter realsozialistischen Bedingungen erworbenem Hochschulabschluß vorgenommen.

Burkhardt, Anke/ Scherer, Doris: ***Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an DDR-Hochschulen in den 80er Jahren. Gesetzliche Grundlagen, hochschulpolitischer Kontext, statistischer Überblick*** (Projektberichte 3/1995). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1995. 114 S. Bezug bei: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.
Die Autorinnen beschreiben ihren Gegenstand in den drei im Titel genannten Perspektiven und erläutern die einzelnen in der DDR möglich gewesenen Förderungsformen. Das Gesamtsystem der Nachwuchsförderung wird als ambivalent dargestellt: Intensiver Betreuung, Integration in Lehr- und Forschungsbetrieb sowie sozialer Absicherung der PromovendInnen standen mangelhafte materiell-technische Ausstattung, nur sehr eingeschränkte Teilnahme am internationalen wissenschaftliche Leben, staatliches Mitsprache- und Kontrollrecht, Beschränkungen individueller Entfaltungsmöglichkeiten sowie eine deutliche gesetzlich fixierte Regelungsdichte gegenüber.

Sabrow, Martin/ Walther, Peter Th. (Hg.): ***Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*** (Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung Bd. 13). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1995. 267 S. Über den Buchhandel.
Der Band ist aus einer Tagung des Forschungsschwerpunktes Zeithistorische Studien Potsdam im Juni 1994 hervorgegangen. Einleitend diskutiert Sabrow ausführlich „Schwierigkeiten mit der Historisierung. Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsgegenstand". Die einzelnen Beiträge sind: „Die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Geschichtswissenschaft der DDR (1945-1961)" (Ilko-Sascha Kowalczuk), „Fritz Hartung und die Umgestaltung der historischen Forschung an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin" (Peter Th. Walther), „Reaktionen 'bürgerlicher' Wissenschaftler auf den Führungsanspruch der SED an der Deutschen Akademie der Wissenschaften in den fünfziger Jahren" (Rüdiger Schroeder), „Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte" (Karen Pfundt), „Die SED-Führung und der 'Grundriß der Geschichte des deutschen Volkes'" (Werner Tschannerl), „Zur Sozialgeschichte der ostdeutschen Gelehrtenschaft (1945-1970)" (Ralph Jessen), „Der Parteiapparat als zentrale Lenkungsinstanz der Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren" (Ulrich Neuhäußer-Wespy), „Einwirkungen des Verlagssystems auf die geschichtswissenschaftliche Forschung der DDR" (Siegfried Lokattis), „Parteiliches Wissenschaftsideal und historische Forschungspraxis. Überlegungen zum Akademie-Institut für Geschichte (1956-1989)" (Martin Sabrow), „Reformwille und Parteiräson. Zur Frage widerständigen Verhaltens am Akademie-Institut für Geschichte" (Hartmut Mehls) sowie „Zur Etablierung der marxistisch-leninistischen Volkskunde am Zentralinstitut für Geschichte" (Matthias Kehl).

Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik GSFP (Hg.): ***Nachdenken über die DDR*** (H. 4-5/1994 der Zs. *Berliner Debatte Initial)*. Berlin 1995. 128 S. 255 S. DM 30,-. Bestellungen an: Berliner Debatte Initial, PF 158, 10412 Berlin.
Im Schwerpunktthema des Heftes referieren Historiker, meist MitarbeiterInnen des Forschungsschwerpunkts Zeithistorische Studien Potsdam, neuere Arbeitsergebnisse, u.a. zu folgenden Themen: „Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Fall Günter Paulus" (Martin Sabrow), „It Takes Two to Tango. Interessenvertretungen an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den fünfziger Jahren" (Peter Th. Walter). Desweiteren ein Interview mit den beiden genannten Autoren zur Arbeit des FSP Zeithistorische Studien.

Schwenk, Herbert: ***„Wir werden es erleben..." Gesellschaftswissenschaftliche Umweltliteratur in der DDR 1970 - 1990. Versuch einer kritischen Bilanz.*** Hrsg. vom Luisenstädtischen Bildungsverein, Berlin 1993. 108 S. Bezug bei: Luisenstädtischer Bildungsverein e.V., Neue Schönhauser Str. 8, 10178 Berlin.
Der Autor gliedert seinen Untersuchungszeitraum in drei Phasen: Aufbruch (1970-75), Umbruch (1976-85), Zusammmenbruch (1986-90), und referiert sowie bewertet die in diesen Jahren jeweils erschienene gesellschaftswissenschaftliche Umweltliteratur. Erfaßt und ausgewertet sind insgesamt 100 Titel.

Beyer, Franz-Heinrich: ***Theologiestudium und Gemeinde. Zum Praxisbezug der theologischen Ausbildung im Kontext der DDR*** (Arbeiten zur Pastoraltheologie Bd. 26). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1994. 200 S. DM 54,-. Über den Buchhandel.
In der „lange vor 1989" begonnenen - und von daher, wie der Autor betont, kontextuell geprägten - und 1990 abgeschlossenen Dissertation-B-(Habilitations-)Arbeit untersucht der Autor die zentrale Rolle, welche die Perspektive Gemeinde in der Diskussion zum Theologiestudium in der DDR einnahm. Der häufigen und betonten Verwendung des Gemeindebegriffs habe zunächst eine völlig unzureichende Klärung seines Inhalts gegenübergestanden. Dabei werde eine Grundfrage des Theologiestudiums deutlich: „Das unauflösliche Miteinander von *reflektierter Theologie* und von *gelebter Theologie* muß in seiner existentiell gegebenen Vermengung und in seiner aufgegebenen (theoretischen) Unterscheidung Bestandteil des Theologiestudiums sein." Davon ausgehend werden insbesondere Rolle, Möglichkeiten und Grenzen des Gemeindepraktikums behandelt, u.a. anhand der Auswertung von Praktikumsberichten Rostocker Theologiestudenten. Eingebettet ist dies in eine ausführliche Darstellung des Theologiestudiums unter den Bedingungen der DDR und einen historischen Abriß der evangelischen Theologenausbildung.

Wartenberg, Günther (Hg.): ***Herbergen der Christenheit. Jahrbuch für deutsche Kirchengeschichte Band 18 (1993/94).*** Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1994. 172 S. Über den Buchhandel.
Drei Beiträge des Bandes interessieren im hiesigen Kontext: „Die 'Herbergen der Christenheit' während und nach der DDR" (Helmar Junghans) und „Das Zensurverfahren bei der Festschrift zur Tausendjahrfeier des Bistums Meißen 1968" (Siegfried Bräuer) schildern an Fallbeispielen Aspekte theologischer Fachkommunikation unter den Bedingungen der DDR. „Veröffentlichungen zur Vernichtung der Leipziger Universitätskirche St. Pauli 1968" (Christian Winter) ist ein Literaturbericht.

Besier, Gerhard: ***Der SED-Staat und die Kirche 1969 - 1990. Die Vision vom „Dritten Weg".*** Propyläen, Berlin/Frankfurt a.M. 1995. 949 S. DM 78,-. Über den Buchhandel.
Wie bereits in seinem ersten Band unter gleichem Haupttitel, der die Zeit bis 1969 behandelte (München 1993), widmet sich Besier auch hier wieder u.a. den Sektionen Theologie an den DDR-Universitäten. Diesmal ist das Thema Gegenstand ein ganzen Kapitels: „Protestantische Kaderbildung - Zur Geschichte der Theologischen Sektionen (1969 - 1989)". Im einzelnen geht es um die „Rolle des MfS bei der Kaderentwicklung an den theologischen Fakultäten der DDR", die „dritte Hochschulreform, die Bildung von Sektionen und die konzeptionellen Bedingungen von Lehre und Forschung", „Einflußnahme auf die theologische Forschung", die „Entwicklung der theologischen Sektionen in den 70er und 80er Jahren aus der Sicht des Staates", „Unruhe unter den Theologiestudierenden in den 70er und 80er Jahren", zwei Einzelbeispiele: Halle und Greifswald sowie um die „Einflußnahme durch Ost-West-Wissenschaftskontakte". Die Untersuchung verarbeitet umfangreiches Aktenmaterial, wobei dessen Einordnung in die reale Lebenswirklichkeit gelegentlich nicht im Vordergrund der Darstellung steht.

Krötke, Wolf: ***Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft. Theologische Orientierungen im Übergang vom 'real existierenden Sozialismus' zur demokratischen pluralistischen Gesellschaft.*** J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1994. 285 S. DM 78,-. Über den Buchhandel.
Der Sammelband faßt 20, z.T. zuvor bereits andernorts publizierte Aufsätze und Vorträge aus den Jahren 1989 - 1993 zusammen, mit denen der Autor der „Gefahr einer theologischen Sprachlosigkeit..., die in erkennbarem Kontrast zu den theologisch-konzeptionellen Bemühungen steht, die in den Kirchen der DDR lebendig waren", gegensteuern möchte. Unter den Beiträgen sind folgende in unserem Kontext interessierende, die zum einen Beiträge zur Geschichte der Theologie in der DDR liefern und zum anderen Erfahrungen des Autors als Dekan der Theologischen Fakultät der HUmboldt-Universität verarbeiten: „Karl Barths Lehre von 'Evangelium und Gesetz' als Einübung der Freiheit der Kirche. Von den Möglichkeiten und Grenzen dieser Einübung unter den Bedingungen der DDR"; „Dietrich Bonhoeffer als 'Theologe der DDR'. Ein kritischer Rückblick"; „Profile der Theologie in der DDR"; „Die Funktion der Theologie an der Universität. Zur Auseinandersetzung mit den atheistischen Vorgaben der sich erneuernden Universität in den neuen Bundesländern"; „Die Theologische Fakultät im Wandel der Gesellschaft".

Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs (Hg.): ***Das Dialog-Thema*** (*Berliner Dialog-Hefte* 2/1994). Berlin 1994. 63 S. DM 8,-. Bezug bei: Gesellschaft zur Förderung des christlich-marxistischen Dialogs e.V., Limonenstr. 26, 12203 Berlin.
Das Heft widmet sich dem christlich-marxistischen Dialog vornehmlich in der DDR wie den Voraussetzungen, die beide beteiligte Seiten dafür mitbrachten. Dieser Dialog war weitgehend ein akademischer - sowohl hinsichtlich der Teilnehmer und Örtlichkeiten wie der (beschränkt gebliebenen) Wirkungen -, wie insbesondere der Beitrag von Günter Krusche: „Der unvollendete Dialog. Zum Verhältnis von Marxismus und Christentum" erhellt. Daneben sind zwei Beiträge in unserem Kontext von Interesse: Hans Lutter, vormals Leiter der Arbeitsgruppe Wissenschaftlicher Atheismus bzw. Religionswissenschaft an der PH Güstrow, berichtet - neben Referierung und Interpretation der im klassischen Marxismus und in der DDR (hier vornehmlich in den Dialog-Zirkeln) entwickelten Positionen zu Religion und Atheismus - über die Geschichte des Lehr- und Forschungsgebietes „Wissenschaftlicher Atheismus" in der DDR. Wolfgang Kleinig stellt in ihrem gesellschafts- und hochschulpolitischen Kontext Arbeiten dar, die an der Humboldt-Universität unter dem - in Abgrenzung vom üblichen „Wissenschaftlicher Atheismus" gewählten - Titel „Lehr- und Forschungsgebiet Theorie und Geschichte der Religion und des wissenschaftlichen Atheismus" von 1980-90 stattgefunden hatten, und untersetzt mit der Referierung seinerzeitiger Forschungsergebnisse seine These, für das behandelte Jahrzehnt an der HUB gelte, daß sich die entsprechende Lehre und Forschung nicht mehr auf Religionskritik beschränkt habe. Im Anhang des Beitrags (unvollständige) Verzeichnisse von Dissertationsthemen, die in diesem Rahmen bearbeitet worden waren, dazu geplanter Dissertationen sowie von behandelten Semester-Seminarthemen.

Leonhardt, Rainer/ Schurich, Frank-Rainer: ***Die Kriminalistik an der Berliner Universität. Aufstieg und Ende eines Lehrfachs*** (Kriminalistik - Wissenschaft & Praxis Bd. 29). Kriminalistik Verlag, Heidelberg 1994. 144 S. DM 48,-. Über den Buchhandel.
Mit der Abwicklung der Sektion Kriminalistik an der Humbolt-Universität zu Berlin (endgültiges Auslaufen 1994) wurde zugleich die Kriminalistik als universitäre Disziplin und eigenständiger Studiengang im gesamten deutschsprachigen Raum aufgegeben. Die Autoren skizzieren die Geschichte des Faches an der Berliner Universität seit 1810. Der größte Teil der Darstellung wird der Zeit nach 1945 gewidmet. Der chronologische Abriß findet sich ergänzt durch Kapitel zur „Geheimforschung" und zur Topographie der Sektion Kriminalistik.

Behnke, Klaus/ Fuchs, Jürgen (Hg.): ***Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi*** (Rotbuch Taschenbuch Bd. 1015). Rotbuch Verlag, Hamburg 1995. 346 S. DM 24,90. Über den Buchhandel.
Mit u.a. folgenden Beiträgen: „Lernziel: Zersetzung. Die `Operative Psychologie' in Ausbildung, Forschung und Anwendung" (Klaus Behnke), „Die Identifikation mit dem Aggressor. Wie

ein Psychologe zum Verfolger wird" (ders.), einem Erinnerungsbericht einer Jenaer Psychologiedozentin (Edith Wolf), „Wissenschaftshistorische Stellungnahme zur 'Operativen Psychologie'" (Mitchell G. Ash), „Der Januskopf der Psychiatrie" (Herbert Loos), „Über die Blindheit im Beruf" (Annette Simon), „Psychiater im Dienste des MfS" (Sonja Süß), „Über den Mißbrauch der Psychiatrie durch den Staatsicherheitsdienst der DDR" (Ursula Plog).

Steinhöfel, Wolfgang (Hg.): ***Spuren der DDR-Pädagogik.*** Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1993. 259 S. DM 48,-. Über den Buchhandel.
Der Band verfolgt das Ziel, „die bewahrenswerten Spuren pädagogischer Forschung und Lehre der DDR wie ebenso Einschränkungen, die reformerisches Bemühen überlagerten, sichtbar zu machen" (Vorwort), und gerät zu einer thematisch breiten Bilanz: Beiträge zu „Pädagogische Wissenschaft. Erkundungen ihrer historischen Dimension" (Franz Hofmann), „Zum Stellenwert der Geschichte der Erziehung" in der DDR (Paul Mitzenheim), „Zur Rezeption der Reformpädagogik in den 70er und 80er Jahren" (Christa Uhlig), „Reform oder Revisionismus. Eine Analyse des Jahrgangs 1956 der Zeitschrift 'Pädagogik'" (Edgar Drefenstedt), „Abschied von Individualität - das Paradigma der Individualität in der sozialistischen Erziehungswissenschaft" (Dieter Kirchhöfer), „Versuch zu einer allgemeinen Pädagogik in der DDR" (Werner Salzwedel), „Persönlichkeitsentwicklung unter Beachtung der Aneignung wissenschaftlicher Erkenntnisse" (Harald Zimmer), „Der Einfluß von Funktion und Struktur der Aneignungsgegenstände auf die Gestaltung von Aneignungsprozessen" (Franz Bernhard), „Zur Begabungsforschung an der TU Karl-Marx-Stadt von 1980 bis 1990" (Wolfgang Steinhöfel), „Umgestaltung des Unterrichts" (Karlheinz Tomaschwesky), „Didaktische Forschung an der PH Leipzig" (Edgar Rausch), „Rehabilitationspädagogik an der Humboldt-Universität" (Klaus-Peter Becker), „Gesundheitserziehung in der Lehrerbildung" (Hildegard Steinhöfel).

Jahrbuch für Pädagogik 1993. Peter Lang Verlag, Frankfurt a.M. 1993. 333 S. DM 53,-. Über den Buchhandel.
Der Band enthält drei in unserem Kontext interessierende Beiträge: „Pädagogik in den Vereinigungskrisen. Notizen zum pädagogischen Diskurs 1992" (Hasko Zimmer), „Die 'Abwicklung' der Erziehungswissenschaft in der ehemaligen DDR" (Hans-Jochen Gamm), „Zur Enquête-Kommission der DGfE 'Umgestaltung der Erziehungswissenschaft in den östlichen Bundesländern'" (Wolfgang Nitsch).

Cloer, Ernst/ Wernstedt, Rolf (Hg.): ***Pädagogik in der DDR. Eröffnung einer notwendigen Bilanzierung.*** Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1994. 394 S. DM 58,-. Über den Buchhandel.
Die versammelten Beiträge gehen auf eine Tagung im Juni 1993 in Hildesheim zurück, deren Ziel es war, einstmals verantwortliche Repräsentanten der DDR-Pädagogik zu einer Bilanzierung der Entwicklung der DDR-Erziehungswissenschaft zu gewinnen und zugleich den Diskurs mit westdeutschen Fachvertretern zu eröffnen. Beiträge u.a. zu „Die Pädagogik in der DDR - ein monolithisches Gebilde? Differenzierung tut not: das Nebeneinander von Staatspädagogik und reflektierenden Pädagogik-Ansätzen" (Ernst Cloer), „Affirmation und/oder Negation in den Erziehungswissenschaften der DDR - Verlust der kritischen Dimension einer Theorie" (Dieter Kirchhöfer), „Ansichten über das Scheitern von DDR-Pädagogik und -Erziehung" (Gerhard Neuner), „Der Arbeitskreis Pädagogik beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen" (Werner Salzwedel/ Klaus Drebes), „Zur methodologischen Diskussion in der DDR-Pädagogik während der zweiten Hälfte der 80er Jahre" (Wolfgang Eichler), zur „Geschichte der Pädagogik in der DDR" (Karl-Heinz Günther), „Zur Rezeption der Reformpädagogik in der DDR... vor dem Hintergrund der Diskussion um Erbe und Tradition" (Christa Uhlig), zur „Rezeption östlicher Reformpädagogik in der pädagogischen Historiographie der DDR" (Reinhard Golz), zu „Existenzprobleme, Merkmale, Leistungen und Fehlleistungen einer vergleichenden Pädagogik in der DDR" (Werner Kienitz), zur „Jugendforschung in der DDR... - Die Ausgrenzung der Jugendforschung durch das Volksbildungsministerium" (Walter Friedrich), „Die pädagogische Psychologie der DDR im Spannungsfeld zwischen kindorientierter Forschung und bildungspolitischen Forderungen" (Adolf Kossakowski), „Zur Problematik des pädagogischen Begriffs 'Führen'" (Lothar Klingberg), „Das Kind in der Unterstufenpädagogik der DDR" (Ursula Drews), „Forschungen zum 'Lernen lehren - Lernen lernen' an der Karl-Marx-Universität zu Leipzig" (Helmut Faust), „Zum Entstehungsprozeß der Thesen zur Schulgeschichte der DDR - ein Beispiel für die Wissensproduktion und die Entscheidungsprozesse in der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften" (Eberhard Meumann), „Wissenschaftliche Aspirantur an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften Mitte der 80er Jahre" (Sylvia Mebus), „Zur Bildungspolitik, Lehrerbildung und Pädagogik in Thüringen 1945 - 1950" (Paul Mitzenheim), „Der Schwelmer Kreis in den 50er Jahren" (Edgar Drefenstedt). Im Anschluß an die einzelnen Beiträge sind jeweils deren Diskussion zusammenfassend dokumentiert.

Kell, Adolf (Hg.): ***Erziehungswissenschaft im Aufbruch? Arbeitsberichte.*** Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1994. 330 S. Über den Buchhandel.
1992 hatte der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) in Erfüllung eines Beschlusses der DGfE-Mitgliederversammlung die Einrichtung einer Vorstandskommission „Entwicklung der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern" beschlossen. Der vorliegende Band umfaßt die durch diese Kommission erarbeiteten Berichte, welche wiederum Grundlage der Arbeit einer im Anschluß daran arbeitenden Enquête-Kommission sein sollen. Der Herausgeber schreibt über „Auftrag und Arbeit der DGfE-Vorstandskommission" sowie „Erziehungswissenschaftliche Fakultäten, Fachbereiche, Institute und erziehungswissenschaftliches Personal in den Universitäten der neuen Bundesländer", Olaf Kos „Zur Entwicklung erziehungswissenschaftlicher Studiengänge in den neuen Bundesländern von 1989 bis 1993", Gudrun Schulz & Wolfgang Thiem „Zur Entwicklung der Grundschullehrerausbildung in den neuen Bundesländern", Manfred Bayer & Johannes Wildt zu „Pädagogische Hochschule zwischen Umwandlung und Integration in die Universität", Lothar Böhnisch, Klaus Drebes & Jürgen Helmchen „Zur fachlichen Evaluation des erziehungswissenschaftlichen Personals aus der DDR", dieselben & Wolfgang Nitsch „Zur Förderung von Erziehungswissenschaftlerinnen/-wissenschaftlern aus der DDR", Peter F. E. Sloane über „'Innenansichten' zum Transformationsprozeß der Erziehungswissenschaft", ders. & Wolfgang Thiem „Zur erziehungswissenschaftlichen Weiterbildung an den Universitäten der neuen Bundesländer", Hildegard Macha, Monika Klinkhammer & Karin Hildebrandt „Zur Lage der Erziehungswissenschaftlerinnen an den Universitäten der neuen Bundesländer", Wolfgang Nitsch zu „Möglichkeiten zur Analyse und Selbstreflexion der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern und im Prozeß der deutschen Einigung" sowie zu „Aufgaben und Arbeitsweisen der Enquête-Kommission 'Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern'". Schließlich wird der Beschluß zur Einsetzung der Enquête-Kommission vom März 1994 dokumentiert.

Dudeck, Peter/ Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.): ***Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang*** (Reihe Pädagogik, zugl. 30. Beiheft der *Zeitschrift für Pädagogik*). Beltz Verlag, Weinheim/ Basel 1994. 332 S. DM 64,-. Über den Buchhandel.
U.a. mit folgenden Beiträgen zu erziehungswissenschaftlicher Forschung und Lehre in der DDR bzw. Ostdeutschland: „SED-Führung - Administration - erziehungswissenschaftliche Zentrale" (Ulrich Wiegmann), „Ein auslaufendes Modell. Das Verschwinden des DDR-Wissenschaftlers" (Bernd-Reiner Fischer), „Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR" (Wolfgang Eichler/ Christa Uhlig), „Wie gründet man ein Institut?" (Helga Gotschlich), „Bildung und Politik. Humboldt und die DDR-Pädagogik" (Gernot Barth), „Die Wende der DDR-Pädagogik. Eine Inhaltsanalyse von 'Pädagogik' und 'Pädagogik und Schulalltag' (Lothar Wigger), „Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Lehrerbildung in den neuen Ländern. Ihre Entstehung und ihre Zielsetzungen" (Christoph Führ), „Potsdamer Modell der Lehrerbildung" (Wolfgang Edelstein/ Ulrich Herrmann), „Über die Schwierigkeiten deutsch-deutscher Annäherung. Notizen zum 'Neuaufbau' der Erziehungswissenschaft am Beispiel Halle" (Heinz-Hermann Krüger/ Thomas Rauschenbach), „Pädagogik in und nach der Wende. Ein Beispiel" (Peter Menck), „Einheit? Ein Vergleich der Werthaltungen von Ost- und Westberliner Lehramts-

studentinnen und -studenten vor der Währungsunion" (Eke Bovier/ Klaus Boehnke), „Sozialpädagogik als Westimport? Erfahrungen in der Fortbildung" (Bernd Stickelmann), „Protokoll eines schwierigen Forschungseinstiegs" (Yvonne G. Lüders).

Voss, Ingeborg: ***Geschlechtsspezfische und frauenbezogene Abschlußarbeiten an der Humboldt-Universität zu Berlin 1970 - 1992*** (ZiF Sonder-Bulletin). Hrsg. vom Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1993. 134 S. Einzusehen im ZiF, Sophienstr. 22 A, Berlin-Mitte.
Die Bibliographie verzeichnet, geordnet in Rubriken und mit Standortnachweisen, alle noch recherchierbar gewesenen en Arbeiten, die sich im weitesten Sinne mit geschlechtsspezifischen Fragen und Themen der Frauenforschung beschäftigen. Insgesamt sind dies 571 Arbeiten, darunter 14 Habilitationen/Dissertationen B und 149 A-Dissertationen. Mit Personen-/Schlagwortregister.

Grimm, Hartmut/ Hansen, Mathias/ Mehner, Klaus (Hg.): ***Musik und Musikwissenschaft in Leipzig*** (Berliner Beiträge zur Musikwissenschaft, Beiheft zu Heft 3/1994 der *Neuen Berlinischen Musikzeitung*). LandesMusikRat Berlin 1994. 56 S. DM 5,-. Bezug bei: LandesMusikRat Berlin e.V., Chausseestr. 2-4, 10115 Berlin.
Das Heft dokumentiert ein Anfang 1994 an der Universität Leipzig stattgefundenes Kolloquium: „Musik und Musikwissenschaft in Leipzig - Über Chancen einer Tradition" (Michael Märker), „Msuikwissenschaft in Leipzig. Erfahrungen und Beobachtungen" (Rudolf Eller), „Zur Bachforschung an der Karl-Marx-Universität zu Leipzig seit 1974" (Martin Petzoldt), „Zur Geschichte der Musik und Musikwissenschaft an der Universität Leipzig nach 1945" (Christoph Sramek), „Die Leninsche Widerspiegelungstheorie und die Musik. Ein Leipziger Modell" (Klaus Mehner), „Musikalische Ensembles an der Universität Leipzig seit 1945" (Imke Griebsch), „Musikleben an der Paulinerkirche nach 1945. Versuch einiger Randbemerkungen zu einem verdrängten, aber unvergessenen Thema" (Thomas Schinköth), „Die Kampagne gegen Eberhardt Klemm und das Institut für Musikwissenschaft der Universität Leipzig in den 60er Jahren" (Lars Klingberg), „Vorauseilender Weggefährte Eberhardt Klemm" (Hans Grüß).

Däumer, Roland: ***Skalierung mit Assoziationsmodellen: Entwicklung einer Skala ost- und westdeutscher Ausbildungsabschlüsse nach der Wiedervereinigung*** (Der Hallesche Graureiher. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie 94-4). Hrsg. vom Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle/S. 1994. 42 S. Bezug bei: Institut für Soziologie der MLU Halle-Wittenberg, Emil-Abderhalden-Str. 7, 06108 Halle/S.
Unter Anwendung des allgemeinen Assoziationsmodells für geordnete kreuztabellierte Daten werden 28 ost- und westdeutsche Ausbildungsabschlüsse (von *kein Schulabschluß* bis *Hochschulabschluß*) auf einer Intervallskala repräsentiert. Diese mißt die relativen beruflichen Chancen, die sich an ein Zertifikat knüpfen, unter Berücksichtigung der Gelegenheitsstrukturen im Beschäftigungssystem.

Westhoff, Karl (Hg.): ***1. Symposium zu Prüfungen in der Medizin: Multiple Choice. Möglichkeiten und Grenzen von Multiple-Choice Prüfungen in der Medizin.*** Pabst Science Publishers, Lengerich/Berlin/Riga/Scottsdale AZ/Wien/Zagreb 1995. 166 S. DM 30,-. Über den Buchhandel.
Der Band dokumentiert ein Symposium, zu dem infolge der heftigen Debatten um die Einführung des MC-Prüfungsverfahres in Ostdeutschland 1994 von den sächsischen Ministern für Wissenschaft und Kunst sowie Soziales, Gesundheit und Familie eingeladen worden war. Behandelt werden verschiedenste fachliche und prüfungsdidaktische Aspekte von Prüfungen in der Medizin. Vertreten sind MC-befürwortende wie -ablehnende Positionen, die studentische Haltung ist mit einem Beitrag repräsentiert.

Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg" (Hg.): ***Die Mount-Graham-Kontroverse*** (*Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte* H. 1/1995). Potsdam 1995. 54 S. Bezug bei: Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg" e.V., Benzstr. 18/19, 14482 Potsdam.
Auf dem Mount Graham, heiliger Berg der Apachen und Heimat der vom Aussterben bedrohten Rothörnchen, soll ein Teleskop gebaut werden, und das Astrophysikalische Institut in Potsdam will sich daran in herausragender Weise beteiligen. Dies kollidiert nach Ansicht einiger Kritiker mit einer Aussage der Brandenburgischen Landesverfassung, wonach „Forschungen... gesetzlichen Beschränkungen (unterliegen), wenn sie geeignet sind, die Menschenwürde zu verletzen oder die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören". Das Heft dokumentiert die Debatte. Daneben enthält es weitere Beiträge zur brandenburgischen Hochschulpolitik, u.a. eine Bibliographie und eine Übersicht parlamentarischer Initiativen.

Friedrich-Schiller-Universität, Philosophische Fakultät (Hg.): ***Die Erneuerung der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Eine Zwischenbilanz.*** Jena 1995. 35 S. Kostenlos bei: Philosophische Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität, Dekanat, Fürstengraben 1, 07743 Jena.
Der Bericht reflektiert die Zeit seit der Wiedergründung der Philosophischen Fakultät am 26. Juni 1990 - Zeit einer „Umgestaltung, die fast einer Neugründung gleichkommt" (Vorwort) - und dokumentiert aktuelle Überlegungen zu Struktur und Entwicklungsmöglichkeiten der Fakultät.

Maletzke, Gerhard/ Steinmetz, Rüdiger (Hg.): ***Zeiten und Medien - Medienzeiten. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Friedrich Reimers.*** Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1995. 181 S. Über den Buchhandel.
Reimers war Gründungsdirektor des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Leipziger Universität. Dies spiegelt sich in zahlreichen Beträgen des ersten Teiles des Bandes. U.a. schreiben der sächsische Wissenschaftsminister Meyer über Reimers: „Unübersehbar - unüberhörbar", Gertraud Linz über „Eine Gründung in Leipzig 1991 - 1993. Nachträgliche Gedanken und Gefühle" und Günther Wartenberg zur „'Reform' vor der Reform. Zum Wandel der Universität Leipzig im Jahre 1990".

Nagelschmidt, Ilse (Hg.): ***Frauenforscherinnen stellen sich vor. Ringvorlesung Teil I - Sommersemester 1994.*** Leipziger Universitätsverlag, Leipzig o.J. (1995). 164 S. Über den Buchhandel.
Der Band dokumentiert die im Sommersemester 1994 innerhalb einer Veranstaltungsreihe an der Universität Leipzig gehaltenen Vorlesungen. Die darin aufbereiteten geschlechtsspezifisch-sozialgeschichtlichen Analysen vermitteln einen Überblick über die an der Universität Leipzig und in ihrem Umfeld angesiedelten Frauenforschung.

Gitter, Wolfgang: ***Arbeits- und Sozialrecht an der Leipziger Juristenfakultät*** (Leipziger Juristische Vorträge H. 1). Hrsg. von der Juristenfakultät der Universität Leipzig. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1994. 28 S. Kostenlos bei: Juristenfakultät der Universität Leipzig, Dekanat, PF 920, 04009 Leipzig.
Das Heft dokumentiert die Feier zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an den Gründungsdekan der Juristenfakultät. Es enthält neben der im Titel genannten Ansprache von Gitter, an der auffällt, daß sie bis zum Jahr 1931 und von dort unmittelbar auf die Gegenwart übergeht, die Rede des Dekans Walter Gropp und die Laudatio von Christoph Degenhardt.

Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): ***Feierliche Immatrikulation 1994/95. Reden, gehalten im Neuen Gewandhaus zu Leipzig am 12. Oktober 1994*** (Leipziger Universitätsreden N.F.

H. 80). Leipzig 1995. 25 S. Kostenlos bei: Universität Leipzig, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 920, 04009 Leipzig.
Enthält die Ansprachen von Prorektor Günther Wartenberg, Rektor Cornelius Weiss und StuRa-Sprecherin Birgit Kasten sowie die Festansprache von HRK-Präsident Hans-Uwe Erichsen („Freiheit und Verpflichtung. Studieren in den 90er Jahren").

Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): ***Eröffnungsfeier des Zentrums für Höhere Studien. Reden, gehalten im Neuen Gewandhaus zu Leipzig am 3. November 1994*** (Leipziger Universitätsreden N.F. H. 81). Leipzig 1995. 40 S. Kostenlos bei: Universität Leipzig, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 920, 04009 Leipzig.
Als deutlichste institutionelle Neuerung im eigentlichen Sinne, die sich aus dem Leipziger Universitätsumbau ergab, wurde das Zentrum für Höhere Studien, bestehend aus den drei selbständigen Teilzentren Naturwissenschaftlich-Theoretisches, Geistes- und Sozialwissenschaftliches sowie Frankreichzentrum, gegründet. Die Broschüre dokumentiert die aus diesem Anlaß gehaltenen Ansprachen des Rektors Cornelius Weiss, des sächsischen Wissenschaftsministers Hans-Joachim Meyer, des ZHS-Sprechers Bodo Geyer, des Philosophen Georg Meggle und den Festvortrag „Der Fortschritt und das Fortschrittsdenken", gehalten vom ersten Inhaber der am ZHS angesiedelten Leibniz-Professur, Georg Henrik von Wright.

Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): ***Amtseinführung des neugewählten Rektors und der Prorektoren. Reden, gehalten im Neuen Gewandhaus zu Leipzig am 2. Dezember 1994*** (Leipziger Universitätsreden N.F. H. 82). Leipzig 1995. 21 S. Kostenlos bei: Universität Leipzig, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 920, 04009 Leipzig.
Dokumentiert die Ansprachen des dienstältesten Dekans Gottfried Geiler, des sächsischen Wissenschaftsministers Hans Joachim Meyer und des alten wie neuen Rektors Cornelius Weiss.

Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): ***Forschungsbericht der Universität Leipzig 1993/94.*** Leipzig 1995. 3 Bde. Zus. 1.512 S. Kostenlos bei: Universität Leipzig, Forschungskontaktstelle, PF 920, 04009 Leipzig.
Bd. 1: Geistes- und Sozialwissenschaften. Bd. 2: Mathematik und Naturwissenschaften. Bd. 3: Human- und Veterinärwissenschaften.

Böhm, Margarete/ Heger, Rolf-Joachim: ***„Früher war ich Physiker, heute bin ich Physikerin..." Über Arbeitsmarktförderung von wissenschaftlich tätigen Frauen.*** Hrsg. von SPI ServiceGesellschaft, Berlin 1995. 58 S. Bezug bei: SPI Servicegesellschaft, Boppstr. 10, 10967 Berlin.
Berlin hatte mit der deutschen Vergesamtstaatlichung eine besonders hohe Anzahl hochqualifizierter Personen in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Besondere Probleme gab es diesbezüglich bei der Integration von Akademiker*innen*, verschärft noch durch eine gewisse Inadäquatheit der Förderung von Wissenschaft und Forschung über arbeitsmarktbezogene Mittel und Maßnahmen. Die Publikation reflektiert und diskutiert die bei diesbezüglichen Bemühungen aufgelaufenen Erfahrungen.

Humboldt-Universität zu Berlin, die Präsidentin (Hg.): ***Forschungsbericht 1993 Humboldt-Universität zu Berlin.*** Berlin 1994. 804 S. Kostenlos bei: Forschungsabt. der HUB, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
Erster Forschungsbericht der HUB seit 1989, der die Charité mit einbezieht.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz (Hg.): ***Johannisthal - Adlershof. Technologie- und Wissenschaftsstadt.*** Berlin 1994. 80 S. DM 18,50. Bezug bei: Senatsverwaltung StuU, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Lindenstr. 20-25, 10958 Berlin.

Die Publikation dokumentiert die Entwicklung der Planungsziele, das kooperative städtebauliche Gutachterverfahren und die von verschiedenen Beteiligten prognostizierten Zukunftsperspektiven für Johannisthal - Adlershof.

Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung (Hg.): ***Internationale Kooperationen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich des Landes Berlin.*** Berlin 1994. 87 S. Kostenlos bei: Senatsverwaltung WuF, Bredtschneiderstr. 5, 14057 Berlin.

Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung(Hg.): ***Interdisziplinäre Forschungsverbünde in Berlin.*** Berlin 1995. 89 S. Kostenlos bei: Senatsverwaltung WuF, Bredtschneiderstr. 5, 14057 Berlin.
Forschungsverbünde sind in Berlin ein besondere Förderinstrument: maximal fünf Jahre werden Geschäftsstellen mit 150 bis 180 TDM jährlich finanziert und sollen über Vernetzungen strategische Forschungsinnovationen bewirken.

Binas, Eckehard (Hg.): ***... und wieder Kulturarbeit. Erweiterter Bericht zur Fachtagung „Voraussetzungen für den Studiengang Kulturarbeit an der Fachhochschule Potsdam". Fachtagung a, 17. und 18. Januar 1994 in Potsdam.*** Hrsg. im Auftrag der Fachhochschule Potsdam und der Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Brandenburg. Potsdam 1994. 148 S.
In der Aufbauphase des Studiengangs wollten sich der Fachbereich Kulturarbeit mit sonstigen kulturbezogenen Studiengängen in der Bundesrepublik konfrontieren und den Stand der eigenen Debatten bilanzieren. Mit u.a. folgenden Beiträgen: „Aufbau und Erneuerung der Wissenschaftseinrichtungen in Brandenburg" (Klaus Faber), „Studiengang Kulturarbeit als Bestandteil der Entwicklung der FH Potsdam" (Helmut Knüppel), „Studiengang Kulturarbeit - eine konzeptionelle Herausforderung" (Eckehard Binas), „Tätigkeitsfelder und Qualifikationsprofile von Absolventen des Studiengangs Kulturarbeit an der FH Potsdam" (Bernd Wagner), „Bausteine eines Curriculums für den Studiengang „Kulturarbeit" an der FH Potsdam (Thomas Strittmatter), „Studentische Perspektiven auf Kulturwissenschaft" (Carsten Winter), „Der Studiengang 'Kulturwissenschaften' an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)" (Gert-Rüdiger Wegmarshaus), „Arbeitsbericht der AG 'Studiengang Kulturarbeit' an der FH Potsdam".

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), das Rektorat (Hg.): ***Rechenschaftsbericht des Rektorats 1994, 31. Juli 1995.*** Frankfurt/O. 1995. 79 S. Kostenlos bei: Europa-Universität, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Große Scharrnstr. 59, 15230 Frankfurt/O.
Der Bericht beschreibt das erste Jahr, welches die Universität in akademischer Selbstverwaltung bewältigte.

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), das Rektorat (Hg.): ***Forschungsbericht 1993/94.*** Frankfurt/O. 1995. 99 S. Kostenlos bei: Europa-Universität, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Große Scharrnstr. 59, 15230 Frankfurt/O.
Erster Forschungsbericht seit der offiziellen Gründung der Universität m Herbst 1991.

Wolff, Klaus Dieter (Hg.): ***Qualitätskonzepte einer Universität. Differenzierung, Effektivierung und Vernetzung*** (Erfurter Beiträge zur Hochschulforschung und Wissenschaftspolitik Bd. 1). Iudicium-Verlag, München 1995. 108 S. DM 28,50. Über den Buchhandel.
Der Sammelband vereint die zum ersten Erfurter Universitätskolloquium am 19./20. Oktober 1994 gehaltenen Referate. Das Kolloquium ordnete sich in Bemühungen ein, „Qualitätskonzepte für eine kulturwissenschaftlich orientierte Universität zu entwickeln". (Wolff) Da nach Ansicht des herausgebenden Gründungsbeauftragten der Erfurter Universität „tragfähige Modelle und Konzepte zur Optimierung universitären Handelns" bekannt sind, sie „nur angewandt werden"

müßten, sollten diese zusammengetragen werden. Daran beteiligten sich, neben Wolff, M. Zöller, C. Gellert, W. Krull, E. J. Sinz, K. Alewell und J. Lange.

Meyer, Hansgünter: ***Die Paradoxien der Hochschulforschung und das Neugestaltungssyndrom*** (Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung P-95-401). Berlin 1995. 148 S. Kostenlos bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.
Meyer verbindet in diesem zusammenfassenden Forschungsbericht allgemeine Betrachtungen zum Stand der Forschung an Hochschulen in der Bundesrepublik im Bereich der naturwissenschaftlichen Forschung mit einer Analyse der Forschungssituation an sechs deutschen Universitäten, wobei eine niedersächsische mit fünf ostdeutschen Universitäten verglichen wird. Der Bericht beruht auf ausführlichen empirischen Untersuchungen und ist entsprechend mit zahlreichen tabellarisch aufbereiteten statistischen Angaben belegt.

Bundesministerium für Wirtschaft (Hg.): ***Wirtschaftliche Förderung in den neuen Bundesländern. Stand Juni 1995.*** Bonn 1995.178 S. Kostenlos bei: BMWi, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Villemombler Str. 76, 53107 Bonn.
Die Broschüre erläutert in einem eigenen Kapitel die aktuell laufenden Förderungsprogramme des BMWi und des BMBF für ostdeutsche Forschungs- und Innovationsunternehmen.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): ***Grund- und Strukturdaten 1994/95.*** Bonn 1995. 369 S. DM 11,80. Bestellungen an: K. H. Boch Verlag, Reichenberger Str. 11e, 53604 Bad Honnef.

Deutsches Studentenwerk DSW (Hg.): ***Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Vorbericht: Ausgewählte Ergebnisse der 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt von HIS Hochschul-Informations-GmbH.*** Bonn 1995. 19 S. Kostenlos bei: DSW, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Weberstr. 55, 53113 Bonn.
Die Darstellung der Untersuchungsergebnisse erfolgt differenziert zwischen Ost- und Westdeutschland.

Lewin, Karl/ Heublein, Ulrich/ Sommer, Dieter: ***Studienbeginn im Wintersemester 1994/95: Fachhochschulstudium immer attraktiver für Abiturienten*** (HIS Kurzinformation A 10/95). Hrsg. vom Hochschul-Informations-System HIS, Hannover 1995. 9 S.
Die Darstellung der Untersuchungsergebnisse erfolgt differenziert zwischen Ost- und Westdeutschland.

Vereinigung für internationale Zusammenarbeit VIZ (Hg.): ***Die neue Dimension. Kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa.*** Bonn 1995. 40 S. Kostenlos bei: VIZ, c/o Wissenschaftszentrum, Ahrstr. 45, 53175 Bonn.
Buntes Heft, das im Überblick die Aktivitäten der wichtigsten deutschen Mittlerorganisationen im Bereich der MOE/GUS-Staaten - A.v.Humboldt-Stiftung, C.-Duisberg-Gesellschaft, DAAD, Deutscher Entwicklungsdienst, Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, Goethe-Institut, Haus der Kulturen der Welt, Institut für Auslandsbeziehungen und Inter Nationes - vorstellt.

Peer Pasternack

ZUM SCHLUSS

Couleurartikel aus dem Erzgebirge

aus: *Studenten Kurier. Zeitschrift für Studentengeschichte, Hochschule und Korporation* 2/1995

Bereits vor wenigen Jahren wurden an dieser Stelle Räuchermänner in der Ausgestaltung als Verbindungsstudent annonciert. Leider kam der Hersteller seinerzeit nicht mit den Farben-Sonderwünschen zurecht. In der Zwischenzeit ist es jedoch gelungen, einen kleinen Familienbetrieb in Seiffen zu gewinnen, der bereit ist, Räuchermänner auch als Sonderanfertigung in kleiner Stückzahl anzufertigen.

Band und Mütze der Figur können in den jeweiligen Bundesfarben angefertigt werden, wobei die Form der Mütze aus handwerklichen Gründen nicht zu variieren ist. Der Preis beträgt 59,– DM je Figur zzgl. Versandkosten. Für eine Lieferung, die voraussichtlich im Sommer/ Herbst dieses Jahres erfolgen wird, sollten sich Interessierte unter Angabe der Farben und deren Reihenfolge auf Band und Mütze – nach Möglichkeit mit einer Bandprobe – kurzfristig unter folgender Adresse melden: Thomas L[redacted] (Germania Jena [DB]), [redacted] D[redacted] Göttingen.

Nachtrag zu "Zum Schluß" in *hso* 3/95 ("Greifswald: Hannelore Kohl wird trotz Senatsablehnung Ehrendoktor der Medizin"):

"Einen gewissen Raum nahm auch die Frage der Ehrenpromotionsbedingungen in Greifswald ein; in Zukunft, das placet des Kultusministeriums für die Grundordnung vorausgesetzt, werden nur Menschen ehrenpromoviert, die sich Verdienste in 'der' und nicht nur für 'die Wissenschaft' erwarben." - Das *Journal der Ernst-Moritz-Arndt-Universität* Nr. 5/95 in einem Bericht über die grundordnungsbeschließende Konzilssitzung (Orte der Herv. i. Orig.)

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90 * Streitsache Latinum

AutorInnen: Hans Jürgen Block, Torsten Bultmann, Christian Dahme, Marlis Dürkop, Wolfgang Ernst, Hans-Uwe Feige, Alfred Förster, Christian Füller, Frank Geißler, Monika Gibas, Christoph Kähler, Dietmar Keller, Fritz Klein, Hermann Klenner, Horst Klinkmann, Larissa Klinzing, Ilko-Sascha Kowalczuk, Wolfgang Küttler, Gotthard Lerchner, Rudolf Mau, Hans Mayer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Wolfgang Nitsch, Erhard Noack, Georg Nolte, Kurt Nowak, Doris Odendahl, Bernd Okun, Martin Onnasch, Peer Pasternack, Klaus Pezold, Peter Porsch, Helmut Richter, Matthias Rösler, Hilde Schramm, Uta Starke, Jürgen Teller, Rudolf v. Thadden, Achim Thom, Michael Tolksdorf, Günther Wartenberg, Rosemarie Will u.a.

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * Tagung des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Ost-europa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschuien

AutorInnen: Gudrun Aulerich, Günther Barthel, Burchard Brentjes, Sonja Brentjes, Birgit Bütow, Michael Daxner, Karin Döbbeling, Günther Eiselt, Hartmut Elsenhans, Hans-Heinz Emons, Hans-Uwe Erichsen, Alfred Förster, Ulrich Geyer, Karl-Heinz Heinemann, Erich Hödl, Marion Höppner, Gisela Jähnert, Volker Kahl, Klaus-Dieter Kaiser, Ilko-Sascha Kowalczuk, Wolf-Hagen Kraut, Jürgen Kuczynski, Gert Maibaum, Elke Mehnert, Hansgünther Meyer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Bernhard Muszynski, Wolfgang Nitsche, Bernd Okun, Inge Pardon, Peer Pasternack, Peter Porsch, Karin Reiche, Edelbert Richter, Martin Robbe, Hans Jörg Sandkühler, Roland Schneider, Wolfgang Schluchter, Hans-Jürgen Schulz, Pirmin Stekeler-Weithofer, Eberhard Tiefensee, Günther Wartenberg, Cornelius Weiss u.a.

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

AutorInnen: Ernst Badstübner, Tino Bargel, Winfried Beck, Sonja Brentjes, André Debüser, Rainer Eckert, Wolfgang Fach, Marion Höppner, Heidrun Jahn, Matthias Jähne, Dietrich Jorke, Hans-Dieter Klein, Siegfried Kiel, Ilko-Sascha Kowalczuk, Marianne Kriszio, Günther Landgraf, Irene Lischka, Thomas de Maizière, Werner Meske, Hans Joachim Meyer, thomas molck, Thomas Neie, Bernd Rabehl, Karin Reiche, Hans-Jürgen Schulz, Jutta & Eberhard Seidel, Peer Pasternack, Gisela Petruschka u.a.

4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik * Synopse Hochschulrecht Ost

AutorInnen: Gertraude Buck-Bechler, Anke Burkhardt, Ludwig Elm, Konrad Feiereis, Ulrich Geyer, Jochen Golz, Sabine Gries, Christoph Kähler, Sabine Kebir, Gerd Köhler, Wolfgang Knobloch, Rainer Land, Irene Lischka, Sabine Manning, Lothar Mertens, Eduard Mühle, Alexander Nadiraschwili, Thomas Neie, Peer Pasternack, Ralf Possekel, Siegfried Prokop, Edelbert Richter, Uwe Schimank, Georg Schuppener, Dieter Voigt, Peter Wicke u.a.

Insgesamt 39 Hefte, 3.664 Seiten. Nachbestellungen nur komplett: DM 500,- zzgl. Versandkosten

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich bestelle:

1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen
2. Nachbestellung 1. - 4. Jahrgang (39 Hefte) — DM 500,- zzgl. Versandkosten
3. .....mal *hochschule ost* im Jahresabonnement (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) — DM 98,-
4. .....mal *hochschule ost* im PrivatabonnentInnen-Abo (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) — DM 42,-
5. .....mal *hochschule ost* im Abo für Nichtverdienende (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) — DM 31,-

(Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r - Vorruheständler/in - Pensionär/in -

Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.
Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....

Name

.....

Adresse

.....

.....

Datum Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

.....

2. Unterschrift

Einzusenden an:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig